Im Gegensatz zu Stadtteilen wie Lindenthal, Niehl oder Mülheim, die durch Eingemeindungen von einer eigenständigen Gemeinde zu einem "Kölschen Veedel" wurden, entstand das Viertel um den Rathenauplatz im Rahmen der 1881 begonnenen Stadterweiterung - auf dem Reißbrett.

Der Alltag in Vergangenheit und Gegenwart wird anhand von Bildern, Dokumenten und Zeitzeugenberichten dargestellt.

Dabei wird deutlich, wie aus einem Viertel "ruhiger Zurückgezogenheit" mit einem hohen Anteil jüdischer Kultur ein Vergnügungsviertel hektischer Betriebsamkeit werden konnte, welches kaum noch als Wohn- und Lebensbereich wahrgenommen wird.

Ein Serviceteil informiert Leserinnen und Leser über interessante Freizeit- und Einkaufsmöglichkeiten sowie über alle wichtigen Initiativen im Viertel.



Sass · Mehr als nur "Kwartier Latäng"

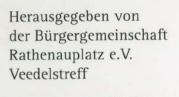
ISBN 3-7616-1133-

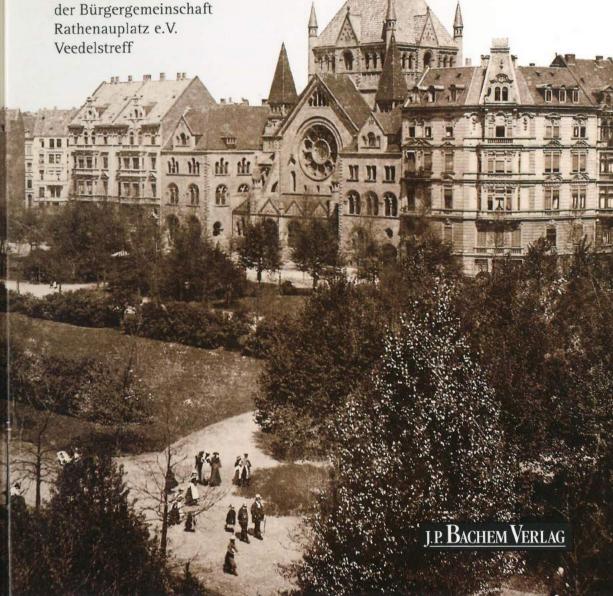
BACHEM

Anne Sass

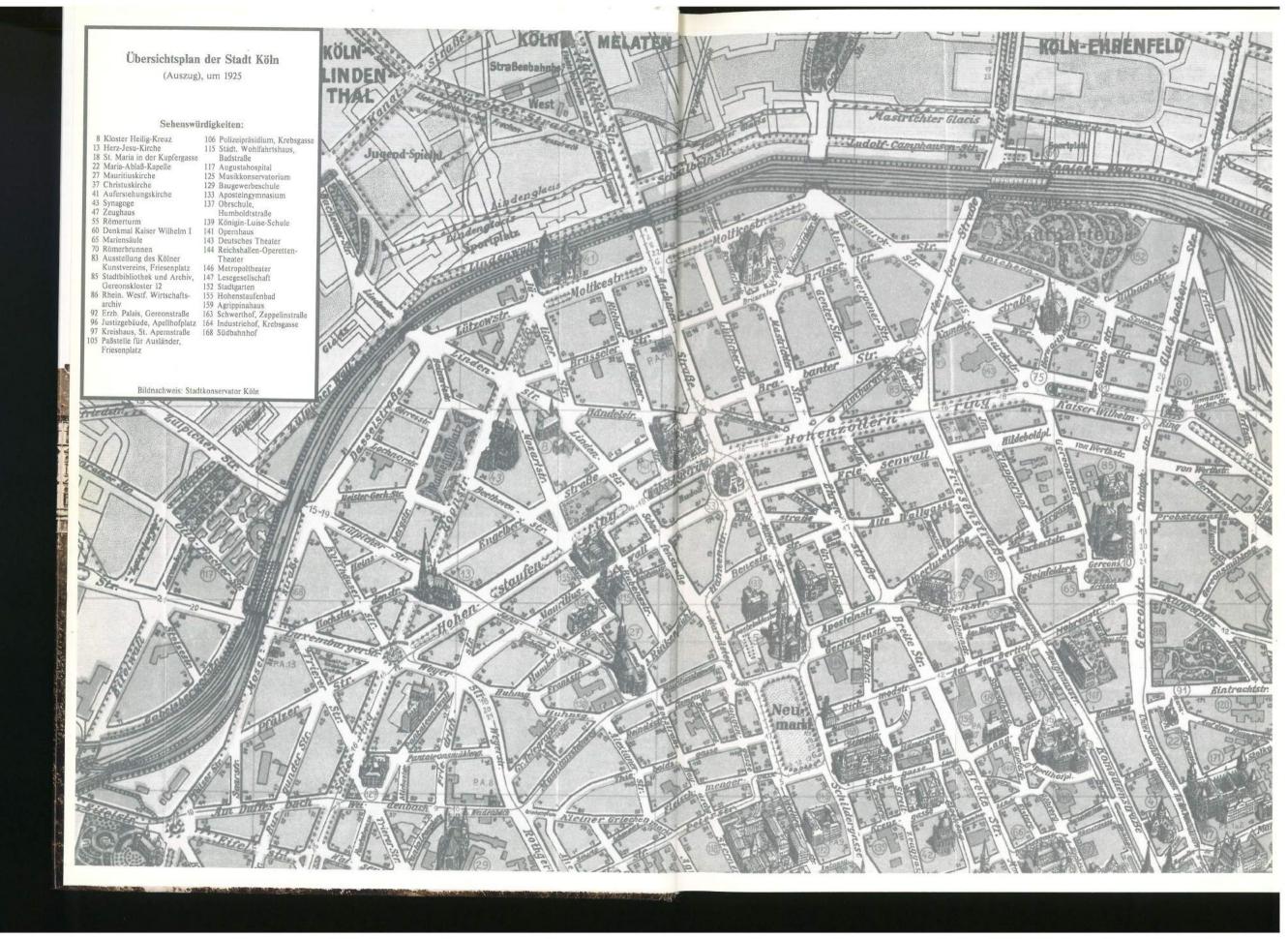
Mehr als nur "Kwartier Latäng"

Leben am Rathenauplatz





J.P. BACHEM VERLAG



8 Kios 13 Her. 18 St. 1 22 Mar 27 Mau 37 Chri 41 Aufi 43 Syni 47 Zeui 55 Rön 60 Den 65 Mari 70 Rörr 83 Auss Kun 85 Stad Gere 86 Rhei archi 92 Erzb 96 Justi 97 Kreis 105 Paßs Fries

Für die fachliche und ideelle Unterstützung danken Anne Sass und Thomas Bischofs den folgenden Personen:

Alexander Alter Klaus Adrian

Barbara Becker-Jákli

Irene Franken

Andreas Hupke

Anita Klein

Beatrix Klein

Karin Lanzerath

Sammy Maedge

Heinz Marx

Henriette Meynen

Annette Nottelmann

Monika Schläger

Wilfried Schwalm

Martin Tilke

Christiane Wolff

und all denjenigen, die dazu beigetragen haben, daß das Buch in dieser Form erscheinen konnte.

Ferner danken wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der folgenden Institutionen:

Archiv des Katholischen Frauenbundes

Fotostelle der Universitätsbibliothek Köln Historisches Archiv der Stadt Köln

Kölner Frauengeschichtsverein

NS-Dokumentationszentrum Köln

Rheinisches Bildarchiv

Vereinigung ehemaliger Kölner und Rheinländer Haifa

Ganz besonderer Dank gilt den Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die bereit waren, über ihr Leben am Rathenauplatz zu berichten.

Die Bürgergemeinschaft Rathenauplatz e.V. und der Verlag danken den folgenden Institutionen für ihren Beitrag zu den Druckkosten des Buches:

Arbeitsamt Köln Kulturamt der Stadt Köln Stadtsparkasse Köln Gülich-Fond Hans-Böckler-Stiftung Synagogen-Gemeinde Köln Anne Sass

Mehr als nur »Kwartier Latäng«

Leben am Rathenauplatz

Herausgegeben von der Bürgergemeinschaft Rathenauplatz e.V. Veedelstreff unter Mitarbeit von Thomas Bischofs

J. P. Bachem Verlag Köln

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Sass, Anne:

Mehr als nur »Kwartier Latäng«: Leben am Rathenauplatz/ Anne Sass. Hrsg. von der Bürgergemeinschaft Rathenauplatz e.V. – Veedelstreff. – Köln: Bachem, 1994 ISBN 3-7616-1133-1

Erste Auflage · 1994 © J. P. Bachem Verlag, Köln 1994 Einbandentwurf: Bettina Hartmann, Köln Reproduktionen: Willy Kühl, Köln Satz und Druck: Druckerei J. P. Bachem GmbH & Co. KG Köln Printed in Germany ISBN 3-7616-1133-1

Inhalt

Das Rathenauviertel – städtebauliche und kunsthistorische Aspekte von Henriette Meynen	7
Vorwort	11
Einleitung	13
Platzumbenennungen als Spiegelbild der Geschichte	
Festplatz oder Dünggrube? Von der Weyerkaul zum Königsplatz	15
»Tumultartige Skandalszenen« Vom Königsplatz zum Rathenauplatz	18
»Ein sichtbarer Ausdruck der nationalen Revolution« Vom Rathenauplatz zum Horst-Wessel-Platz	21
Wäscheleinen und Bombentrichter Vom Horst-Wessel-Platz zum Rathenauplatz	23
Stadtentwicklung – mit Blick auf das Rathenauviertel von Thomas Bischofs	
» das müssen wir sprengen, damit Köln nicht klein werde« Die Stadt Köln auf dem Wege zur ersten Stadterweiterung	27
Spekulation und Stadthygiene Hindernisse bei der Entstehung der Neustadt	34
Vom Stadtrand in die Innenstadt Das Rathenauviertel bis zur Machtergreifung	40
Von der nationalsozialistischen Stadtplanung zur Enttrümmerung Zerstörung und Wiederaufbau des Viertels	45
»Ein Problemgebiet ohne Veränderungsdruck« Das Rathenauviertel in den siebziger Jahren	50
Eigentumswohnung als Statussymbol Die Entwicklung des Viertels bis heute	55
Jüdisches Leben im Viertel	
Ein »phantastischer Tempel« für das liberale Judentum Jüdisches Leben am Ausgang des letzten Jahrhunderts	60
Ein blühendes Gemeindeleben Sozial- und Bildungseinrichtungen der Synagogengemeinde	66

»Am Sabbat bekamen wir Matzen« Jüdisches Leben in der Weimarer Republik	7
Von der Machtergreifung bis zur Reichspogromnacht Jüdisches Leben im Nationalsozialismus 1933–1938	7
Die Synagoge brennt! Augenzeugenberichte zu den Vorfällen während der Reichspogromnacht	8
Ausgrenzung, Deportation und Vernichtung Jüdisches Leben im Nationalsozialismus 1938–1945	8
»Da sind wir sozusagen wieder auferstanden« Bericht eines Überlebenden	9:
»Wir werden toleriert. Das ist alles« Jüdisches Leben nach dem Holocaust	95
»Und wer hat daran gedreht?« Die antisemitische Welle im Winter 1959/60	99
Die Synagogengemeinde lebt Jüdisches Leben heute	104
Alltag im Viertel	
»Eine Perle kirchlicher Baukunst« Der Pfarrbezirk Herz Jesu	108
Mädchen für alles, Millionärswitwe, Mittelstand Dienstmädchenalltag und Frau Laura von Oelbermann	120
Eine Nazifahne besaß ich nicht« Alltag vom Ende der Weimarer Republik bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges	130
Die Kriegszeit im Viertel	139
Unsere Mädchen und Frauen übertreffen sich selbst« Über)leben in der Nachkriegszeit	145
Vom Tazzelwurm zum Kwartier Latäng Kultur und Freizeit von der Nachkriegszeit bis heute	152
Auch wenn dat ja eijentlich kommunistisch is« Neue Wohn- und Lebenskonzepte	158
Ein Stück Heimat oder großstädtische Anonymität? Leben im Viertel heute	
Abkürzungsverzeichnis	
iteraturverzeichnis	
Bildnachweis	174
Serviceteil	175

Das Rathenauviertel städtebauliche und kunsthistorische Aspekte

Es mag zunächst erstaunen, ein Buch in der Hand zu halten, das sich nur mit einem Teilgebiet der Kölner Neustadt befaßt. Hat zudem nicht schon Hiltrud Kier die Neustadt baugeschichtlich ausreichend bearbeitet, nachdem bereits zuvor Rolf Conrad dieses citynahe Stadterweiterungsgebiet des ausgehenden 19. Jahrhunderts in seiner Vielgestaltigkeit geographisch beleuchtet hatte? Bei genauerem Hinsehen wird allerdings klar: Die spezifische Viertelsgeschichte, die hier vorliegt, konnte in die genannten grundlegenden Werke kaum Eingang finden. Denn auch die Neustadt, ein gürtelartiges Halbrund um die mittelalterliche Stadt Köln, besteht trotz ihrer städtebaulich relativ gleichartigen Entwicklung aus Quartieren unterschiedlichen Charakters. Bezeichnungen wie Agnesviertel, Belgisches Viertel, Volksgartenviertel oder dergleichen rufen mannigfaltigste Assoziationen hervor. Das Zugehörigkeitsgefühl der Bewohner zu einem der "Veedel" ist stark ausgeprägt, auch wenn es schwer definierbar erscheint.

Zu einer bewußteren Identifikation mit einem Viertel können sicherlich die örtlichen Geschichtswerkstätten beitragen, indem sie ihr gesammeltes Wissen in Buchveröffentlichungen einem großen Personenkreis anbieten. Ein derartiges Heimatbuch aus der Feder vieler liegt inzwischen für einen Kölner Vorort, und zwar für Nippes, vor. Ein Band über Mauenheim ist soeben fertiggestellt. Auch Schriften einzelner Autoren, die für ihre Mitbürger Wissenswertes über ihre "Veedel" aus früherer Zeit zusammentrugen, existieren inzwischen für die verschiedensten Vororte

wie beispielsweise Sülz oder Niehl, Brück oder Mülheim. Bücher über einzelne Viertel der Neustadt fehlen allerdings noch. So ist es an der Zeit, auch einem Quartier des schon von der Bevölkerungszahl her nicht minder bedeutenden Stadtteils Neustadt (mit immerhin rund 125.000 Einwohnern zum Zeitpunkt des fast vollständigen Ausbaues im Jahre 1914) publizistische Aufmerksamkeit zu widmen.

Es klang schon an: Jedes Viertel hat seine eigene Geschichte, weitergegeben in Erzählungen von Bewohnern und bewahrt im Gepräge des Viertels selbst, dem gebauten Umfeld. Allerdings handelt es sich zunächst einmal um die Vergangenheit einzelner Bewohner und die einzelner Bauten. Erst die abstrahierende und filternde sowie ordnende und vergleichende Zusammenschau der Einzelschicksale enthält Informationen von allgemeinem Interesse. Es bedarf nicht nur eines gewissen Basiswissens, die Sprache der Bauten zu verstehen und die Erzählungen der Bürger zu überschauen und in ihren geschichtlichen Zusammenhang einzuordnen, sondern auch eines Zeitaufwandes, den der in die tägliche Pflicht genommene Bürger nicht ohne weiteres aufbringen kann.

Die Bürgergemeinschaft Rathenauplatz e.V., die sich ihrem Viertel verpflichtet fühlt, erkannte dieses Informationsdefizit und beauftragte daher die Historikerin Anne Sass, die Vergangenheit des Viertels um den Rathenauplatz in der südwestlichen Neustadt zu erforschen. Die von ihr ermittelten Daten - Mosaiksteine - wurden schließlich unter Mithilfe von Thomas Bischofs zu einem Gesamtbild zusam-

mengesetzt.

Anne Sass erkundete aufgrund zahlreicher Interviews die Historie des Stadtgebietes zwischen Altstadt und Innerem Grüngürtel bzw. Universität. Es gelingt ihr im vorliegenden Buch, das Leben in diesem Quartier von Anbeginn bis heute anschaulich zu schildern, in dem sie immer wieder Bezüge zur Gegenwart, aber ganz besonders auch zur allgemeinen Kölner oder überregionalen Entwicklung knüpft.

Die Menschen des »Veedels« stehen dabei im Mittelpunkt ihrer Betrachtung, und sie versteht es, deren frühere Lebensumstände, Verhaltensweisen und Lebensgeschichten dem heutigen Leser näherzubringen. Anne Sass fand aufgrund der räumlichen Alltagsbeziehungen der heutigen und früheren Viertelbewohner einen ungefähren topographischen Rahmen für ihren Auftrag. Die jeweils viertelübergreifende Infrastruktur der einzelnen Neustadtbereiche ließ keine scharfen Trennlinien zwischen den einzelnen Quartieren entstehen. Der Übergang in die benachbarten Quartiere der Neustadt ist somit fließend und eine allgemeingültige Abgrenzung des Rathenauviertels nicht hinreichend ausgeprägt. Eine der wesentlichen Ursachen hierfür dürfte die innerhalb eines kurzen Zeitraums erfolgte Bebauung nach einem einheitlichen Planungskonzept sein.

Der bauliche Rahmen, in dem sich das Leben im Rathenauviertel seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert abspielte, wird von Anne Sass immer wieder gestreift, konnte aber in ihren Ausführungen nicht näher gekennzeichnet werden, weshalb er im folgenden in zusammenfassender Form skizziert werden soll.

Eine fast lückenlose Bebauung mit nahezu gleich hohen Wohnbauten ist eines der wesentlichen Merkmale der Kölner Neustadt. Aufgrund der Innenstadtlage wurden hier im ausgehenden 19. Jahrhundert vier Vollgeschosse mit ausgebautem Dachgeschoß zugelassen und damit eine Traufhöhe festgelegt, die nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges im Zuge des Wiederaufbaus fünf Vollgeschosse mit wiederum einer Dachetage ermöglichte. Im rückwärtigen Bereich, d.h. im Blockinnern, entstanden gleichzeitig mit den Vorderbauten zahlreiche Anbauten. Wer nun allerdings aufgrund dieser Feststellung glaubt, im Rathenauviertel lediglich ein dichtes und relativ gleichartiges Häusermeer vorzufinden, der irrt.

Schon allein die städtebauliche Gruppierung um das eigentliche Zentrum des Viertels, den weiträumigen, stark begrünten Rathenauplatz, auf den nicht weniger als acht Straßenzüge stoßen, lockert das Ouartier auf. Einen dominanten Akzent setzt an diesem zentralen Platz die monumentale, alle Dächer überragende Synagoge. Ihre Lage an der Roonstraße, die hier an der Längsseite des Rathenauplatzes verläuft, bewirkt gleichzeitig eine Hervorhebung dieses Straßenzuges. Gleichsam als Kontrapunkte zu der sehr behäbigen, neuromanisch gestalteten Synagoge besitzt die Roonstraße in beiden Richtungen jeweils einen hoch aufragenden abschließenden Blickfang: im Südosten den 82 m hohen schlanken Turm der Herz-Jesu-Kirche im neugotischen Stil und am nordwestlichen Ende den ebenfalls herausragenden mächtigen Turm der altkatholischen Auferstehungskirche im historisierenden Jugendstil. Die Roonstraße ist als längste Straße des Rathenauviertels, das sie diagonal durchzieht, demnach nicht nur eine Hauptverkehrsachse, sondern zugleich auch die zentrale geistige Linie, auf die sich einst noch mehr als heute das Leben orientierte. Bei aller Verschiedenheit der stilistischen Formensprache wurde bei den genannten Sakralbauten nicht der preiswertere Backstein, sondern aufwendiger Naturstein verwandt. Anders war dies bei den sich mehr in das jeweilige Straßenbild einordnenden Baukomplexen der Schule in der Lochnerstraße und des Dominikanerklosters in der Lindenstraße sowie der Vielzahl von Gebäuden des Augustahospitals jenseits der Eisenbahnlinie an der Zülpicher Straße – sämtlich Großbauten mit Backsteinfassaden als Besonderheit innerhalb ihrer von Stuckfassaden geprägten Umgebung.

Doch zurück zum grünen Zentrum des Rathenauviertels. Im Umkreis dieses grö-Beren Grünbereichs waren wie bei der gesamten Grünplanung der Neustadt durch den damaligen Stadtbaumeister Stübben nicht nur benachbarte Straßen zusätzlich mit Grün vorgesehen, sondern weitere Grünflecken, wo immer möglich, beispielsweise an Großbauten (z.B. an der Herz-Jesu-Kirche) oder auf kleineren Plätzen (vor der Herz-Jesu-Kirche, Beethovenplatz). Baumbestandene Straßenzüge, Vorgärten oder auch nur Baumplätze an Straßengabelungen sollten einen sichtbaren Ausgleich für die dichte Blockbebauung schaffen. Die damals realisierte Konzeption hat sich im wesentlichen bis heute erhalten.

Die Roonstraße ist als Alleestraße ausgebildet. Der begrünte und allseitig von Baumreihen gesäumte Rathenauplatz wird durch eine breite Mittelallee im gesamten Verlauf der Beethovenstraße mit dem kleineren baumbestandenen Beethovenplatz und schließlich mit der einst repräsentativen und ebenfalls stark durchgrünten Ringstraße, in diesem Abschnitt dem Hohenstaufenring, verbunden. Auf den begrünten Beethovenplatz mündet die in weiten Teilen mit Vorgartengrün ausgestattete Mozartstraße. In entgegengesetzter Richtung wird das Grün des Rathenauplatzes von den beiden gegenüber der Beethovenstraße einmündenden Straßen, Görres- und Lochnerstraße, in Form von Vorgartengrün bis in die anliegenden Straßenabschnitte der Dasselstraße weitergeführt.

Nicht zuletzt dieses geplante Grün im öffentlichen Raum bzw. auch auf von der Straße einsehbaren Privatgrundstücken bewirkte, daß sich an den genannten Straßen - teilweise auch nur an bestimmten Abschnitten - bevorzugt Wohnlagen herausbildeten. Die Nähe zur Eisenbahnlinie in der Dasselstraße wurde damals weniger negativ empfunden, sondern als technische Errungenschaft gewertet, weshalb hier ähnlich wie an den übrigen genannten Straßen teilweise Bauten mit hochherrschaftlichen Wohnungen entstanden. Diese Wohnungen waren zunächst sehr viel geräumiger als solche in den bisherigen traditionellen, fünf bis sechs Meter breiten Dreifensterhäusern der Altstadt oder der Vororte. Die Frontbreiten der Neustadthäuser betrugen bis zu zehn Meter bzw. bei der selteneren zweiseitigen Erschließung das Doppelte. Schon beim Betreten zeichneten sich die Häuser für wohlhabendere Bevölkerungskreise durch eine aufwendigere Hausflurgestaltung aus, z.B. Marmorstufen im Vorflur, teure Fliesenverkleidung sowie Stuck und/oder Malerei an Wänden und Dekken. Den Treppenaufgang zierten kunstvolle Antrittspfosten und gedrechselte Geländerstäbe. In den Wohnräumen schmückte Stuckzierat unterschiedlichster Art die Zimmerdecken, ganz besonders diejenigen der straßenwärtigen Räume. Die Gestaltungsvielfalt innen und außen nahm mit der Qualität der Wohnlage zu. Umgekehrt verringerte sich mit zunehmender Abseitslage vom grünen Umfeld der Abwechslungsreichtum der Baugestaltung. Dies hing nicht zuletzt auch von den Ambitionen der einzelnen Bauherren ab.

Während an den unbegrünten, weniger attraktiven Straßen wie beispielsweise der Kyffhäuser- oder der Heinsbergstraße einige Spekulanten jeweils gleich mehrere Bauten nebeneinander gewisserweise in Serienbauweise errichteten, wurden auf den durch angrenzendes Grün aufgewerteten, teureren Grundstücken ausschließlich Bauten im Auftrag individueller Bauherren erstellt. Verschiedenartigste Vor-

bauten wie Erker, Balkone, Loggien oder Risalite (bis zum Sockel hinuntergezogene »Erker«), prägen diese Bauten ebenso wie aufwendige Dachausbauten mit großen Ziergiebeln. Die mannigfaltigen und reichen Ausgestaltungen dieser Vor- und Aufbauten, die zudem in den unterschiedlichsten Kombinationen an ein und demselben Bau auftreten können, ergeben äu-Berst abwechslungsreiche Straßenfronten. Auffallend ist, daß gerade in den »besseren« Straßen (Roon-, Beethoven-, Dassel-, Görres- und Lochnerstraße sowie am Rathenauplatz) die Häuser sehr häufig als unterstes Geschoß ein Souterrain aufweisen, während es fernab von diesem grünen Wohnumfeld meistens fehlt. Das etwas unter dem Straßenniveau ansetzende Souterrain galt nicht als Vollgeschoß, konnte durch Gewerbetreibende, die oft zugleich die Hausmeisterfunktion ausübten, genutzt werden, und ermöglichte neben den bevorzugten Wohnungen in den Obergeschossen zusätzliche Mietwohnungen für anspruchsvolle Personenkreise im ebenfalls begehrten sogenannten Hochparterre.

Allein schon infolge der Grünplanung bildeten sich demnach unterschiedliche Wohnstraßen heraus, wobei selbstverständlich auch andere Faktoren zur sozialen Differenzierung beitrugen. Hervorzuheben ist, daß sich hier im Rathenauviertel Bereiche für vornehme, bürgerliche oder Arbeiterwohnungen mehr straßenoder auch straßenabschnittsweise ergaben, wohingegen die bauliche und damit auch soziale Differenzierung in anderen Neustadtgebieten viel großräumiger war. Soziale Unterschiede spielten im Rathenauviertel keine wesentliche Rolle.

Die sparsam verzierten Hausfronten mit den vereinfachten und variationsärmeren Schmuckformen hielten ebenso wie die reicher geschmückten Gebäude-

fassaden strenge architektonische Grundformen mit axialer Gliederung und dem Schweregesetz folgendem klaren tektonischen Aufbau ein. Neuklassizismus, Neurenaissance und Jugendstilfassaden kamen je nach Entstehungszeit der Gebäude zwischen 1890 und 1905 in den Straßen mehr oder weniger gehäuft vor. Die ältesten Straßen des Viertels, die Hochstaden-, Kyffhäuser-, Heinsberg- und Beethovenstraße, besitzen vornehmlich Fassaden mit Anklängen an die Renaissance, während an der Roonstraße und auch am Rathenauplatz der gleiche Formenkanon vorherrscht, aber durchsetzt ist mit vereinzelten Rokokoformationen wie Muscheln oder Kartuschen. Jugendstilelemente besitzen vor allem Fassaden der Lochnerstraße sowie einige Gebäude in der Görres-, Roon-, Meister-Gerhard- und Dasselstraße, Iede Straße besitzt darüber hinaus ihre stilistischen Eigenheiten, wobei sich gewisse Stilelemente häufen. Die Fronten der Boisseréestraße beispielsweise kennzeichnet eine mehr horizontale Gliederung, die großenteils durch eine über die gesamte Fassade sich erstreckende horizontale Fugung zustande kommt.

Gegenwärtig besitzen die Straßenzüge Wohnbauten aus der Entstehungszeit in sehr unterschiedlichem Umfang. Das Innere dieser Altbauten ist aufgrund von Zerstörungen oder auch größeren Erneuerungsmaßnahmen bzw. Umnutzungen, auf die Anne Sass im einzelnen eingeht, vielfach stark verändert. Die Straßen sind mehr oder weniger stark durchsetzt von neueren Bauten, so daß es heute einigen Vorstellungsvermögens bedarf, sich das frühere Viertel und den Alltag seiner Bewohner vorzustellen. Hierzu will das vorliegende Buch beitragen.

Henriette Meynen Amt Stadtkonservator Köln

Vorwort

Der Alltag der Bürgergemeinschaft Rathenauplatz dreht sich im wesentlichen um Alltägliches, kleine und große Sorgen der Anwohnerinnen und Anwohner: von der Verschmutzung des Kinderspielplatzes, der Parkraumnot, der Belästigung von Frauen im Viertel, der angedrohten Kündigung einer Wohnung bis zu dem viele störenden Lärm und Gestank durch das Leben in einem Vergnügungsviertel.

Durch den Druck ständig auf aktuelle Ereignisse reagieren zu müssen, geraten oft längerfristige Perspektiven zum Leben hier am Platz in Vergessenheit.

Aufmerksamen Zeitgenossinnen und Zeitgenossen haben wir es zu verdanken, daß uns das hundertjährige Bestehen des Viertels nicht entgangen ist.

Im Zusammenhang mit der Frage, wie das Leben am Rathenauplatz in Zukunft gestaltet werden soll, rückte so auch zwangsläufig die Frage nach der Geschichte des Viertels in den Vordergrund. Wir stellten jedoch fest, daß unser Wissen über die Lebensumstände der Menschen, die früher hier gelebt haben, recht lückenhaft war.

Da zudem schon lange der Wunsch bestand, das Viertel und vor allem die Platzfläche neu zu gestalten, lag es nahe, sich zunächst einmal intensiv mit der Geschichte des Platzes zu beschäftigen. Mit Hilfe des Arbeitsamtes Köln konnte die Bürgergemeinschaft Rathenauplatz e.V. eine Historikerin als ABM-Kraft mit dieser recht schwierigen Aufgabe betrauen.

Wir freuen uns, daß das Ergebnis dieser Arbeit nun in Buchform vorliegt und hoffen, damit unter anderem einen kleinen Beitrag »Wider das Vergessen« zu leisten und auch der unzulässigen Reduzierung des Viertels auf das Etikett »Kwartier Latäng« entgegenzuwirken.

Die Bürgergemeinschaft Rathenauplatz e.V. – Veedelstreff –

Einleitung

»Der Rathenauplatz, der ist doch irgendwo am Eigelstein«, »Ist das nicht dort, wo das alte Rathaus ist«, »Ich kenne schon vieles hier in Köln, aber den Rathenau-

platz kenne ich nicht...«

Diese Antworten gaben uns Passanten auf der Schildergasse, die wir fragten: »Wo bitte geht es zum Rathenauplatz?« Andere wiederum konnten sehr genau die Lage des Platzes bestimmen, aber ein Rathenauviertel kannte niemand: »Der Platz zählt zur Innenstadt«, »Das Kwartier Latäng ist dort«, waren in diesem Falle die häufigsten Antworten. Nicht nur Außenstehenden fällt die Eingrenzung des Viertels schwer; selbst die Bewohnerinnen und Bewohner des Viertels können diese Frage nicht eindeutig beantworten: Für einige sind die Grenzen des Viertels im Osten und Westen die Roon- und die Dasselstraße, im Norden und Süden die Lindenund die Zülpicher Straße. Manche zählen zusätzlich die Beethoven- und die Mozartstraße sowie den Hohenstaufenring hinzu, andere beziehen auch die Lützowstraße mit ein. Für die Stadtverwaltung gehören noch die Kyffhäuserund die Engelbertstraße hinzu.

Ein Grund für die Schwierigkeiten bei der Eingrenzung des Viertels liegt sicher in seiner Entstehungsgeschichte: Während Lindenthal, Nippes oder Mülheim im Zuge der Eingemeindungen von einer eigenständigen Gemeinde zu einem »Kölschen Veedel« wurden, entstand das Rathenauviertel infolge der 1881 begonnenen Stadterweiterung auf dem Reiß-

bret

Im vorliegenden Buch gehen wir auf die Suche nach dem Gesicht dieses auf den ersten Blick konturlos erscheinenden Stadtteils. Wir zeichnen die Geschichte seiner Entwicklung auf, und die Geschichten der Menschen, die hier lebten und leben. Nicht zuletzt gehen wir dabei der Frage nach, wie aus einem »Viertel ruhiger Zurückgezogenheit« mit einem hohen Anteil jüdischer Kultur ein von Verkehrsund Kneipenlärm geprägtes Viertel hektischer Betriebsamkeit werden konnte.

Der Alltag in Vergangenheit und Gegenwart wird anhand von Bildern, Dokumenten, Augen- und Zeitzeugenberichten lebendig. 20 Frauen und Männer aus Köln, Israel, Großbritannien und Chile, deren Lebensgeschichten mit dem Rathenauviertel verknüpft sind, wurden für diese Publikation befragt. Teilweise werden die Zeitzeugen namentlich genannt, teilweise nicht; dies war eine persönliche Entscheidung der Befragten.

Von all den Alltags- und Viertelgeschichten konnten nur einige ausgewählt werden. Besondere Schwerpunkte sind der Alltag von Frauen und die Geschichte der jüdischen Gemeinde in der Roon-

straße.

Aufgrund der anderen historischen Eckpunkte war es notwendig, dem jüdischen Leben im Viertel ein eigenes Kapitel zu widmen, was auf keinen Fall heißen soll, daß es zwischen jüdischer und nichtjüdischer Bevölkerung keinerlei Berührungspunkte gab und gibt.

Es bleiben immer Lücken und Fragezeichen, dennoch hoffen wir, daß Leserinnen und Leser auf den folgenden Seiten ein buntes, vielfältiges Mosaik finden, das dem Viertel Konturen gibt und bewußtmacht, daß das Leben am Rathenauplatz

viele Gesichter hatte und hat.

Platzumbenennungen als Spiegelbild der Geschichte

Für die alteingesessenen Viertelbewohnerinnen und - bewohner ist und bleibt der Mittelpunkt des Viertels der Königsplatz, wohingegen sich bei den in der Zeit des Nationalsozialismus Aufgewachsenen der Name »Horst-Wessel-Platz« eingeprägt hat, auch wenn sie diesen nicht gern in den Mund nehmen. Daß der Platz bereits von 1923–1933 Rathenauplatz hieß und gerade diese erste Umbenennung zu heftigen Reibereien zwischen den Ratsparteien führte, ist hingegen den wenigsten bekannt.

Anhand der dreifachen Umbenennung läßt sich ein Stück Geschichte, die Geschichte eines heute über 100 Jahre alten

Viertels, ablesen, und darüber hinaus wird vielleicht ein Stück Stadt- und Kulturgeschichte deutlich.

Wie die Straßen-, Platz- oder gar Ortsumbenennungen in der ehemaligen DDR nach der Wiedervereinigung aufzeigen, ist die Namengebung öffentlicher Räume stets eng mit politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten verknüpft und löst nicht selten heftige Diskussionen aus. Die Auseinandersetzungen Ende 1992 wegen einer etwaigen Namensänderung des Breslauer Platzes in Willy-Brandt-Platz weisen ebenfalls darauf hin, wieviel Wirbel eine auf den ersten Blick banal erscheinende Namensänderung auslösen kann.

»Festplatz oder Dünggrube?«

Von der Weyerkaul zum Königsplatz Ursprünglich war auf dem Gelände des heutigen Rathenauplatzes die »Weyeroder Kreuzkaul« oder genauer gesagt:

heutigen Rathenauplatzes die »Weyeroder Kreuzkaul« oder genauer gesagt:
eine zwischen Stadtmauer und erstem
Festungsrayon liegende sumpfige Senke.
Bedingt durch die im Jahre 1881 begonnene Stadterweiterung gehörte dieses Gebiet nun zum Bebauungsgebiet der Stadt
Köln. Der damalige Stadtbaumeister
Stübben plante hier einen großzügig angelegten Volksgarten. Damit wollte er die
Kosten für die ansonsten notwendige
Aufschüttung der Senke einsparen (siehe
Abb. 16, S. 35).

Lediglich das Gebiet bis zur äußeren Ringstraße, also die Roon-, die Mozart-, die Beethoven- und die Engelbertstraße, war als Wohnbereich eingeplant. Da die Grunderwerbsverhandlungen mit den zahlreichen Besitzern des plötzlich wertvoll gewordenen Brachlandes aber nicht den gewünschen Verlauf nahmen, mußte der Volksgarten weiter südlich angelegt werden (siehe S. 37).

Stübben beabsichtigte nun die Anlage eines Platzes, der sich für die »Aufstellung größerer Truppenmassen oder Menschenmengen für Volksfeste, für die Zusammenstellung des Carnevalszuges und sonstiger Festzüge« geeignet hätte (Stübben, in: Köln und seine Bauten, S. 263). Geplant war, diesen »würdigen Festplatz« mit einem von zwei Flaggenmasten und Springbrunnen flankierten Königsdenkmal auszustaffieren (vgl. Kier, Geschichte, System, Bauten, S. 168).

Als aus dem Land vor den Toren der Stadt schließlich ein Platz wurde, brauchte

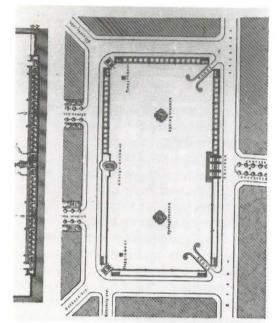


Abb. 1 Entwurf zur architektonischen Gestaltung des Königsplatzes, undatiert

er natürlich einen angemessenen Namen. So beschlossen die Stadtverordneten im Jahre 1887 die Benennung nach König Friedrich Wilhelm IV. (1795-1861), der sich schon in jungen Jahren mit Planungen bezüglich des Domfortbaues beschäftigt hatte. Nach seiner Thronbesteigung im Jahre 1840 setzte er sich für dessen Weiterbau ein, so daß im Jahre 1842 mit der Wiederaufnahme der Bautätigkeiten begonnen werden konnte. Mit der Namengebung sollte ihm dafür gedankt werden. Das Kürzel Königsplatz reichte dem Ratsmitglied Meuser allerdings nicht, da es nicht prägnant genug denjenigen benenne, den man ehren wolle. Meuser setzte sich daher für den Namen »Friedrich-Wilhelm-Platz« ein. Die übrigen Verhandelnden waren aber schließlich einhellig der Meinung, die kürzere Fassung sei die einprägsamere. Es blieb folglich bei dem Namen »Königsplatz« (vgl. Verhandl. d. Stadtv., 18. 11. 1887).

Nicht nur der Platzname war einem Förderer des Dombaues gewidmet, son-

dern auch die umliegenden Straßen: Die Boisseréestraße ist nach Sulpiz Boisserée (1793-1854) benannt. Er war als Kunstkenner und Sammler bekannt, lernte im Jahre 1813 Friedrich Wilhelm IV, kennen und war wie dieser nicht unwesentlich an der Durchführung des Domfortbaues beteiligt. Der Namengeber der benachbarten Straße, Josef Görres (1776-1854), hatte sich in Wort und Schrift für den Dom eingesetzt.

Stefan Lochner malte 1442 ein noch heute im rechten Seitenflügel des Doms zu sehendes Stadtpatronenbild, wodurch er ebenfalls zum Kreis der Namengeber gehörte.

Außerdem wurde bei der Straßenbenennung des ersten Dombaumeisters von Köln, Meister Gerhard von Ryle, gedacht, der um 1248 lebte. Die übrigen Straßennamen sind anderen Personenkreisen gewidmet: Der Namengeber der Heinsbergstraße ist Philipp von Heinsberg. Dieser war von 1168-1191 Erzbischof von Köln Anderer Erzbischöfe wird bei der Engelbert-, der Hochstaden- und der Dasselstraße gedacht. Demgegenüber erhielten die Roon- und die Lützowstraße - wie auch Moltke- und Bismarckstraße - ihre Namen von preußischen Kriegs- und Staatsherren.

In diesem hehren Kreise durften auch berühmte Musiker nicht fehlen, an die, auf das Viertel bezogen, die Beethovenund Mozartstraße erinnern, wobei dies in der Nachbarschaft ferner bei der Richard-Wagner- und der Händelstraße geschieht.

Der Hohenstaufenring hingegen ist, wie die anderen Ringstraßen, nach einem Königs- oder Fürstengeschlecht benannt. Die Namen der das Viertel umgrenzenden Straßen verweisen schlicht und einfach auf die Orte, die auf diesen Wegen zu erreichen sind: Lindenthal und Zülpich.

Aber zurück zur Geschichte des Platzes. Die Idee Stübbens, den »Königsplatz« als Fest- und Aufmarschplatz anzulegen, zerschlug sich. Hingegen bewilligten die

Stadtverordneten zu Beginn des Jahres 1891 42.000 Mark für die Ausführung einer Gartenanlage auf dem Königsplatz. Zum Vergleich: 1887 waren für die Anlage des Volksgartens 483.000 Mark zur Verfügung gestellt worden.

Drei Jahre zuvor hatten sich allerdings schon die ersten Anwohnerinnen und Anwohner über den Zustand des Grundstükkes beklagt, das sich langsam zu einer »Dünggrube im großen Maßstabe« entwickle, weil sich dort die gesamte Müllabfuhr Kölns vereine (KStA, 22. 11. 1888).

Schließlich sah die Verwaltung ein, daß der bereits in Verruf geratene Platz möglichst bald zu einem attraktiven, anziehenden Mittelpunkt des entstehenden Viertels werden müsse, denn »je eher der Platz in dieser Gegend angelegt sei, derselbe ihr auch desto eher zur Zierde gereiche und auch desto eher die Bauthätigkeit dort angeregt werde« (Verhandl. der

Stadtv., 8. 1. 1891).

Mit den oben genannten Mitteln wurde der 27.740 Quadratmeter große Platz, der somit etwas größer als der 27.210 Quadratmeter umfassende Neumarkt ist, noch im Jahr 1891 gärtnerisch gestaltet. Verwirklicht wurde die vom städtischen Gartendirektor Kowallek vorgeschlagene Begrünung: Rundum eine Allee mit Platanen, in der Mitte eine mit Sträuchern umrandete Rasenpartie. Insgesamt wurden mehr als 200 Bäume und 260 Meter blühende Sträucher, insbesondere Flieder, gepflanzt. An zwei Punkten legte man Kinderspielplätze an, und rund um den Platz boten zahlreiche Bänke ausreichende Sitzgelegenheiten.

Um den Platz mit den angrenzenden Straßen zu verbinden, wurden Wege angelegt. Gegen die Durchführung dieses Planes hatten lediglich zwei Stadtverordnete Einwände erhoben, da sie um die Sicherheit der Anwohnerinnen und Anwohner fürchteten. Deshalb schlugen sie vor, erst wenn die Bäume eine gewisse Höhe hätten, die Sträucher anzupflanzen,

so daß die Passage nicht für jedermann unheimlich werde. Diesem Vorschlag widersprach der Bürgermeister Wilhelm Becker: »Das bleibe doch etwas halbes. Der Plan sei ein Ganzes und wenn man davon nur einen Teil ausführe, schaffe man etwas Unvollständiges. Das mache auch lange nicht den gehörigen Eindruck in schönheitlicher Beziehung. Nun frage es sich, ob mit der vollständigen Anpflanzung irgend welche Gefahr verbunden sei. Nach den Ausführungen der Herren Vorredner klinge es, als ob Leib und Leben der Passanten auf dem Spiele stehe, als ob Mörder und Diebe aus den Gehölzen herausstürzen würden. Das sei übertrieben. Zudem führten doch rings herum Straßen, man sei also nicht gezwungen, über den Platz zu gehen.« (ebenda) Der Bürgermeister hatte das letzte Wort.

Trotz der Begrünung und Gestaltung kam der Platz bereits im September 1891 nochmals negativ in die Schlagzeilen. Ein Anwohner beschwerte sich wiederum über die Mißstände auf dem soeben neugeschaffenen Königsplatz. Er gleiche einem »Pontinischen Sumpf« - das ist eine stark versumpfte Küstenlandschaft südöstlich von Rom -, denn die Abwässer der Heinsbergstraße würden in eine Vertiefung auf dem Platz geleitet (KStA,

12. 9. 1891).

Lieber Sprechjaall Ich bitte Dich, an einem ber nun herrschenden sonnenburchleuchten Nachmittage im Intercse des sich von der bei bei, einen kleinen Soggagan nach dem neugekacssenen Du bienst, einen kleinen Soggagan nach dem neugekacssenen Sönigsplot zu machen. Und der sägebaute Boons und hendsbergstraße stött, wirst Du eine ziemlich geräumlige Terrainvertienung sinden, der eine eigentümliche Bestimmung zugewiesen ist. Diese Vertreiung bient nämlich dazu, die Abwösser der linksseitigen Jäufer der Deinsbergstraße aufzunehmen und hat sich infolge dessen in einen "Bontmischen Sumpl" derwandelt. Und einer Zestung im Gebel eines Haufe der Deinsbergstraße aufzunehmen und hat sich infolge dessen in einen "Bontmischen Sumpl" derwandelt. Und einer Zestung im Gebel eines Haufe der Deinsbergstraße quitt sindig eine sammt teilweise ih den Boden eindertut, größtenteils ober als Sumpl sehen blidt und die Luft mit ichreftlichen Westund erstütt. Welchgeitig diebet der versimpste Boden eine Bruistäte sum Kleichzeitig blibet der versimpste Boden eine Bruistäte für Müden, Schweißstiegen u. s. w., die in Nitziaden umherschwarmen und die ganze Umgegend belössigen. Untraut bernungert teilweise den Eumpspiegel, aus dem sich sortwasperad Bläschen enwickeln, die an der Oberstäcke platen und dann ihren Arsthound in de Untweiphare entlenden. Sollte es da nicht geboten erscheinen, im Interesse der umwohnenden Vernichtelen. Botte

Abb. 2 Mißstände am Königsplatz, KStA, 12. 9. 1891

Spiechsal.

(gür Sprechlate und unier der Nubert "eitnessend" an dieser Seile derössenkliche Anteilungen übereinund die Abeatilon eine Verantwortung.)

Bwischen zwei Punkten bildet die gerode Linke die Kregies Beröhnebung. Diesem machemalischen Erfolge sogensche des Entwohner der Lockner und Dossellenke, deren Weg meisten über die Beetspoenstraße sinder, den in ig hez fah zu überscheiten. Were neder Diedering feilen die sinder die noche Aber voch gefallenem Schwe der Begen in den Wegel Ver dieser in glich diernal nindelens guräckzungen das, desse des dieser nur den angehalb der Stadt wohnenden Agrartem anzuhösten psiegen, werden der Verlagen und der Verlagen und der Verlagen der Verlagen der Verlagen der Verlagen der Verlagen der Verlag

Abb. 3 Mißstände am Königsplatz, KStA, 30, 1, 1904

Ein Jahr später erschien wieder ein Beschwerdebrief, aus dem abzulesen ist, daß die gewünschte Bautätigkeit zwar zu verzeichnen war, es aber dadurch, vor allem für Kinder, zu erhöhten Gefahren kam. Überdies warf der Schreiber die Frage auf, ob jemand das immer noch gering bebaute Gebiet durch unsachgemäße Abfallbeseitigung und Entsorgung von Latrinenfässern in »bösen Geruch« bringen wolle (LA, 18. 9. 1892).

»Tumultartige Skandalszenen« Vom Königsplatz zum Rathenauplatz

Der Platz behielt seinen »königlichen« Namen nur bis Anfang der zwanziger Jahre, denn die Stadtverwaltung rang sich nach langwierigen Diskussionen dazu durch, ihn zum Gedenken an Walther Rathenau (1867-1922) umzubenennen.

Der promovierte Elektrophysiker und Schriftsteller Walther Rathenau begann nach dem Ersten Weltkrieg seine kurze politische Karriere, die er mit dem Leben bezahlen sollte. Als Vertreter der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) -

Erst im Zusammenhang mit der Einweihung der Synagoge in der Roonstraße im März 1899 wird hervorgehoben, daß der mit Platanen bestandene und mit einer Gartenanlage versehene Platz »ein reizendes Schmückstück« in der Neustadt sei und den »vornehmen Charakter des Viertels« unterstreiche (KStA, 22. 3. 1899).

Zu Anfang des Jahrhunderts machten Anwohnerinnen und Anwohner ein weiteres Mal ihrem Ärger Luft: Sie beschwerten sich über die Zustände der Wege und über die unzureichende Beleuchtung (vgl. KStA, 30. 1. 1904). Wie die Betrachtung der aktuellen Situation des Platzes noch zeigen wird, bot dies nicht nur vor fast hundert Jahren Anlaß zu Beschwerden.

Trotzdem entwickelte sich der Platz zu einem wahren Zentrum für das Viertel: hier trafen sich die Viertelbewohnerinnen und -bewohner zu einem »Klaaf« und tauschten Neuigkeiten, aber auch ihre Probleme aus. Und, was in der Großstadt besonders wichtig war und ist, die Kinder fanden hier einen geschützten Raum für ihre Spiele, wenn sie nicht gerade vor dem für den Platz verantwortlichen Gärtner davonliefen.

von Mai bis Oktober 1921 als Wiederaufbauminister, von Januar 1922 bis Juni 1922 als Außenminister - bemühte er sich darum, die Folgen des verlorenen Krieges für Deutschland in erträglichen Grenzen zu halten.

Wichtigstes Ereignis kurz vor Rathenaus Ermordung war der Vertrag von Rapallo, der die Wiederaufnahme von wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrußland vorsah. An dem Vertragsabschluß war Rathenau maßgeblich beteiligt. Fortan diskriminierten ihn die rechten Kreise nicht nur als Iude, sondern beschimpften ihn auch als Erfüllungspolitiker und »Freund der Bolschewisten«. Es blieb nicht bei Beschimpfungen: Am 24. Juni 1922 wurde Rathenau in seinem offenen Wagen auf der Fahrt zum Außenministerium hinterrücks erschossen. Die Täter, zwei junge Rechtsradikale, konnten einige Wochen später gestellt werden. Nach der Ermordung Rathenaus fanden in vielen Städten Demonstrationen statt. Auch in Köln kam es Anfang Juli 1922 zu einer Protestkundgebung. Diese vor allem von der SPD und der KPD unterstützten Aktionen sollten in erster Linie ein offenes Bekenntnis zur Republik sein: Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden dazu aufgefordert, »nicht eher zu ruhen, bis alle Nester der Reaktion in Verwaltung, Justiz, Reichswehr und Polizei ausgeräuchert seien« (K.Ztg., 5. 7. 1922). Während dieser Demonstration kam es zu Ausschreitungen; am anderen Tag war in der Presse von Verletzten und Verhaftungen die Rede.

Aber was hat dies - abgesehen vom Namen - mit dem Platz zu tun, der zudem in jenen Tagen noch Königsplatz hieß?

Bereits am 6. Juli 1922 stellte die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag betreffs Straßenumbenennungen an den Rat der Stadt Köln. Laut diesem Antrag stand der Vorschlag im Raum, sowohl den Hohenzollernring als auch den Kaiser-Wilhelm-Ring aus dem Stadtbild »verschwinden« zu lassen. Statt dessen sollten diese fortan die Namen der ermordeten Politiker Walther Rathenau und Matthias Erzberger tragen. Erzberger war ein Jahr zuvor ebenfalls einem Attentat zum Opfer gefallen.

Die Kommunisten stellten sogar noch weitergehende Forderungen: Sie verlangten die Streichung aller Namen von öffentlichen Einrichtungen, Straßen und Plätzen, die an die Monarchie erinnerten

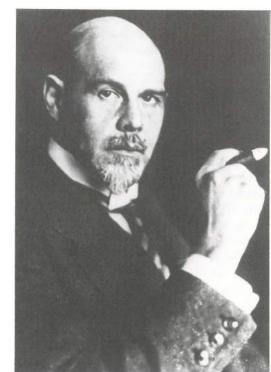


Abb. 4 Walther Rathenau, o. I

sowie die Beseitigung aller Denkmäler monarchischen Ursprungs. Diese Anträge lösten eine Grundsatzdiskussion über die republikanische Gesinnung einzelner Ratsmitglieder aus, denn wie schon in der bewußt provokant formulierten Antragstellung zum Ausdruck kam, ging es den Initiatoren darum, klare Positionen zur republikanischen Staatsform einzufordern. Der Grund dafür lag in der politischen Instabilität der Weimarer Republik. Immer noch hatten republikfeindliche rechte Kräfte in Militär und Justiz großen Einfluß. Deshalb bestand zu Recht die Befürchtung, diese Kreise könnten auf Dauer die Demokratie untergraben. Trotz seines Scheiterns hatte beispielsweise der Kapp-Putsch im Jahre 1920 vor Augen geführt, daß es zahlreiche Republikfeinde gab, die - notfalls auch mit Gewalt - die

alte autokratische Ordnung wieder herstellen wollten. Hinzu kam, daß sich im Bewußtsein der deutschen Bevölkerung die sogenannte »Dolchstoßlegende« festsetzte. Diese von rechten Kreisen gezielt in Umlauf gesetzte Legende führte die Niederlage im Ersten Weltkrieg nicht auf militärische Ursachen zurück, sondern darauf, daß die linken gesellschaftlichen Kräfte der deutschen Armee den vernichtenden Stoß gegeben hätten, indem sie im November 1918 die Revolution ausriefen. Insofern gerieten linke Gruppierungen ins Zwielicht, während rechte für viele weiterhin als die Verfechter der wahren gesellschaftlichen Ordnung galten. So hatte das monarchistische Weltbild immer noch unzählige Anhängerinnen und Anhänger, die nicht einmal aus den unsäglichen Greueln des Ersten Weltkrieges und dessen Folgen etwas gelernt zu haben

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, daß die besagten Anträge eine heftige, emotionsgeladene Debatte auslösten. Als der Stadtverordnete Neuhauser (KPD) darüber hinaus auch noch den Vorschlag machte, doch die Kammachergasse - in jenen Tagen als Zentrum der Prostitution stadtbekannt - in Hohenzollernring umzubenennen, gipfelten die Auseinandersetzungen zwischen rechten und linken Parteiangehörigen in Beschimpfungen und Handgreiflichkeiten: Nachdem Neuhauser von der rechten Seite als gemeiner Kerl, der nicht in den Rat gehöre, beschimpft worden war, entgegnete dieser dem Sprecher der Rechten völlig entrüstet: »Herr Brües, wenn Sie noch einmal gemeiner Kerl sagen, Sie Lausehund, so haue ich Sie in die Fresse.« (Verhandl. d. Stadtv., 6. 7. 1922) Diese vulgären Äußerungen führten keineswegs zur Schlichtung des Streites, zumal die politischen Gegner Neuhauser daraufhin mit weiteren Zurufen bedachten, die Neuhauser nicht auf sich beruhen lassen konnte. Er griff die

Redner erneut – diesmal nicht nur verbal – an: So mußte es sich beispielsweise Herr Kaiser von der Deutschen Volkspartei gefallen lassen, als »Schurke, Sauhund, drekkiger Misthaufen und elender aufgewärmter Leichnam« beschimpft zu werden (ebenda).

Dem damaligen Oberbürgermeister Konrad Adenauer blieb nichts anderes übrig, als die Sitzung zu unterbrechen.

Die Presse kommentierte anderentags den Tumult während der Stadtverordnetenversammlung mit folgenden Worten: »Die gestrige Sitzung war die erste seit Bestehen der Versammlung, in der es zu lärmenden Auftritten größeren Stils und zu Versuchen der äußersten Linken, gegen Mitglieder der Rechten tätlich zu werden, kam.« (K.Ztg., 7. 7. 1922)

Doch die Stadtverordneten standen mit ihren »unerhörten Skandalszenen« nicht allein, auch im preußischen Reichstag war es am selben Tag zu »Lärmszenen« gekommen, deren Auslöser ebenfalls Anträge waren, die im Zusammenhang mit der Ermordung Rathenaus gestellt worden waren (ebenda).

In der nächsten Ratssitzung gelang nach einer ausführlichen Rede Adenauers und einer anschließenden, ein wenig gemäßigteren Diskussion doch noch ein Kompromiß. Es wurde festgelegt, den Teil des Deutschen Ringes, der von der Neusser Straße bis zur Greesbergstraße reichte, »Platz der Republik« (heute: Ebertplatz) zu taufen und je eine Straße oder einen Platz nach den ermordeten Reichsministern Rathenau und Ezberger zu benennen. Eine Kommission bekam den Auftrag, geeignete Orte für die Umbenennung ausfindig zu machen. Bis endlich etwas geschah, verging nochmals ein halbes Jahr. Schon im Dezember 1922 hatte die Kommunistin Henriette Ackermann auf das ihr unverständliche Hinauszögern der Umbenennungen aufmerksam gemacht. Im Februar 1923 faßten die Verordneten endlich den Entschluß, den Königsplatz in

Rathenauplatz und den Königin-Luise-Platz in Erzbergerplatz umzubenennen.

Ob diese Wahl getroffen wurde, weil es sich beim Königsplatz um einen nicht gerade im Mittelpunkt des Interesses stehenden Ort handelte, läßt sich heute nicht mehr feststellen.

Nach der Umbenennung rückte der Platz jedoch mehr und mehr ins Bewußtsein der Bevölkerung, denn das Arbeitsamt, das damals in der nahegelegenen Badstraße (heute: Schaevenstraße) ansässig war, mußte aufgrund der hohen Arbeitslosenzahlen Ende der zwanziger Jahre auf den Rathenauplatz ausweichen;

hier wurde eine Baracke errichtet, und fortan war nicht mehr nur auf dem Ring eine Schlange von Arbeitslosen zu sehen, die zum »Stempeln« anstanden, sondern auch auf dem Platz. So waren es Ende der zwanziger Jahre neben den Viertelbewohnerinnen und -bewohnern die Arbeitslosen, die den Platz bevölkerten und hier ihre Probleme besprachen. Sogenannte Originale, wie Dr. h. c. Braun, lenkten die Menschen ein wenig von ihren Alltagssorgen ab. Dr. h. c. Braun stellte sich zum Beispiel auf ein Podest und hielt politische Reden, die das Motto hatten: »Für alle genug, für keinen zu wenig.«

»Ein sichtbarer Ausdruck der nationalen Revolution« Vom Rathenauplatz zum Horst-Wessel-Platz

Lediglich zehn Jahre sollte der Rathenauplatz an den 1922 ermordeten Außenminister erinnern. Wieder wurde eine Platzumbenennung vorgenommen, da den Nationalsozialisten ein nach einem Juden und Demokraten benannter Platz ein Dorn im Auge war. Die »nationale Gesinnung« fand schon vor dieser Umbenennung ihren Ausdruck darin, daß Hetzparolen auf den Namengeber des Platzes kursierten.

Am 12. März 1933 fanden die ersten (und letzten) Kommunalwahlen nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten statt. Die Nationalsozialisten erhielten immerhin 39,6 Prozent der Stimmen; bei der vorhergehenden Wahl im Jahre 1929 waren es nur 4,6 Prozent gewesen. Überdies verloren Zentrum und Sozialdemokraten, die zuvor als rotschwarzer Block regiert hatten, die Mehrheit. Zwar waren die Nationalsozialisten nach diesem Ergebnis nicht allein regierungsfähig, aber nachdem sie die Stimmen der Kommunisten (11,1 Prozent) für ungültig erklärt und die Stimmen anderer rechter Parteien

– wie der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot und der deutschen Volkspartei – auf ihrem Konto gutgeschrieben hatten, stand ihrer Machtübernahme im Rathaus nichts mehr entgegen. Trotz der Tatsache, daß diese »Interpretation« des Wahlergebnisses die Demokratie aushöhlte, darf nicht außer acht gelassen werden, daß die Partei – wie die oben genannten Zahlen zeigen – zwischen 1929 und 1933 einen immensen Zuwachs zu verzeichnen hatte.

Schon einen Tag später vertrieben die Nationalsozialisten Adenauer aus seinem Bürgermeistersessel, und am Rathaus wehten die Hakenkreuzflaggen. Nach der Machtübernahme versuchte die Partei, auf alle erdenkliche Weise im Stadtbild und im Alltag präsent zu sein.

Straßen und Plätze wurden ebenso wie öffentliche Gebäude umbenannt. Noch am selben Tag stand in der Presse, der Neumarkt sollte fortan Adolf-Hitler-Platz, der Rathenauplatz Hindenburgplatz und der Erzbergerplatz Freiherr-vom-Stein-Platz heißen.

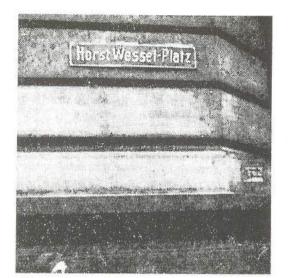


Abb. 5 Straßenschild mit dem »neuen« Platznamen, WB, 16, 3, 1933

Iedoch blieb es nicht bei diesem Beschluß; am 16. März verkündete der Polizeipräsident eine gänzlich andere Entscheidung. In der Presse hieß es: »Auf Anregung des Polizeipräsidenten und in Erfüllung der selbstverständlichen Forderung der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung soll der Sieg der nationalen Revolution im Bilde der Stadt Köln einen bleibenden und sichbaren Ausdruck erhalten.« (KStA, 16.3.1933) In diesem Sinne bekam der Neumarkt keinen anderen Namen, aber der Platz der Republik hieß fortan Adolf-Hitler-Platz, der Erzbergerplatz wieder Königin-Luise-Platz, und auch die dritte Umbenennung aus dem Jahre 1923 wurde rückgängig gemacht: Die Schilder am Rathenauplatz trugen nun die Aufschrift »Horst-Wessel-Platz«. Die Zeichen für die Demokratie, die die republiktreuen Kräfte im Jahre 1923 gesetzt hatten, verschwanden; mit diesen verschwand auch die Demokratie selbst. Der Name »Horst Wessel« wird stets mit dem von ihm 1929 verfaßten »Horst-Wessel-Lied« verknüpft, das während des Faschismus neben dem »Deutschlandlied« zur zweiten Nationalhymne avancierte. Horst Wessel selbst erlag – wie viele seiner Altersgenossen – dem trügerischen Schein von Stärke, Macht und Radikalität, den die Nationalsozialisten für ihn ausstrahlten. Während der sogenannten »Kampfzeit der Bewegung« fungierte er als SA-Führer, der mit Gewalt und Skrupellosigkeit die Interessen der NSDAP vertrat.

Im Alter von 23 Jahren, 1930, starb Wessel an den Folgen einer Schußverletzung. Die Hintergründe für die Tat blieben im Dunkeln; linke Kreise behaupteten, private Streitigkeiten seien die Ursache gewesen, die rechten hingegen, Wessel sei von den Kommunisten erschossen worden. Die dubiosen Umstände seines Todes ermöglichten es jedoch, Horst Wessel zu einem Mythos zu stilisieren. Für ihre Propagandafeldzüge brauchten die Nationalsozialisten derartige »Helden«, die als Vorbilder für die Jugend fungieren konnten. Gerade den zahlreichen jüdischen Bewohnerinnen und Bewohnern des Viertels wird der neue Platzname zu denken gegeben haben, der nicht nur ein Licht auf die antidemokratische, sondern auch auf die antisemitische Grundhaltung der Nationalsozialisten warf. Neben dem anderen Namen bekam der Platz fortan auch eine andere Funktion; jeden Mittwoch und Samstag trat die Hitlerjugend auf dem Platz an, und an nationalsozialistischen Feiertagen formierten sich dort Umzüge der SS und anderer nationalsozialistischer Organisationen S. 137).

»Wäscheleinen und Bombentrichter« Vom Horst-Wessel-Platz zum Rathenauplatz

Als nach zwölf Jahren die nationalsozialistische Diktatur und mit ihr die ganze Stadt in Schutt und Asche lag, begann für unseren Platz wieder eine neue Namensära: Zwar setzte bei der Bevölkerung keineswegs ein tiefgreifender Bewußtseinswandel ein, aber die äußeren Symbole des »Dritten Reiches« verschwanden sehr schnell. Dazu gehörten natürlich unter anderem die den nationalsozialistischen Helden gewidmeten Straßen- und Platzbezeichnungen. Schon am 21. April, also noch vor der Kapitulation Deutschlands am 8. Mai 1945, faßte die von den Amerikanern eingesetzte Stadtverwaltung den Beschluß, den Platz wieder nach Rathenau zu benennen. Zum dritten Male spiegelt eine Umbenennung die veränderte politische Situation. Sollte die Benennung nach Walther Rathenau Anfang der zwanziger Jahre ein Zeichen für die Demokratie setzen, wirkte die Erinnerung an den Juden und Demokraten 1945 eher wie ein Mahnmal für die Ermordung der jüdischen Bevölkerung und für den Untergang der Weimarer Republik.

Von den Folgen des Krieges überschattet war in diesen Tagen auch der Platz selbst. Er war von Bombentrichtern und Schutt übersät, so daß von dem »reizvollen Schmuckstück« kaum noch etwas übrig war. Dennoch suchten die Kinder scheinbar unbekümmert in den Trümmern Raum zum Spielen und Toben, und die Erwachsenen nutzten die wenigen erhaltenen Bänke als Treffpunkt. Da zudem die meisten Trockenspeicher den Bombenangriffen nicht standgehalten hatten, hing die frischgewaschene Wäsche zum Trocknen auf dem Platz. Diese Idylle täuscht aber immens, denn der Bevölkerung standen die harten, von Hunger und Wohnungsnot geprägten Nachkriegsjahre bevor.

Daran konnte auch ein Beschluß der Stadtverordneten, den sie bereits auf ihrer ersten Sitzung faßten, nichts ändern. Sie hatten schon im Oktober 1945 beschlossen, die Aufräumarbeiten in den Grünanlagen beschleunigt durchzuführen, »um der in den Trümmern wohnenden Bevölkerung ausgiebige Gelegenheit zur Erholung zu bieten« (Verhandl. d. Stadtv., 18. 10. 1945).

Trotz dieses guten Vorsatzes begann die Wiederherrichtung des Viertelmittelpunktes erst im Jahre 1947, und in den Nachkriegsjahren entwickelte sich der Platz zunehmend zu einem »Stiefkind« der Stadtplanung. Durch das Aufstellen eines »Bolzkäfigs« wurde ihm seine ursprüngliche Struktur als Naherholungsraum und Flanierplatz genommen. Der



Abb. 6 Kinderspiele im Trümmerschutt, Rathenauplatz, um 1945



Abb. 7 Sommerstimmung auf dem Rathenauplatz, 1946



Abb. 8 Neuanlage des Rathenauplatzes, 1947

In der Gegenwart haben die Platzgestaltung und dessen Sicherheit ebenfalls immer wieder zu Beschwerden geführt: Da war es notwendig, giftige Eisenbahnschwellen, die zur Spielplatzgestaltung eingesetzt waren, abzumontieren und in Form einer Protestaktion vor dem Rathaus abzuliefern. Ferner mußte ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß der

Boden des Platzes mit Schwermetallen vergiftet ist und daher unbedingt ausgetauscht werden muß, ganz zu schweigen von der Sicherheit des Platzes. Er ist weder ausreichend beleuchtet noch bietet er im Dunkeln Übersichtlichkeit, und somit werden speziell Frauen gezwungen, diesen öffentlichen Raum zu meiden.

Am Unmut der Bevölkerung über diese »Mißstände« ändert auch die Tatsache nichts, daß der Platz in den Sommermonaten durchaus weiter als Ort der Erholung genutzt wurde und wird, wobei das seit 1979 bestehende Platzcafé und das alljährlich von der Bürgergemeinschaft Rathenauplatz organisierte Sommerfest zusätzliche Anreize bieten.

Glücklicherweise scheinen die Diskussionen über die Platzumgestaltung nicht umsonst gewesen zu sein; nach drei Bürgeranhörungen sowie vielen Aktionen



Abb. 9 Sommerfest auf dem Rathenauplatz, September 1992

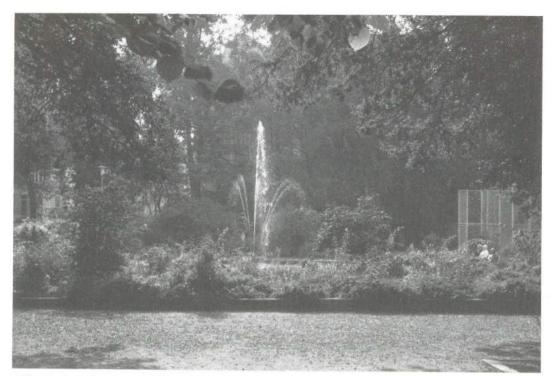


Abb. 10 Springbrunnen auf dem Rathenauplatz, 1976

der Bürgergemeinschaft Rathenauplatz wird diese hoffentlich noch 1993 verwirklicht. Gerade weil der Platz – vor allem aufgrund des nunmehr 100 Jahre alten

Baumbestandes – immer noch eine kleine Idylle in der Stadt und *den* Treffpunkt im Viertel darstellt, war die Erneuerung der Anlage schon längst überfällig.

Stadtentwicklung – mit Blick auf das Rathenauviertel

von Thomas Bischofs

Das Stadtviertel um den heutigen Rathenauplatz entstand vor etwa 100 Jahren als ein geschlossenes Wohnviertel überwiegend großbürgerlicher Prägung. Damit unterschied sich das Viertel in seinem sozialen Charakter beispielsweise vom »Beamtenviertel« am Reichensperger-Platz, aber auch von den Arbeitervierteln etwa am Gereonsbahnhof oder an der Metzer Straße.

Das unterschiedliche soziale Niveau der Viertel in der Kölner Neustadt war vor allem das Ergebnis einer sorgfältigen städtebaulichen Planung durch den damaligen Stadtbaumeister Josef Stübben.

Die andere Sozialstruktur des Viertels ist sicherlich darauf zurückzuführen, daß Stübben schon bei der Planung der Neustadt die verschiedenen sozialen Bereiche abgesteckt hatte. Leute, die hier bauen durften und Grundstücke kauften, waren an den Bebauungsplan gebunden.

Der Charakter des Viertels hat sich im Laufe seiner Geschichte in vielem verändert. Nur wenige Bewohnerinnen und Bewohner der »ersten Stunde« leben heute noch im Viertel, vom einstigen Wohlstand ist heute kaum noch etwas zu spüren. So erinnert sich eine Zeitzeugin: »Das Viertel hat während des Zweiten Weltkrieges seine gesamte Struktur geändert. Als ich 1936 heiratete, hatte mein Vater gesagt: Da ziehst du aber in ein feines Viertel.«« Die sozialen und wirtschaftlichen Umwälzungen dieses Jahrhunderts haben demnach auch im Rathenauviertel ihre Spuren hinterlassen. Die Anlage des Viertels um den heutigen Rathenauplatz, die zahlreichen erhaltenen Gründerzeitbauten, selbst die Straßennamen erinnern jedoch noch heute an die Planung und Entstehung des Viertels um die Jahrhundertwende.

»...das müssen wir sprengen, damit Köln nicht klein werde« Die Stadt Köln auf dem Wege zur ersten Stadterweiterung

Im Jahr 1180 wurde in Köln mit dem Bau einer Festungsanlage, der historischen Stadtmauer, begonnen. Bis zur Entstehung der Neustadt ab dem Jahre 1881 wurde die der Fläche nach »größte Stadt des deutschen Mittelalters« über Jahrhunderte von dieser Stadtmauer begrenzt, von deren Ausmaßen und geographischer

Lage heute noch einige der alten Stadttore, unter anderem Hahnen-, Severinsund Eigelsteintorburg, zeugen (vgl. Kier, S. 16).

Die Stadtmauern und die alten Befestigungsanlagen waren bis zu ihrem Kauf durch die Stadt Köln im Jahre 1881 Eigentum des Landes Preußen. Das den Fe-



Abb. 11 Köln und Umgebung im Jahre 1874 mit Einzeichnung der Rayongrenzen und der projektierten engeren und weiteren neuen Umwallung

stungsanlagen vorgelagerte Gelände war zwar in Privatbesitz, diente aber den Zwecken der Stadtverteidigung, und seine Nutzung war daher den Anordnungen des preußischen Kriegsministeriums unterworfen.

Das Gelände war in drei Abschnitte, sogenannte »Festungs-Rayons« unterteilt, die sich wie Gürtel um die Stadt legten. Die Nutzung dieser Rayons war unterschiedlich restriktiven Bebauungsvorschriften unterworfen. So durfte im ersten Rayon kein festes Gebäude errichtet werden; es handelte sich also um Brach- oder Ackerland, durchzogen lediglich von Straßen oder ebenerdigen Eisenbahntrassen. Der Ort, an dem wenig später der Königsplatz angelegt werden sollte, bestand damals noch aus einer morastigen Senke, der sogenannten Kreuz- oder Weyerkaul. Auch im zweiten Rayon war lediglich die Errichtung leichter Gebäude erlaubt, so daß das gesamte Land in einem Umkreis

von ca. 1000 Metern um die mittelalterliche Stadt praktisch unbebaut war; lediglich im dritten Rayon konnten, wenn auch mit geringfügigen Auflagen, Ortschaften wie Lindenthal oder Nippes entstehen (vgl. ebenda, S. 16 f.).

Îm Zuge der Industrialisierung platzte in der Mitte des 19. Jahrhunderts die historische Stadt Köln aus allen Nähten. Die Bevölkerungszahl war von 52.954 Einwohnerinnen und Einwohnern im Jahre 1816 auf 144.772 im Jahre 1880 angestiegen. Dabei handelte es sich keineswegs um eine lokale Entwicklung; vielmehr war dies Ausdruck eines allgemeinen Verstädterungsprozesses. Der Bevölkerungszuwachs entfiel im Deutschen Reich seit 1830 in erhöhtem Maße auf die Städte. Die unzureichenden Lebensbedingungen in ländlichen Gegenden waren nur ein Grund für diesen Trend. Hinzu kam unter anderem die Einführung der Gewerbefreiheit, die die Entwicklung neuer Industriezweige ermöglichte sowie die »Schaffung eines Verkehrs- und Kommunikationsnetzes, das die Stadt mit dem agrarisch unterstützenden Hinterland und mit anderen Ballungsräumen verband (...)« (Jasper, S. 14). Köln hatte an diesen Entwicklungen regen Anteil: »Auf dem Turm von St. Pantaleon wurde 1832 der erste optische Telegraph errichtet. (...) Am 2. August 1839 befuhr die erste Eisenbahn die Strecke vom Thürmchenswall nach Müngersdorf; es war der Anfang der Bahnlinie Köln-Düren-Aachen.« (Stelzmann, S. 266) Ein Teil der Trasse der später eingeweihten Strecke Köln-Bingerbrück verlief bis 1889 auf dem Gelände der heutigen Engelbert- und der Hochstadenstraße (vgl. Kier, S. 64).

Neben diesen überregionalen Strecken entstanden aber bald auch Verbindungen in die Vororte und innerhalb der histo-

rischen Stadt. Schon 1842 gab es in Köln ein Unternehmen mit von Pferden gezogenen Omnibussen. Von Ehrenfeld und Nippes aus verkehrten in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts die ersten überlokalen Omnibusse, 1878 schließlich fuhren Pferdestraßenbahnen unter anderem auch nach Lindenthal (vgl. Jasper, S. 201). Die dadurch bedingte steigende Mobilität der Bevölkerung verhalf einerseits den Vororten zu ihrer ersten wirtschaftlichen Blüte, andererseits konnten nun immer größere Teile der Kölner Bevölkerung ihren Lebensunterhalt außerhalb der Stadtmauern verdienen. Seltsam vertraut muten in unseren Ohren dagegen die ersten Beschwerden über die neuen Verkehrsmittel an: Neben Berichten über Staus auf der dicht befahrenen Venloer Straße hörte man erste Klagen der Geschäftsleute vom Eigelstein, die

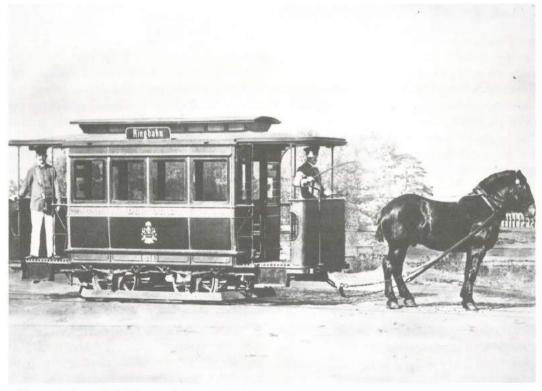


Abb. 12 Kölner Pferdebahn, Ringbahn, um 1895

Bahn fahre zu schnell vorbei und hindere die Leute am Einkaufen (vgl. ebenda, S. 201).

Die Entwicklung dieser neuen Verkehrsmittel und die damit einhergehende Industrialisierung der Ballungsräume hatte jedoch entscheidenden Anteil an der Entwicklung der Kölner Vororte. In den Umlandgemeinden siedelten sich seit den vierziger Jahren erste Industrien an, denen die Arbeiterinnen und Arbeiter folgen mußten, da öffentliche Verkehrsmittel zunächst noch kaum vorhanden waren, und der Wohnraum in der Stadt immer knapper und teurer wurde. Am deutlichsten wird diese Entwicklung der Vororte wohl am Beispiel Ehrenfelds. 1840 lebten in Ehrenfeld erst 32 Einwohner auf zwei Höfen. Diese wurden samt ihren Ländereien vom Ziegeleibesitzer Josef Wahlen wegen des lehmhaltigen, für die Ziegelproduktion hervorragend geeigneten Bodens aufgekauft. Er stellte in seiner Fabrik Ziegel für die Festungsanlagen und die Bautätigkeiten in der Stadt her. Das Land wurde anschließend in eine Genossenschaft überführt, um Bodenspekulationen zu verhindern. Die geringen Mitgliedsbeiträge für die Genossenschaftler ermöglichten es auch einfachen Mitgliedern, Bauland zu erwerben. Nachdem Philipp Hoffmann hier 1845 eine Tapetenfabrik gegründet hatte, folgte rasch ein industrieller Gründerboom. 1868 lebten in Ehrenfeld schon 4000 Einwohner, die in 20 Fabriken Arbeit und Brot fanden (vgl. ebenda, S. 28 f.).

Die 1868 erfolgte Einrichtung der erwähnten Verkehrsverbindungen zwischen Köln und Ehrenfeld verstärkte diesen Trend und beförderte 1908 täglich fast 30.000 Personen sowie Lasten aller Art. Die am Beispiel Ehrenfeld skizzierten Entwicklungen konnten deutsche Großstädte wie etwa Hamburg aufgrund vorhandener Freiflächen innerhalb der eigenen Stadtgrenzen fördern. Die Kölnerinnen und Kölner mußten dagegen dieser Ent-

wicklung vor ihren Toren zunächst tatenlos zusehen, obwohl die Befestigungsanlage mit ihren Rayons angesichts moderner Waffentechnik und immer größerer Reichweite der Geschütze ihre militärische Bedeutung eigentlich längst eingebüßt hatte.

Dies wird in den 1862 erstmals erschienenen Lebenserinnerungen Ernst Weydens deutlich: »Die meisten der Wachhäuser erinnern sich nicht mehr der Turmkappen, die sie einst schützten, strekkenweise hat der Wehrgang auch seine Bedachung eingebüßt. Statt der drohenden Stadtbüchsen drängen sich Schlingpflanzen und Strauchwerk aus den Schießscharten der Bastione und Rondelle, deren Zinnen die Zeit in fröhlich grünende Gärten umgeschaffen hat (...).« (Weyden, S. 10)

So trafen in der Mitte des letzten Jahrhunderts zwei unterschiedliche Problemstellungen aufeinander: In Köln wurden Überlegungen angestrengt, wie eine Erweiterung der Stadt möglich sei, um mit der wirtschaftlichen Entwicklung vergleichbarer Großstädte Schritt halten zu können. In der preußischen Militärverwaltung wiederum diskutierte man, wie die Verteidigung Kölns angesichts der veralteten Festungsanlagen noch garantiert werden könne (vgl. Kier, S. 17).

In den Kölner Gesprächszirkeln von Industrie, Finanzen und Politik kursierten zu dieser Zeit aber noch völlig unterschiedliche Modelle einer eventuellen späteren Stadterweiterung.

Mit der Einsetzung einer Kommission, »die darüber beraten und sich gutachterlich äußern sollte, ob und wie eine Erweiterung anzustreben sei«, gab die Stadtverordnetenversammlung diesen Überlegungen dann am 5. September 1861 zum erstenmal einen institutionellen Rahmen (zit. n. ebenda). Konkreter wurden die Pläne allerdings erst 1864, als der Stadtverordnete Classen beantragte, daß die Stadt sich bei den königlichen Festungsbehör-



Abb. 13 Weyertor, Aquarell, 1878/1879

den um eine Erweiterung der alten Festungsanlage bemühen solle. Gleichzeitig reichte der Stadtverordnete Biercher eine Denkschrift ein, in der die Grundzüge der späteren Stadterweiterung erstmals skizziert sind. Classen unterstrich anfangs die Notwendigkeit einer Stadterweiterung und schlug eine Verschiebung der Stadtbefestigung um ca. 500 Schritt vor.

In den folgenden Jahren wurden in der Stadtverordnetenversammlung noch mehrere auch von privater Seite eingereichte Vorschläge diskutiert, ohne daß es zu konkreten Verhandlungen mit der preußischen Regierung gekommen wäre. Classen hatte in seiner Denkschrift darauf hingewiesen, daß es in der ganzen Angelegenheit um sehr viel Geld gehen würde. Bei einer linksrheinischen Erweiterung mußten die Festungsanlagen der Preußischen Regierung abgekauft

werden und unter Umständen Kosten für die Verlegung der Festungsanlagen erstattet werden. Dagegen ließ der Verkauf der zu bebauenden Grundstücke hohe Gewinne erwarten.

In den darauffolgenden Jahren verhandelten die städtischen Vertreter mit den preußischen Regierungstellen über die Verlegung der Festungsanlagen. Endlich, am 23. Februar 1881, konnte ein Kaufvertrag geschlossen werden, demzufolge die Stadt Köln das Festungsgelände zu einem Preis von 11.794.000 Mark ankaufte. Das mittlere oder westliche Drittel der Umwallung zwischen Gereons- und Weyertor wurde der Stadt am 5. November 1881 übergeben. Südliches und nördliches Drittel gelangten jeweils am 5. Juni 1883 und 1885 in den Besitz der Stadt. Die historische Stadtmauer selbst wurde schon



Abb. 14 Weyertor während des Abbruches, Oktober 1889

am 9. und 10. Juni 1881 den städtischen Vertretern übergeben, und schon am folgenden Tag fand im Rahmen eines großen Volksfestes ein erster Durchstich durch die Mauer statt.

Der damalige Kölner Oberbürgermeister Dr. Hermann Becker bemerkte in der zu diesem Anlaß gehaltenen Rede: »Was unsere Altvordern bauen mußten, damit Köln groß würde, das müssen wir sprengen, damit Köln nicht klein werde.« (zit. n. ebenda, S. 32)

Damit war die erste und wichtigste Bedingung zur Gründung der Kölner Neustadt erreicht; das gesamte Festungsgelände, das die Stadt in den letzten Jahren wie ein Korsett eingeschnürt hatte, wurde Eigentum der Stadt. Der Abriß der Anlagen ging jedoch nur langsam vonstatten, so fiel beispielsweise das am heutigen

Barbarossaplatz gelegene Weyertor erst 1889.

Die historische Stadtmauer wurde jedoch nicht vollständig niedergerissen. Denkmalschützer und Stadtverwaltung führten eine harte Auseinandersetzung um den historischen Wert der Mauern und Tore. Während auf der einen Seite die Verwaltung und die in dieser Frage mit ihr verbundenen Vertreter der Wirtschaft die Festungsanlagen möglichst vollständig niederlegen wollten, formierten sich auf der anderen Seite Denkmalschützer, die um den Erhalt der Anlagen kämpften. In ihren Augen zeugten die Tore und Mauern als Denkmal von der historischen Größe der Stadt. Im Kaufvertrag verpflichtete sich die Stadt Köln, die Torburgen und ein Stück Mauer an der Ulrepforte solange zu erhalten, bis eine Entschei-



Abb. 15 Wettbewerbsentwurf »König Rhein«, 1880, von Karl Henrici und Josef Stübben

dung des Königlich Preußischen Kulturministers vorliegen würde. Dieser entschied kurz darauf, welche Teile der Stadtmauer als Denkmal zu schützen und auf Dauer von der Stadt zu unterhalten seien. So verdanken wir den Erhalt der Hahnentorburg und der anderen noch erhaltenen Teile der alten Stadtbefestigung einer Entscheidung des Königlich Preußischen Kulturministers.

Parallel zu den langwierigen Verhandlungen zum Erwerb der Festungsanlagen begannen die städtebaulichen Planungen der späteren Neustadt. Schon Biercher hatte seiner erwähnten Denkschrift einen ersten Plan der von ihm favorisierten Stadterweiterung beigefügt. In wesentlichen Elementen nimmt er die spätere Gestalt der Neustadt vorweg. So plante Biercher bereits einen ringförmigen Boulevard, wobei er die großen Pariser Boulevards des bekannten Stadtplaners Haussmann und die Berliner Prachtstraße »Unter den Linden« ausdrücklich als Vorbilder nannte (vgl. ebenda, S. 18).

Als sich nach und nach herausstellte, daß die Grenzen der Stadterweiterung aller Voraussicht nach in etwa der von Biercher geforderten Erweiterung entsprachen, schrieb die Stadtverordnetenversammlung einen städtebaulichen Wettbewerb aus. Am 28./29. Oktober 1880 wählten die Preisrichter nach den Vorgaben der Stadtverordnetenversammlung den von Stübben und Henrici gemeinsam unter dem Namen »Vater Rhein« eingereichten Entwurf als den besten Plan aus. Dieser Entwurf enthielt wichtige Elemente aus Bierchers Plänen, so auch den ringförmigen Boulevard. Gleichwohl wurde

festgehalten, daß auch dieser Plan noch einiger Verbesserungen bedürfe (vgl. ebenda, S. 43).

Josef Stübben war es auch, den die Stadtverordneten am 15. Juni 1881 in das Amt des Stadtbaumeisters beriefen. Er hatte bereits seit 1876 einschlägige Erfah-

rungen als Stadtbaumeister in Aachen gesammelt. Die Stadtverordnetenversammlung betraute ihn jetzt mit der Aufgabe, den endgültigen Bauplan zu erstellen, der sich im Zuge seiner Realisierung noch erheblich von seinem im Wettbewerb prämierten Entwurf unterscheiden sollte.

Spekulation und Stadthygiene Hindernisse bei der Entstehung der Neustadt

Stadtbaumeister Stübben nutzte in seinen Entwürfen alle Chancen, die sich ihm bei der Planung der Neustadt boten. In gewachsenen Ortschaften kann Stadtplanung allenfalls behutsam korrigierend eingreifen. Defizite in der Verkehrsführung beispielsweise sind oft nur unter großen Schwierigkeiten zu beseitigen. Die Anlage einer Stadterweiterung dieses Ausmaßes dagegen – im Jahre 1905 lebten bereits mehr als 100.000 Menschen in der Neustadt – stellte somit eine einzigartige Herausforderung an die Planung und ihre Umsetzung dar.

Stübben konnte so allen Anfordernissen, die im Zuge der Industrialisierung an eine moderne Großstadt gestellt wurden, breiten Raum lassen. Verkehr, Infrastruktur und Stadtökologie – zu seiner Zeit noch Stadthygiene genannt – waren ihm besondere Anliegen. Die Qualität seiner Pläne und Entwürfe zeichnete sich besonders dadurch aus, daß er diese Funktionen geschickt zu verbinden wußte.

Am Beispiel der westlichen Neustadt wird dies deutlich:

Stübben reichte schon am 14. Oktober 1881 den vorläufigen Bebauungsplan für das westliche Drittel der Neustadt ein. Die dazugehörigen Karten sind leider nicht mehr vorhanden, zusammen mit anderen Skizzen vermittelt der detaillierte Erläuterungsbericht aber anschaulich, wie Stübben sich die Neustadt und damit auch das

spätere Rathenauviertel vorstellte. Für den heutigen Betrachter ergibt sich daraus ein lebendiges Bild von den Fähigkeiten des Stadtbaumeisters:

Die Neustadt ist entlang einer großen Prachtstraße angelegt, die, wie schon bei Biercher, den Pariser Boulevards nachempfunden ist. Die großzügig bemessene Fahrbahn soll auch dem Verkehrsfluß der Zukunft gerecht werden können und wird beidseitig von Straßenbäumen und neun Meter breiten Bürgersteigen eingefaßt. Die abwechslungsreichen Fassaden zahlreicher öffentlicher Gebäude, - als Beispiel sei hier nur das Opernhaus am Rudolfplatz erwähnt - lockern die Häuserfronten auf. Die Allee lädt zu ausgedehnten Spaziergängen ein und verbindet reich begrünte öffentliche Plätze. Von den Plätzen fließt der Verkehr in ein gut durchdachtes Straßennetz ab. Strahlenförmig treffen sich hier Ausfall- und Diagonalstraßen, die die Neustadtviertel mit der historischen Stadt und durch das Zülpicher Tor hindurch beispielsweise mit dem Vorort Sülz verbinden. Gleichzeitig stellen die größeren Straßen die Grenzen geschlossener Viertel dar: So liegt das Viertel zwischen Dasselstraße und Hohenstaufenring im Westen und Osten, sowie Zülpicher Straße und Lindenstraße im Süden und Norden. Das spätere Rathenauviertel ist um einen großen Park herum angelegt, der als »Volksgarten« der Er-

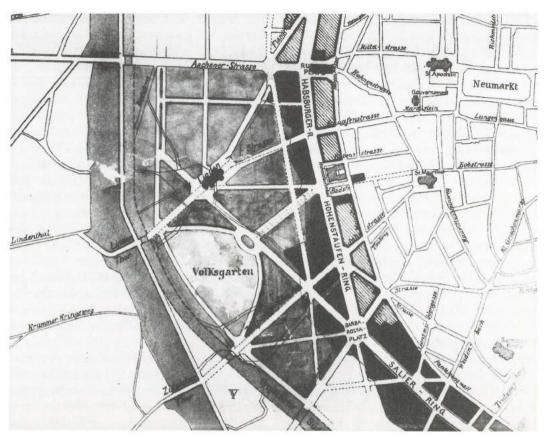


Abb. 16 Stadterweiterung Köln. Übersichtsplan, hrsg. im Dezember 1883 von Stadtbaumeister Stübben, mit handgezeichneten Ergänzungen, u. a. mit dem geplanten Volksgarten

holung der Anwohnerinnen und Anwohner dienen soll. Zusammen mit den Straßenbäumen, beispielsweise in der Zülpicher Straße, sorgt er ständig für frische Luft, die durch die breiten Straßen ungehindert noch den letzten Hinterhof erreicht (vgl. Kier, S. 101). Die Ausfallstraßen trennen auch die Wohnquartiere voneinander. Stübben plante diese als geschlossene Viertel für die unterschiedlichen sozialen Schichten. So sollte die Zülpicher Straße ein Viertel einfacher Angestellter von den eher großbürgerlichen »Herrschaften« des späteren Rathenauviertels trennen. An den Güterbahnhöfen sah Stübben die Quartiere der ärmeren Schichten vor (vgl. Kier, S. 38 ff.).

Die Erwähnung des Volksgartens an Stelle des späteren Königsplatzes läßt schon vermuten, daß nicht alle Vorstellungen Stübbens in die Realität umgesetzt werden konnten.

Im folgenden soll daher auf drei Hindernisse eingegangen werden, die sich Stübben bei der Umsetzung seiner Planung in den Weg stellten. Dabei handelte es sich damals um die Baulandspekulation, die Kölner Bauverordnung sowie die Verhandlungen über den künftigen Verlauf der Eisenbahntrassen.

Die Tatsache, daß es sich bei der Stadterweiterung um ein unbebautes Gelände handelte, das mit ca. 450 Hektar Fläche größer als die gesamte historische Stadt war (ca. 400 Hektar), läßt schon vermuten, daß An- und Verkauf von Grund und Boden damals ein lukratives Geschäft waren.

Durch den Ankauf des Festungsgeländes fiel ein großer Teil an die Stadt Köln. »Dann teilten sich den Besitz des nächstliegenden, ehemaligen Rayongebietes der alten Festung die Urbesitzer, wie Gemüsebauern und Ziegellandbesitzer und Kölner Bürger, die schon 20 und 30 Jahre vor Beginn der Stadterweiterung den Boden erworben hatten, teilweise in Erwartung seiner Wertsteigerung bei kommender Erschließung.« (Lenz, zit. n. Kier, S. 106)

Je näher der Baubeginn heranrückte, desto höher stiegen die Preise für Rohland. Die Stadtverordneten begünstigten diese Entwicklung: Schon bei den ersten Berechnungen des Kaufpreises für das Festungsgelände kalkulierten die Vertredem Verkauf von Baugrundstücken. Zur Deckung des Kaufpreises und zur Finanzierung notwendiger öffentlicher Investitionen veräußerte die Stadt einen großen Teil des Bodens in öffentlichen Auktionen. Die Stadt verkaufte insgesamt ca. 105 Hektar Grund als Bauland. Dabei handelte es sich sowohl um ehemaliges Festungsgelände als auch um billig angekauftes Rohland, das nach seiner Erschließung erheblich an Wert gewonnen hatte. Die Stadt trug in ihrer Rolle als größte Bodenspekulantin dazu bei, die Bodenpreise in schwindelnde Höhen zu treiben. In manchen Fällen verkaufte sie in ihrem Übereifer sogar Gelände, das für öffentliche Bauten benötigt wurde, so daß sie später beim Rückkauf Verluste hinnehmen mußte. »Bis 1887 waren 46 Hektar aus dem Festungsgelände zu einem Durchschnittspreis von 45 Mark abgesetzt. 1888-1894 wurden 7 Hektar, 1895-1899 8 Hektar zu bedeutend höherem Preis abgesetzt, im Durchschnitt etwa zu 80-90 Mark.« (ebenda, S. 108)

Diese Spekulationen, an denen sich neben der Stadt auch private Konsortien und Finanzierungsgesellschaften beteiligten, behinderten Josef Stübben erheblich in der Umsetzung seiner Pläne. Ursprünglich wollte er ca. 25 Prozent des Baulandes für die Anlage von Straßen, Plätzen und öffentlichen Gebäuden reserviert wissen. Er kämpfte »daher bei der Aufstellung seiner Bebauungspläne konsequent um jeden Quadratmeter öffentlicher Fläche« (Kier, S. 93).

Nicht immer konnte er sich dabei gegen den Kämmerer durchsetzen. Für die Stadtverordneten war die Baulandspekulation in erster Linie ein verlockendes Geschäft. Sie konnten dabei nicht nur für die Stadt Köln, sondern manchmal auch für sich persönlich – wie beispielsweise der Stadtverordnete Dr. Peter Joseph Roeckerath – hohe Gewinne erzielen.

Festungsgelände kalkulierten die Vertreter der Stadt mit einem hohen Gewinn aus dem Verkauf von Baugrundstücken. Zur Deckung des Kaufpreises und zur Finanzierung notwendiger öffentlicher Investi-

»Hermann Heinz Klamt, der ein sehr hartes Urteil über die Kölner Stadterweiterungspolitik fällt, glaubt, daß die Sorge für die Wohnungsprobleme der minderbemittelten Bevölkerungsschichten der damaligen Verwaltung völlig gefehlt habe. »Insbesondere«, so schreibt er, »wurde der Arbeiterklasse nicht die leiseste Möglichkeit geschaffen, dem spekulativen Häuserbau zu entgehen. Die Arbeiterschaft blieb vielmehr genötigt, ihre Wohnungen entweder in den alten mittelalterlichen oder in den der frühen Spekulationsperiode entstammenden Häusern zu behalten (...).« (zit. n. Jasper, S. 118)

Auch für Stübben stellte die Spekulation mit öffentlichem und privatem Boden ein entscheidendes Hindernis bei der Verwirklichung seiner Pläne dar.

Dies hatte Auswirkungen auf die Anlage des Rathenauviertels:

Am Ort des heutigen Rathenauplatzes befand sich vor der Stadterweiterung die schon erwähnte Senke, die Kreuz- oder Weyerkaul. Um die umliegenden Häuser an das Straßenniveau anzugleichen, wurden sie doppelt unterkellert. In einem dieser Keller in der Roonstraße befand sich noch bis in die vierziger Jahre eine Abfüllanlage der Spirituosenfirma »Kabänes«. Um dieses Gelände nicht vollständig auffüllen zu müssen, sahen die Pläne Stübbens den Volksgarten zunächst tatsächlich inmitten des Rathenauviertels vor.

Die Stadt hätte zur Anlage des Volksgartens Grundstücke aus Privatbesitz ankaufen müssen. Deren Preise waren allerdings schon stark angestiegen, und viele Bodenspekulanten zögerten in Erwartung weiter steigender Preise mit dem Verkauf. Ein Mitglied der Stadtverordnetenversammlung half der Stadt aus dieser Verlegenheit. Er kaufte Land im südlichen Drittel der Stadterweiterung, wo die Bodenpreise deutlich niedriger lagen als im Westen. Dieses Land bot er dann der Stadt zum Selbstkostenpreis an, damit sie dort einen großzügig gestalteten Park anlegen könne. So änderte Stübben seine Planung. Nun sahen seine Entwürfe im Rathenauviertel einen Festplatz vor (siehe S. 15).

Stübben wollte den Platz schon 1888 anlegen lassen, doch auch dabei mußte er den finanziellen Interessen der Stadtverordneten gegenüber nachgeben. Damit nimmt eine Entwicklung ihren Anfang, die in der gegenwärtigen Verschleppung der dringend notwendigen Platzsanierung ihre Entsprechung findet. Das Protokoll der Verhandlungen der Stadtverordnetenversammlung zu Köln vom 3. November 1887 zitiert den Stadtverordneten Pflaume wie folgt: »Er stimme der (vorher skizzierten, Anm. T. B.) Anlage des Platzes vollständig zu, aber nicht der sofortigen Anlage desselben. Er meine, die Stadt haben keine Veranlassung, den Adjacenten (= Anwohnern, Anm. T. B.) den Platz jetzt gleich herzustellen. (...) Billiger würde es sein, wenn man fünf bis sechs Jahre warte und das so bequem gelegene Terrain als Ablagerungsplatz für Schutt hergebe.«

Die Bodenspekulationen hatten weiteren Einfluß auf die Bebauung des Viertels. Stübben hatte hier ursprünglich eine lokkere Bebauung vorgesehen. Aufgrund der hohen Grundstückspreise versuchten die Bauherren jedoch, so dicht wie möglich zu bauen, damit die Rendite entsprechend hoch ausfallen konnte.

Erleichtert wurde ihnen dies durch die wenig restriktive Kölner Bauverordnung. In dieser Verordnung wurde die »größtmögliche Bebauung des Grundstücks auf dreiviertel seiner Fläche festgesetzt« (Lenz, zit. n. Kier, S. 102).

In schmalen Straßen durfte nur dreigeschossig gebaut werden. Die Bauherren gingen bis an die Grenzen dieser Verordnung, so daß sich an die repräsentabel errichteten Vorderhäuser zahlreiche Querbauten bis zur erlaubten Bebauungsgrenze anschlossen. An einigen Stellen im Viertel ist diese Hinterhofbebauung bis heute sichtbar.

Da das Rathenauviertel als eines der ersten Stadtviertel erschlossen wurde, hatten spätere Veränderungen der Bauverordnung wenig Konsequenzen für das Viertel. Obwohl Stübben versuchte, dieser Entwicklung zu begegnen, indem er beispielsweise in der Lochner-, der Görresund der Dasselstraße die Anlage von Vorgärten vorschreiben ließ, fiel die endgültige Bebauung wesentlich dichter aus, als seine Pläne dies zunächst vorsahen. Die Verhandlungen um die Verlagerung der Eisenbahntrassen gestaltete sich äußerst langwierig und führte nicht in allen Teilen zu den von Stübben gewünschten Ergebnissen. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß beispielsweise die Trasse der Eisenbahnverbindung von Köln nach Bingerbrück ebenerdig entlang der späteren Hochstaden- und Engelbertstraße verlief, so wird deutlich, daß ein Anheben und eine Verlagerung der Eisenbahntrassen zur Unterführung von Straßen für eine zukunftsweisende Stadtplanung unabdingbar war. Andernfalls wären etwa große Teile des Rathenauviertels von der Innenstadt abgeschnitten worden. Aufgrund der zu erwartenden hohen Kosten einer



Abb. 17 Barbarossaplatz, um 1885

Trassenverschiebung zogen sich die Verhandlungen jedoch hin, und Stübben konnte nicht in jedem Falle seine Vorstellungen durchsetzen. So wollte er zunächst im Rahmen einer Gesamtlösung den Hauptbahnhof auf das Gelände des Güterbahnhofes Gereon verlagern, um die Rheinfront attraktiver zu gestalten. Mit diesem Plan konnte er sich jedoch aus Kostengründen nicht durchsetzen. Im Rathenauviertel dagegen erreichte er seine Ziele. Daraufhin wurde die Bahnstrecke an den Rand der neuen Stadtbefestigung verlegt und so hoch gebaut, daß der Verkehr ungehindert fließen konnte. Diese Umbauten konnten jedoch erst im Jahre 1889 beendet werden, so daß mit der Bebauung des freiwerdenden Geländes bis dahin gewartet werden mußte.

Am Beispiel des Rathenauviertels wird deutlich, daß Josef Stübben gravierende

Kompromisse bei der Umsetzung seiner Pläne machen mußte. Dichte Bebauung sowie die Anlage des Platzes anstelle des Volksgartens beeinträchtigten auf Dauer die von Stübben geförderten »stadthygienischen« Qualitäten.

Als die vorläufige Planung erst einmal abgeschlossen war, ging alles sehr rasch; die gesamte Neustadt entstand in nicht einmal zwanzig Jahren, was gemessen am Umfang der Bauvorhaben ein ungeheuer kurzer Zeitraum ist.

Nach einer ersten Versteigerung von Grundstücken durch die Stadt wurde am am 22. April 1882 am Hohenzollernring der Grundstein für das erste Haus in der Neustadt gelegt; das Bauen begann. Schon am 1. Oktober 1882 wurde der Ring zwischen Gereons- und Weyertor (heute: Christophstraße und Barbarossaplatz) eröffnet. Auch im Bereich des



Abb. 18 Hohenstaufenbad, um 1890

Rathenauplatzes wurde ab 1887 mit dem Bau erster Häuser begonnen, zumal dieses Viertel ja im ersten von der Militärverwaltung freigegebenen Drittel der Neustadt gelegen war. Wie schon erwähnt, konnte sich Stübben mit seiner Konzeption einer aufgelockerten Bebauung nur begrenzt durchsetzen.

An das gutbürgerliche Viertel um den Rathenauplatz schloß sich ab der Zülpicher Straße ein wesentlich einfacheres kleinbürgerliches Viertel an (vgl. ebenda, S. 121). Sofern die Häuser die Luftangriffe im Zweiten Weltkrieg überstanden haben, lassen sich noch heute die Unterschiede beider Viertel zum Beispiel an Fassaden in der Beethovenstraße einerseits, der Kyffhäuserstraße andererseits besichtigen.

Trotz ihrer Planung auf dem Reißbrett fanden die Viertel und ihre Bewohner schnell ihre spezifische Identität, wenngleich Heinsbergstraße und Meister-Gerhard-Straße als Übergangsstraßen zum benachbarten Viertel gelten konnten. Die rasche Identifikation der Bewohnerinnen und Bewohner mit »ihrem« Viertel lag wohl auch an der vorausschauenden Planung Stübbens, der die von den Bewohnern benötigte Infrastruktur viertelsnah anlegte. So fanden die Bewohner im Viertel beziehungsweise an dessen Rändern Kirchen, eine Synagoge, Schulen, Einzelhandel und Gewerbe, kulturelle Einrichtungen und Freizeitstätten wie die zahlreichen Gaststätten oder das prächtige Hohenstaufenbad. Diese Einrichtungen entstanden in der Regel nicht zufällig, vielmehr waren sie von vornherein fester Bestandteil der städteplanerischen Überlegungen Stübbens.

Vom Stadtrand in die Innenstadt

Das Rathenauviertel bis zur Machtergreifung

Die Stadterweiterung wurde begonnen, ehe Klarheit über den Verlauf der künftigen Stadtgrenzen herrschte. Die Vertreter der Stadt waren an einer möglichst großräumigen Eingemeindung auch der Umlandgemeinden interessiert, zumal wichtige städtische Einrichtungen, wie etwa das städtische Gaswerk in Ehrenfeld, Zoo und Flora außerhalb der Neustadt auf außerstädtischem Gelände lagen. Dennoch entschied am 12. November 1883 die Preußische Regierung per »Allerhöchster Kabinettsordre« (Jasper, S. 31), daß die neue Umwallung gleichzeitig neue Stadtgrenze sei. Diese verlief also am Rathenauviertel in etwa auf der Höhe des heutigen Zülpicher Walles. Dies änderte sich allerdings schnell und so konnte die Stadt schon 1888 mit der Eingemeindung von Ortschaften wie Ehrenfeld, Müngersdorf, Poll und Deutz ihr Stadtgebiet um 900 Prozent auf 10.100 Hektar vergrößern (vgl. ebenda, S. 30). Die vormals auf Kosten Kölns erstarkten Gemeinden gehörten nun mit ihren wirtschaftlichen und finanziellen Ressourcen zur Stadt. Das Rathenauviertel, nur kurze Zeit in be-

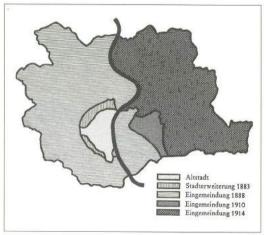


Abb. 19 Die Entwicklung des Kölner Stadtgebietes

schaulicher Randlage, rückte jetzt in die Innenstadt. Dies wurde auch durch die erneute Verlagerung der Festungsanlagen, diesmal bis zum heutigen Militärring, erreicht.

Die Eingemeindung wurde durch die weitere Entwicklung der Verkehrsmittel stark forciert. In den Jahren bis zum Ersten Weltkrieg spielte der Individualverkehr nur eine unbedeutende Rolle: Die ersten Automobile wurden zunächst nur belächelt oder bestaunt. Der öffentliche Nahverkehr band auch das Rathenauviertel an die Innenstadt und die Vororte an. So endete in der Schaafenstraße die Vorortbahn aus Lindenthal, der sogenannte »feurige Elias«. Das Fahrgastaufkommen der Pferdebahnen war weiter gestiegen, und das Streckennetz wurde verdichtet. Der Betrieb war für die Stadt mittlerweile so wichtig geworden, daß sie die lukrativen Unternehmen 1899 aufkaufte; das Streckennetz hatte nun eine Länge von 66 Kilometern. Der Kauf der Gesellschaften durch die Stadt war eine wichtige Voraussetzung für die ab 1901 erfolgte Elektrifizierung des Streckennetzes. Zusätzlich zu den Straßenbahnen entstanden bis 1913 sieben Kleinbahnverbindungen. Seit 1893 fuhr über die Lindenstraße die Köln-Frechen-Benzelrather Eisenbahn, eben jener schon erwähnte »feurige Elias«.

Im Jahre 1914 gab es neben dem hervorragend ausgebauten öffentlichen Verkehrsnetz lediglich 10.000 motorisierte Fahrzeuge für den Lasten- oder Personentransport (vgl. Jasper, S. 203 ff.).

Für die Bewohner des Rathenauviertels machte sich die neue Lage im Zentrum der Stadt zunächst allerdings kaum bemerkbar, da ihr Viertel im Westen durch die neue Eisenbahntrasse begrenzt wurde und die Umwallung erst 1911/12 eingerissen wurde (vgl. Meynen, S. 31). Neustadt



Abb. 20 Vorgebirgsbahn, Luxemburger Straße, um 1920

und Vororte wuchsen in der Folge aufeinander zu und werden aber bis heute durch den inneren Grüngürtel und später auch durch die Innere Kanalstraße voneinander getrennt. Der Grüngürtel war eine der großen Leistungen Konrad Adenauers als Oberbürgermeister, wenngleich auch andere Kölner Persönlichkeiten ihren Anteil daran hatten. Seine Entstehung wurde von mehreren Faktoren begünstigt. Zum einen hatte die Stadterweiterung die dringendste Wohnungsnot zunächst beseitigt; man war nicht mehr so unter Druck, und hatte so genügend Zeit, aus den Fehlern der dichten Bebauung der Neustadt zu lernen und diesbezüglich zu planen. Der Erste Weltkrieg verzögerte einen Baubeginn auf diesem Terrain nochmals erheblich. Zum anderen war in der Zwischenzeit die Bedeutung öffentlicher Grünanlagen für die Wohnqualität in den Großstädten immer deutlicher geworden. So

konnte sich Adenauer damit durchsetzen, die zum Teil schon vorhandenen Grünanlagen auf diesem Gebiet miteinander zu verbinden und den Grüngürtel als »grüne Lunge« Kölns zu planen . Zusammen mit dem Stadtwald trägt sie noch heute zum Ruf Kölns als einer der grünsten Großstädte Deutschlands bei.

Die Stadterweiterungen von 1910 und 1914 hatten, obwohl sie das Stadtgebiet auf nunmehr fast 20.000 Hektar vergrößerten, für das Viertel als solches wenig Bedeutung. Köln hatte seine Ausdehnung nun seit 1881 vervielfacht und war damit größte Stadt des Kaiserreiches; das Rathenauviertel war mittlerweile fertiggestellt, und für seine Bewohnerinnen und Bewohner erschien es wohl zunächst wichtiger, ihr Viertel zur neuen Heimat zu gestalten.

Nachdem die Anlage des Königsplatzes bis 1891 fertiggestellt worden war, die er-



Abb. 21 Rathenauplatz und Umgebung, Luftaufnahme 1928

sten Häuser errichtet und Straßen gebaut wurden, begann sich das Leben im Viertel allmählich zu entwickeln. Doch wie sah dieses dann aus? Nahm die von Stübben avisierte Klientel das Viertel tatsächlich an, wie lebten die Menschen im Viertel?

Wenden wir uns zunächst dem baulichen Erscheinungsbild sowie der Bevölkerungsstruktur des Viertels zu. Entgegen den Vorstellungen Stübbens wurden die Grundstücke ja fast bis auf den letzten Meter behaut.

Aufgrund der fortschreitenden dichten Bebauung stieg die Anzahl der Bewohnerinnen und Bewohner der Neustadt stetig an: Schon 1914 betrug die Einwohnerzahl mit 124.000 ein Vielfaches gegenüber der der Altstadt. Um 1884 bewohnten im Schnitt ca. 20 Personen ein Wohngebäude, gegenüber 14 in der Altstadt. Eine Ursache hierfür war auch die in vielen Städten voranschreitende Urbanisierung. Die Stadterweiterung förderte eine Entwicklung, wie sie ähnlich in anderen europäischen Städten stattfand: Die Innenstädte entwickelten sich stärker zu reinen Geschäftszentren: Wohnen und Arbeiten begannen sich zu trennen. Die Neustadt bot die dafür notwendigen Wohnquartiere

Das für die Altstadt typische Kölner »Dreifensterhaus« wurde nur selten errichtet, vielmehr entwickelte sich in der kurzen Bauzeit der Neustadt hier der Typus der Rheinischen oder Kölner Mietskaserne. Auch wenn es für heutige Ohren paradox erscheinen mag, selbst im gehobenen Rathenauviertel entstanden diese Mietskasernen, natürlich hauptsächlich in hohem Standard. Dies ließ sich meist schon an der Fassadengestaltung ablesen. In großen Teilen der westlichen Neustadt herrschte der sozial gemischte Typus der Mietskaserne vor, in der sich die Bewohnerinnen und Bewohner der Vorderhäuser gesellschaftlich stark von denen der

Kölner Wohnungsnachweis

Königsplatz

hochherrsch. 1. Etage per l. April zu verm. gr. prichty. Zimm. grosse Lache mit Spind, kpl. Bad Manurd new. Die Wohnung Widden Wunschen entsprech. movien: dieselbe hat ein grosse Loggia mit prachty. Aussicht md ist stagestattet mit elektr. Licht Kachelofen, Parkett becheid daselbst und Roon-

4280. 1. Ferns. A \$594.

6 |cone Bimmer, gr. Alice in Wandpt. n Spind, Mani. pp. Die Wohnung wird vollständig renoviert, hat Ertier, Kachelden, Hod- und Leuchtgas pp. und ift per 1. April gu permieten.

Beideld: Roonfir. 30, Op.

3. Etage, 53immer, Auche, evil. hpl. Bad. Man]., Keller, Leucht-u heizgas, 3 3immer Parkett-boden, auf-rst preiswert zu ver-mieten Beicheid F. Müller, hansabaus 3.16. Tel. 11 2053 2

Das Dermietungsharo für und Umgebung in allen Großen und Preislagen, mit und ohne Beigung, befindet fic 2b

Grob, gut mobl. Erbergimm. mit Baderidt, u. Schreibtijd ju permieten. Lochnerftr. 22, 11. b

3. part., bolw. kl. anft. Fa. M.ifter Berhardfrr. 22, Eigt. L

Gut mobl. 3immer mit Denflon

Abb. 22 Wohnungsanzeigen, LA, 20. u. 26. 3. 1914

An- und Ouerbauten unterschieden (vgl.

Jasper, S. 120). In der Mozart- und der Beethovenstraße fand man den Typus der herrschaftlichen Mietskaserne vor, der imposant ausgestattet war und höchstens mit einer Seite an das nächste Haus angrenzte. Arbeitermietskasernen einfachster Ausstattung wie sie zum Beispiel in der Mainzer Straße zu finden waren, fanden sich im Viertel nicht. Die Kölner Mietskaserne, der Berliner Mietskaserne nachempfunden, glich dieser in ihrer vierstöckigen Bauweise, ihr Hof war jedoch nicht wie in Berlin von allen Seiten umbaut, sondern je nach Typus lediglich von einer bis zu drei Seiten. Mietskasernen Berliner Art wurden vereinzelt erst nach der Jahrhundertwende gebaut. Der Grund dafür war die weiter steigende Bevölkerungskon-

Die gehobene Qualität der Wohnhäuser galt mit kleinen Unterschieden für das gesamte Viertel. Lediglich Boisserée-, Heinsberg- und Meister-Gerhard-Straße fielen dagegen etwas ab. Hier fanden und finden sich zum Teil noch etwas schlichtere Fassaden und weniger großzügig geschnittene Grundstücke; die Eckgrundstücke zum Platz hin sind allerdings wieder herrschaftlicher Prägung.

Die Dasselstraße entsprach von ihrer Fassadengestaltung und dementsprechend von der Bevölkerungsstruktur eher einer Mittellage (vgl. Lenz, in: Kier, S. 192).



Abb. 23 Hohenstaufenring, 1910



Dabei darf man natürlich nicht heutige Maßstäbe anlegen. Neuerdings gilt ja das Wohnen in Häusern aus der Gründerzeit schon an sich als erstrebenswert und selbst einfache Häuser aus der damaligen Zeit, zumal, wenn sie modernisiert wurden, werden den Bauten der fünfziger und sechziger Jahre in jedem Fall vorgezogen. Doch zurück in die zwanziger Jahre.

Obwohl das Viertel gemessen am pro-Kopf-Einkommen seiner Bewohner einen gehobenen sozialen Standard aufwies, lassen sich durchaus Unterschiede ausmachen. So wohnten in der Beethoven- und der Mozartstraße mit ihrer Nähe zum Ring vorwiegend Bewohner mit gehobenem Einkommen. In der Görres- und der Lochnerstraße eher Bezieher unterer Einkommen. Gemessen am Einkommens-

Abb. 24 Eckhaus, Rathenauplatz 7, um 1970

niveau der gesamten Neustadt gab es vergleichsweise wenige Einwohnerinnen und Einwohner mit geringem Einkommen. Gegenüber den Straßen zwischen Eifelstraße und Zülpicher Platz nahm sich selbst die Dasselstraße als eine durchaus wohlhabende Straße aus.

Daß die soziale Planung im Sinne Stübbens als gelungen betrachtet werden kann, zeigt sich besonders am Kriterium der Berufszugehörigkeit: Die mit Abstand am stärksten repräsentierte Berufsgruppe war die der Kaufleute, Fabrikanten und Direktoren. So lebten 1926 in der Mozart-

straße insgesamt 32 Angehörige dieser Berufe gegenüber ganzen 12 ungelernten Arbeitern und Handwerkern. Selbst in der Dasselstraße betrug das Verhältnis 23 zu 21 (vgl. Conrad, Tabelle 6a-c). Wenn man dann noch berücksichtigt, daß in dieser Statistik das Dienstpersonal der herrschaftlichen Haushaltungen nicht extra aufgeführt wurde, sondern vermutlich unter die Rubrik »ungelernte Arbeiter« subsumiert wurde, so kann man das Rathenauviertel bis zum Zweiten Weltkrieg mit Recht als ein äußerst wohlhabendes Viertel bezeichnen.

Von der nationalsozialistischen Stadtplanung zur Enttrümmerung

Zerstörung und Wiederaufbau des Viertels

Die Kapitulation Deutschlands am 8. Mai 1945 verhinderte, daß die Nationalsozialisten große Teile der Innenstadt niederreißen und mit ihrer pompösen pseudoklassizistischen Architektur »verschandeln« konnten. Sieht man sich heute Modelle damaliger Stadtplanung an, so erschrickt man förmlich beim Gedanken daran, wie die Stadt hätte aussehen können. Hauptbestandteil dieser Vorstellungen war eine weiträumige Ost-Westachse, welche sich von Deutz bis weit in den Kölner Westen ziehen sollte. Rechts und links dieser Achse waren uniforme riesige Wohnblocks gedacht. Am Aachener Weiher sollte neben dem dorthin zu verlegenden Hauptbahnhof das 1934 angelegte und ohnehin schon große Aufmarschund Festgelände erweitert werden. Dieses sollte seine Entsprechung in Deutz finden. Hier war neben dem Aufmarschgelände das sogenannte »Gauforum« in Form eines riesigen Kuppeldomes geplant (vgl. Hagspiel, in: GiK, S. 89 ff.). In der Gestaltung hätte es wohl den noch in Nürnberg vorhandenen Reichsparteitags-

gebäuden geglichen. Der gigantischen Ost-West-Schneise wäre die Hahnentorburg zum Opfer gefallen; die Hohenzollernbrücke sollte zur Autostraße umgewandelt werden, das Martinsviertel völlig abgerissen und im nationalsozialistischen Stile wiederaufgebaut werden. Die beschriebene Achse wäre nach diesen Planungen von einer Nord-Süd-Achse ähnlichen Ausmaßes mitten durch die Altstadt gekreuzt worden. Weitere große Straßenzüge waren unter anderem im inneren Grüngürtel geplant. Das Universitätsviertel sollte geschlossen dichter bebaut werden; der 1929 begonnene und 1934 eingeweihte Universitätsneubau paßte mit seinem an den Klassizismus angelehnten Baustil ohne Veränderungen in die Architekturvorstellungen der auch in Köln wirkenden NS-Renommierarchitekten. Das Rathenauviertel hätte sich dann inmitten von völlig überdimensionierten Verkehrswegen wiedergefunden.

Die Planungen wurden nach dem Krieg keineswegs verworfen. Die heutige Gestalt der Aachener Straße bis hin zur



Abb. 25 Zülpicher Straße, nach 1945

Deutzer Brücke greift, wenn auch modifiziert, auf diese Planungen zurück. Die Nord-Süd-Fahrt wurde lediglich auf einer anderen Trassenführung errichtet.

Die gewaltigen Planungen der Nationalsozialisten hatten das Rathenauviertel verschont. Die Vertreibung und Ermordung der in diesem Viertel lebenden Juden hatte jedoch gravierende Folgen. Äußerlich war dies »nur« an der Zerstörung der Synagoge sowie der jüdischen Geschäfte zu bemerken. Die fast vollständige Vernichtung der europäischen jüdischen Bevölkerung hatte im Rathenauviertel zu einer »Arisierung« der Bevölkerung und damit zu starken sozialen Veränderungen geführt. Die stattlichen Häuser der früheren wohlhabenden jüdischen Bevölkerung wurden nun von »Ariern« bewohnt. Die Rückgabe jüdischen Eigentums durch die »Wiedergutmachungs«-Verträge änderte daran natürlich nicht viel, da die wenigsten Juden überlebt hatten; wer rechtzeitig fliehen konnte, lebte nun in Israel oder in den USA.

Der Wandel in der Bevölkerungsstruktur setzte sich nach dem Krieg fort und wurde durch die Zerstörung der Stadt noch verstärkt. Neben Städten wie Dresden und Berlin gehörte Köln zu den am stärksten zerstörten Großstädten Deutschlands. Nur Wenigen ist wohl bekannt, daß der Zerstörungsgrad der Neustadt mit »nur« ca. 25 Prozent gegenüber einem Gesamtzerstörungsgrad von fast 80 Prozent relativ gering war. In den drei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg fielen der Stadterneuerung noch einmal fast genausoviele Häuser zum Opfer.

Zum Zeitpunkt der Kapitulation Deutschlands finden wir also das Rathenauviertel als arisiertes und teilweise zerstörtes Wohngebiet wieder.

Bevor das Viertel nun wiederaufgebaut werden konnte, mußten zunächst die Trümmer der Zerstörung beseitigt und beschädigte Häuser provisorisch gesichert werden. Der nun wieder nach Walther Rathenau benannte Platz erhielt dabei seine ursprünglichste Funktion als Schuttabladeplatz zurück (siehe S. 17).

Um sich die Trümmermassen zu veranschaulichen, die in den nächsten Jahren abgeräumt werden mußten, genügt es zu wissen, daß der sich heute reizvoll in den inneren Grüngürtel einfügende Herkulesberg ausschließlich aus damaligem Bauschutt besteht.

Angesichts des fehlenden Wohnraums und der fast vollständig zerstörten Infrastruktur wurde nun schnellstens mit dem Wiederaufbau begonnen. Drei Faktoren

führten dazu, daß das Viertel über die Beseitigung der Schäden hinaus ein stark verändertes Gesicht bekam: Die Wohnungsnot war damals so groß, daß für ausgebombte Kölner und Flüchtlinge aus dem Osten ein gigantisches »Entbunkerungsprogramm« entwickelt wurde. Die in der Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre erfolgte Wohnraumverdichtung wiederholte sich jetzt in den noch verbliebenen Altbauten. Damalige Bewohner des Viertels bestätigen dies: »Der Wiederaufbau wurde nur unterstützt, wenn man möglichst viele Wohnungen schuf. Deshalb sind die oberen Etagen geteilt worden, früher war das jeweils eine Woh-

nung.«

Zudem hatte sich die Verkehrssituation zwischen den Kriegen erheblich gewandelt. Wurden am Anfang des Jahrhunderts die wenigen Automobile noch als Raritäten bestaunt, wurden sie nun schnell zum beliebtesten Verkehrsmittel. Die Nachkriegszeit wurde von »weitsichtigen« Stadtplanern genutzt, um dem Verkehr ausreichend Raum zu schaffen. Zu den Veränderungen im Bild des Viertels trug zuletzt auch noch die Tatsache bei, daß Gründerzeitbauten unmodern geworden waren. Hier wohnten bis in die siebziger Jahre vorrangig ärmere Leute, die sich eine komfortablere Neubauwohnung nicht leisten konnten. Selbst alteingesessene Bewohner, die es sich leisten konnten, verließen das Viertel. Ein Zeitzeuge aus dem Viertel bedauert im Gespräch: »Nach dem Krieg wohnte kaum noch ein alter Schulkamerad im Viertel, denn die Leute zogen ja dorthin, wo sie eine Wohnung bekamen. In unserem Haus kannte ich fast niemanden mehr. Dementsprechend hat sich die ganze Bevölkerungsschicht geändert.«

Mitglieder der Bürgergemeinschaft bestätigen, daß bis auf einige Hausbesitzer kaum noch Menschen seit der Vorkriegszeit hier ihren Wohnsitz gehalten haben.

Nach einer Zählung des Vereins finden sich im Viertel noch 70-75 Prozent an



Abb. 26 Bäckerei Schulte-Pelkum, Rathenauplatz 8, 1934

Bauten aus der Vorkriegszeit, also größtenteils Gründerzeithäuser. Während rund um den Rathenauplatz nur ca. 50 Prozent der Vorkriegsbauten erhalten sind, sind in der Heinsbergstraße noch heute 20 von 23 Häusern Vorkriegsbauten. Ein weiterer Abriß alter Bauten ist heute zum Glück kaum noch möglich, da mittlerweile die meisten Häuser der Vorkriegszeit unter Denkmalschutz stehen.

Die Entwicklung des Rathenauviertels in der Nachkriegszeit wurde 1956 von Josef Conrad sehr sorgfältig untersucht.

Er belegt anhand von demographischem Material den Wandel in der Bevölkerungsstruktur. Demnach rutschte das einst wohlhabende Viertel nun in eine untere soziale Randlage. Statt wohlhabender Kaufleute wohnten hier nun überwiegend untere Angestellte, Handwerker und Arbeiter. Am Zülpicher Platz lebten

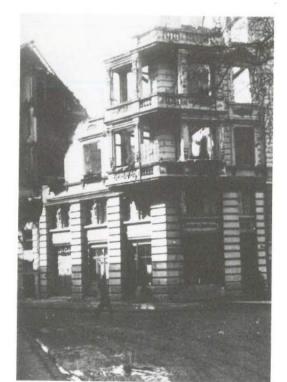


Abb. 27 Bäckerei Schulte-Pelkum, Rathenauplatz 8, 1946

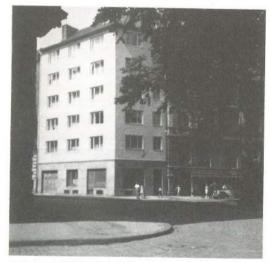


Abb. 28 Bäckerei Schulte-Pelkum, Rathenauplatz 8, 1953

jetzt verstärkt Freiberufler und Einzelhändler. Zu diesem Zeitpunkt finden sich im Viertel 66 Geschäfte des täglichen und periodischen Bedarfs (Bäcker, Apotheken usw.) gegenüber nur acht Geschäften für den gehobenen Bedarf, also Luxusartikel. Dies bestätigt wohl den Charakter des Viertels als Wohnviertel unterer Einkommensschichten. Der ehedem hohe Anteil an Büro- und Verwaltungsflächen geht stark zurück, liegt aber angesichts noch vorhandener repräsentabler und großräumiger Gebäude weiterhin über dem Durchschnitt der Neustadt.

Der Verkehrsfluß im Viertel änderte seine Richtung und isoliert das Viertel noch stärker als vor dem Krieg. Am stärksten frequentiert waren nun die Ausfallstraßen Linden- und Zülpicher Straße. Vor allem am Zülpicher Platz herrschte damals schon starker Verkehr durch die Umsteigemöglichkeiten von der City in die Vororte.

Die Roonstraße spielte zu diesem Zeitpunkt nur eine untergeordnete Rolle, da mit dem Wiederaufbau dieser stark zerstörten Achse erst spät, und zwar vom Barbarossaplatz her begonnen wurde. Das Viertel blieb also zunächst von aus heutiger Sicht städtebaulichen Sünden, wie sie bei der Schaffung zum Beispiel der Nord-Süd-Fahrt begangen wurden, verschont.

Der Wiederaufbau der Synagoge ließ zur Zeit, als Conrad diese Untersuchung vornahm, ebenfalls noch auf sich warten (siehe S. 96 ff.); er vermerkte als einzige städtebauliche Neuerung die Errichtung einer Heimstätte für Jungkaufleute in der Mozartstraße. Sie umfaßte zahlreiche Einraum-Wohnungen und Wirtschaftsbetriebe. Conrad beschließt seine Untersuchung mit der Einschätzung: »ein (vor dem Krieg, Anm. T. B.) unregelmäßig abgrenzbares, sozial nicht ganz einheitliches, jedoch ehemals bevorzugtes Wohnviertel ruhiger Zurückgezogenheit (Judenviertel), ist heute abgesunken und durch benachbarte Geschäfts- und Ver-



Abb. 29 Blick vom Turm der Herz-Jesu-Kirche in Richtung Rathenauplatz, Roonstraße, 1909



Abb. 30 Blick vom Turm der Herz-lesu-Kirche in Richtung Rathenauplatz, Roonstraße, 1993

kehrsstraßen wieder in ruhige Abgeschiedenheit gedrängt worden.« (Conrad, S. 196)

Mit dem Ausbau der Roonstraße 1958 war es für die unmittelbare Umgebung des Rathenauplatzes allerdings mit der Ruhe vorbei. Die Westseite der alten Platanenallee, die noch Bestandteil der Stübben'schen Planung war und den Krieg überdauert hatte, wurde gefällt, um die Fahrbahnverbreiterung um sechs Meter zu ermöglichen. Als Entlastungsstraße für die Ringe wurde sie in der Folge zu einer

der am stärksten frequentierten Straßen der Innenstadt. 1979 wurden hier bis zu 1500 Kraftfahrzeuge pro Stunde gemessen. Die Integration des Viertels in die Innenstadt, von Stübben durch die Verlagerung der Eisenbahntrasse erreicht, wurde nun dauerhaft zerstört. Mehr noch, die Straßen östlich der Roonstraße bis zu den Ringen wurden nun aus dem Viertel gerissen. Die heutige erheblich engere Eingrenzung des Viertels durch seine Bewohner ist wohl auf diese städtebauliche Maßnahme zurückzuführen.

»Ein Problemgebiet ohne Veränderungsdruck« Das Rathenauviertel in den siebziger Jahren

Die in der Überschrift zitierte Äußerung entstammt dem Stadtentwicklungsbericht von 1979.

Wie kam die Stadt zu dieser Einschät-

zung, war sie zutreffend?

Die sechziger Jahre waren recht ruhig am Viertel vorbeigezogen. Die nach dem Krieg vergleichsweise gut erhaltene Bausubstanz verhinderte mit Ausnahme des Ausbaus der Roonstraße städtebauliche Veränderungen. Ein Bewohner des Viertels umreißt die damalige Situation folgendermaßen: »Der Platz war in den sechziger Jahren ebenfalls schmucklos und trist. In dieser Zeit war das Viertel aber noch ruhiger. Es gab noch kein Vergnügungsviertel. Mitte der sechziger Jahre zogen viele >Gastarbeiter hierher. Es gab zahlreiche Ausländerwohnheime, zum Beispiel in der Lochnerstraße. Diese wurden richtig vollgepfropft. Dann gab es noch den Plan, die Häuser am Platz abzureißen. Von der Meister-Gerhard-Straße bis zur Boisseréestraße sollten siebenoder achtstöckige Neubauten errichtet werden, mit bis auf den Platz reichenden Arkaden.«

Diese Pläne wurden allerdings zum Glück nie realisiert. Die Planung solch hoher Häuser entsprach dem, was nach dem Krieg in anderen Stadtteilen passierte. Die Ringe wurden zwar nicht, wie ursprünglich geplant, verbreitert, die Geschoßhöhe wurde jedoch von ehemals vier auf jetzt sieben Stockwerke erweitert. Das Rathenauviertel war jedoch zu gut erhalten, als daß man sich hier an eine ähnliche Umgestaltung gewagt hätte.

Obwohl es also ruhig blieb im Viertel, verlor es schleichend an Wohnqualität. Der oben schon zitierte Stadtentwicklungsbericht belegt dies unzweifelhaft.

In diesem Bericht findet sich am Ende eine vergleichende Untersuchung der Lebensqualität für die Bewohnerinnen und Bewohner sämtlicher Kölner Stadtviertel und Bezirke. In fast allen Bereichen lag die Versorgung des Viertels eindeutig unterhalb des gesamtstädtischen Durchschnitts.

Das Viertel, das hier durch Ringe, Zülpicher Wall, Zülpicher Platz und Kyffhäuserstraße eingegrenzt wird, bewohnten nun 13.839 Menschen, davon ca.

25 Prozent Ausländerinnen und Ausländer. Untersucht wurde vor allem, wie es um die soziale Infrastruktur, die Wohnsituation und um die Verkehrssituation im Viertel bestellt war.

Für die Angehörigen sämtlicher Altersstufen standen zuwenig öffentliche Ein-

richtungen zur Verfügung.

Im gesamten Viertel gab es lediglich einen Kinderspielplatz auf dem Rathenauplatz mit einigen kargen Spielgeräten und dem in Köln häufig anzutreffenden »Bolzkäfig«. Die Schulwege der Kinder wurden als gerade noch vertretbar bezeichnet. Es fehlten Jugendeinrichtungen, insbesondere für ausländische Jugendliche. Es gab keine Wohn- und Pflegeplätze für alte Menschen. In bezug auf Sportstätten war das Viertel unterversorgt. Das im Krieg zerstörte Hohenstaufenbad, einst Attraktion für die Bewohnerinnen und Bewohner der gesamten Stadt, mußte schon früher einem Bürogebäude weichen. Da zur Erholungsfläche neben dem Platz auch der Grüngürtel anteilig eingerechnet wurde, war das Defizit an Grünflächen nicht ganz so gravierend.

Der Grüngürtel verbindet die Universität mit dem Rathenauviertel und macht so - zum Leidwesen vieler Anwohnerinnen und Anwohner - den Spaziergang vom Hörsaal in die Kneipe doppelt erholsam. Mit Gastronomie schien das Viertel auf den ersten Blick ausreichend versorgt zu sein, sie war jedoch in erster Linie auf die Bedürfnisse der Studentinnen und Studenten der sich rasch vergrößernden Universität und der Wochenendtouristen aus dem Umland ausgerichtet. Es kam laut Bericht immer wieder zu Nutzungskonflikten, da den Bewohnern nur wenige ihrer alten Kneipen und Gaststätten geblieben waren. Neben der fehlenden viertelsbezogenen Gastronomie fehlten hier frei verfügbare Versammlungsräume. Lediglich die Kirchen konnten zwei Räume anbieten. Nach Darstellung im Bericht war die diesbezügliche Situation in keinem anderen Stadtviertel so schlecht.

Die Wohnsituation war gekennzeichnet durch viele kleine Wohneinheiten mit niedrigem bis gar keinem Komfort. Die Wohnflächen verkleinerten sich stetig. Der Bericht hielt ausdrücklich fest, daß in zahlreichen Häusern eine sogenannte »Restnutzung« durch Ausländerinnen und Ausländer stattfand. Unverblümt sollte dies wohl heißen, daß manche Hausbesitzer Wohnungen verkommen ließen und bis zur erhofften Abrißgenehmigung an Ausländer vermieteten.

Die Verkehrssituation wurde ebenfalls als äußerst schlecht eingeschätzt. Drei Viertel der Bewohnerinnen und Bewohner waren einem erheblichen Straßenlärm von mehr als 65 Dezibel ausgesetzt.

Eine Gesamteinschätzung, die dem Viertel fast jede Wohnqualität absprach. Erschreckend auch, weil man davon ausgehen muß, daß die Stadtverwaltung als Autorin des Berichtes bestimmt kein Interesse hatte, die Situation negativ zu überzeichnen.

Ein Schlag ins Gesicht für alle Viertelsbewohner ist daher die eingangs zitierte Bemerkung, es herrsche hier dennoch kein »Veränderungsdruck«. Wenn nicht hier, wo denn dann?

Auf der Suche nach den Gründen für diese Vernachlässigung des Rathenauviertels muß man in der Geschichte der Stadtentwicklung bis in die Nachkriegs-

jahre zurückgehen.

Wie schon dargestellt, bestand nach dem Krieg ein dringender und enormer Bedarf an Wohnraum. Diesem wurde Rechnung getragen durch die notdürftige Sanierung der zwar beschädigten Altbauten, aber auch durch starke Neubautätigkeit. Es kam »(...) zu einem massierten Neuwohnungsbau auf vorhandenen Freiflächen vornehmlich auf peripheren Flächen im Außenbereich. Zwischen solchen Neusiedlungen und dem wieder aufgebauten Stadtkern blieben die älteren



Abb. 31 Blick vom Turm der Herz-Jesu-Kirche in Richtung Zülpicher Platz, Jahnstraße, 1909

Stadtquartiere als vernachlässigte Zonen liegen« (FNP, S. 19).

Zum einen ließ sich auf diesen Freiflächen viel schneller Wohnraum schaffen, als bei einer zeitaufwendigen Sanierung bereits bestehender Quartiere, zum anderen kam dies dem Drang der Bevölkerung nach dem Wohnen im Grünen zunächst entgegen. Die Trennung von Wohnen und Arbeiten setzte sich also nach dem Krieg zunächst fort, immer mehr Menschen besaßen ja mittlerweile ein Auto. So mußten von den Wohn- zu den Arbeitsquartieren Verkehrsschneisen geschlagen werden. »Sie bilden neben den angesprochenen Neubaugebieten den wohl folgenschwersten Eingriff in die Kölner Stadtstruktur der Nachkriegszeit.« (ebenda, S. 19 f.)

In den Jahren von 1949–1969 wurden so ca. 1700 Hektar Fläche bebaut, was ca. 40 Prozent der Wohnbauflächen entsprach (vgl. ebenda, S. 19). Die Folgen dieser Entwicklung wurden schon 1980 so beschrieben (vgl. ebenda, S. 21 ff.):

Die alten Stadtteile unterliegen einem »Absinkungsprozeß« und verwahrlosen. Die Restbevölkerung überaltert und verarmt. Wer es sich leisten kann, insbesondere jüngere Leute, sucht sich eine Wohnung in einer ansprechenderen Wohngegend am Stadtrand.

Die Arbeitslosigkeit in den Großstädten ist überproportional hoch. Die Landflucht aus Gründen der Arbeitssuche kehrt sich daher um, zumal sich immer mehr Betriebe wegen des attraktiven Standortes ebenfalls auf dem Land niederlassen. Sie nutzen dann die für die Wohnbevölkerung errichteten Verkehrswege.

Mit Ausnahme extrem verdichteter Wohngebiete wie zum Beispiel Chorweiler leiden die Neubaugebiete an Unterversorgung im Bereich der Infrastruktur. In den absterbenden alten Stadtteilen



Abb. 32 Blick vom Turm der Herz-Jesu-Kirche in Richtung Zülpicher Platz, Jahnstraße, 1993

herrscht dagegen zunächst eine Überversorgung vor. Infrastruktur und Dienstleistungen wandern nun auch ab und machen das Umland nochmals attraktiver.

Der Erholungswert der Innenstädte sinkt vor allem wegen des sich immer mehr verdichtenden Straßennetzes. Die Roonstraße verdeutlicht dies wohl für alle Viertelsbewohner. Das Umland bietet dagegen natürliche Erholungsflächen.

Bedingt durch diese Stadtflucht und dadurch, daß die Menschen immer mehr Wohnraum in Anspruch nahmen, ging das Statistische Landesamt 1980 davon aus, daß sich die Einwohnerzahl in Köln bis 1990 weiter auf ca. 900.000 verringern würde.

Wenn man sich die Beschreibung des Rathenauviertels im Stadtentwicklungsbericht noch einmal vor Augen führt, verwundert einen diese Prognose nicht sonderlich. Wie vor der Stadterweiterung geriet die Stadt Köln wieder in die Gefahr, ihre Bewohner und mit diesen einen Teil ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Ressourcen an ihre Vororte zu verlieren.

Darüber hinaus wird deutlich, daß die Wiederaufbauphase eigentlich jetzt erst richtig abgeschlossen war. Anfang der achtziger Jahre lag zum erstenmal ein Überangebot an Wohnraum in Köln vor und so dachte man allmählich an Korrekturen der mit dieser schnellen Wachstumsphase verbundenen Fehlentwicklungen. Daß Chorweiler nicht der Weisheit letzter Schluß sein konnte, wurde den Verantwortlichen nun bewußt, und so überlegte man damals sogar, dort einige Blöcke abzureißen beziehungsweise Stockwerke abzutragen.

Es wurden erste Sanierungskonzepte aufgelegt, mit dem Ziel, die Lebensqualität der Stadtbewohnerinnen und -bewohner zu verbessern, Wohnraum und Infra-

struktur den Wünschen der Menschen anzugleichen und dabei den alten Charme der Innenstädte wieder herzustellen. Im Linksrheinischen konzentrierte man sich dabei zunächst auf das Severinsviertel und das Martinsviertel. Ausschlaggebend für die Auswahl war in erster Linie der desolate Zustand der Bausubstanz, Zudem schien es politisch opportun, vorrangig die Viertel zu sanieren, deren Zustand unmittelbare Auswirkungen auf den Zustrom von Touristen und Geschäftsreisenden hatte.

Welche Auswirkungen hatten diese Veränderungen auf das Rathenauviertel?

1980 schien es so, als ob seit dem Krieg sämtliche Anstrengungen der Stadt am Viertel vorbeigelaufen wären. Vom Wiederaufbau war es kaum betroffen, da es einen relativ geringen Zerstörungsgrad aufwies (siehe S. 46). Neubebauung war aufgrund fehlender Freiflächen ebenfalls nicht möglich. Von den großen Stadtsanierungsanstrengungen der siebziger und frühen achtziger Jahre wurde es nicht berücksichtigt, zum Teil, weil auch jetzt der Wohnraum noch nicht in ähnlich desolatem Zustand war, wie in den betroffenen Vierteln, zum Teil aber auch durch seine Lage am Rande der Innenstadt. So kümmerte das Viertel vor sich hin und wurde funktionalisiert für die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner aus anderen Vierteln oder Städten. Kneipen und Parkplätze dienten schon damals in erster Linie den Besucherinnen und Besuchern des »Kwartier Latäng«. Die Roonstraße verlor ihre Funktion als Wohnstraße und diente nun dem möglichst schnellen Transit von den Vororten in die Innenstadt.

Sowohl die Situation des Viertels am Ende der siebziger Jahre als auch die Einschätzung der Stadt, hier liege kein sonderlicher Problemdruck vor, lassen sich so erklären, wenngleich die Gründe für die betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner keineswegs akzeptabel waren.

Die 1977 gegründete Bürgergemeinschaft Rathenauplatz konnte in Verhandlungen mit den zuständigen städtischen Stellen wohl dazu beitragen, daß der Flächennutzungsplan zu etwas anderen Schlußfolgerungen kam als der oben zitierte Stadtentwicklungsplan:

Hier wurden die Fehlentwicklungen der Nachkriegsära im Hinblick auf die Innenstadt gesehen und dementsprechende Absichtserklärungen abgegeben; »(...) Die Darstellung als Wohngebiet (hat) das Ziel, dort die vorhandene Wohnnutzung zu erhalten und weiterzuentwikkeln. (...) Darüber hinaus ist die planerische Festsetzung als besonderes Wohngebiet geeignet, soziale Segregationsprozesse in Zukunft auszuschalten und eine erwünschenswerte Mischung von Wohnund Gewerbenutzung zu erhalten und weiterzuentwickeln.« (FNP, S. 67 f.)

Konkret wurde hier die Absicht erklärt, einen weiteren Bevölkerungsaustausch mittels einer Erhaltungssatzung nach Paragraph 39 des Bundesbaugesetzes zu verhindern. Die Erhaltungssatzung hätte zur Folge, daß bei Hausverkäufen und Mietvertragskündigungen der Sanierungsträger, in der Regel eine städtische Gesellschaft, seine ausdrückliche Zustimmung erteilen muß. Auch Mieterhöhungen sind ab einer bestimmten Höhe davon betroffen. Anders als bei Sanierungs- und Modernisierungssatzungen werden hier nicht grundsätzlich Mittel zur Sanierung bereitgestellt. Da der Flächennutzungsplan dies aber fordert, wäre es zumindest rechtlich durchsetzbar. Eine Erhaltungssatzung hat zudem den Vorteil, daß sie relativ kurzfristig zu erlassen ist. Aber wie schon erwähnt; es handelt sich hier um bloße Absichtserklärungen und nichts deutet zunächst darauf hin, daß sich in den kommenden Jahren für die Bewohnerinnen und Bewohner des Viertels etwas ändern sollte. Eine weitere gravierende Änderung städtischer Planungen gelang so erfolgreich, daß heute kaum jemand mehr etwas davon weiß; die noch seit diesem Flächennutzungsplan in keiin den siebziger Jahren vorgesehene Stadtautobahn im Grüngürtel tauchte

ner städtischen Planungsvorlage mehr

Eigentumswohnung als Statussymbol

Die Entwicklung des Viertels bis heute

Wie bisher aufgezeigt, handelte es sich am Ende der siebziger Jahre beim Rathenauviertel um ein vergessenes und etwas verwahrlostes Viertel. Wurden Konsequenzen aus dem Situationsbericht des Flächennutzungsplan gezogen? Um es gleich vorwegzunehmen; eine Erhaltungssatzung gibt es heute nicht mehr, obwohl sich die Bürgergemeinschaft dieses Ziel von Anfang an zu eigen gemacht hat. Wie die Stadt Köln in einer 1991 fertiggestellten »vorbereitenden Untersuchung« zur Erstellung einer Sanierungssatzung erwähnt, wurde 1981 eine Erhaltungssatzung beschlossen. Das Oberverwaltungsgericht NRW erklärte diese jedoch im Jahre 1987 aus formalen Gründen für nichtig (vgl. VU, S. 4).

Die Erstellung einer erneuten Untersuchung läßt darauf schließen, daß eine Verbesserung der Lebensqualität für die Bewohnerinnen und Bewohner des Viertels auch heute noch für notwendig gehalten wird. Aus den Unterlagen läßt sich schließen, daß auch weiterhin bauliche Mängel im Viertel erkannt werden. Die Erhaltung und Sanierung der Gründerzeitbauten, die mittlerweile zu großen Teilen unter Denkmalschutz stehen, wird für erforderlich gehalten. Neben dem Gebäudeerhalt werden - wie 1979 - strukturelle Defizite bei Verkehr und Infrastruktur sowie Nutzungskonflikte im Bereich der Gastronomie genannt.

Die benannten Ziele dieser angestrebten Sanierungssatzung sind unter ande-

- Erhalt und Sicherung des Wohnraumes

- Instandsetzung und behutsame Modernisierung desselben unter Einbeziehung öffentlicher Gelder
- Sicherung und Weiterentwicklung der gewerblichen Nutzung
- Ergänzung und Verbesserung der sozialen Infrastruktur
- Entsiegelung von Parkflächen
- Verkehrsberuhigung

Um es kurz zu machen; auch eine Sanierungssatzung gibt es heute nicht. Das Land stellte zwar Mittel bereit; der Stadt gelang es jedoch, diese Mittel umzuwidmen. Heute sind diese Mittel zweckgebunden im wesentlichen für die Sanierung und Umgestaltung des mit Cadmium und Blei verseuchten Rathenauplatzes. Ein geringerer Teil des Geldes soll für Aufpflasterungen und Straßenrandbegrünung am Platz und in den umliegenden Straßen verwendet werden. Die Mittel verfallen allerdings, falls die Stadt mit der Sanierung nicht noch 1993 beginnt.

Auch wenn das offizielle Ziel der Untersuchung also nicht erreicht, vielleicht sogar nicht gewollt wurde, so macht die Darstellung allerdings deutlich, daß sich zwischen 1979 und heute kaum wesentliches verändert hat.

Im folgenden soll an Hand einiger Indikatoren kurz skizziert werden, wie sich das Viertel seit den siebziger Jahren weiterentwickelt hat.

Da der geographische Untersuchungsraum etwas kleiner ist, variiert die Bevölkerungszahl gegenüber dem Stadtentwicklungskonzept von 1979. Die neuere Untersuchung verzeichnet einen Bevöl-

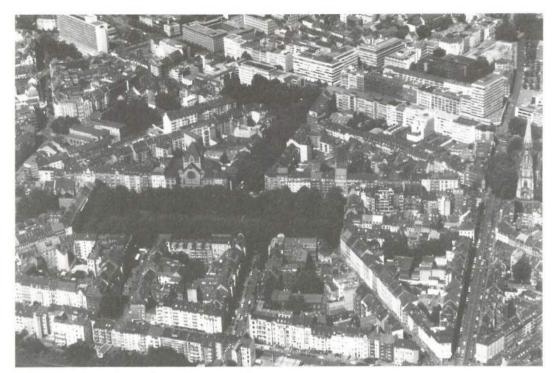


Abb. 33 Rathenauplatz und Umgebung, Luftaufnahme 1993

kerungsrückgang zwischen 1980 und 1990 um 8,6 Prozent. Die pessimistischen Prognosen der siebziger Jahre scheinen sich also zunächst zu bestätigen. Der Ausländeranteil liegt weiterhin mit gut 25 Prozent etwas über dem Innenstadtdurchschnitt. Auffällig ist jedoch, daß nördlich der Zülpicher Straße (das Untersuchungsgebiet reicht bis zur Luxemburger Straße) der Ausländeranteil stark zurückgegangen ist.

Entgegen früheren Ergebnissen scheint sich die Bevölkerung erheblich verjüngt zu haben. Der Altersdurchschnitt liegt vor allem um den Rathenauplatz unter dem Durchschnitt der Innenstadt. Die Wohnungsausstattung entspricht nach den vorliegenden Daten bis auf Ausnahmen dem üblichen Standard. Dies gilt auch für die Wohnungsgröße. Während der Anteil an Einraumwohnungen über dem Innenstadtdurchschnitt liegt, finden sich unter-

durchschnittlich wenige öffentlich geförderte Wohnungen im Viertel.

Die soziale Infrastruktur hat sich kaum verändert. Weiterhin gibt es keinen Kinderhort und keine Altenwohnplätze. Die »Casa Italia« als Zentrum für ausländische Jugendliche (siehe S. 111 f.) wird erstmals aufgeführt, ansonsten sind dieselben Defizite wie 1979 zu beobachten.

Aus dem Rahmen fällt lediglich der kulturelle Sektor. Obwohl dieser in älteren Untersuchungen nicht ausdrücklich erwähnt wird, berichten Zeitzeugen, daß sich seit der Gründung des Kabarettheaters »Tazzelwurm« 1945 das kulturelle Angebot im Viertel stetig verbesserte (siehe S. 152 ff.).

Im Bereich des produzierenden Gewerbes verzeichnet die Untersuchung einen starken Rückgang um ca. ein Drittel der Betriebe. Dies wird mit der fehlenden Mietpreisbindung für Gewerberäume und Rationalisierungen begründet. Mit diesem Rückgang ist ein hoher Arbeitsplatzverlust verbunden.

Dagegen werden für das Rathenauviertel (bis zur Luxemburger Straße) mittlerweile mehr als 100 Gastronomiebetriebe genannt. Damit sind große Probleme in Form von Parkplatzsuchverkehr und

Ruhestörungen verbunden. Die Verkehrssituation hat sich für die Bewohner insgesamt sehr verschlechtert. Obwohl das Viertel von allen Seiten von öffentlichen Verkehrsmitteln umgeben ist, hat der motorisierte Individualverkehr weiter zugenommen. Am Rathenauplatz macht sich, wie überall in der Innenstadt, verstärkt eine räumliche Dreiteilung des Lebens bemerkbar. Wer beispielsweise in Frechen wohnt, in Bergheim arbeitet, fährt darüber hinaus am Wochenende zur Freizeitgestaltung und zum Einkaufen nach Köln. Man könnte demzufolge das »Kwartier Latäng« auch als »Feuchtbiotop« der Umlandbevölkerung bezeichnen, die dann abends ihre Runden um den Platz dreht, in der Hoffnung, einen der raren Parkplätze zu ergattern. Neben der rapiden Steigerung des »rasenden« und sich stauenden Verkehrs schafft der ruhende Verkehr ebenfalls Probleme. Wo nicht einmal genügend Parkraum für die zahlreichen Fahrzeuge der Anwohnerinnen und Anwohner vorhanden ist, sorgen Fremdnutzer für ein nicht mehr zu bewältigendes Chaos. Zudem muß der Parkplatz erst einmal gefunden werden, und so zerrt der in den städtischen Untersuchungen konstatierte Parkplatzsuchverkehr an den Nerven und an der Gesundheit der Bewohnerinnen und Bewohner. Die Bürgergemeinschaft trug mit ihren Forderungen nach einer Einbahnstraßenregelung dazu bei, den Durchgangsverkehr aus dem Viertel zu verbannen sowie den Kreisverkehr um den Platz zu verhindern. Die immer wieder zugesagten Anwohnerparkplätze konnte sie jedoch bis heute nicht durchsetzen. Diese Plätze sollen nun im



Abb. 34 Verkehrssituation am Rathenauplatz, 1993

Zuge der Platzsanierung ausgewiesen werden. Wenn sie denn überhaupt eingerichtet werden, ist fraglich, ob sie ausreichen. Die ebenfalls geplante und gewünschte Entsiegelung der Flächen am Platz werden jedenfalls den zur Zeit vorhandenen Parkraum stark vermindern.

Vielen Anwohnerinnen und Anwohnern wurde in den andauernden Auseinandersetzungen um den Individualverkehr deutlich, daß nur die erhebliche Senkung des Individualverkehrs die Lebensqualität im Viertel fördern kann. Daher haben sich einige von ihnen zu einer »Car-Sharing«-Gemeinschaft zusammengeschlossen. Sie teilen sich ein Fahrzeug und verzichten damit auf einen eigenen Wagen. Diese Idee ist im Viertel so erfolgreich, daß eventuell ein zweites Fahrzeug angeschafft werden soll.

Neben der Beschreibung der im Grunde schon aus den vorhergehenden Untersuchungen bekannten Fakten oder Trends fallen die Abwanderung von Ausländern sowie die zunehmende Verjüngung der Bewohnerinnen und Bewohner besonders auf. Dies scheint auf das von vielen Bewohnern beklagte zentrale Problem der letzten Jahre hinzuweisen: die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen.

Neben einer generellen Aufwertung der Innenstadtbereiche und verstärkten Sanierungsbestrebungen, so auch in Ehrenfeld und am Eigelstein, scheint die Errichtung von Eigentumswohnungen die zentrale städtebauliche Entwicklung zu sein, deren Ende nicht abzusehen ist. Hierbei liegt Köln nach einem Bericht des Kölner Stadt-Anzeigers vom 24. März 1993 mit 6.105 bewilligten Umwandlungen an der Spitze aller deutschen Großstädte. Nach Aussagen der Bewohnerinnen und Bewohner ist das Rathenauviertel davon besonders betroffen. Der Grund liegt wohl in der schon angedeuteten zunehmenden Sehnsucht nach Wohnen im komfortabel ausgestatteten Altbau. Davon hat das Viertel immer noch reichlich zu bieten. Im Zuge der Aufwertung der Innenstädte hat sich hier eine Kettenreaktion vollzogen, die in ihrer Art auch in anderen städtebaulichen Entwicklungen zu beobachten ist. So wurden vor allem seit den siebziger Jahren die zunächst ziemlich heruntergekommenen Altbauten von der alternativen Gegenkultur als großzügiger und preiswerter Wohnraum entdeckt. Dies zog die jeweilige lokale Künstlerszene nach sich, was nach kurzer Zeit wiederum die von den Künstlerinnen und Künstlern magnetisch angezogene sogenannte Yuppie-Szene auf den Plan rief. Diese Gruppe gutsituierter junger Großstadtbewohnerinnen und -bewohner hatte nun das notwendige Geld, entweder hohe Mieten für entsprechenden Komfort zu zahlen oder aber die Wohnungen gleich zu kaufen. Der entsprechende vormals billige Wohnraum für einfache Leute

wurde und wird nun luxussaniert und erbringt dadurch hohe Renditen.

Die hier zu beobachtende soziale Kettenreaktion lief auch bei der »Entdekkung« der zum jeweiligen Zeitpunkt gerade besonders favorisierten Stadtteile ab. Dies ließ sich etwa in der Südstadt und kurz darauf im belgischen Viertel beobachten. Auch das Rathenauviertel scheint zum Leidwesen seiner wenigen verbliebenen alteingesessenen Anwohnerinnen und Anwohner mittlerweile entdeckt worden zu sein. Sie haben meist nicht das Geld, um sich die aufgewerteten Wohnungen weiter leisten zu können.

Neben der Luxussanierung von Altbauten kommt es jedoch immer noch zum Abriß einzelner Häuser, um an deren Stelle komfortablen und entsprechend neuen Wohnraum zu schaffen. So wurden in jüngster Zeit auf der Ecke Zülpicher Wall/Zülpicher Straße gleich sechs Altbauten abgerissen, um teuren angeblichen Studentenappartments Platz zu schaffen. Ob Studentinnen und Studenten die Mieten von ca. DM 30,- pro Quadratmeter zahlen können, ist zweifelhaft. Die Bewohnerinnen und Bewohner der alten Häuser konnten es jedenfalls nicht, und so mußten sie weichen.

Mit den vorgeblichen Interessen der Stadt im Einklang klagte damals ein Bewohner: »Man sollte den Charakter der Straße erhalten, das sind doch gewachsene Strukturen.« (zit. n. KStA, 18. 12. 1989)

Diese Vernichtung preiswerten Wohnraums hatte Ende der achtziger Jahre
hohe Wellen geschlagen, zumal die Häuser in städtischem Besitz heruntergekommen waren. Die Stadt hatte sie in den siebziger Jahren im Zuge der Planungen der
Stadtautobahn aufgekauft. Um ihren
Abriß zu verhindern, wurden die freiwerdenden Wohnungen besetzt (vgl. KStA,
29. 5. 1990).

Auch wenn beim Hausverkauf und bei der Wohnraumumwandlung mehrjähriger Kündigungsschutz besteht, hat die »Entdeckung« der Altbauten einen weiteren Bevölkerungsaustausch im Viertel bewirkt. Interessierte Vermieter erreichen dies durch Mieterhöhungen oder Abfindungen bei Auszug.

Dies steht den schon 1979 und nochmals 1991 erklärten Absichten der Stadt, einen weiteren Bevölkerungsaustausch verhindern zu wollen, völlig entgegen.

Mehr noch, die Stadtverwaltung beteiligt sich auch aktiv an dieser Entwicklung. Das Haus Rathenauplatz Nr. 7, hier befinden sich zur Zeit noch die Räume der Bürgergemeinschaft, gehörte bislang einer städtischen Stiftung. Zusammen mit weiteren Stiftungshäusern im Stadtgebiet verkaufte die Stadt das Gebäude an Privatleute. Der Forderung der Bürgergemeinschaft, das Haus in städtischem Besitz zu belassen oder andernfalls an die Mieter zu verkaufen, wurde nicht entsprochen. Nachdem die städtische Verwaltungsgesellschaft sich über Jahre hinweg nicht um den Erhalt des Hauses kümmerte, verkaufte sie es in kürzester Zeit nach Höchstgebot.

Es ließen sich noch viele Beispiele anführen.

Einzig wirksames Mittel gegen diese Entwicklung ist die Festsetzung einer Sanierungs- oder Erhaltungssatzung. Angesichts der Rolle, die die Stadt in diesem

Prozeß spielt, ist der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, daß die derzeitige Entwicklung gewollt und geduldet wird. Schließlich zieht damit das Publikum in die City, das mit seiner Kaufkraft gerne gesehen ist. Die von Stadt und Bevölkerung erwünschte Aufwertung der Innenstadt führt so dazu, daß gerade die Menschen, denen dies eigentlich zugute kommen soll, sich ein Leben in der Stadt nicht mehr leisten können und in die soziale und geographische Randlage abgedrängt werden. Wenn dann der Bevölkerungsaustausch vollzogen ist, wird das Wohnumfeld ebenfalls luxussaniert, wie es sich in anderen Stadtteilen schon heute beobachten läßt.

Ein Beispiel hierfür ist die Maybachstraße am Mediapark. Sie wurde trotz Drängens der Bewohner ausdrücklich von der Sanierungssatzung des Eigelsteins ausgenommen. So findet dann im »Entrée« des Mediaparks der entsprechende Austausch statt. Ein von den alten Bewohnern seit 30 Jahren gut besuchter Kiosk muß dann aus optischen Gründen der Wohnumfeldverbesserung weichen, was sogar Willy Millowitsch auf den Plan rief.

Bleibt zu hoffen, daß sich ähnlich prominente Fürsprecher für die letzten alteingesessenen Bewohnerinnen und Bewohner des Rathenauviertels einsetzen.

Jüdisches Leben im Viertel

Wie eng gerade die Geschichte des Rathenauviertels mit der Geschichte von vielen Kölner jüdischen Familien verknüpft ist, kristallisierte sich bei der Befragung von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen heraus. Zumeist vergingen nur wenige Gesprächsminuten, bis sich die Befragten an jüdische Nachbarinnen und Nachbarn, jüdische Arbeits- und Schulkolleginnen und -kollegen erinnerten. Sätze, wie »Vor dem Krieg wurde das Viertel hauptsächlich von jüdischen Leuten bewohnt«, »Zu dieser Zeit lebten viele Juden hier«, »Das war hier ein sogenanntes Judenviertel« sprechen für sich.

Die Statistiken belegen, daß die Anzahl der hier lebenden Juden recht hoch war: Im Jahre 1925 lebten 15.800 Juden (2,25 Prozent) in Köln. Davon lebten 31 Prozent in der Altstadt und 44 Prozent in der Neustadt, wobei mehr als die Hälfte in der Neustadt/Mitte angesiedelt waren.

Die Erforschung des jüdischen Lebens in einem Viertel wirft die verschiedensten Fragen auf: Wie gestaltete sich dieses Leben? Was unterschied den jüdischen vom nichtjüdischen Alltag? Wodurch wurde Jüdisches Leben im Viertel repräsentiert? Welche Abgrenzungen und Annäherungen bestanden (bestehen) zwischen jüdischen und nichtjüdischen Viertelbewohnerinnen und -bewohnern?

Es soll versucht werden aufzuzeigen, inwiefern sich die Mehrheit der Juden bis in die Zeit der Weimarer Republik als »deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens« verstand und erst mit der Machtergreifung Hitlers die Hoffnung aufgab, als solche anerkannt zu werden.

Dabei kann und darf nicht außer acht gelassen werden, daß jüdische Geschichte immer auch eine Geschichte des Antisemitismus, der Ausgrenzung, Vertreibung und Vernichtung ist.

Jedoch endet die jüdische Geschichte im Viertel nicht mit den Deportationen von 1941/42, denn nach dem Krieg entstand hier ein neues Gemeindezentrum. Die Situation der jüdischen Gemeinde in der Nachkriegszeit wird ebenfalls ins Blickfeld rücken.

Ein »phantastischer Tempel« für das liberale Judentum Jüdisches Leben am Ausgang des letzten Jahrhunderts

»Wer von Bonn mit der Eisenbahn kommt und das Bild der kölnischen Neustadt an sich vorüberziehen läßt, der wird den phantastischen Tempel mit dem grünen Dache nicht übersehen, der aus den Neubauten aufragt und der Neustadt eine originelle Charakteristik gibt.« (KStA, 24. 2. 1899)

Der hier beschriebene Blick richtete sich auf die neue Synagoge in der Roonstraße, die einen Monat später, am 22. März 1899, feierlich eingeweiht wurde.

Welche Entwicklungen gingen dem Bau dieses »phantastischen Tempels« voran?

Nach der mittelalterlichen Judenvertreibung im Jahre 1424 hatte es fast 400 Jahre kein jüdisches Leben in Köln gegeben. Lediglich tagsüber durften sich Juden innerhalb der Stadtmauern aufhalten, um

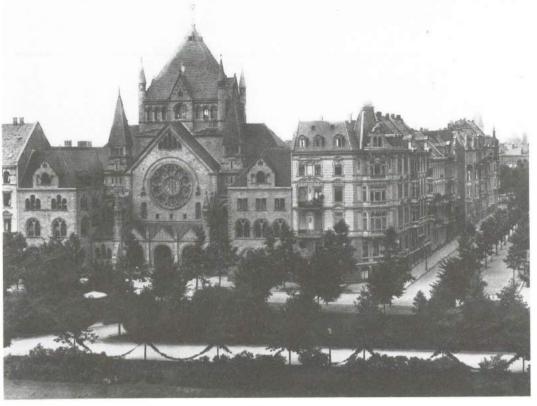


Abb. 35 Die Synagoge und der Königsplatz, um 1900

ihren Geschäften nachzugehen. Ihren Wohnsitz hatten sie daher häufig im Rechtsrheinischen, wovon noch die Geschichte der jüdischen Gemeinde in Deutz

Erst mit dem Einrücken der Franzosen im Jahre 1794 begann die Emanzipation der Juden im Rheinland. Als 1797 das gesamte linke Rheinufer mit Frankreich vereinigt wurde, galt nun auch in diesen Gebieten ein 1791 von der Pariser Nationalversammlung gefaßter Entschluß zur Gleichberechtigung der Juden.

Dies geht aus einer Proklamation des Regierungskommissars Rudler vom 21. Juni 1798 hervor: »Was auch immer nach Sklaverei schmeckt, ist abgeschafft. Nur vor Gott werdet ihr Rechenschaft über euren religiösen Glauben abzulegen haben. Eure bürgerlichen Rechte werden nicht länger von eurer Abstammung abhängen. Was diese auch immer sein mag, sie wird ohne Unterschied toleriert werden und sich gleichen Schutzes erfreuen.« (zit. n. Asaria, S. 35)

Fortan durften Juden wieder in Köln ansässig werden, und bereits 1801 schlossen sich 17 Familien zu einer neuen Gemeinde zusammen. Nach dem Wiener Kongreß von 1815 wurden die Rheinlande unter preußische Verwaltung gestellt. Dies bedeutete für die rheinischen Juden einen Rückschlag: Zwar war den Juden 1812 auch in Preußen die bürgerlichen Rechte zuerkannt worden, aber die Ansiedlung wurde durch Auflagen hinsichtlich des Berufes und des Vermögens eingeschränkt.

Einen weiteren Fortschritt in der Emanzipation der Juden brachte die Revolution von 1848. In der Verfassungserklärung von 1848 wurden bürgerliche Rechte unabhängig von der Religion zugebilligt, und auch in der Verfassung des Deutschen Reiches von 1871 war die rechtliche Gleichstellung der Juden fest verankert. Hier ist anzumerken, daß sich in jenen Tagen der Begriff »bürgerliche Rechte« stets nur auf die Männer bezog. Sowohl den jüdischen als auch den nichtjüdischen Frauen wurden die grundlegenden bürgerlichen Rechte, so zum Beispiel das Wahlrecht, erst 1918 verliehen. Zudem gab es in Preußen das Dreiklassenwahlrecht, das nur Wählern mit hohem Einkommen politischen Einfluß ermöglichte. Darüber hinaus durften Juden auch weiterhin bestimmte Berufe, wie Lehrer, Professor, Richter und Offizier nicht ausüben.

Trotz der genannten Einschränkungen der rechtlichen Gleichstellung sowie der Tatsache, daß Gesetze allein wohl kaum jahrhundertealte Diskriminierungen beseitigen konnten, hatte sich die Stellung der Juden im Rheinland seit der napoleonischen Zeit enorm verbessert. Das rapide Anwachsen der Kölner Gemeinde spiegelt dies wider: Lebten 1808 133 Juden in Köln, so waren es 1890 bereits knapp 7000.

Einhergehend mit der Zuwanderung von Juden nach Köln entwickelte sich ein neues Gemeindeleben. Schon in französischer Zeit erwarb die junge Gemeinde das Grundstück des früheren Klosters St. Clarissa in der Glockengasse. Es wurde ein Schul- und Gemeindehaus sowie eine Bethalle eingerichtet, in der 74 Männer- und 48 Frauensitze vorhanden waren. Dieses Gebäude mußte aber 1854 wegen Baufälligkeit geschlossen werden. Eine Stiftung von Abraham Oppenheim ermöglichte schließlich den Bau einer Synagoge in der Glockengasse, in der 226 Männer und 140 Frauen Platz finden konnten. Diese Synagoge, die dem neo-islamischen Stil fälschlicherweise wird dieser oft als maurisch bezeichnet - zuzuordnen war, repräsentierte aufgrund ihrer zentralen Lage und ihres eigenwilligen Anblicks die nach jahrhundertelanger Vertreibung wiederentstandene jüdische Gemeinde. Der Architekt Zwirner hatte es vermocht, einen spezifischen Synagogenstil zu finden. Dies war ungewöhnlich, denn normalerweise wurden Synagogen stets im Stil ihrer Zeit und ihrer geographischen Umgebung gebaut. Schon beim Vergleich der Zahl der Gemeindemitglieder mit den in der Glockengassen-Synagoge vorhandenen Sitzplätzen wird deutlich, daß auch dieses Gotteshaus auf Dauer nicht allen Gläubigen Platz bieten konnte.

Außerdem entwickelte sich die Innenstadt immer mehr zum reinen Geschäftsviertel. Dahingegen entstanden durch die Stadterweiterung in der Neustadt viele attraktive Wohngebiete, die das stark mittelständisch geprägte Judentum anzogen. Mehr und mehr jüdische Familien ließen sich in der Neustadt nieder, und so wurde bereits Anfang der neunziger Jahre der Bau einer zweiten großen Synagoge beschlossen. 1893 kaufte die Synagogengemeinde von der Familie Oelbermann ein Grundstück an der Roonstraße, und die Stadt bewilligte 1894 40.000 Mark Zuschuß für den Bau, so daß 1895 der Grundstein gelegt werden konnte.

Genau wie die erste Hauptsynagoge in der Glockengasse fiel die neoromanische Synagoge von Schreiterer und Below durch ihre kunstvolle Gestaltung ins Auge. Auch wenn im oben zitierten Artikel vom 24. Februar 1899 bedauert wird, daß der »Tempel« von Miethäusern »eingeklemmt« ist, so wird dennoch seine Außenwirkung gerühmt: »Es entsteht bei der Mischung klar übersichtlicher Symmetrie der Baugliederung und eigenartigen malerischen Reizes ein Werk, das fremdländisch wirkt und die Phantasie nach irgend einem asiatischen Märchenlande lenkt, ein richtiger »Tempel« (...).« (KStA, 24. 2. 1899)



Abb. 36 Innenraum der Synagoge, o. J.

Eine besondere Wirkung wurde durch die Deckung des Daches erzielt. Das Hauptdach war verkupfert und die kleinen Nebendächer mit roten Ziegeln gedeckt.

Der Innenraum der Synagoge zeichnete sich durch seine kunstvoll gestalteten Verzierungen aus. Vor allem die Wände zogen die Aufmerksamkeit der Besucher auf sich: »Von großer Bedeutung sind die die Wände völlig bedeckenden Malereien nach den Entwürfen des Professors Schaper in Hannover. An den alten, für Dekorationsmalerei neuerdings sehr beliebt gewordenen Ravennastil anknüpfend, geben diese Malereien in einem Wechsel zweier Haupttöne, blaugrün und mattziegelrot, eine edel ruhige Stimmung, auf der sich teils leicht anmutende geometrische Motive, teils massig wirkende Pflanzenmotive entwickeln.« (ebenda)

Immerhin 800 Männer und 600 Frauen konnten in dem Neubau Platz finden. Die Frauenplätze befanden sich auf der Empore. Die erst 30 Jahre alte Glockengassenneuen Synagoge zunehmend an Bedeutung. Asaria schreibt dazu: »Aber es zeigte sich dabei, daß die Gemeinde selbst die Erhaltung des Bauwerks in Zweifel zog, weil dieses Geschäftsviertel der Altstadt, immer mehr von Bewohnern entblößt, nur noch wenige Gemeindemitglieder aufwies, während der neue Tempel in der Roonstraße in dieser Beziehung sehr zweckmäßig lag und die Stadtverwaltung an der Erwerbung des Grundstückes in der Glockengasse ein Interesse zeigte.« (Asaria, S. 194) Zwar wurde das Grundstück nicht an die Stadt verkauft, und die Synagoge behielt bis zur Zerstörung während der Reichspogromnacht ihre Funktion bei, aber das Gemeindeleben verlagerte sich zunehmend in die Roonstraße; seit 1910 war dort auch der Sitz der Gemeindeverwaltung. Dies ist letztendlich auf eine generelle Änderung des Sozialgefüges und der religiösen Einstellungen

der Gemeindemitglieder zurückzuführen.

Im Verlauf der einsetzenden Urbanisierung und der Industrialisierung zogen mehr und mehr Juden vom Land in die Städte. Lebten 1871 20 Prozent aller Juden in den Städten, so waren es 1910 bereits 58,3 Prozent. Im Vergleich dazu waren nur 4,8 Prozent beziehungsweise 21,3 Prozent der Gesamtbevölkerung Städter. Aber die Juden waren im Gegensatz zu den Nichtjuden weniger der mit der Verstädterung einhergehenden Proletarisierung ausgesetzt, da sie sich durch ihre jahrhundertelangen Erfahrungen im Handel und bestimmten Gewerben leichter den neuen Produktionsformen anpassen konnten. Monika Richarz begründet dies folgendermaßen: »Gewöhnt an Geldund Kreditwirtschaft, geschäftliche Flexibilität, Kundenwerbung und wirtschaftlichen Wettbewerb, besaßen sie einen Vorsprung, der ihnen einen günstigen Start in die Industriewirtschaft ermöglichte.« (Richarz, Bd. 2, S. 23)

Dieser soziale Aufstieg vieler Juden hat-Synagoge verlor nach der Einweihung der te aber auch eine Verweltlichung zur Folge. Viele verstanden sich seit der Emanzipation als »deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens«. Für sie verlor die Religion ihren Stellenwert als Mittelpunkt des jüdischen Lebens, oder sie versuchten zumindest, die strenge jüdische Glaubenslehre zu reformieren, um religiöse Sitten und Gebräuche leichter in ihren bürgerlichen Lebensalltag integrieren zu können.

> Bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts hatte es Richtungskämpfe innerhalb der jüdischen Gemeinden gegeben. Eine erste radikale Reformbewegung wurde jedoch von einer gemäßigteren liberalen abge-

> Auch in Köln kam es aufgrund von Reformwünschen liberaler Gemeindemitglieder zu starken Auseinandersetzungen. Zwar konnten sich einige Reformen durchsetzen, wie zum Beispiel die Einführung von Gebeten und Predigten in deutscher Sprache, doch bildete sich daraufhin

schon 1863 eine kleine orthodoxe Austrittsgemeinde, die Adass Jeschurun, die 1884 eine eigene Synagoge in der St.-Apern-Straße einweihen konnte. Abgesehen von dieser kleinen Austrittsgemeinde war die Kölner Synagogengemeinde eine Einheitsgemeinde, das heißt, gemäßigte Orthodoxe und Liberale tolerierten einander. Dennoch steht außer Zweifel, daß die »Neue Synagoge« das Zentrum der liberalen Juden war. Allein die Tatsache, daß das Vorlesepult, die »Bima«, sich nicht mehr – wie es noch in der Glockengasse der Fall war - in der Mitte des Betraumes, sondern wie in christlichen Gotteshäusern vorn befand, weist auf den Einfluß der Liberalen hin. Außerdem reichten 1300 Gemeindemitglieder 1899 bei der Gemeindeverwaltung eine Petition für die Aufstellung einer Orgel ein. Diese Bitte entfachte einen alten Streit zwischen Liberalen und Orthodoxen, denn letztere lehnten die Einführung des Orgelspiels während des Gottesdienstes ab, weil dies für sie eine zu starke Anlehnung an den christlichen Gottesdienst darstellte.

Der Streit um die Orgel in der Roonstraße dauerte mehrere Jahre. Erst 1904 kam es zu einer Entscheidung zugunsten des Instrumentes, und 1906 konnte der erste Gottesdienst mit Orgelbegleitung gefeiert werden. So banal dieser Streit erscheint, so tiefgründig sind jedoch die religiösen Hintergründe: Die Orthodoxen befürchteten zu Recht, daß aufgrund der Anpassung an die christliche Umwelt die Eigenständigkeit der jüdischen Religion mehr und mehr verlorengehe.

Schließlich konnte innerhalb der Gemeinde niemand mehr darüber hinwegsehen, daß für viele die Religion nebensächlich wurde. Bereits im September 1896 machte das Israelitische Gemeindeblatt auf diese Indifferenz vieler Iuden aufmerksam: »Wenn der Besuch des Gotteshauses an den hohen Feiertagen als Maßstab für die Anhänglichkeit an den

väterlichen Glauben gelten soll, so sieht es hier mit der Religiösität recht trübe aus«, denn eine Zählung der Synagogenbesucherinnen und -besucher hatte ergeben, daß ca. 5000 Personen dem Gottesdienste fernblieben.

Für das jüdische Leben an der Wende zum 20. Jahrhundert war insofern charakteristisch, daß eine breite Schicht von bürgerlich assimilierten Juden mehr und mehr von den alten Glaubensvorstellungen Abschied nahm und als sogenannte »Dreitagejuden« die Synagoge nur noch

an den Feiertagen aufsuchten.

Iedoch darf die - bis zur Abwendung vom Glauben reichende - Akkulturation nicht darüber hinwegtäuschen, daß im Kaiserreich zugleich der Antisemitismus neue Blüten trug. Auch wenn die Juden von rechtlicher Seite her gesehen gleichberechtigte, deutsche Staatsbürger waren, sah die Realität im alltäglichen Umgang miteinander oftmals ganz anders aus, wie eine Aussage Walther Rathenaus bestätigt: »In den Jugendjahren eines jeden deutschen Juden gibt es einen schmerzlichen Augenblick, an den er sich zeitlebens erinnert: wenn er sich zum erstenmal voll bewußt wird, daß er als Bürger zweiter Klasse in die Welt getreten ist, und daß keine Tüchtigkeit und kein Verdienst ihn aus dieser Lage befreien kann.« (zit. n. ebenda, S. 38) Auftretende Wirtschaftskrisen wurden von antisemitischen Parteien für ihre Propaganda genutzt und fanden zunehmend Anklang bei der Bevölkerung. So erhielten schon 1893 die antisemitischen Parteien 16 Sitze im Reichstag, und zunehmend wurde Juden auch der Beitritt zu Vereinen, Organisationen sowie Studentenverbindungen verboten. Daraus resultierte die Gründung eigener jüdischer Interessensvertretungen, wie zum Beispiel des »Centralvereins Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens«, dessen Anliegen es war, den Antisemitismus abzuwehren. Ebenso war die zionistische Bewegung eine Antwort

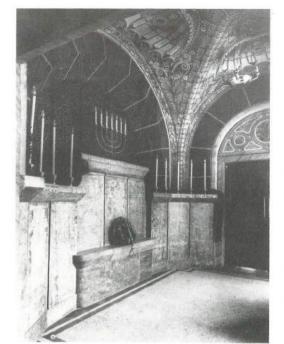


Abb. 37 Gedenkhalle für die im Ersten Weltkrieg gefallenen Soldaten, um 1920

auf den wachsenden Antisemitismus; die Zionisten waren der Meinung, nur nationale Selbständigkeit der Juden könnte ihnen Schutz vor weiterer Diskriminierung bieten. Die führenden Persönlichkeiten der zionistischen Bewegung, Max Bodenheimer und David Wolffsohn, lebten in Köln. Daher war bis zum Jahre 1911 hier das Zentrum der internationalen zionistischen Bewegung (vgl. Becker-Jákli, S. 330).

Da sich die wirtschaftliche Lage im Deutschen Reich - nicht zuletzt aufgrund der Kolonialpolitik - stabilisierte, eskalierte der Antisemitismus zu Beginn des Jahrhunderts nicht. Vor allem in den ersten Jahren des Ersten Weltkrieges glaubten viele Juden, sie seien wegen ihres Einsatzes für das Vaterland nun endgültig als deutsche Staatsbürger anerkannt. Diese Annahme wurde dadurch verstärkt, daß Juden ins Offizierskorps aufsteigen konnten und Walther Rathenau zum Leiter der Kriegsrohstoffabteilung berufen wurde. Spätestens ab 1916 offenbarte sich jedoch für viele Juden, daß sie falsche Hoffnungen gehegt hatten; Juden wurden als »Vaterlandsverräter« beschimpft, und eine »Judenzählung« (Zählung aller jüdischen Soldaten) schürte wieder alte Vorurteile.

In Köln waren es immerhin 230 jüdische Soldaten, die für »Gott und Vaterland« ihr Leben ließen. Diesen wurde 1924 in der Synagoge in der Roonstraße eine Gedenkhalle gewidmet.

Ein blühendes Gemeindeleben Sozial- und Bildungseinrichtungen der Synagogengemeinde

Es war nicht nur die Synagoge, die das jüdische Leben im Viertel repräsentierte, sondern auch anderweitig wurde sichtbar, daß Juden am Rathenauplatz lebten. Da gab es die jüdische Bäckerei in der Lindenstraße, in der hin und wieder auch Nichtjuden Matzen und andere Leckereien kauften, das Tabak- und Bonbongeschäft Schwarz in der Heinsbergstraße, bei dem vor allem die Kinder gute Kunden waren, Else Könighofers Kolonialwarenladen in der Dasselstraße oder das Elektrogeschäft

Maß neben der Synagoge. Ferner war in der Engelbertstraße eine jüdische Buchhandlung, und in den Hinterhöfen hatten jüdische Altwarenhändler ihre Lager. An viele der damals existierenden Läden erinnert nichts mehr. Auch für jüdische Institutionen, wie etwa Wohlfahrtseinrichungen, finden sich nur noch einzelne Hinweise in den Adreßbüchern: So wohnte der Vorsitzende des Israelitischen Wohltätigkeitsvereins »Kossnaus Aur« in der Meister-Gerhard-Straße 4, die »Israeliti-

sche Waisenstiftung« hatte am Königsplatz 24 ihren Sitz, und der Verein zur Ausübung von Wohlthätigkeiten und Liebesdiensten »Chewroh Gemilus Chassodim« in der Lindenstraße 15 (vgl. GA, 1920)

All diese Vereine hatten die Unterstützung der bedürftigen jüdischen Bevölkerung zum Ziel.

Anfang der zwanziger Jahre befand sich in der Beethovenstraße zudem das Heim des zionistischen Jugendbundes Weiß-Blau, und Führer anderer zionistischer Gruppierungen lebten in der Dassel- und der Görresstraße.

Für Waisen und Halbwaisen standen spezielle Einrichtungen zur Verfügung: 1876 war von Rabbiner Dr. Abraham Frank ein Waisenhaus in der Aachener Straße gestiftet worden. Dieses »Abra-



Abb. 38 Kolonialwarenladen Else Könighofer, Dasselstraße 77, 1930



Abb. 39 Israelitisches Kinderheim, Lützowstraße 35-37, um 1930



Abb. 40 Kinder im Treppenhaus des Israelitischen Kinderheims, Lützowstraße, o. J.

ham-Frank-Haus« bot Waisen, deren Eltern Mitglieder der Synagogengemeinde gewesen waren, ein neues Heim.

Einige Jahre später kam zu diesem ersten Waisenhaus eine weitere Einrichtung dazu: Das Israelitische Kinderheim. Dieses bestand seit 1890 und zog 1900 in die Lützowstraße 35–37, wo ein großes Gebäude als moderne Kinderpflegestätte zur Verfügung stand. In dem Gebäude befanden sich ein Säuglingsheim, ein Kinderhort, ein Kindergarten sowie eine Haushaltungs- und Kochschule. Bis zu 120 Kinder – zumeist solche aus zerrütteten oder hilfsbedürftigen Familien – wurden hier betreut. Ebenso wurden unehelich geborene Kinder aufgenommen.

Die Kosten für die Verpflegung übernahm zur Hälfte die Stadt, zur anderen Hälfte die Synagogengemeinde (vgl. Jüdisches Schicksal, S. 59). Zum Kinderheim gehörte eine eigene Synagoge, die nach dem Ersten Weltkrieg von Georg Kahn gestiftet wurde (vgl. Jüdisches Schicksal, S. 60).

Während der Zeit des Nationalsozialismus wurde das Kinderheim häufig zum einzigen Zufluchtsort für Kinder, deren Eltern bereits deportiert worden waren.

Zum Beispiel kam Fanny Englard, als ihre Mutter aufgrund der »Polenaktion« 1938 ausgewiesen wurde, ins Kinderheim (siehe S. 83). Dort blieb sie bis zum Sommer 1940. Als sie 15 Jahre alt war, ging sie nach Hamburg in ein Jugendlager, das auf die Auswanderung nach Palästina vorbereitete. Sie konnte den Nationalsozialisten aber nicht mehr entkommen und wurde 1941 nach Riga deportiert. Ihre Brüder blieben noch bis 1942 im Kinderheim.

Ende 1941/Anfang 1942 wurde das Gebäude in der Lützowstraße von den Nazis beschlagnahmt und die Kinder mußten in die Cäcilienstraße umziehen. Hier konnten sie ebenfalls nicht mehr lange bleiben, am 20. Juli 1942 wurden die Kinder – unter anderem auch Fanny Englards Brüder – in ein Vernichtungslager nach Minsk verschleppt.

Dem Kinderheim direkt gegenüber befand sich die städtische Israelitische Volksschule, die immerhin die größte Einrichtung dieser Art in ganz Deutschland war. Infolge der Einführung der Schulpflicht im Jahre 1825 war bereits 1830 eine private jüdische Knabenschule eingerichtet worden, und kurze Zeit später folgte die Gründung einer Mädchenschule. Seit 1881 war die Schule als öffentliche Einrichtung anerkannt und bestand zur Zeit der Jahrhundertwende aus je vier Knabenund vier Mädchenklassen.

Bevor jedoch das Gebäude in der Lützowstraße 8–10 bezogen werden konnte, wechselte die Schule mehrfach ihren Standort: Um die Jahrhundertwende war die jüdische Volksschule in der Schildergasse untergebracht, dann in der Schwalbengasse, am Mauritiuswall, in der Genter



Abb. 41 Kinder vor dem Schultor der Städtischen, Israelitischen Volksschule, Lützowstraße 8-10, o. J.

Straße und der Richard-Wagner-Straße. Erst 1917 konnte endlich der Umzug ins neue Schulgebäude in der Lützowstraße erfolgen. Dieser hatte sich trotz Fertigstellung des Gebäudes noch vor Beginn des Ersten Weltkrieges hinausgezögert, weil die stadteigenen Räumlichkeiten als Lazarett zur Verfügung gestellt werden mußten. Darüber hinaus liebäugelten einige Vertreter der Stadt mit dem Gedanken, statt der jüdischen Volksschule in dem Gebäude eine Handelsschule unterzubringen. Doch selbst dieser verspätete Erstbezug war nur von kurzer Dauer; im Jahre 1918 mußte das Gebäude nochmals für die englische Besatzung geräumt werden, und erst 1922 konnte endgültig kontinuierlich Unterricht in der Lützowstraße stattfinden.

Aus einer im Jahre 1933 in der Jüdischen Rundschau veröffentlichten Statistik geht hervor, daß über die Hälfte der schulpflichtigen jüdischen Schülerinnen

und Schüler Kölns eine jüdische Schule besuchten, davon allein fast 35 Prozent die Volksschule in der Lützowstraße. Die anderen Schüler verteilten sich auf die dem jüdischen Lehrerseminar angeschlossene Volksschule »Moriah« sowie auf das jüdische Reformrealgymnasium »Jawne«.

Die Schule in der Lützowstraße war während der Weimarer Republik eine etablierte Einrichtung, die von städtischer Seite unterstützt wurde. Falls gewünscht, konnten die Kinder sogar die Nachmittage im der Schule angeschlossenen Kinderhort verbringen. Als Grundlage für den Unterricht dienten die staatlichen Lehrpläne, doch bemühte sich das Lehrerkollegium, den jüdischen Erziehungsidealen gerecht zu werden, zumal vor allem die aus dem Osten stammenden orthodoxen Juden ihre Kinder auf diese Schule schickten. In den Klassen gab es einen Anteil von bis zu 50 Prozent »Ostjuden«, denn die besser gestellten, assimilierten

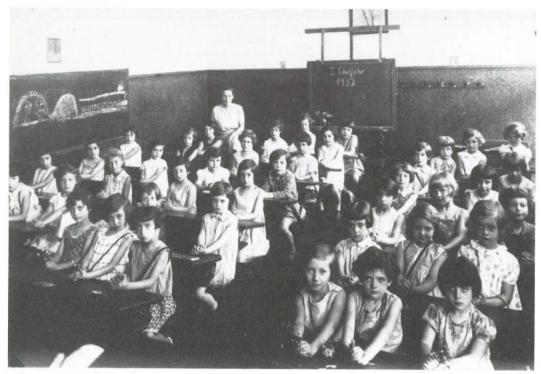


Abb. 42 Städtische, Israelitische Volksschule, 1. Schuljahr mit Lehrerin Hedwig Schloss, 1932

jüdischen Familien schickten ihre Kinder in die allgemeinen und höheren Schulen. Erst während des Nationalsozialismus, als die jüdischen Kinder aus den allgemeinen Schulen ausgeschlossen wurden, änderte sich zwangsläufig die Zusammensetzung der Schulklassen. Hatten im Jahre 1933 700 Schülerinnen und Schüler in der Lützowstraße die Schulbank gedrückt, so waren es im Jahre 1934 schon 870 und 1935 gar 950 (vgl. Walk, in: FGJ, S. 416).

Noch vor der Reichspogromnacht mußte das Schulgebäude geräumt werden. Fortan fand der Unterricht in einem unfreundlichen Gebäude in der Löwengasse statt, bis schließlich am 1. Oktober 1938 alle jüdischen Schulen im Schulgebäude St.-Apern-Straße untergebracht wurden (vgl. Jüdisches Schicksal, Unterrichtsmat. 5.2). Diese Zentralisierung aller jüdischen Kinder diente der besseren Erfassung und Kontrolle sowie der Ausgrenzung. Aus

den gleichen menschenverachtenden Beweggründen erfolgte die Einrichtung von Sonderklassen für andere Verfolgte, zum Beispiel Sinti und Roma, innerhalb der jüdischen Schule (vgl. Walk, S. 217 f.).

Obwohl insbesondere der Schulleiter der Oberschule »Jawne» Dr. Erich Klibansky alle Hebel in Bewegung setzte, um die Auswanderung für ganze Schulklassen nach England zu ermöglichen, wurde ein großer Teil der Ende 1938 noch in Köln verbliebenen Schülerinnen und Schüler am 6. Dezember 1941 nach Riga beziehungsweise am 20. Juli 1942 nach Minsk deportiert. Von den 19 Lehrkräften, die an der Schule Lützowstraße im Jahre 1934 beschäftigt waren, sind zwei hervorzuheben, die sich über die Lehrtätigkeit hinaus einen Namen machten: Cilly Marx und Siegfried Braun.

Cilly Marx hielt im Rahmen von Veranstaltungen des Jüdischen Frauenbundes (JFB) Vorträge zu Erziehungsfragen und unterstützte Wohltätigkeits- und Kulturveranstaltungen. Ferner hatte sie an der Erstellung der »Domfibel«, einem Lehrbuch, das an jüdischen und nichtjüdischen Schulen eingesetzt wurde, mitgearbeitet. Als diese Fibel in jüdischen Schulen nicht mehr benutzt werden durfte, verfaßte sie ein Lehrwerk speziell für jüdische Schulanfänger. Die nationalsozialistischen Lektoren, denen das Werk zur Freigabe vorgelegt werden mußte, hatten jedoch Einwände:

- Die Zeichnungen der (deutschen) Natur seien unecht (»Juden haben nun einmal kein wahres Verhältnis zur Natur.«)
- Juden als Arbeiter beim Möbelumzug? (»Juden sind keine Handarbeiter.«);
- 3) »Jüdische Kinder haben keine blonden Haare.« (zit. n. Walk, in: FGJ, S. 417)

Schließlich begnügten man sich damit, daß den dargestellten Kindern die Haare geschwärzt wurden. Das Buch konnte 1936 erscheinen und war auch über Köln hinaus an jüdischen Volksschulen ein vielfach benutztes Lehrwerk.

Cilly Marx konnte noch 1939 nach England emigrieren und entging so dem Holocaust.

Siegfried Braun, der 30 Jahre in der Lützowstraße lehrte und zudem dort lebte, stand der zionistischen Bewegung nah. Er war zeitweilig Redakteur des Jüdischen Gemeindeblattes und gab unter anderem 1934 das Jahrbuch der Synagogengemeinde heraus. Auch Braun stellte ein Lehrwerk für den Gebrauch an jüdischen Schulen zusammen, das aber nie erscheinen konnte (vgl. ebenda, S. 417 f.).

Braun wurde während der Reichspogromnacht verhaftet und im Lager Dachau inhaftiert. Er konnte 1939 nach Palästina entkommen.

Neben den allgemeinen Wohltätigkeitsvereinen, die vorwiegend von Männern repräsentiert wurden, gab es Organisationen, die sich speziell um die Anliegen der jüdischen Frauen kümmerten. Exemplarisch für die Tätigkeiten von Frauen für Frauen innerhalb des jüdischen Gemeindelebens werden im folgenden die Aktivitäten von Clara Caro und dem Jüdischen Frauenbund nachgezeichnet.

Die Verstädterung der jüdischen Bevölkerung hatte eine Veränderung der Rolle der Frau sowohl innerhalb der Familie als auch in der Gemeinde zur Folge. Zuvor waren die Frauen häufig als mithelfende Familienangehörige an den Geschäften des Mannes beteiligt und verrichteten alle Hausarbeiten selbst. In der Stadt ging der Mann zumeist einer außerhäuslichen Erwerbsarbeit nach. Die Frau war meist dafür zuständig, den Haushalt zu organisieren; aber sie konnte - vor allem in den wohlhabenden jüdischen Familien - einen großen Teil der anfallenden Arbeit an Hausangestellte und Kindermädchen delegieren. Darüber hinaus war es bis zum Ersten Weltkrieg selten, daß jüdische Frauen einer außerhäuslichen Erwerbsarbeit nachgingen; nur 18 Prozent der jüdischen Frauen waren erwerbstätig, hingegen 30 Prozent der nichtjüdischen. Viele der Mittelstandsfrauen, die von der Haus- und Familienarbeit entlastet waren und keinem außerhäuslichen Erwerb nachgingen, sahen in der Wohltätigkeitsarbeit eine Möglichkeit, sich für soziale Belange zu engagieren, ein Arbeitsfeld, das ihrer traditionellen Frauenrolle entsprach (vgl. Kaplan, S. 66 ff.).

Die Wohltätigkeitsarbeit der Frauen wurde in Köln vor allem vom Israelitischen Frauenverein organisiert, der es sich zur Aufgabe gemacht hatte, Waisen, Kranken und anderen bedürftigen Personen Unterstützung zu bieten. Dieser war unter der Leitung von Ida Auerbach bald zu einer wichtigen Schaltstelle der Wohlfahrtsarbeit der Synagogengemeinde geworden.

Der Verein richtete unter anderem eine Berufsberatung für Frauen, ein Kindergarten- und ein Kindertagesheim sowie eine Schwangeren- und Wöchnerinnenfürsorge ein. Trotz dieser vielfältigen Aktivitäten auf caritativem Gebiet versuchten die jüdischen Frauen lange Zeit nicht, ihren Einfluß auf die allgemeine Gemeindearbeit und Gemeindepolitik auszudehnen. Forderungen zur Stärkung des Einflusses der Frauen innerhalb der Gemeinde wurden erst von Clara Caro erhoben, die mit ihrem Mann, Rabbiner Isidor Caro, in der Lochnerstraße 12–14 wohnte.

Clara Caro kam 1909 nach Köln und engagierte sich zunächst beim Israelitschen Frauenbund. Eine ihrer Aufgaben war es, weibliche jüdische Gefangene im städtischen Gefängnis Klingelpütz zu betreuen (vgl. Asaria, S. 155). Erst mit der von Clara Caro initiierten Gründung einer Ortsgruppe des Jüdischen Frauenbundes (JFB) in Köln im Jahre 1926 begann eine Diskussion über die Stellung der Frau in der jüdischen Gemeinde.

Den JFB gab es in Deutschland schon seit 1904; in den zwanziger Jahren war ungefähr jede fünfte Jüdin Mitglied. Er setzte sich für das aktive und passive Wahlrecht der Frauen in den Gemeinden ein, denn die Frauen zahlten Steuern und arbeiteten für die Gemeinde, besaßen aber kein Mitspracherecht (vgl. Kaplan, S. 249). Zudem kämpften sie gegen den in dieser Zeit stark verbreiteten Handel mit jüdischen Mädchen und für die bessere Berufsausbildung von Mädchen.

Trotz der Teilnahme an den Aktionen des Bundes deutscher Frauenvereine (BDF) – des Dachverbandes der bürgerlichen Frauenbewegung – verstand sich der JFB in erster Linie als eine jüdische Organisation, der es am Herzen lag, die jüdische Kultur und Identität aufrechtzuerhalten und zu stärken.

Neben den genannten Aufgaben widmete sich der Kölner JFB einer vielfältigen Bildungsarbeit. Es wurden Vorträge und Veranstaltungen zur jüdischen Glaubenslehre angeboten, die zum Teil im Gemeindesaal Roonstraße 50 stattfanden.

Als man den Frauen 1918 in Deutschland endlich das politische Wahlrecht zugestand, war der Kampf um das Wahlrecht in den jüdischen Gemeinden noch lange nicht beendet. Vor allem die orthodoxen Gemeindemitglieder verweigerten den Frauen die Mitsprache. Speziell in Köln wirkte sich der Einfluß der Orthodoxen negativ aus. Im Oktober 1926 - also kurz nach der Gründung der Kölner Ortsgruppe - beglückwünschte der Jüdische Frauenbund in seinem offiziellen Presseorgan »Blätter des Jüdischen Frauenbundes für Frauenarbeit und Frauenbewegung« zwar den Kölner Ortsverein zur Erlangung des Wahlrechts, aber mehr als ein Jahr später mußten die Glückwünsche zurückgezogen werden. Der Grund dafür war, daß die Gemeinde laut Satzung ihren Status nur ändern durfte, wenn sich alle Gemeindemitglieder damit einverstanden erklärten; in Köln hatten sich aber die Orthodoxen dagegen ausgesprochen. Köln war Ende der zwanziger Jahre die einzige deutsche Großstadt, in der das Gemeindewahlrecht für Frauen nicht durchgesetzt werden konnte (vgl. Kaplan, S. 272).

Hier währte der Wahlrechtskampf noch bis in die NS-Zeit.

Clara Caro verfolgte aber mit ihren Aktivitäten nicht nur das Ziel, die Stellung der Frau innerhalb des Gemeindelebens zu stärken, sondern sie bemühte sich ebenso darum, Aufklärungsarbeit zu leisten, um dem vermehrt auftretenden Antisemitismus entgegenzuarbeiten.

Welcher Art diese Aufklärungsarbeit war, wird aus einem Artikel in den Blättern des JFB vom Juni/Juli 1926 deutlich: »Aus Köln wird uns gemeldet: Durch die Vorsitzende der Kölner Ortsgruppe, Frau Clara Caro, wird neuerdings eine wichtige Aufklärungsarbeit geleistet, deren Nachahmung durch andere Mitglieder unserer

Ortsgruppen aufs äußerste zu begrüßen wäre. Clara Caro hat zweimal für Hörerinnen und Hörer der Volkshochschule nach vorangehender Erklärung unseres Kultus, der sozialen und ethischen Bedeutung des Sabbats und der Freitagabendgebete eine Führung durch die Synagoge veranstaltet, an die sich die jedesmalige Teilnahme an den Freitagabend-Gottesdienst anschloß. Die weihevolle, andächtige Stimmung, ja die Begeisterung der Andersgläubigen zeigte, daß nicht immer böser Wille schuld an den Vorurteilen gegen uns ist, daß vielmehr oft Unkenntnis von Lehren und Leben des Judentums Feindschaft und Haß gegen uns hervorrufen.« Zum Abschluß des Artikels wird betont, daß die Aktion von Clara Caro zu einer ständigen Einrichtung der Volkshochschule Köln werden sollte. Nach den Reichstagswahlen vom September 1930, die den Rechtsrutsch der Weimarer Republik besiegelten - die Anzahl der Sitze der NSDAP war von 12 auf 107 Sitze hochgeschnellt - bemühte sich Clara Caro verschärft um derartige Aufklärungskampagnen. Im November 1930 stellte sie in den Blättern des JFB ihre »Forderungen der Gegenwart« zur Debatte; sie rief dazu auf, eine Kommission für jüdische Aufklärungsarbeit zu gründen. Ihr Motto dafür hieß: »Den Pöbel können wir nicht belehren, noch uns gegen rohe Gewalt mit gleichen Mitteln wehren. Aber gegen jene wollen wir den Feldzug eröffnen, die da mit Lügen und Entstellungen eine wohlorganisierte Hetz- und Wühlarbeit geleistet haben, deren Zeche wir jetzt bezahlen müssen.« (Blätter des IFB, 11/1930) Ihre Forderungen wurden im folgenden diskutiert, und sie fand in anderen Ortsgruppen Verbündete für ihre Aktio-

Clara Caro hielt wie viele andere jüdische Frauen und Männer an der Ansicht fest, die Hetzkampagnen der Nationalsozialisten gegen die jüdische Bevölkerung könnten mit Vernunft eingedämmt werden; auch sie gab nach 1933 die Hoffnung

auf ein friedvolles Zusammenleben von jüdischen und nichtjüdischen Deutschen nicht auf. Zugleich betonte sie aber, wie wichtig der innere Zusammenhalt der Gemeinden in dieser schweren Zeit sei: »Je größer unser äußeres Unglück, um so fester unser innerer Zusammenhalt und unsere Bereitschaft und Kraft zum Ausharren und Durchhalten, die uns nur aus dem starken Bekenntnis zu einem Judentum kommen kann, das wir kennen und uns durch Erkennen stets neu erobern.« (Blätter des IFB, 5/1933)

Dieser Zusammenhalt der jüdischen Gemeinde wurde nicht zuletzt durch den Frauenbund selbst symbolisiert: Hier hatten sich sowohl orthodoxe als auch liberale Frauen zusammengeschlossen (vgl. Asaria, S. 157).

1935 mußte Clara Caro mit ihrem Mann die Wohnung in der Lochnerstraße verlassen; diese wurde von den Nazis in Beschlag genommen. Nachdem selbst der bis dahin von den Behörden tolerierte IFB im Januar 1939 aufgelöst wurde, blieb Clara Caro weiterhin in Köln und unterstützte gemeinsam mit ihrem Mann die Gemeinde. Schließlich fielen auch die Caros den Massendeportationen zum Opfer: Sie wurden nach Theresienstadt verschleppt. Dort bemühte sich Clara Caro um die Linderung der physischen Not der Deportierten, organisierte aber auch kulturelle und politische Veranstaltungen, die zum Teil eine Fortsetzung der Arbeit des IFB darstellten.

Als von Theresienstadt aus Massentransporte ins Vernichtungslager Auschwitz gingen, konnte Clara Caro diesen entgehen, da ihre Arbeitskraft – sie war als Altenfürsorgerin tätig – nicht entbehrlich war. Während ihr Mann Isidor Caro wie viele andere Gemeindemitglieder ermordet wurde, kam sie durch zusätzliche glückliche Umstände noch vor Ende des Krieges – im Februar 1945 – in die Schweiz. Sie emigrierte von dort aus in die USA und verstarb 1979 93jährig in New York.

Die zahlreichen Sozial- und Bildungseinrichtungen zeugen davon, daß es bis zum Nationalsozialismus ein blühendes Gemeindeleben gab, an dem auch Frauen, wie die Tätigkeit Clara Caros belegt, aktiv teilhatten. Den jüdischen Alltag in seiner Lebendigkeit und Kontinuität bestimmten aber letztendlich die einzelnen jüdischen Viertelbewohnerinnen und -bewohner, die gemeinsam mit ihren christlichen Nachbarinnen und Nachbarn ihr soziales Umfeld gestalteten.

»Am Sabbat bekamen wir Matzen« Jüdisches Leben in der Weimarer Republik

»Bei uns im Haus wohnten die jüdischen Familien Silberbach und Pfennigs, zu denen wir ein gutes Verhältnis hatten«, erzählt Sophia Broichhagen.

Ebenso berichtet Barbara Koch, daß vor dem Krieg keine Gehässigkeit gegenüber der jüdischen Bevölkerung vorhanden war. Gottfried Schauerte schließt sich diesem Meinungsbild an: »Mit der jüdischen Bevölkerung waren wir praktisch eine Gemeinschaft. Wir haben mit jüdischen Kindern gespielt, und mein Vater, der Schneider war, hatte geschäftlich viel mit Juden zu tun.«

Heinrich Schupler, der aus einer bewußt jüdisch eingestellten Familie stammte und in der Moselstraße aufwuchs, bestätigt die Aussagen von dem guten Umgang zwischen Mehrheit und jüdischer Minderheit: »Das von uns be-



Abb. 43 Kinder in der Boisseréestraße, um 1925

wohnte Viertel setzte sich aus der überwiegend vorherrschenden christlichen Mittelschicht zusammen. Die Juden waren stets eine Minderheit, die aber niemals negativ bewertet wurde. So lebte man in seinem jüdischen Kreis unangefochten, und sich seiner Eigenart bewußt.«

Vielen Viertelbewohnerinnen und -bewohnern waren jüdische Religion und Gebräuche fremd, und eine Annäherung wurde meist nur vorsichtig versucht. Doch das alltägliche Leben – Nachbarschaft und Arbeit – führten zu vielfältigen Kontakten. Es waren diese beruflichen und privaten Berührungspunkte, die die Grundlage für Verständnis und Toleranz zwischen Nichtjuden und Juden bildeten oder – besser gesagt – hätten bilden können

Vor allem am Sabbat waren die Juden auf Nachbarschaftshilfe angewiesen, weil es nach der jüdischen Religionslehre verboten ist, am Sabbat zu arbeiten; selbst die Verrichtung von alltäglich anfallenden Tätigkeiten ist strenggläubigen Juden untersagt. Manches Mal wurden christliche Nachbarn und Nachbarskinder eingespannt, damit die nicht zu umgehenden Alltagspflichten im jüdischen Haushalt dennoch ausgeführt werden konnten. So erzählt ein Zeitzeuge: »Die Jüdischen Familien lebten genauso wie wir auch. Da gab es kaum Unterschiede. Allerdings bekam ich, wenn die Juden ihre Fastenzeit hatten, Matzen geschenkt. Die aß ich mit Butter, ansonsten schmeckten sie mir nicht. Außerdem war es für uns Kinder immer schön, daß die Juden am Sabbat nicht arbeiten durften. Den strenggläubigen Juden war es nicht einmal erlaubt zu klingeln. Das machten wir dann für sie und bekamen für diesen kleinen Dienst 10 Pfennig. Das war damals viel Geld.« S. H. war nicht der einzige, der einen solchen kleinen Nebenverdienst hatte. Ebenso berichtet Hans Rüth über seinen »Job« am Sabbat: »In unserem Haus, Heinsbergstraße 30, lebte eine jüdische Familie. Am Freitagabend, wenn der Sabbat begonnen hatte, mußte ich für sie das Licht oder auch den Ofen anmachen. Dafür bekam ich dann einen Groschen und beim Laubhüttenfest schenkten sie uns Matzen.« Johann Fischer, der ebenfalls in der Heinsbergstraße wohnte, berichtet ähnliches: »Am >Schabbes« wurden wir oft gebeten, für die Juden das Licht oder eine Kerze - je nachdem wie arm die Familie war - anzuzünden. Manchmal mußten wir auch noch ein Brikett auf den Ofen legen. Dafür durften wir uns eine >Matze (aus dem Schrank holen. Das fanden wir Kinder natürlich toll.« Eine andere Zeitzeugin, die damals in der kaum von Juden bewohnten Jahnstraße lebte, war fast neidisch auf ihre Cousine, die sich am Sabbat bei der Nachbarsfamilie immer ein paar Pfennige verdienen konnte.

Auch andere Gebräuche und Festlichkeiten führten zu Kontakten untereinander; so luden jüdische Familien ihre christlichen Nachbarn zum Laubhüttenfest ein oder umgekehrt die christlichen Familien die jüdischen Nachbarn zum Weihnachtsfest. Daran kann sich auch Lore M. erinnern, die in der Dasselstraße lebte: »Mit den nichtjüdischen Nachbarn in der Straße hatten wir immer einen sehr guten Kontakt. Wir Kinder spielten zusammen, und dadurch lernten sich die Mütter kennen; die Väter weniger, weil sie ja tagsüber nicht da waren. Es war immer ein sehr, sehr guter Kontakt. Ich habe auch während meiner Kindheit in unserer Nachbarschaft in der Dasselstraße nie etwas gemerkt von Antisemitismus. Wir waren zum Beispiel mit dem christlichen Hauseigentümer sehr gut befreundet. Wir wurden als Kinder Weihnachten immer hinunter in ihre Wohnung gerufen, um Weihnachten zu feiern - allerdings nur wir Kinder, meine Eltern nicht.« (zit. n. Becker-Jákli, S. 100)

Auf jeden Fall werden es private Beziehungen gewesen sein, die die nationalsozialistischen Verfemungen gegen die Juden als solche entlarvten. So konnte Doris Stolbrink, die mit Juden befreundet war und jahrelang in einem jüdischen Betrieb arbeitete, nie den Judenhaß der Nationalsozialisten verstehen: »Ich habe die Nazis immer gehaßt und stand auf der Seite der Juden; ich konnte das nicht begreifen, daß Menschen verfolgt wurden, nur weil sie

eine andere Religion hatten.« Jüdisches Leben während der Weimarer Republik war nicht nur durch die guten Kontakte zwischen Juden und Nichtjuden gekennzeichnet, sondern auch durch die Vielfältigkeit des jüdischen Lebens überhaupt: In Köln suchten ebenso wie in anderen Großstädten »Ostjuden« eine neue Heimat. Angesichts von Pogromen in ihren Heimatländern waren sie gezwungen, diese zu verlassen. Viele wanderten nach Übersee aus, viele ließen sich aber auch in Deutschland nieder. 1933 war immerhin fast ein Drittel der in Köln lebenden Juden - zumeist aus Osteuropa - zugewandert (vgl. Jüdisches Schicksal, Unterrichtsmat. 1). Ein Teil der Einwanderer siedelte sich im Viertel um den Griechenmarkt an, wo sie kleine Geschäfte betrieben oder als Altwarenhändler ihr Auskommen fanden. Aber auch um den Rathenauplatz, vor allem in der Heinsbergstraße und Meister-Gerhard-Straße fanden sie ein neues Zuhause. Im Gegensatz zu den alteingessenen jüdischen Familien lebten die meisten »ostjüdischen« Familien, streng nach der jüdischen Tradition, wie auch Sara Ballin von ihrer Familie berichtet: »Unsere Familie lebte traditionell religiös. Der Haushalt wurde streng koscher geführt, es wurde mit getrenntem Geschirr gekocht. Zum Gottesdienst gingen wir in die Roonstraße, aber nicht in die große Synagoge, sondern in eine kleinere, die im Hof neben der großen lag. Die Leute, die sich hier zum Beten trafen, waren meist polnischen Urspungs und vertraten eine strengere religiöse Richtung als die Besucher der großen Synagoge.« (zit. n. Becker-Jákli, S. 306)

Diese Ausführungen deuten darauf hin, daß das Kölner Judentum der Weimarer Republik sowohl in sozialer als auch in religiöser Hinsicht sehr differenziert war: »Assimilierte westjüdische« Familien standen religiös konservativen sowie orthodoxen Bevölkerungsgruppen gegenüber.

Die Assimilierten befürchteten, die durch Aussehen, Sprache und Auftreten direkt als Juden erkennbaren Zuwanderer würden ihre Integration in die deutsche Gesellschaft hemmen, und so waren die Neuankömmlige in der jüdischen Gemeinde nicht immer gern gesehen. Unterstützung fanden die Zuwanderer in besonderer Weise bei den zionistischen Kreisen. Aktive zionistisch gesinnte Gemeindemitglieder nahmen die Ankömmlinge bereits am Hauptbahnhof in Empfang, und soweit es in ihren Händen lag, unterstützten sie diese bei ihrem Neuanfang

Die distanzierte Haltung eines gewissen Teils der einheimischen Juden gegen die Immigranten ist gewiß darauf zurückzuführen, daß diese um die jahrhundertelang erkämpfte Gleichstellung fürchteten: Immerhin war die rechtliche Emanzipation der jüdischen Bevölkerung erst mit der Gründung der Weimarer Republik durchgesetzt worden: Die Juden konnten nun alle Ämter bekleiden, und die Synagogengemeinden wurden den anderen Religionsgemeinschaften gleichgestellt.

Darüber hinaus schürte der sich ausbreitende Antisemitismus alte Ängste: In den wirtschaftlichen Krisenjahren der Republik fanden nämlich Parteien mit klar antisemitischer Tendenz – allen voran die nationalsozialistische Bewegung – Zulauf, und Hetzkampagnen gegen Juden waren an der Tagesordnung, wobei die rechten Kreise selbst Mord als Mittel nicht scheuten.

Auf der lokalen Ebene fanden ebenfalls judenfeindliche Aktionen statt, wie für den Kölner Raum die Affäre »Katz-Rosen-

Schuh- u. Kleiderpflege

S. Seligmann

Meister Gerhardstraße 6
Fernsprecher 216685 und 71392
Annahme: Chem. Reinigen, Färben,
Aufbügeln, Kunststopfen und Ausbessern, sowie sämtliche
Schneiderarbeiten.

Schuhreparaturen gut, schnell, billig. Abholen, Zustellen kostenlos

Isi Levi, Roonstr. 46 hp.

Fernsprecher 217215
Felne Maßanfertigung für Damen u. Herren
Mitaliad des Versins selbständiges Handwerker lödliches Glauben.

Vereinselbst.Handwerkerjüd.Glaubens e. V. Köln

(Angeschlossen an den Zentralverband jüdischer Handwerker Deutschlands)

Handwerkerlisten enthaltend alle Berufe, zu haben in der

Geschäftsstelle:

Isi Levi, Köln, Roonstr. 46 Hochp.

KLAYMAN

ab heute

Ihr neuer Schneider

Köln, Hohenstaufenring 30 Tel. 213996

GOTTFRIED KAHN

MOZARTSTRASSE 11 / RUF 21 29 16

Spezialität: ALTPAPIER



Uhren-, Gold- und Silberwaren Ankauf von Gold und Silber

A. Gerskowicz, Uhrmacher Köln, Lindenstraße 12

Abb. 44 Anzeigen von Geschäften mit jüdischen Inhabern, Werbung für den Verein selbst. Handwerker jüd. Glaubens, Mitteilungen des JKRR, August 1934 und Jahrbuch der Synagogengemeinde, 1934

thal« zeigt: 1928 wurde das Gerücht verbreitet, in einem im Großrestaurant Katz-Rosenthal servierten Gericht sei eine tote Maus gefunden worden. Durch diese geschickt eingefädelte Propaganda sollte das Geschäft der Familie Katz-Rosenthal, die mehrere Schnellrestaurants betrieb und in ganz Deutschland mit Fleischwaren handelte, geschädigt werden. Erst ein Prozeß klärte, daß es nationalsozialistische Parteigenossen waren, die die Maus auf den Teller beförderten (vgl. Jüdisches Schicksal, Unterrichtsmat. 7.2).

Weitere Einblicke in die Vorgehensweise rechtsradikaler Gruppierungen in Köln geben zwei bekannt gewordene Übergriffe auf die Synagogengemeinde in der Roonstraße: Am 13. März 1927 – an diesem Tag waren die Gemeindewahlen der jüdischen Gemeinde – kam es zu einem Meinungsaustausch zwischen Angehörigen der NSDAP und jüdischen Gemeindemitgliedern. Die Auseinandersetzungen eskalierten in einer Messerstecherei, bei der drei jüdische Bürger verletzt wurden. Dieser Straßentumult hatte das Verbot von politischen Umzügen der NSDAP sowie ihr nahestehenden Organisationen wie Stahlhelm, Jungstahlhelm, Werwolf, Frontkriegerbund und anderen zur Folge (vgl. K.Ztg., 14. 3./15. 3. 1927).

Ein weiterer rechtsradikaler Übergriff ist für das Jahr 1932 verzeichnet: Im August warfen Rechtsradikale eine Granate über das Gitter der Synagoge, die aber glücklicherweise nicht explodierte (vgl. Jüdisches Schicksal, S. 130). Noch war es eine Minderheit, die offen zu ihrer antijüdischen Gesinnung stand – der Großteil der nichtjüdischen Bevölkerung lebte ohne Konflikte mit den jüdischen Nachba-

rinnen und Nachbarn. Dieses Miteinander war sicherlich noch immer durch bestehende Vorurteile oder Berührungsängste eingeschränkt, aber dies ließ keineswegs erahnen, welche verheerenden Ausmaße der Antisemitismus in den kommenden Jahren annehmen sollte.

Von der Machtergreifung bis zur Reichspogromnacht Jüdisches Leben im Nationalsozialismus 1933–1938

»Ich war noch sehr klein, als ich auf dem Kölner Rathenauplatz, auf dem ich die schönsten Jahre meiner Kindheit verbrachte, einen Baum besonders liebgewann. Auch ich schien ihm nicht gleichgültig zu sein. Wehte ein leichter Wind, neigte er sich mir – so schien es wenigstens – zärtlich zu. Wir unterhielten uns. Jeden Kummer (auch als Kind ist man nicht ohne ihn) kannte er. Und jedesmal wußte er zu trösten. Vor dem Baum stand eine Bank. Gäbe es sie noch, sie könnte erzählen!

Viele Jahre später - ich wohnte schon in der angrenzenden Mozartstraße - zog es mich wieder zu dieser Bank, zu diesem Baum. Wieder einmal gab es Kummer (es war ein ganz, ganz anderer). Hitlers Machtergreifung war vorüber und meiner Wohnung gegenüber stand das Braune Haus. Auch die Bank hatte sich verändert. Auf einem montierten Schild stand zu lesen: »Juden unerwünscht« (später wurde dies durch ein Verbotsschild ausgetauscht). Die Bank schwieg. Ich sah zum Baum hinauf. Es war ein kalter Wintertag. Kalt waren die Äste. Aber Leben ist immer in einem Baum. Und nie wird jemand mich davon abbringen können, die Trauer gesehen zu haben, mit der er meinen Blick erwiderte. Ich bin kein Buddhist, sonst müßte ich an Seelenwanderung glauben und annehmen, daß Bäume eines Tages Menschen werden. Ich bin noch oft an Ludwig (so nannte ich schon als Kind diesen Baum, weil ich Beethoven von klein auf liebte) vorübergegangen. Auch an dem Tag, als ich Abschied nahm von der Stadt, die meine Heimat war. (...)« (Wilhelm Unger, zit. n.: Kölner erinnern sich, S. 219)

Die »Arisierung« der Parkbänke, wie sie Wilhelm Unger beschreibt, war ein sichtbares Indiz für die mit der Machtergreifung Hitlers beginnende Entrechtung und Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung. Dennoch schienen nur wenige im Jahre 1933 den Blick dafür gehabt zu haben, daß die judenfeindliche Politik der Nationalsozialisten tatsächlich in die Tat umgesetzt werden würde, obwohl der Antisemitismus sowohl in Hitlers »Mein Kampf« als auch im Parteipogramm der NSDAP festgeschrieben worden war. Selbst große Teile der jüdischen Bevölkerung glaubten nicht an eine drastische Änderung ihrer Lebensumstände.

Doch bereits einige Wochen nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten fanden erste einschneidende Maßnahmen statt: Am 1. April 1933 wurden die jüdischen Geschäfte boykottiert und wenige Tage später trat das »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« in Kraft, das zur Kündigung der meisten Juden führte, die im Staatsdienst beschäftigt waren. Nur Juden, die während des Ersten Weltkrieges Soldaten gewesen waren,



Abb. 45 1. April 1933, Jüdische Geschäftsleute werden von der SA gezwungen, antijüdische Transparente durch die Straßen zu tragen

suspendierte man zunächst nicht vom Dienst. Auch in der Nähe der Synagoge zeigten sich diese antisemitischen Tendenzen: Seit Frühjahr 1933 befand sich nur wenige Minuten von der Synagoge entfernt – in der Mozartstraße 28 – das Hauptquartier der NSDAP, das sogenannte »Braune Haus«, in dessen Keller im folgenden Gegner des Nationalsozialismus und Juden inhaftiert und mißhandelt wurden. Vor allem nach dem Boykott am 1. April wurden dort viele Juden eingeliefert (siehe S. 132 ff.).

Als seit 1934 Julius Streicher die Publikation des antisemitischen Hetzblattes »Der Stürmer« auf ganz Deutschland ausweitete, wurde auch auf dem Horst-Wessel-Platz ein Schaukasten angebracht, in dem täglich die neueste Ausgabe des nationalsozialistischen Presseorgans aushing. Dies war eine Provokation gegenüber der jüdischen Bevölkerung, so daß viele Gottesdienstbesucher nicht mehr

über den Platz gingen, sondern einen Umweg machten.

Die antisemitischen Maßnahmen von 1933/34 bildeten erst den Anfang einer sich allmählich verschärfenden antijüdischen Politik. Diskriminierungen im Berufsleben, in den sozialen Kontakten, persönliche Diffamierungen und Ausgrenzungen prägten bald auch die Situation der jüdischen Bevölkerung in Köln. Schon 1934 zeigte der Karnevalszug mit dem Motto »Die letzten ziehen ab« ganz offenkundig antisemitische Inhalte, ohne Widerstand zu erzeugen. Erst nachdem sich das Naziregime - unter anderem durch die Gleichschaltung der Presse und die Ausschaltung der politischen Gegner etabliert hatte, begann die systematische Entrechtung der jüdischen Minderheit: Am 15. September 1935 verkündete Hitler auf dem Nürnberger Parteitag die sogenannten »Nürnberger Gesetze«, die entscheidende rechtliche Beschränkungen für die jüdische Bevölkerung beinhalteten: Aberkennung aller politischen, staatsbürgerlichen Rechte, »Verbot von Mischehen sowie außerehelichem Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen und artverwandten Blutes«.

Für viele Juden endete spätestens mit dem Inkrafttreten dieser Gesetze der Traum von der Assimilation. Der Antisemitismus war nun gesetzlich legitimiert: Jüdische Frauen und Männer waren zu Einwohnern zweiter Klasse degradiert worden. Dies bezog sich nun nicht mehr nur auf das Berufsleben, sondern auch auf die Privatsphäre: Frauen oder Männern, die ein Liebesverhältnis oder auch nur Kontakte zu einer Jüdin beziehungsweise einem Juden hatten, wurde »Rassenschande« vorgeworfen, und sie wurden dafür einem demütigenden Gerichtsprozeß unterworfen. Geringe Anlässe reichten nun häufig zur Schikanierung und Verfolgung von Menschen aus, die gegen den Druck des Regimes, menschlich mit jüdischen Bekannten und Nachbarn umgingen. So sollte ein Dr. S. wegen »Rassenschande« zur Verantwortung gezogen werden, weil er im Luftschutzkeller, Mozartstraße 11. einem jüdischen Mitbewohner die Hand gegeben hatte (vgl. HAStK, Best. 1344, Nr. 16, S. 4).

Dieses kleine, prägnante Beispiel läßt deutlich werden, welche Machtmittel den Nationalsozialisten mit den sogenannten »Rassegesetzen« zur Verfügung standen.

Der Verlust des Arbeitsplatzes sowie ab 1935 die massive Einschränkung der Grundrechte veranlaßte verständlicherweise viele Kölner Juden dazu, ihre Heimatstadt zu verlassen. Bis 1937 hatte sich die Zahl der Gemeindemitglieder um fast 5000 verringert (vgl. Jüdisches Schicksal, S. 185). Gleichzeitig wanderten viele Juden aus der ländlichen Umgebung Kölns zu, um hier bessere Lebensmöglichkeiten zu suchen oder von hier aus die Auswanderung ins Ausland vorzubereiten.

Mit entsprechendem Glück, ausreichenden finanziellen Mitteln sowie den notwendigen Kontakten war es zwar bis Ende 1938 noch durchaus möglich zu emigrieren, aber selbst wenn die notwendigen Ausreisepapiere endlich vorhanden waren, lagen vor den Fliehenden jene unzähligen Probleme, die der Aufbau einer neuen Existenz in einem fremden Land unweigerlich heraufbeschwor. In der Fremde angekommen verlor, wie viele andere Emigranten, auch der »Bäcker vom Rathenauplatz« seinen Optimismus: Während der Überfahrt nach Amerika hatte er seiner Frau immer wieder versichert, sie brauchten sich keine Sorgen zu machen, da er die Rezepte für seine berühmte Eiscreme im Gepäck habe. Nach der Ankunft in New York besuchte er als erstes einen »drugstore« und bestellte »icecream«. Er probierte und mußte dann seiner Frau eingestehen: »Unsere Rezepte können wir in den Papierkorb werfen. Die machen hier viel besseres Eis.« (HAStK. Best. 1344, Nr. 1044, 2, S. 2)

Für die in Köln verbleibende jüdische Bevölkerung setzten sich die jüdische Gemeinde und andere jüdische Organisationen ein, die versuchten der wachsenden Not Selbstbewußtsein und Selbstbehauptung entgegenzusetzen. Auf karitativer Ebene bemühte sich vor allem die »jüdische Winterhilfe«, die Lage der Gemeindemitglieder zu verbessern:

Angesichts des Verlustes der Existenzgrundlagen kam es zu einer Verarmung breiter Schichten der jüdischen Bevölkerung. Die Situation dieser Menschen verschärfte sich im Jahre 1935, denn fortan bekamen sie keine Unterstützung mehr von seiten des Winterhilfswerks des Deutschen Volkes. Daraufhin bildete die »Jüdische Winterhilfe«, die zuvor dem allgemeinen Winterhilfswerk angegliedert gewesen war, eine eigene Organisation. »Die jüdische Winterhilfe sammelte Geldspenden, Lebensmittel, Kleider, Schuhe, Wäsche, Möbel, Einrichtungsgegenstän-



Abb. 46 Spendenaufruf für die Jüdische Winterhilfe

Sonntag, den 27. Januar 1935
201/4 Uhr in der Synagoge Roonstraße

zu Gunsten des Wohlfahrtsamtes
der Synagogen: Gemeinde. e. V

KANTORENKONZERT

J. Alter, Nicolai Naumow-Fleischmann
Herm. J. Fleischmann
Kurt Heinemann (Klavier u. Chorleitung)

Die Jüdische Chorvereinigung Köln

u. a.: Duette, Terzette, Chorwerke von
Alman, Naumbourg, R. Kahn, Berggrün

Karten zu RM 3.- 2.- 1.- im Büro der Gemeinde
Roonstraße 50 · Fernsprecher 214278, 2187 33

Abb. 47 Veranstaltungsankündigung des Jüdischen Kulturbund Rhein Ruhr, Mitteilungen des JKRR, Januar 1935

de, Holz und Kohlen, die in den Monaten Oktober bis März an jüdische Arbeitslose, Wohlfahrtsempfänger, kleine Rentner und Kranke verteilt wurden. Die Winterhilfe gab auch Gratiskarten für Kulturbundveranstaltungen ab.« (Jüdisches Schicksal, Unterrichtsmat. 10.1) Sicherlich konnte durch diese Hilfsaktionen nur ein geringer Teil des Elendes gelindert werden, das durch das Hitler-Regime heraufbeschworen wurde.

Abgesehen von diesen sozialen Hilfestellungen kam es zu vielfältigen Aktivitäten im kulturellen Bereich:

Nachdem die Jüdischen Künstler brotlos geworden waren, bemühte sich der Jüdische Kulturbund Rhein-Ruhr darum, ihnen ein neues Forum für ihre künstlerischen Darbietungen zu verschaffen. Die feierliche Eröffnungsfeier fand in der Synagoge Roonstraße statt, und später diente das Gotteshaus oftmals als Ausweichmöglichkeit für die Theater- oder Musikaufführungen, zumal die Nationalsozialisten teilweise kurz vor einer langfristig geplanten Veranstaltung die Benutzung anderer Räume untersagten (vgl. Pracht, in: GiK, S. 134 f.).

Im Jüdischen Kulturbund Rhein-Ruhr waren schon 1935 5000 Mitglieder organisiert und immerhin 191 Personen fest angestellt. Somit war der Jüdische Kulturbund eine wichtige Einrichtung, die neben der Arbeitsbeschaffung auch dazu diente, Zeichen für die jüdische Kultur zu setzen (vgl. Jüdisches Schicksal, Unterrichtsmat. 10.3). Der Kulturbund konnte bis zum Jahre 1938 bestehen und half sicherlich vielen Juden, die von allen anderen kulturellen Veranstaltungen ausgeschlossen waren, wenigstens für einige Stunden den von Verfolgung und Angst geprägten All-

tag zu vergessen. Jüdische Organisationen leisteten aber auch Hilfe bei der Vorbereitung zur Auswanderung: Vor allem Jugendliche bekamen die Möglichkeit, sich Grundkenntnisse im handwerklichen oder agrarischen Bereich anzueignen, um leichter ein Visum für Palästina oder ein anderes Auswanderungsland zu bekommen. Diese sogenannten Vorlehren konnten in der Lützowstraße 39 oder in der Handwerkerschule, Utrechter Straße 6, absolviert werden

Auf Dauer stand die Synagogengemeinde der Entrechtung und dem Verlust jeglicher Existenzgrundlagen ihrer Mitglieder jedoch hilflos gegenüber, zumal es im Herbst 1938 zu einer weiteren Verschärfung der Judenverfolgung kam.

Im Laufe des Jahres war bereits die Verabschiedung von Gesetzen erfolgt, die den Ausschluß von Juden aus der Wirtschaft legalisierten. Die Lage spitzte sich aber erst mit der sogenannten »Polenaktion« und dem unter der verharmlosenden Bezeichnung »Reichskristallnacht« in die Geschichte eingegangenen Pogrom vom 9./10. November zu.

Wie bereits erwähnt, war seit der Jahrhundertwende eine große Anzahl von ostjüdischen Zuwanderern in Deutschland heimisch geworden. Viele von ihnen lebten schon in der zweiten oder dritten Generation in Deutschland. Trotzdem hatten sie häufig nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Nun sollten sie die ersten sein, die gezwungen wurden, das ihnen zur Heimat gewordene Land zu verlassen: Am 28. Oktober 1938 erhielten ungefähr 17.000 in Deutschland lebende Juden polnischer Staatsangehörigkeit völlig überraschend den Bescheid, daß sie Deutschland noch am selben Tag verlassen müßten

Diese unmenschlichen Maßnahmen, die erst der Anfang der unzähligen Deportationen ins Ungewisse waren, spielten sich in Köln ebenso ab wie in allen

anderen Gemeinden, in denen »Ostjuden« lebten. David Alster-Yardeni mußte zum Beispiel mitansehen, wie Familienmitglieder die Ausreise antraten. Nichtsahnend wollte er an einem Tag Ende Oktober 1938 seinen Onkel aufsuchen. der in der Breite Straße ein Schuhgeschäft besaß, um ihn um Geld für die eigene Ausreise nach Israel zu bitten. Sein Onkel war an diesem Morgen aber nicht im Geschäft anwesend. Als er darauf drängte zu erfahren, wo sein Onkel sich aufhielt, wurde ihm von den weinenden Angestellten mitgeteilt, vor einer halben Stunde hätten Polizisten seinem Onkel befohlen, binnen drei Stunden das Geschäft zu verkaufen oder zu verlassen und sich um 12.30 Uhr mit nur persönlichem Gepäck an einem Polizeirevier in der Nähe des Königsplatzes einzustellen. Seine ganze Familie, die polnischer Staatsangehörigkeit war, müsse ebenfalls kommen. David Alster-Yardeni begab sich zur angegebenen Zeit zum Polizeirevier, wo er Zeuge dieser ersten Massenausweisung wurde. Folgendes konnte er beobachten: »Eine schluchzende, weinende Menge von jüdischen Menschen, die überhaupt nicht verstanden, was plötzlich über sie hereingebrochen war. Polizisten standen überall herum (manche von ihnen auch weinend) und versuchten Ordnung herzustellen. Ein Schupo kam zu meiner Großmutter und fragte sie, wie alt sie sei. Sie antwortete unter Tränen: »Zu alt: 72.« »Dann brauchen sie nicht mitfahren«, fuhr der Schupo fort. Meine Großmutter antwortete ihm aber. daß sie ihren Sohn Nathan und seine Familie nicht allein fahren lassen würde, und daß sie unter allen Umständen mitfahren wollte. Und so war es auch. Meine Großmutter mütterlicherseits, Frau Cylla Mannheim, ihr Sohn Nathan Mannheim, seine Frau Lotte Mannheim und deren Sohn Henry Mannheim wurden etwas später auf Lastwagen zu einer Sammelstelle gebracht, von wo sie dann gegen

Abend nach Neubentschen an der polnischen Grenze weiterfuhren.

Im Hof des Polizeireviers an der Dasselstraße habe ich meine lieben Verwandten zum letztenmal in meinem Leben gesehen. Bis zum Sommer 1942 lebten sie in Rohatyn, Polen, von wo aus sie in die Vernichtungslager verschleppt wurden.«

Die damals 13jährige Fanny Englard wurde im Zuge der »Polenaktion« von ihrer Mutter getrennt. In Köln gab es zwar die Ausnahmeregelung, daß Frauen und Kinder bis 15 Jahre noch für einige Monate in Köln bleiben durften, doch da ihr Vater schon im Jahre 1936 nach Polen ausgewandert war, galt die Mutter als Familienoberhaupt und war daher verpflichtet, sich am 28. Oktober 1938 am Deutzer Bahnhof zu stellen. Sie ließ ihre noch minderjährigen Kinder im Israelitischen Kinderheim zurück, wo Fanny Englard bis zu ihrem 15. Lebensjahr bleiben konnte und vor dem Zugriff der Nazis geschützt war.

Nach dieser Aktion war das Schicksal vieler Familien besiegelt, zumal gerade die 1938 nach Polen deportierten Juden später kaum eine Chance hatten, der Todesmaschinerie der Nationalsozialisten zu entkommen.

Einige Tage später begann auch für die »deutschen« Juden eine verschärfte Phase der Verfolgung und des Schreckens. Am 7. November 1938 verübte der junge Jude Herschel Grynspan, verzweifelt über die Deportation seiner Eltern nach Polen, ein Attentat auf den deutschen Gesandtschaftssekretär vom Rath in Paris.

Als die Nationalsozialisten am Abend des 9. November erfuhren, daß vom Rath das Attentat nicht überlebt hatte, nutzten sie diesen Vorfall geschickt als Anlaß zu brutalen antisemitischen Maßnahmen.

Anhand von Anweisungen der Gestapo sowie Äußerungen von Propagandaminister Goebbels läßt sich rekonstruieren, wie schnell – innerhalb weniger Stunden – das Pogrom reichsweit organisiert wurde. Per Funkspruch erhielt auch die Kölner Gestapo am 9. November um 23.55 Uhr Anweisungen. Es wurde mitgeteilt, daß die in Kürze stattfindenden Aktionen gegen Juden und insbesondere gegen deren Synagogen nicht gestört werden sollten. Lediglich Plünderungen und sonstige Ausschreitungen seien zu unterbinden. Ferner wurde in ganz Deutschland dazu aufgefordert, 20.000 bis 30.000 Juden – vorzugsweise die vermögenden – festzunehmen. Auf Köln bezogen hieß es in einem Zusatz, daß in der Synagoge befindliches wichtiges Material sichergestellt werden müsse (vgl. Jüdisches Schicksal, S. 269).

Was geschah zu diesem Zeitpunkt am »Horst-Wessel-Platz«?

Am Abend des 9. November fanden auch in Köln die traditionellen Feiern zum Jahrestag des 1923 kläglich gescheiterten Hitlerputsches statt. Auch auf dem Horst-Wessel-Platz versammelten sich SS-Einheiten zu einer solchen Feierstunde, bei der zugleich SS-Bewerber vereidigt werden sollten. Um 22.15 Uhr marschierte der Zug vom Platz aus »mit klingendem Spiel« zum Aufmarschgelände an der Aachener Straße, wo um 23.15 die Vereidigung stattfand (WB, 9. 11. 1938). Wie am folgenden Tag im Westdeutschen Beobachter zu lesen war, begaben sich die Teilnehmer der mitternächtlichen Feierstunde später wieder zum Horst-Wessel-Platz, wo die mit Aufmarsch und Feierstunde begonnene Präsentation nationalsozialistischer Macht in Form von Haß, Gewalt und Zerstörung ihre Fortsetzung fand.

Noch in der selben Nacht gab es Feueralarm; die Synagoge in der Roonstraße brannte. Was in jener Nacht und an dem darauffolgenden Tag mit den im Viertel lebenden jüdischen Männern und Frauen, dem jüdischen Gotteshaus und den jüdischen Geschäften passierte, entzieht sich jeder Vorstellungskraft. Lediglich Augenzeugenberichte lassen erahnen, mit welcher Brutalität die Täter jüdische Frauen und Männer quälten und jüdisches Eigen-

tum zerstörten.

Die Synagoge brennt!

Augenzeugenberichte zu den Vorfällen während der Reichspogromnacht

Der 9. November war an sich der Tag, an dem auf dem Horst-Wessel-Platz die Hitlerjugend »vereidigt« wurde und übernommen in die SA oder von den Pimpfen in die HJ, also in die nächsthöhere Stufe. Also für die Hitlerjugend ein Feiertag, an dem wir uns von der Straße ziemlich weghielten (...).

Dann gab es auf einmal Feuer, Feueralarm, es wurde laut, es wurde gerufen, geschrien. Wir guckten raus – wir wohnten ganz oben – und sahen es brennen. Begreiflicherweise sind wir nicht sofort runtergegangen, man hatte ja Angst. Mehr Angst als jeder Normalverbraucher, der ja die ganzen Bestimmungen nicht so kannte wie die Betroffenen. Ich wohnte ja in einem jüdischen Haus und war in einem jüdischen Haus großgeworden, aufgewachsen und liebte diese Menschen.

Am nächsten Morgen kam ich durch die Stadt und glaubte beim ersten Fenster, es wäre

Abb. 48 Die zerstörte Synagoge, 1945

ein Lastwagen reingefahren. Aber soviel Lastwagen gab es gar nicht, die in die Schaufenster reinfahren konnten. Ich mußte zur Columbastraße, da arbeitete ich als Kindermädchen. Ich kam an der Synagoge in der Glokkengasse vorbei. Gegenüber war ein kleines Café - wenn ich mich nicht irre, hießen die Hirsch oder Hirschfeld - da standen viele Menschen davor, - das war natürlich auch zerdeppert, und auf einmal gingen zwei Männer rein - »Och, do es jo noch ene Stohl janz!« -, und hauten den einen Stuhl auch noch kaputt. Das war für mich an dem Tag nicht das Schlimmste, aber das, was sich mir am meisten eingeprägt hat. Da ist noch ein Stück ganz – das müssen wir noch kaputtmachen! (...) (Eva Jaeger geb. Bertram, Interview: Sendung des WDR vom 1. 11. 1978, zit. n. Jüdisches Schicksal, S. 332).

Als mich am Morgen nach der »Kristallnacht« mein gewohnter Weg zur damaligen Arbeitsstätte an der Synagoge in der Roonstraße vorbeiführte, stand dort eine wild schreiende und gestikulierende Menge.

Übernächtigte, verdreckte Gestalten, mit und ohne SA-Uniformen, berieten, sich in Großmäuligkeit gegenseitig überbietend, wie man wohl am besten den Davidstern von der Kuppel herunterholen könne. Vor mir bot sich ein Bild der Zerstörung und des Grauens. Glas, Holz, Möbel, Gardinen, Bettzeug, Hausrat, Kleidung, alles lag wirr durcheinander, zum Teil zerschlagen und zerfetzt, zum Teil angesengt, im Vorhof und auf dem Bürgersteig. Aus leeren Fensterhöhlen zogen dünne Rauchschwaden - es roch nach kaltem Brand. Auf einem mit angebrannten Ziegeln bedeckten Dach eines kleinen Anbaues neben dem rechten Eingangstor klebte eine große Blutlache. Hier hatte man einen Menschen kopfüber aus dem darüberliegenden Fenster auf die Straße geworfen. Ich schloß meine Augen – es fror mich – meine Hände krampften sich zusammen. Ohnmächtig gegen diese

randalierende Übermacht ging ich von dannen. Das Bild der Blutlache blieb vor meinem Auge stehen. In der Mittagspause kam ich wieder dort vorbei. Es waren die letzten Minuten des Triumphes angebrochen. Oben sägten Männer am eisernen Gestänge des Sterns. Unten zogen andere an einem langen Seil. Dann kam ein Aufschrei! Kratzend und polternd rutschte und schlug das Symbol des Gotteshauses über die Kuppel und an der Fassade des Gebäudes herunter auf die Straße. Und dann begann der Veitstanz jener vertierten, entwurzelten Kreaturen ob ihres vermeintlichen Sieges.

Wieder schloß ich die Augen für einen Moment, aber dann nahm ich wahr, daß ich nicht allein stand. Es gab noch Bürger, die mit Abscheu, Ekel und Entsetzen still protestierend Zeugen dieses erbärmlichen Schauspiels gewesen sind. Ich bin sicher, daß sie mit mir dachten: Das also ist das Volk, das sich dünkt und den Anspruch erhebt, ein Kulturvolk zu sein.

Ich habe mich nie in meinem Leben so geschämt, wie an jenem Tage: Das Bild der Blutlache ist vor meinen Augen geblieben bis zum heutigen Tage.

Ich werde es nie verlieren. (Theo Burauen, Augenzeugenbericht, 1959, zit. n. Jüdisches Schicksal, Unterrichtsmat. 12.2)

(...) Was kein Mensch begreifen konnte, war die irrsinnige Zerstörung, die Maßlosigkeit. Es herrschte schon auf allen Gebieten Mangel. Und hier wurden Riesenwerte mutwillig vernichtet. Dem Volk hatte man die Formel eingetrichtert: Kanonen statt Butter. Sollte das nicht mehr gelten? So unernst waren die »Thesen« dieses Staates? Am Nachmittag sah ich noch die Synagoge in der Roonstraße. Zwei, drei leere Schläuche führten über die Freitreppe ins Innere, von wo sich schmierige, schwarze Rinnsale über das Pflaster ergossen. Beizender Rauchgeruch in der Luft, genau der gleiche, den wir vier Jahre später so ausgiebig in unseren eigenen Häusern einatmen sollten. Die Mozartstraße und das umgebende Viertel, in dem viele Juden

wohnten, glich einem Schlachtfeld. Hier hatte man die Möbel der Juden kurz und klein gehauen und die Trümmer auf die Straße geworfen, sogar Klaviere und Flügel. Der Atem aber stockte einem angesichts einiger zerfetzter Puppenköpfchen im Schrott. Man erfuhr von schrecklichen Judenmißhandlungen. In den nächsten Tagen wurden den Juden die Pässe abgenommen. Sie saßen vollends in der Falle.

Dann sah ich noch den Einzelgänger. Das war am Nachmittag des 9. November in der Neustadt. Es war das vielleicht schrecklichste Bild dieses schrecklichen Tages. Ein uniformierter Vater mit seinem Sohn. In den schon verletzten und von blutigen Lappen umwikkelten Händen hielten sie Eisenstangen. Sie kamen von Exekutionen und stiegen gerade in ein Lampenlager in einem Souterrain. Hastig, bedrohlich, fürchterlich in ihrer Primitivität. Dann klirrte es. Eine Frau schrie. Das individuelle Verbrechen trug sich zu, von der Politik gedeckt. Fußgänger hasteten vorüber. Sie sahen nicht hin, aus Scham, aus Wut, aus Ohnmacht.

Aber was da geschehen war, am 9. und 10. November 1938, das haben auch die gewußt und erfahren, die sich nicht schämten. Seit der Kristallnacht konnte in Deutschland kein Mensch mehr guten Glaubens sein oder sich naiv stellen.

(Hans Schmitt-Rost, KStA, 8. 11. 1958, zit. n. Jüdisches Schicksal, S. 354)

(...) An einem Morgen im November 1938, wenige Tage nach meinem Geburtstag, ging ich wie gewöhnlich zur »Jawne«. Ich erkannte die Straßen nicht wieder, glaubte, mich im Weg geirrt zu haben. Häuser und Läden geplündert, Schaufenster kaputt, Gegenstände jeglicher Art auf die Straße geworfen, und alles war verlassen, kein menschliches Wesen zu sehen.

Ich spürte die Gewalt und hatte Angst. Als ich zur »Jawne« kam, schickten sie mich nach Hause zurück mit der Empfehlung, nicht die Straßenbahn zu nehmen. Sie sagten, heute findet kein Unterricht statt. Ich glaubte, daß es

Zigeuner gewesen wären, die den Häusern und Geschäften Gewalt angetan und so versucht hatten, sie auszurauben – in meiner kindlichen Vorstellung waren sie die Bösen. Bis zum heutigen Tag erinnere ich mich an das Bild der Straßen mit Kleiderschränken, Bettdecken, Tafelgeschirr, zerbrochenem Glas und Gegenständen aller Art.

Der Morgen war klar, sonnig. Anstatt direkt zum Kinderheim zurückzugehen, war ich in die Wohnung meiner Mutter gegangen. Ich brauchte Trost. Aber sie war nicht da. Im Kinderheim gab man uns keine Erklärung, und der Tag verlief in scheinbarer Normalität. In der Nacht nach diesem Tag habe ich verstanden. Wir schliefen bereits. Die Schlafräume führten auf die Straße, der von den Mädchen war im zweiten Stock. Plötzlich wurde unser Schlaf durch Steine unterbrochen, die von der Straße aus zu uns geworfen wurden. In wenigen Sekunden hatten die, deren Bett am Fenster stand, es verlassen und wurden auf Anweisung der Aufseherin (»Ente« war ihr Spitzname) in Betten untergebracht, die weiter von den Fenstern entfernt standen. Und so

saßen plötzlich, in meinem Bett wie in vielen anderen, mehrere Mädchen zusammen, alle zusammengekauert, geduckt, erschreckt, mit Angst, die dank »Ente«, die uns beruhigt, nicht in Panik ausartete; einige Mädchen weinten leise. Das Zimmer blieb dunkel. Wir erfuhren. daß es Gruppen von Nazis waren, die die Steine warfen. Ich weiß nicht, wie lange es gedauert hat. Ich erinnere mich nur an die Angst, die Einschüchterung und den beinahe körperlichen Schmerz, den ich bei jedem Steinwurf empfand, in einer Situation, die mir ohne Ende schien. Ich konnte nicht verstehen. warum man an ein Haus, das von Kindern bewohnt war, Steine warf. Danach begriff ich. daß sie – und nicht die Zigeuner – die Urheber dieser Gewalt-Szene waren, die ich am Morgen in den Straßen auf dem Weg zur Schule gesehen hatte. Wie hart und gewalttätig, wie ungerecht und unverständlich, wie fremd erschien mir damals die Welt! Und wieviel Trauer habe ich empfunden. Es war ein Tag und eine Nacht, absolut unvergeßlich. (...)

(Ruth Fischer-Beglückter, zit. n. Kölner erinnern sich, S. 193 f.)

Ausgrenzung, Deportation und Vernichtung Jüdisches Leben im Nationalsozialismus 1938–1945

Es ließen sich noch viele Berichte hinzufügen, in denen zwischen den Zeilen immer wieder die Frage durchschimmert »Wie konnte das passieren?« Daneben stellt sich die Frage, wie sich die nichtjüdische Bevölkerung während der Ausschreitungen verhielt. Abgesehen von den Tätern, die in extrem brutaler Weise vorgingen, war für die restliche Bevölkerung typisch, daß es zwar eine Oppostion der Haltung nicht aber des Handelns gegeben hat; kaum eine Person traute sich offen auszusprechen, was sie beim Anblick der mißhandelten Nachbarn, der zerstörten Synago-

gen und des zerschlagenen Eigentums verspürte.

Dennoch berichten einige Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, was sie am »Morgen danach« sahen und dabei empfanden. Barbara Koch erzählt, es habe auf dem Platz wie im Märchen von Frau Holle ausgesehen, denn es seien Federbetten aus den Fenstern geworfen worden, so daß die Federn durch die Luft flogen. Erst am anderen Tag, als die Krawalle von neuem begannen, sei die Polizei eingeschritten. Sie selbst versuchte, sich einzumischen und redete den krakeelenden, herumwüten-

den Tätern ins Gewissen: »Jungs seid doch vernünftig, es könnten doch eure Sachen sein. Das, was ihr heute zerstört, werdet ihr vielleicht eines Tages brauchen. Seid ein bißchen vorsichtig. (...) Nicht, daß ihr eines Tages die Betten sucht, die ihr heute zerstört.« Letztendlich sei es ja wirklich so gekommen, kommentiert sie ihren letzten Satz. Auch der Frau des Ortsgruppenleiters, die sich an der Hetzkampagne beteiligte, versuchte Barbara Koch zuzureden, doch die Masse hinderte sie daran.

Gottfried Schauerte nennt Angst als Grund dafür, daß kaum einer der Zuschauer einschritt: »Die Juden waren ganz bestürzt und betonten immer wieder, daß sie doch auch Deutsche, auch Kölner seien. Die nichtjüdischen Kölner hörten sich das alles an, aber sie hatten zuviel Angst, um etwas zu machen. Man wäre ja direkt weggewesen. Wir wurden ja schon bestraft, wenn wir die Fahnen nicht aushängten.«

Die massiven Ausschreitungen an diesem Novembertag führten natürlich zu einer Panikstimmung unter der jüdischen Bevölkerung. Geerte Murmann beschreibt, wie es dem jungen jüdischen Lehrer Erlenbacher, der bei ihrer Familie in Untermiete lebte, erging: »Die Kristallnacht fand bei uns eine Fortsetzung. Gegen Mitternacht klingelte es stürmisch unten an der Haustür. Heraufkam, unter vielen Entschuldigungen, aber entschlossenen Schrittes, die Mutter des jüdischen Zimmerherrn. (...) Seine Mutter warf ihn aus dem Bett: »Er muß weg«, sagte sie zu meiner Mutter, die das alles sofort verstand. »Er muß sofort weg«, wiederholte sie. Frau Erlenbacher hatte bereits eine Fahrkarte nach Paris gekauft. Die Papiere hatte ihr Sohn offenbar schon länger besorgt. Paß und Visum waren in Ordnung. Die Sachen waren in zwei Stunden gepackt. (...) Bepackt mit Koffern und viel bäuerlichem Proviant, den Mutter Erlenbacher vorsorglich mitgebracht hatte, zogen Mutter und Sohn zur Straßenbahn.«

Der Lehrer Erlenbacher schaffte es noch rechtzeitig wegzukommen. Demgegenüber stehen die vielen Mißhandelten, Verhafteten oder gar Getöteten und nicht zuletzt diejenigen, die ihre Lage nicht mehr ertrugen und sich selbst das Leben nahmen: Eine junge Kollegin von Erlenbacher sprang nach der Reichspogromnacht aus dem Fenster ihrer Wohnung in der Beethovenstraße.

Die Auswüchse der »Volkswut« zogen sich bis in die Abendstunden des 10. Novembers hin. Innerhalb von 24 Stunden waren alle Kölner Synagogen zerstört worden, unzählige Geschäfte demoliert und jüdische Frauen und Männer den wütenden SA-Männern und ihren Helfershelfern in die Hände gefallen. Selbst Kinder verspürten, daß hier etwas Unrechtes geschah. Ein damals achtjähriger, der auf dem Schulweg die Zerstörung jüdischer Geschäfte sah, äußerte in seiner kindlichen Naivität der Mutter gegenüber: »Da sind Verbrecher in der Stadt.«

Goebbels forderte am 10. November zur Beendigung der »Demonstrationen und Aktionen gegen das Judentum« auf, kündigte aber gleichzeitig an, der Mord an vom Rath werde nun auf gesetzliche Art und Weise gesühnt. Tatsächlich wurde den Juden nach der Reichspogromnacht verstärkt jegliche Existenzmöglichkeit entzogen. Sie mußten nicht nur eine Milliarde Reichsmark Entschädigung für die während des Pogroms verursachten Schäden selbst tragen, sondern es begann nun auch ihre vollständige Verdrängung aus dem Wirtschaftsleben. Die noch bestehenden jüdischen Betriebe verschwanden im Rahmen der »Zwangsarisierung«, und die niedergebrannten Synagogen durften nicht wieder aufgebaut werden.

In Köln boten die Nationalsozialisten dem Erzbistum das Synagogengrundstück in der Glockengasse zum Kauf an, denn man war bemüht, die Synagogengrundstücke schnellstens in »arische Hände« übergehen zu lassen. Das Bistum

lehnte jedoch ab (vgl. Jüdisches Schicksal, S. 278). Was hier nicht gelang, gelang jedoch in vielen anderen Fällen: Nicht wenige Häuser im Rathenauviertel wechselten zu dieser Zeit ihre Besitzer – nicht nur linientreue Parteimitglieder eigneten sich jüdisches Eigentum an.

Nach diesen brutalen Ausschreitungen versuchten immer mehr Juden, das Land zu verlassen. Wer nun noch ein Ausreisevisum bekam, konnte sich glücklich schätzen, denn auch die Emigrationsmöglichkeiten verringerten sich mehr und mehr. Es gab kaum noch ein Entrinnen aus dem nationalsozialistischen Überwachungssystem. Die Reisepässe der Juden waren seit Herbst 1938 gekennzeichnet, und ab Anfang 1939 mußten alle jüdischen Frauen zusätzlich den Namen Sara und alle jüdischen Männer den Namen Israel tragen.

Während sich die Lage derart zuspitzte, setzten sich einige couragierte Viertelbewohnerinnen für die verbliebenen jüdischen Nachbarn ein: Elisabeth Minartz, die in dem als »Judenburg« bezeichneten Haus Hohenstaufenring 53 Hausmeisterin war, tat alles, um den jüdischen Mitbewohnerinnen und -bewohnern das Leben zu erleichtern. Nicht nur, daß sie weiterhin Wohnungen an Juden vermietete, sie schützte sie auch vor den Zugriffen der Nationalsozialisten. Schon als Randalierende während der Reichspogromnacht ins Haus eindrangen, bewies sie Zivilcourage und versteckte Juden im zwischen zwei Stockwerken feststehenden Aufzug. Später, als der Krieg ausgebrochen war, nahm sie die jüdischen Hausbewohnerinnen und -bewohner, die nicht zum öffentlichen Luftschutzkeller zugelassen wurden, in den privaten Keller auf und versorgte sie mit Lebensmitteln.

In der Meister-Gerhard-Straße 6 sollen Juden versteckt und von einer Hausbewohnerin mit Lebensmitteln versorgt worden sein. Allerdings lebten in diesem Haus Nationalsozialisten, die die mutige Frau denunzierten. Schließlich wurden die Versteckten deportiert, und es ist verwunderlich, daß die Frau, die den Juden Schutz gewährte, nicht ebenso der Gestapo zum Opfer fiel.

Dies sind nur spärliche Indizien dafür, daß es Menschen gab, die Hilfe leisteten und sich den Einschüchterungsmaßnahmen der Nazis nicht beugten. Unverständlicherweise liegt immer noch ein Hauch des Verschweigens über diesen Dingen; über die im Verborgenen geleistete Hilfe von Nichtjuden gegenüber den jüdischen Bekannten und Nachbarn wird selbst bei denjenigen wenig gesprochen, die darüber etwas wissen. Die Frage, ob hinter diesem Schweigen immer noch die tiefe Angst steckt, etwas Verbotenes an die Öffentlichkeit zu bringen und damit Bekannte zu gefährden, muß unbeantwortet bleiben

Abgesehen von dieser großen Mut und Einsatz erfordernden Unterstützung widersetzten sich einige Viertelbewohnerinnen und -bewohner in alltäglichen Dingen der nationalsozialistischen Politik und sagten so immerhin bis zu einem gewissen Punkt »nein« zum Antisemitismus.

Ein Befragter berichtet, sein Vater, der Friseur war, habe noch bis 1939/40 heimlich jüdische Kunden bedient; er selbst spielte weiterhin mit seinen jüdischen Freunden. Ebenso umging eine in der Kyffhäuserstraße ansässige Lebensmittelhändlerin das Verbot, Juden zu bedienen. Sie bat ihren Nachbarjungen, einem im Haus lebenden älteren jüdischen Ehepaar hin und wieder Butter zu bringen. Ebenso bediente Barbara Koch weiterhin jüdische Kunden und weigerte sich, ein Schild mit der Aufschrift »Juden unerwünscht« anzubringen. Schon Jugendliche besaßen wenn auch nur geringe - Möglichkeiten zur Hilfeleistung: Sie konnten beispielsweise jüdische Mitschüler vor Übergriffen schützen, indem sie diese auf dem Schulweg begleiteten. Desgleichen wird es zumindest ein kleiner Trost für die Deklassierten gewesen sein, wenn man sie zu

einem Besuch einlud. Eine Zeitzeugin erzählt von einem solchen regelmäßigen Gast: »Zu uns kam immer eine jüdische Frau, die meine Mutter in einem Milchgeschäft kennengelernt hatte. Sie kam genau wie wir aus Westfalen. Meine Mutter lud sie daraufhin ein. Am Abend kam sie dann auch. Zunächst hatte sie einen falschen Namen angegeben, sicherlich weil meine Mutter sonst direkt gemerkt hätte, daß sie Jüdin war; sie hieß Weinsberg und wohnte wahrscheinlich in der Meister-Gerhard-Straße. Bis zu ihrer Deportation besuchte sie uns. Sie kam stets abends, damit niemand sie sah. Als sie den Judenstern tragen mußte, verdeckte sie diesen mit ihrem Mantel. Wir mußten ja auch aufpassen, denn im Haus wohnte ein hundertfünfzigprozentiger Nationalsozialist.«

So wichtig diese Hilfen waren, sie konnten stets nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein. Die Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung schritt stetig voran die Mehrheit der Kölner Bevölkerung opponierte nicht gegen die antisemitischen Maßnahmen. 1941 gingen die Nationalsozialisten von der Politik der Vertreibung zur »Endlösung« über. Die jüdischen Einwohnerinnen und Einwohner wurden systematisch erfaßt und nach und nach in die Konzentrationslager verschleppt, wo sie den Zwangsmaßnahmen, Exekutionen sowie dem organisierten Massenmord zum Opfer fielen. Um eine vollständige Kontrolle über die etwas über 6000 in Köln verbliebenen Juden zu haben, richtete die Kölner Gestapo im Mai 1941 sogenannte »Judenhäuser« ein, in die die jüdische Bevölkerung zwangseingewiesen wurde.

Ein solches »Judenhaus« befand sich unter anderem am Horst-Wessel-Platz 14. Die Zustände dort waren vollkommen menschenunwürdig, da oftmals acht bis zehn Personen in einem Raum lebten.

In der Beethovenstraße befanden sich ebenfalls derartige Unterkünfte. Da hier vor allem ältere jüdische Frauen und

Borft-Beffel-Plat

14 E. Deinrich und Felig Denmann. Braunsselb, Woighelstraße 20
Bahr Jos. Afr., o. G.
Beuth Kans. Ingen. Stann Wor., Afr., o. G.
Frost J. Afr., Fran., o. G.
Frost J. Afr., Fran., o. G.
Dackenberg Jeanette
Eara, Fran., o. G.
Decht Gehn Afr., o. G.
Dein Nob., Cleftrotechn. A
Dein Nob., Cleftrotechn. A
Dein Nob., Cleftrotechn. A
Dein Nob., Cleftrotechn. A
Den Agustie Eara, o. G.
Dost Germ., Afr., o. G.
Jaaf Vernh. Afr., o. G.
Jian Bernh. Afr., o. G.
Jomas Wolf Jir., o. G.
Julich Derm., T., o. G.
Milich Dern., Jir., o. G.
Rroker Dans. Dausmitt.
Lack Rich., Jir., o. G.
Letwy Jonas Jir., o. G.

14 Lissmann Mart Ist., Wober Riesel Ist., v. G.
Moher Riesel Ist., v. G.
Reidenbach M. Ist., v. G.
Seiern Beni. Ist., v. G.
Stern Beni. Ist., v. G.
Stern Beni. Ist., v. G.
Stern D. Ransmann,
Lindent., Stadtwaldigurtel St.
Ben Pet., Mw., v. G.
Dreisdach Orch., Pader s
Fischer Idolf, v. G.
Dreisdach Orch., Pader s
Fischer Idolf, v. G.
Pudde F., Seisenbolg. "
Deinemann S. Ist., v. G.
Dochdorf Mrn. Ist.,
Massen
Whallenr
Voleyd Ist., Mr., v. G.
stadin Ionas Ist.,
Liv., v. G.
Rein Arch., Fortard. Ap
Levy At. Sara, Ww., v. G.
Rathan Mich. Ist., v. G.
Rathan Mich. Ist., v. G.
Rathan Mich. Ist., v. G.
Sondermann Pet. Mobelbesorderung

Abb. 49 Bewohner des Hauses »Horst-Wessel-Platz 14 und 15«, GA, 1941/42

Männer untergebracht waren, die nicht zur Zwangsarbeit rekrutiert werden konnten, hießen diese Notunterkünfte im Volksmund verharmlosend »Altenheime«

Ab Oktober 1941 begannen in Köln die Deportationen in die Vernichtungslager. Das »Judenhaus« am »Horst-Wessel-Platz« wurde für viele zur Durchgangsstation. Von dort aus traten sie - über den Bahnhof Deutz-Tief - den Weg in die Todeslager der Nationalsozialisten an: »Kurz darauf - das muß im August (1942, Anm. A. S.) gewesen sein - mußten wir unsere Wohnung, nur mit dem Notwendigsten versehen, verlassen. Wir bekamen ein Zimmer in einem sogenannten Judenhaus am damaligen Horst-Wessel-Platz. Das war eine Sammelstelle, von der aus Transporte gingen. Es handelte sich dabei teils um dort untergebrachte Kölner Juden, aber auch um Leute aus anderen Städten, wie zum Beispiel Aachen, die dort nur eine Nacht verbrachten und dann verladen wurden.« (Ingeborg Izzard, in: Kölner erinnern sich, S. 201).

Die meisten Anwohnerinnen und Anwohner verschlossen die Augen vor dem, was hier zumeist im Morgengrauen geschah. Nur manchmal sahen sie die Transporte oder ein vor dem Haus parkendes Gestapo-Auto, wandten sich aber schnell ab, weil sie das nicht mitansehen wollten.

Demgegenüber steht wiederum der Einsatz von einzelnen, die den Juden in ihrer Not beistanden. Noch heute kommen Barbara Koch die Tränen, wenn sie an die Zeit der Deportationen zurückdenkt. Sie erinnert sich zum Beispiel daran, daß sie einmal unter den Deportierten einen Händler wiedererkannte, der ihr Lebensmittelgeschäft 25 Jahre lang beliefert hatte. Nun saß der alte Mann eingehüllt in seinen Mantel auf dem mit wenigen Habseligkeiten gefüllten Koffer und wartete auf die schreckliche Reise. Barbara Koch blieb nicht in der Rolle der Voyeurin, sie bot ihre Hilfe an: »Ich wußte von den Deportationen. Deshalb stand ich morgens um 4 Uhr auf und verteilte Zwieback und Traubenzucker. In dem Haus waren die Leute zusammengepfercht. Dort waren nicht nur Kölner Juden, sondern auch Juden aus der Ahrgegend untergebracht. Ich kannte die Leute, weil sie von mir Lebensmittel bekamen. Sie kamen zum Beispiel mit einer Milchkanne, in die ich ihnen Kartoffeln füllte, damit dies nicht auffiel. Bis zum Schluß habe ich Lebensmittelkarten von Juden angenommen, obwohl ich mich dafür bei den Nazis rechtfertigen

mußte. Beim Verhör fragte ich einfach: »Warum drucken Sie denn die Marken?« Auf den Marken der Juden stand nämlich ein »J«. Außerdem fügte ich hinzu: »Wenn Sie mal in Not sind, bekommen Sie auch etwas.« Später bekam ich von einigen der Abtransportierten Post. Sie bedankten sich bei mir.«

In die Phase der Deportationen fielen weitere Gesetze und Verordnungen, mittels derer die Nationalsozialisten den Juden ihr letztes Hab und Gut raubten und sie vollkommen entwürdigten. Sie wurden gezwungen, ihre elektrischen Geräte, Schreibmaschinen, Fahrräder, Pelze und pelzgefütterten Kleidungsstücke abzugeben.

Viele dieser Gegenstände aus jüdischem Besitz dienten als Ersatz für das während der Bombenangriffe zerstörte »arische« Eigentum. Ganze Wohnungseinrichtungen wechselten auf diese dubiose Art und Weise ihre Eigentümer, denn die Nazis beschlagnahmten außer dem genannten Hausrat auch zurückgelassenes oder in Holland deponiertes Mobiliar und versteigerten es an Luftkriegsopfer. Das Angebot nahm die Kölner Bevölkerung bereitwillig an, obwohl sie von der »nichtarischen« Herkunft des Versteigerungsgutes unterrichtet war (vgl. Köln, 31. Mai 1942, S. 93 ff.).

Mit den ab Bahnhof Deutz-Tief auslaufenden Deportationszügen verlieren sich die Spuren der Kölner Juden.

Was bleibt, ist eine Bilanz des Grauens: 11.000 von Köln aus deportierte und in Vernichtungslagern umgebrachte jüdische Frauen und Männer.

»Da sind wir sozusagen wieder auferstanden« Bericht eines Überlebenden

Welches Schicksal traf diejenigen, die ihre Heimatstadt Köln verließen? Exemplarisch für alle, die aus Deutschland flüchteten und so den Schrecken des Nationalsozialismus entgingen, steht der Lebensbericht eines ehemaligen Viertelbewohners, der heute in London lebt. (Interview vom 15. 11. 1990, geführt im NS-Dokumentationszentrum, Köln)

Am 7. März 1923 wurde ich in Köln geboren. Mein Vater kam als kleiner Junge von Polen/Galizien zur Zeit der Jahrhundertwende nach Köln. Mein Großvater gründete in Köln-Ehrenfeld eine kleine Metallhandlung, in deren Nachbarschaft meine Großeltern auch wohnten. Mein Vater hat später in der Metallhandlung mitgearbeitet. Unsere Wohnung hingegen war in der Roonstraße, direkt neben der Synagoge. Als ich vier oder fünf Jahre alt war, starb meine Mutter. Mein Vater heiratete jedoch wieder. Ich hatte noch eine ältere und eine jüngere Schwester und einen jüngeren Bruder, der mein Stiefbruder war. Meine Großeltern waren sehr religiös, insofern lebten sie streng nach der jüdischen Tradition. Meine Eltern dagegen richteten ihren Lebensstil nicht mehr hundertprozentig nach der jüdischen Lehre aus. Zum Beispiel haben wir uns »neukoscher« ernährt. Dennoch gab es im Haushalt getrenntes Geschirr für Milch und Fleisch. Mit meinem Vater ging ich entweder in die große Synagoge in der Nachbarschaft oder in den zugehörigen kleinen Betsaal. Diesen suchten hauptsächlich Ostjuden auf, aber auch deutsche Juden kamen dorthin, zum Beispiel Nathan Kahn und der pensionierte Rabbiner Rosenthal. Sie beteten in dem kleinen Raum, weil ihnen der große Sakralraum - speziell wegen der Orgel - zu liberal ausgestattet war. Wir wurden, so nehme ich an, aufgrund der politischen Situation frommer, deshalb verrichteten wir später häufiger unsere Gebete in dem kleinen Saal, Ich be-

Lützowstraße, sondern die orthodoxere Moriah, weil meine Eltern Wert auf eine solide jüdische Erziehung legten. Daher besuchte ich außerdem zusätzlich nachmittags die Talmud-Thora-Schule am Hohenstaufenring. Einen Teil meiner Freizeit verbrachte ich zudem im zionistischen Jugendheim am Marsilstein. Meine Eltern standen politisch dem Zentrum nahe, und sie waren davon überzeugt, daß Hitler nicht lange regieren würde. Am 1. April 1933 ging ich durch die Ehrenstraße und bekam mit, wie Scheiben der jüdischen Geschäfte eingeschlagen wurden, speziell der Metzgerladen Katz-Rosenthal war davon betroffen. Am Marsilstein stand Herr Stern vor seinem Bettenhaus und es waren auch Uniformierte dort. Dann kam ich in der Mittelstraße vorbei und sah, wie uniformierte Leute Möbel und Tische und anderen Hausrat aus dem Fenster warfen. Auf diese Vorfälle reagierten meine Eltern bestürzt. Trotzdem blieben sie unbeirrt bei ihrer Meinung, Hitler würde sich nicht lange halten. Nach dem Boykott konnten wir zwar mehr oder weniger unserem Alltagsleben nachgehen, aber es wurde zunehmend schwieriger - das war wie eine Schraube, die man immer weiter zugedreht hat. Ein früherer Freund von mir und dessen Eltern, die wiederum mit meinen Eltern gut befreundet waren, entschlossen sich 1936/37 nach Amerika auszuwandern. Obwohl sie nicht sehr wohlhabend waren, wagten sie diesen Schritt in die Fremde. In einem Brief an meine Eltern schrieben sie, daß sie als Tellerwäscher beziehungsweise Putzfrau beschäftigt seien. Als mein Vater den Brief las, sagte er: »Dafür brauche ich mich nicht zu eilen, für so etwas.« Ich glaube die Schwierigkeit war, daß man alles aufgeben mußte und sich davor fürchtete, eine neue Existenz aufbauen zu müssen.

suchte nicht die jüdische Volksschule in der

Doch wir verloren auch in Deutschland gänzlich unsere Lebensgrundlagen: Nach und nach mußte die Metallwarenhandlung aufgegeben werden. Eine Fahrzeugfabrik übernahm das Gelände. Das Geschäft bestand folglich nicht mehr, und ich weiß nicht, wie meine Eltern den Lebensunterhalt bestritten.

Die Situation spitzte sich weiter zu, infolgedessen begannen meine Eltern damit, sich um Ausreisepapiere zu kümmern. Das klappte irgendwie nicht mehr. Wir schafften es nicht wegzukommen.

Meine Großmutter mütterlicherseits wurde schon 1938 im Zuge der »Polenaktion« abgeschoben. Der Rest unserer Familie war desgleichen von der Ausweisung bedroht: So teilte uns der Direktor der Schule an diesem Tag mit, alle ostjüdischen Kinder müßten nach Hause gehen. Ich rief meinen Vater an und fragte, was los sei. Dieser riet mir, nicht nach Hause zu kommen. Folglich versteckte ich mich. Mein Vater aber fuhr nach Düsseldorf zum polnischen Konsulat, wo er Unterschlupf fand. Dort bekam er schließlich den roten Stempel, der unserer Familie erlaubte, weiter in Köln zu bleiben. Diesen erhielt nur eine Minderheit, die anderen mußten Deutschland verlassen. Zum Beispiel ist ein Freund, dem ich empfahl, sich ebenfalls zu verstecken, ausgewiesen worden und umge-

Und dann kam der 9. November 1938. An jenem Abend hörten wir um Mitternacht Schreie. Ich schaute aus dem Fenster und sah plötzlich Flammen an der Synagoge und vernahm ein lautes Gebrüll. Die Feuerwehr stand mit ihren Schläuchen untätig herum, und niemand rührte einen Finger. In diesem Moment erlebte ich meinen Vater von einer ganz anderen Seite: Als er feststellte, daß niemand einschritt, brach er weinend zusammen. Er hatte wohl plötzlich erkannt, daß dies das Ende war.

Am Morgen nach dem Novemberpogrom lief ich zur St.-Apern-Straße. Dort waren unzählige Menschen versammelt und bekundeten ihren Beifall, als jemand von der Synagoge den Davidstern herunterholte. Auch zu verschiedenen Verhaftungen kam es an diesem Tag. Zum Schulhaus kam ich gar nicht durch.

Bevor wieder Unterricht beginnen konnte, vergingen einige Tage. Unsere Lage wurde nach dem Pogrom so unerträglich, daß meine Eltern wiederholt alle Hebel in Bewegung setzten, um eine Auswanderung zu ermöglichen.

Für mich eröffnete sich schließlich die Möglichkeit, mit der Schulklasse aus Deutschland wegzukommen. Eine Trennung der Familie kam für meine Mutter aber auf gar keinen Fall in Frage.

Nach dem 9. November - ich war damals so 151/2 Jahre - bekam ich mehr und mehr Angst und flehte meine Eltern an: »Ich muß raus, ich muß raus.« Meine Eltern entgegneten aber: »Nein, nein, wir bleiben zusammen.« Ich setzte ihnen derart zu, daß sie schließlich einwilligten: Eines Tages hörte ich, wie meine Mutter zu meinem Vater sagte: »Ich glaube, wir müssen den Jungen gehen lassen – er wird sonst verrückt hier.« Trotz der Einwilligung meiner Eltern standen meiner Ausreise nun andere Hindernisse im Wege: Meine Papiere wurden von den englischen Behörden nicht akzeptiert. Also verließen meine Mitschüler Deutschland ohne mich - ich mußte zurückbleiben. Weiterhin ging ich morgens zur Schule, denn vor allem der Englischunterricht war wichtig für meine Zukunft.

Da ich Staatenloser war, also nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besaß, bekam ich indessen die Nachricht, daß ich verhaftet werden würde, falls ich nicht schnellstens das Land verließe. Diesen Bescheid zeigte ich Frau Dr. Klibansky, der Frau des Direktors der Schule. Herr Klibansky selbst war nicht in Köln, weil er meine Klassenkameraden nach England begleitete. Frau Klibansky sagte mir, ich solle mir keine Sorgen machen, ihr Mann hätte schon bei den englischen Behörden vorgesprochen. Ich ging daraufhin jeden Tag dem Briefträger entgegen und fragte, ob Post für uns dabei sei. Aber tagelang passierte nichts. Eines Tages schließlich ging ich - ohne den Postboten abgewartet zu haben - zur Schule und per Telefon machte mir meine Mutter die freudige Mitteilung, das langersehnte »permit« sei endlich eingetroffen. Mit drei anderen Jungen konnte ich so Ende Mai 1939 nach England ausreisen. Meine ältere Schwester, mein jüngerer Bruder und meine Eltern blieben zurück. Mein Vater weinte fast, als er mich zum Bahnhof brachte. Ich hatte damals schon das Gefühl, ich würde sie wohl niemals wiedersehen. Heute lebe ich mit einem Schuldgefühl, weil ich gerettet wurde und sie nicht.

Wir gehörten wahrscheinlich zu den letzten Schülern, die durch Klibanskys Hilfe herausgebracht werden konnten. Hier ist einzufügen, daß Herr Klibansky selbst, der so vielen Kindern und Jugendlichen zur Auswanderung verholfen hatte, nach Minsk deportiert und dort mit seiner gesamten Familie erschossen wurde.

Ohne Begleitung traten wir die Fahrt ins Ungewisse an. Zuerst fuhren wir mit dem Zug nach Hoek van Holland, von dort ging es mit dem Schiff weiter nach Liverpool, wo wir abgeholt wurden. Nach der letzten Kontrolle und dem Überschreiten der holländischen Grenze war das für uns, als kämen wir in eine andere Welt; da sind wir sozusagen wieder auferstanden.

In England angekommen brachte man mich zunächst in Nordwales in einem kleinen Landhäuschen unter. Schnell merkte ich, daß die Jungen, die bereits länger da waren, einen Vorteil hatten, denn sie wurden am Wochenende von jüdischen Familien abgeholt und herumgeführt. Für mich gab es keine solchen Kontaktpersonen mehr. Es waren schon alle »besetzt«. Aus diesem Grunde gelang es mir nicht, schnell die notwendigen Kontakte zu knüpfen, um meine Eltern und Geschwister aus Deutschland herauszubekommen.

Nach einer Weile kam unsere Gruppe von ca. 30 Jungen in ein Hostel nach Liverpool. Dort zerbrach sehr schnell unsere Hoffnung, studieren zu können. Wir mußten einen Beruf erlernen, wobei wir zwischen Schuster, Schneider oder Schreiner wählen durften. Ich habe mich direkt zur Schreinerei gemeldet. Kurze Zeit später brach der Krieg aus.

Über Cousinen, die in der Schweiz beziehungsweise in Holland lebten, hielt ich noch eine Weile den Kommunikationsfluß mit meiner Familie aufrecht. Schon diese letzten Lebenszeichen brachten zwischen den Zeilen zum Ausdruck, wie schlecht es ihnen ging. Später hörte ich gar nichts mehr von ihnen. Ein großer Teil meiner Kollegen wurde interniert, weil sie Deutsche waren. Aufgrund meiner Staatenlosigkeit konnte ich zunächst in Liverpool bleiben. Ich wohnte bei der Familie, die das Hostel leitete.

Liverpool wurde aber schließlich zur »protected area« erklärt, weil es militärische Bedeutung hatte. In Folge davon mußten alle Ausländer das Gebiet verlassen. Glücklicherweise kannte ich einen Beamten von der Fremdenpolizei, der mir half, so daß ich dennoch bleiben konnte. Nach einer Weile fühlte ich mich aber einsam. Schließlich ging ich nach Manchester, wo einige meiner nicht internierten Kollegen lebten. Dort blieb ich einige Jahre und arbeitete als Schreiner.

Ein guter Freund hatte mittlerweile in London Fuß gefaßt und forderte mich auf, in die Großstadt zu kommen, wo mehr los sei. Anfangs lehnte ich dieses Angebot ab, denn ich fürchtete mich vor den Bombenangriffen. Als nun auch Manchester bombardiert wurde, entschied ich mich für London, um wenigstens einen guten Freund in der Nähe zu haben. In London wechselte ich den Beruf. Einem Bekannten hatte ich beiläufig erzählt, daß mein Vater im Metallhandel tätig gewesen war. So kam es, daß er mir von einer Stelle in diesem Bereich erzählte, für die ich mich bewarb. Obwohl ich mich im Handel nicht auskannte, stellte die Firma mich ein. Allerdings zum halben Verdienst, den ich zuvor als Schreiner hatte.

Vor allem wegen meiner nur begrenzten Aufenthaltsgenehmigung spielte ich mit dem Gedanken, nach Amerika auszuwandern, zumal mir ein Freund meines Vaters dort eine Stelle im Metallhandel anbot. Inzwischen hatte ich aber meine Frau kennengelernt und blieb in London. Von meinen Klassenkameraden ist kaum jemand in England geblieben; sie sind in alle Winde zerstreut.

Erst Jahre nach dem Krieg erfuhr ich mehr über meine Familie und zwar von meinem Bruder. Wie ich ihn, von dem ich jahrelang glaubte, er sei tot, wiederfand, ist eine ganz besondere Geschichte: Kurz nach dem Krieg hatte ich in London eine Einladung bei Bekannten. Die Dame des Hauses stellte mir einen Flüchtling aus Deutschland vor, der in Riga im Ghetto gewesen war. Er sagte, er könne sich an jemanden mit dem Namen meines Bruders erinnern. Mit ihm habe er immer Fußball gespielt. Allerdings solle ich mir keine Hoffnungen machen, denn er würde nicht mehr leben. Er nannte mir noch einen weiteren Jungen, der diese Angaben bestätigen konnte. Sogar einen Totenschein erhielt ich, der den irrtümlich angenommenen Tod meines Bruder besiegelte.

Mitte der sechziger Jahre bekam ich plötzlich durch das britische Rote Kreuz die Nachricht, das sowjetische Rote Kreuz habe mitgeteilt, ein Herr, der meinen Familiennamen trug, suche seinen Bruder. Am nächsten Tag ging ich direkt zur entsprechenden Stelle in London, obwohl ich annahm, es handele sich nur um einen Vorwand, um mich nach Rußland zu lotsen. Dies befürchtete ich wegen meiner geschäftlichen Verbindungen dorthin. Aber die Verantwortlichen sagten mir, diese Sache würde stimmen, es wären mehrere Suchmeldungen eingegangen. Auffällig sei nur, daß mein Bruder der einzige deutsche Jude darunter wäre.

Ich schrieb an meinen vermeintlichen Bruder. Das Unglaubliche geschah, der in Rußland lebende Jude war wirklich mein Bruder und bat mich, ihn zu besuchen. Ich beantragte ein Visum, fuhr nach Odessa. So traf ich meinen Bruder nach fast 20 Jahren Trennung wieder und lernte seine Frau und seine Tochter kennen. Aber was sich bei diesem Wiedersehen abspielte, ist nicht mit Worten zu beschreiben.

Mein Bruder erzählte mir seine sowie die Geschichte meiner Eltern und Schwestern: Mein Vater verstarb Ende 1939 an einem Magengeschwür, das er sich aufgrund all der Aufregungen zugezogen hatte. Meine ältere Schwester bekam noch im August 1939 die Chance, als Haushälterin in England zu arbeiten. Sie hatte bereits ein »permit«. Aber als sie beim Konsulat das Visum abholen wollte, war dieses wegen Ausbruch des Krieges geschlossen, und sie kam trotz der vorhandenen Ausreisepapiere nicht mehr heraus.

Nachdem für sie diese letzte Hoffnung zerbrochen war, erlitt sie einen Nervenzusammenbruch. Sie kam nach Bonn in eine Nervenheilanstalt, und niemand hat sie je wiedergesehen. Meine Mutter und meine anderen beiden Geschwister mußten noch unsere Wohnung in der Roonstraße verlassen und kamen in die Dasselstraße. Von dort aus wurden sie über Deutz deportiert. Die Familienmitglieder wurden dann voneinander getrennt. Die Frauen und Kinder – unter ihnen Mutter und Schwester – kamen auf einen Schlepper auf der baltischen See, den die Nazis versenkten. Meinen Bruder brachte man in ein Lager nach Stutthof.

Als die Russen näherkamen und man den Insassen befahl, ihre eigenen Gräber auszuheben, sah mein Bruder nur noch einen Ausweg – die Flucht. Tatsächlich konnte er mit einem anderen Jungen entkommen, da er entdeckt hatte, daß an der Latrine ein Balken locker war, der in die Freiheit führte.

Die Wachen hetzten natürlich Hunde auf die Fliehenden und verfolgten sie. Glücklicherweise kam mein Bruder schon nach einem Tag an die russischen Linien, und ein russischer Soldat brachte ihn in ein Lazarett. Dort lernte er den Oberarzt, einen Leningrader Juden kennen, der sich seiner annahm. Nach dem Kriege hätte er vielleicht die Möglichkeit gehabt, zurück nach Deutschland zu gehen. Weil er Angst vor einer Rückkehr hatte, blieb er in der Sowjetunion, besuchte die Technische Hochschule in Odessa und heiratete. Er lebte sich ein, aber es war wegen des dort herrschenden Antisemitismus oft sehr schwierig. Daher plante er, nach Amerika zu gehen, wurde aber krank und bekam kein Visum. Ich habe mich darum gekümmert, daß er und seine Familie die Papiere für Israel bekommen haben. Dort lebt er nun seit 1991.

»Wir werden toleriert. Das ist alles«

Jüdisches Leben nach dem Holocaust

Es waren nicht viele jüdische Frauen und Männer, die in ihrer Heimatstadt Köln den Einmarsch der Amerikaner im März 1945 erlebten. Ungefähr 40 bis 50 der ehemals 20.000 Kölner Juden waren – versteckt in Kellern und zwischen Bombentrümmern – unentdeckt geblieben.

Unter welchen Umständen die wenigen in den Trümmern Untergetauchten die letzten Kriegstage erlebten, beschreibt Asaria: »Der Februar 1945 war sehr kalt. Mehrere Tage und Nächte hatte es geschneit. Das zertrümmerte Köln lag unter einer hohen Schneedecke. Die Trümmerberge und Ruinen boten einen grauenhaften und zugleich schönen Anblick.

In der Nähe der Opernhausruine hatte ich einmal wieder ein Ruinenversteck. Nachts wollte ich am Hydranten einen Behälter Wasser holen. Dafür mußte ich guer über die Straße bis zum Opernhaus gehen, wo der Hydrant stand. Dort war aber ringsum eine spiegelglatte Eisfläche. Mir rutschten die Beine weg, und ich schlug mit aller Wucht rückwärts auf den Hinterkopf. Wie lange ich dort bewußtlos gelegen habe, weiß ich nicht. Jedenfalls rieben mich zwei uniformierte Männer mit Schnee ab und wollten mich unbedingt zur Sanitätswache bringen, weil ich etwas am Kopf blutete. Aber ich mimte den Starken und tat so, als ob mir nichts wäre, und ging, mich mit aller Kraft aufrechthaltend, durch Schnee und über Steine stolpernd, auf Umwegen zu meinem Versteck zurück und schlief dort halb bewußtlos, trotz starkem Geschützfeuer der in der Nähe der Stadt befindlichen amerikanischen Truppen, bis zum anderen Mittag. In diesem Keller wollte ich die Befreiung erwarten.« (zit. n. Asaria, S. 401)

Diese kurze Episode aus dem Alltag eines Juden, der es vermochte, sich der Ver-

folgung der Nationalsozialisten zu entziehen, gibt einen kurzen Einblick darin, wie groß die Gefahr war, entdeckt zu werden. Es waren daher nur wenige, die im Untergrund überlebt hatten und nach der Kapitulation aus ihren Verstecken auftauchten. Sie hatten meist durch die Unterstützung von nichtjüdischen Freunden oder Angehörigen überlebt.

Die wenigen Überlebenden trafen sich bereits am 29. April 1945 zu einem Gottesdienst im Luftschutzkeller der Synagoge in der Roonstraße. Schon am 11. April war bei der amerikanischen Militärbehörde der Antrag gestellt worden, einen Gottesdienst halten zu dürfen, und kurze Zeit später wurde vom provisorischen Gemeindevorstand der Wunsch nach dem Wiederaufbau der Synagoge geäußert.

Nach diesem ersten Treffen mußte jedoch ein neuer Ort für die Zusammenkünfte gefunden werden, denn die Synagoge war sowohl während der Reichspogromnacht als auch durch die Bombardements im Krieg derart stark zerstört, daß dort nicht einmal ein provisorischer Betsaal eingerichtet werden konnte. Ein solcher fand sich kurz darauf im ehemaligen jüdischen Asyl in der Ottostraße, wo noch einige relativ unzerstörte Räume erhalten geblieben waren. Am 12. Juni 1945 war im Kölnischen Kurier zu lesen: »Jeden Sonnabend, 10 Uhr vormittags, findet in unserem neu errichteten Betsaal Gottesdienst statt.«

Zu diesem Zeitpunkt hatte die Gemeinde ca. 80 Mitglieder, und es war bereits ein neuer Gemeindevorstand gewählt worden.

Im Juni 1945 wurde in Zusammenarbeit mit dem damaligen Oberbürgermeister Adenauer eine Rückholung von Überlebenden des Konzentrationslagers Theresienstadt organisiert.

Alle helfen mit

Die Kölner Synagogen-Gemeinde hat Oberbürgermeister Dr. Pünder in einem Schreiben mitgeteilt,
daß sie bereit ist, an den Aufräumungsarbeiten in
Köln solidarisch mit den demokratischen Parteien
teilzunehmen. Die jüdische Bevölkerung Kölns will
diese Ehrenpflicht ausführen gleich allen Kölner
Bürgern. Von 17 000 Kölner Juden sind nur etwa
650 aus den Konzentrationslagern zurückgekehrt.

Bei der Schuttbeseitigung im Kölner Stadtgebiet waren in der letzten Berichtswoche ständige Arbeiter mit 13 821 cbm und freiwillige Helfer mit 19 355 cbm beteiligt.

Abb. 50 Die Synagogengemeinde erklärt sich bereit, am Ehrendienst teilzunehmen, KR, 28. 6. 1946

Durch die Rückkehrerinnen und Rückkehrer lebten im August 1945 bereits wieder 300 Juden in Köln.

Obwohl die meisten von ihnen ihre Familien, ihre Freunde sowie ihre Existenzgrundlage verloren hatten, boten sie der Stadt Köln ihre Mithilfe beim Wiederaufbau an: Am 18. Juni erklärte sich die Synagogengemeinde in einem Brief an den Oberbürgermeister bereit, sich an den Wiederaufbauarbeiten zu beteiligen.

Dieser Wunsch, für den Aufbau zu arbeiten, spiegelt wider, daß zumindest ein Teil der Gemeinde den Wunsch hatte, weiter in Köln zu leben. Dabei darf aber nicht außer acht gelassen werden, daß die meisten Rückkehrerinnen und Rückkehrer sozusagen auf »gepackten Koffern saßen«. Ein großer Teil der Gemeindearbeit bestand in jenen Tagen darin, sich für die Auswanderung nach Israel einzusetzen (vgl. ebenda S. 456).

Da die Gemeinde so klein war und es ihr auch an finanziellen Mitteln mangelte, gab es Bemühungen, die zerstörte Syn-

agoge zur Nutzung für kulturelle Veranstaltungen zu verpachten, um sie nicht gänzlich dem Verfall preiszugeben. So berichtete die Kölnische Rundschau am 5. September 1947 unter dem Titel »Neues Theater in der Roonstraße?«: »Wie wir erfahren, haben sich die Gerüchte um die am 9. November 1938 zerstörte Synagoge in der Roonstraße, nach denen dieses jüdische Gotteshaus zu einem Theater umgebaut werden soll, insofern bewahrheitet, als die Synagogengemeinde Köln, die heute nur noch wenig mehr als 600 Köpfe zählt (1938 rund 17.000), das zerstörte Gebäude an die Rheinische Theater-Betriebs-GmbH verpachtet hat.« Auch in der Rheinischen Zeitung wurde wenige Tage später auf dieses Faktum aufmerksam gemacht, wobei dort noch hervorgehoben wird, daß Theaterstücke mit Niveau gezeigt werden sollen.

Schließlich schien sich aber doch die Hoffnung zu verstärken, es könne sich eine genügend große Gemeinde etablieren; der Pachtvertrag wurde rückgängig gemacht. Dennoch kam es für einige Jahre zu einer Zweckentfremdung des Gotteshauses: Bis Mitte der fünfziger Jahre befanden sich auf dem Gelände eine Damenstrumpffabrik, eine Metallwarenhandlung und das Atelier eines Kunstmalers.

Erst Ende der fünfziger Jahre hatte die Gemeinde wieder 1000 Mitglieder – unter ihnen viele ostjüdische Zuwanderer –, so daß der Aufbau der Synagoge in der Roonstraße in Erwägung gezogen werden konnte.

Nach Plänen des Architekten Helmut Goldschmidt wurde der Wiederaufbau 1959 verwirklicht. Nach Fertigstellung des Baus erhielt die Gemeinde im Zuge der Wiedergutmachungsverfahren einen Ausgleich von 7,5 Millionen DM für die

Zerstörung und Beschädigung ihres Eigentums.

Helmut Goldschmidt behielt – bezogen auf die Fassade – die alte Architektur im neo-romanischen Stil bei, aber die Innen-räume wurden gänzlich umgestaltet. Durch das Einziehen einer zusätzlichen Decke entstand im Parterre ein großer Gemeindesaal. Der eigentliche Synagogenraum befindet sich nun im ersten Stock. Diesem ist die Gedenkhalle für die Opfer des Nationalsozialismus vorgelagert.

Bei der Ausstattung der Innenräume wurden moderne Stilmittel eingesetzt: Statt der farbenprächigen, mosaikartigen Wandmalereien wurden die Wände weiß gestrichen, und auch die anderen Einrich-



Abb. 51 Wiedereinweihung der Synagoge, September 1959, Chor

tungsgegenstände, wie Redepult, Sitzbänke, Kerzenleuchter sind im eher nüchternen Stil der fünfziger Jahre gehalten.

Es entstand somit innerhalb der alten Außenmauern ein modernes Gemeindezentrum, das aus Gotteshaus, Gemeindesaal, Verwaltung, Bibliothek und Jugendraum besteht. Im Untergeschoß befindet sich zudem eine Mikwe, der Dusch- und Waschräume angegliedert sind (vgl. Zur Weihe ..., 1959, S. 30 ff.).

Sechzig Jahre nach der ersten feierlichen Einweihung fand am 20. September 1959 die zweite statt, die allerdings von der grausamen Geschichte des Judentums unter dem Nationalsozialismus überschattet war.

In einem Interview führte der damalige Rabbiner Zwi Asaria aus, weshalb der Wiederaufbau der Synagoge nicht ausschließlich für die jüdische Gemeinde nach dem Holocaust von Bedeutung sei: »Ich betrachte diese Synagoge wie überhaupt die Wiedererrichtung jüdischer Zentren in Deutschland mehr als Erinnerungsstätten denn als Mahnmale. Verzeihen Sie, aber ich bin davon überzeugt, daß man ohne die kleine Schar Überlebender und Zurückgekehrter in Deutschland längst vergessen hätte, was uns Juden zugefügt wurde. Nun sind wir da, sind sicherlich vielen Deutschen unbequem und rütteln an ihrem Gewissen.

Die Synagogen werden nicht von uns, sondern von den Regierungen aufgebaut. (...) Man könnte auf den Gedanken kommen, daß die Synagogen nur aufgebaut werden (übrigens auch dort, wo keine Juden mehr leben, zum Beispiel in Worms), um bei den kommenden Generationen den Eindruck zu erwecken, als wäre nichts geschehen. So haben wir hier eine Ge-



Abb. 52 Wiedereinweihung der Synagoge, September 1959, Ehrengäste

denkhalle errichtet, damit wenigstens dieses Gotteshaus von der Barbarei, die auch ein Schlag gegen Gott war, kündet. (...)«

Auf die Frage »Wie beurteilen Sie denn aus heutiger Sicht die Zukunft jüdischer Gemeinden in Deutschland?« antwortet Asaria folgendes: »Das dürfen Sie nicht mich fragen. Das hängt allein von den Deutschen ab. Wollen sie uns denn? Es stimmt, daß heimkehrende Juden nach den Richtlinien schwer erkämpfter Wiedergutmachungsgesetze behandelt wer-

den. Darüber hinaus geschieht nichts. Wo bleibt das Menschliche? Unter Hitler gehorchte man dem Schießbefehl. Unter Adenauer dem Buchstaben ausgearbeiteter Gesetze. Kann man das >Wiedergutmachung nennen?« (KStA, 18. 9. 1959)

Zum Abschluß des Interviews faßte Asaria die Lage der jüdischen Gemeinde mit den Worten zusammen »Wir werden toleriert. Das ist alles«. Schon einige Monate später sollte selbst diese Feststellung in Frage gestellt sein.

»Und wer hat daran gedreht?«

Die antisemitische Welle im Winter 1959/60

»Vergessen ist eine Wohltat. Aber wenn sie als Technik angewandt wird, eine unangenehme Vergangenheit unter den Teppich zu kehren, dann bedeutet sie eine Gefahr.« (zit. n. KR, 12. 1. 1960)

Mit diesen Worten hatte der damalige Bundespräsident Theodor Heuss schon 1955 darauf hingewiesen, welche gefährlichen »Altlasten« die Bundesrepublik noch mit sich herumtrug. Gerade in bezug auf den Antisemitismus traf dies zu: Während der fünfziger Jahre wurde speziell dieses Thema unter den Teppich gekehrt. Im Vordergrund der politischen Handlungen und Diskussionen standen das Wirtschaftswunder, die Wiederbewaffnung und der Kalte Krieg. Die Existenz von rechtsradikalem Gedankengut sowie gegen die jüdische Minderheit gerichtete Kampagnen - in Deutschland lebten Anfang der fünfziger Jahre 15.000 und Ende der fünfziger Jahre 21.000 Juden – gelangten nicht ins Blickfeld der Öffentlichkeit (vgl. Richarz in: Brumlik, S. 18).

Lediglich die Diskussion um das »Gesetz zur Wiedergutmachung«, das 1950 verabschiedet wurde, ließ durchschimmern, wie stark der Antisemitismus noch im Bewußtsein der westdeutschen Bevölkerung verankert war; vor allem in ländlichen Regionen führte die vorgeschriebene Rückerstattung von ehemals jüdischem Eigentum zum Wiederaufflackern alter Ressentiments (vgl. Erb, in: Bergmann/ Erb, S. 239).

Obwohl der Antisemitismus kaum Thema einer öffentlichen Diskussion war, wurden soziologische Untersuchungen zu dem Thema durchgeführt, die bestätigen, daß mit dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus keineswegs ein Verschwinden des nationalsozialistischen Gedankengutes einhergegangen war. Aus einer Untersuchung von 1949 geht hervor, daß ungefähr 20 Prozent der Befragten als antisemitisch gelten konnten und im Jahre 1952 - wahrscheinlich angeschürt durch die »Wiedergutmachungs-Diskussion« - gaben sogar 34 Prozent der Bevölkerung eine judenfeindliche Überzeugung zu (vgl. Bergmann/Erb, S. 113 ff.).

Nach einer Spiegeluntersuchung von 1992 bekennen sich heute immer noch 13 Prozent der Bevölkerung – 16 Prozent in Westdeutschland, 4 Prozent in Ostdeutschland zum Antisemitismus (vgl. Spiegel Spezial, Juden und Deutsche, 2/1992).

Es war unter anderem der Verband der Verfolgten des Naziregimes (VVN), der es sich zur Aufgabe machte, die »Auswüchse« des Antisemitismus während der fünfziger Jahre zu dokumentieren, um somit dem Verschweigen Fakten entgegenzusetzen. In einer von ihm 1958 publizierten Zusammenstellung werden unterschiedliche antisemitische Vorkommnisse von 1948-1958 dokumentiert: Friedhofsschändungen, rechtsradikale Publikationen, Beleidigungen oder gar Hetzkampagnen gegen die jüdische Bevölkerung. Ferner wies der VVN auf die fortschreitende Verbreitung rechtsradikaler Vorstellungen sowohl durch die 90 neofaschistischen Gruppen und Jugendorganisationen als auch durch die 1200 Soldaten- und SS-Verbände hin. Jedoch trafen in einer Zeit, die von einer Hetze gegen die Linksoppositionellen geprägt war, derartige Enthüllungen auf taube Ohren.

Selbst als Anfang 1959 die Düsseldorfer Synagoge mit Farbe beschmiert wurde, entstand immer noch keine breitgefächerte Diskussion zum Thema.

Dies sollte sich schlagartig im Dezember des Jahres ändern, denn in der Weihnachtsnacht kam es in Köln zu antisemitischen Ausschreitungen, die den Auftakt für eine wahre Flut derartiger Vorkommnisse bildeten. Jetzt konnten weder Journalisten noch Politiker die Augen länger verschließen: Das Thema Antisemitismus machte Schlagzeile und wurde zum Politikum. Fast zwei Monate lang beherrschte es die Medien. Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und dem neuen (alten) Rechtsradikalismus wurde zu einer Feuerprobe für die Demokratie.

Was hatte es aber mit dem Kölner Ereignissen auf sich, die diesen Stein ins Rollen brachten?

Was war in der Weihnachtsnacht geschehen? Wer waren die Täter?

In der Nacht vom 24. zum 25. Dezember überpinselten die beiden 25jährigen P. J. Schönen und A. Strunk die Inschrift

des Denkmals für die Verfolgten des nationalsozialistischen Regimes »Hier ruhen sieben Opfer der Gestapo. Dieses Mal erinnert an Deutschlands schandvollste Zeit 1933-1945« mit schwarzer Farbe. Dann zogen sie zur Synagoge in der Roonstraße. Was dort geschah, beschrieb einer der Täter in seinem Geständnis: »Dann (nach der Beschmierung des Denkmals, Anm. A. S.) sind wir zu meiner Wohnung zurück und von dort nach 2 Uhr mit den beiden anderen Farbtöpfen zur Synagoge gegangen. Wir malten zunächst in weißer Farbe die Inschrift Deutsche fordern: Juden rauss. Da wurden wir durch Passanten gestört. Wir liefen zum gegenüberliegenden Rathenauplatz und warteten, bis die Luft rein war. Dann malten wir weiter, nun auch in roter Farbe. Dabei wurden wir einige Male gestört. Gegen 3 Uhr waren wir fertig. Ich ging nach Hause.« (zit. n. KStA, 28. 12. 1959) Aufgrund eines Hinweises des Vorsitzenden der Deutschen Reichspartei (DRP), Ernst Custodis, konnten die beiden Täter schon wenige Stunden nach der Tat festgenommen werden, und es stellte sich sehr bald heraus, daß sie Kontakte zu Kölner rechtsradikalen Gruppierungen hatten. Sowohl Schönen als auch der Bäckergeselle Strunk waren seit 1958 Mitglied der rechtsradikalen DRP. Zudem reichte ein Blick in die Wohnung Strunks, um sich seiner »geistigen Heimat« zu versichern: Strunk hatte sein Zimmer mit nationalsozialistischer Literatur angefüllt, und mit den Farben, die Strunk und Schönen für die Schmierereien verwendeten, hatten sie zuvor einen Schrank und den mit DRP-Plakaten und Führerbildern geschmückten Raum schwarz-weiß-rot angestrichen. (vgl. NRZ, 4. 2. 1960). Schönen wohnte im selben Haus und hatte seinem Freund, den er seit der Schulzeit kannte, bei der Ausstattung des Zimmers zur Seite gestanden. Schönen und Strunk machten keineswegs einen Hehl aus ihrer rechtsradikalen Einstellung. Bei seiner Festnahme verab-



Abb. 53 Die Schändung der Synagoge, Dezember 1959

schiedete sich Schönen von den Passanten mit dem Hitlergruß; Strunk erklärte bei der Vernehmung: »Horst Wessel war mein Vorbild.« (NRZ, 6. 2. 1960)

In DRP-Kreisen war die Wohnung Strunks als »Braunes Haus« bekannt. Dort versammelten sich häufig die Parteigenossen, um der »braunen Vergangenheit« zu huldigen, indem sie zum Beispiel gemeinsam die Platte »speeches and songs of Nazi Germany« hörten.

Schönen äußerte die Ansicht, die Demokratie sei keine geeignete Staatsform, er wünsche sich eine »gemäßigte Diktatur«. Auf dieser Einstellung basierte auch seine Idee, den Gedenkstein für die Verfolgten des Naziregimes zu beschmieren, denn für ihn sei die Inschrift eine »Selbstbesudelung des deutschen Volkes« (Weißbuch, S. 32). Strunk hingegen wollte durch die »Aktion« auf die »Judenfrage« hinweisen. Er vertrat die Meinung, daß immer noch zu viele Juden an verantwortlichen Stellen säßen; Juden sollten ausgewiesen werden (vgl. ebenda, S. 33 ff.).

Trotz des eindeutigen neonazistischen Hintergrundes der Tat wurde sowohl von seiten der Medien als auch von seiten der Politiker versucht, die Tat zu bagatellisieren. So schenkte man der Tatsache, daß die beiden Täter wegen Urkundenfälschung, Unterschlagung und Autodiebstahl vorbestraft waren, besondere Beachtung (vgl. ebenda, S. 30).

Auf diese Weise konnten die Täter in die Rubrik »Kriminelle« eingeordnet und die politische Dimension der Tat abgeschwächt werden. Dennoch entbrannte eine Diskussion über mögliche rechte Drahtzieher; die »Suche nach Hintermännern« begann (KStA, 29.12.1959).

Diese Suche endete in Köln schon wenige Tage später mit der Verhaftung des Vorsitzenden der DRP, Ernst Custodis, kurzer Zeit wurde er wieder entlassen.

Die Ereignisse am Hansaring und an der Roonstraße waren offenbar der Auslöser für einen geschärften Blick der Öffentlichkeit und der Medien gegenüber ähnlichen Vorkommnissen. So reagierte ein Teil der Kölner Bevölkerung mit Bestürzung auf den Vorfall und organisierte spontan am 30. Dezember 1959 eine Demonstration, bei der am Mahnmal ein Kranz mit der Aufschrift »Die Mörder sind noch unter uns« niederlegt wurde.

Doch der Kölner Vorfall brachte noch andere Steine ins Rollen: Mit dem Beginn des Jahres 1960 wurde eine Vielzahl rechtsradikaler und antisemitischer Vorfälle in ganz Deutschland, aber auch in anderen europäischen Ländern sowie den USA bekannt. Allein bezogen auf die Bundesrepublik wurden bis zum 20. Februar 1960 insgesamt 638 antisemitische Vorkommnisse (zuzüglich 246 Kinderkritzeleien) registriert (vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes, 20. 2. 1960).

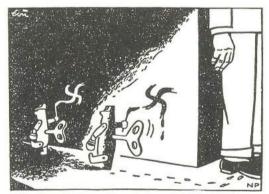


Abb. 54 »Und wer hat daran gedreht?«, WN, 6. 1. 1960

Diese antisemitischen Übergriffe in Deutschland erforderten Stellungnahmen von führenden Politikern. Schon am 6. Januar 1960 gab die Bundesregierung einen ersten Kommentar, in dem vermutet wurde, daß Anzeichen dafür vorlägen, »daß diese Frevel, die fast zur selben Zeit scheinbar erfolgreich. Doch bereits nach in verschiedenen Gebieten der Bundesrepublik verübt wurden, Teile einer geplanten Aktion sind, die die Bundesregierung in den Augen der Weltöffentlichkeit diffamieren soll« (Erklärung der Bundesregierung, zit. n. Allgemeine, 8. 1. 1960).

Es stellte sich folglich die Frage: Wer waren die Drahtzieher dieser Aktion?

Die Schlagzeilen des DDR-Presseorgans »Neues Deutschland« zeigen, in welcher Weise die SED die antisemitischen Ausschreitungen im Westen interpretierte. Dort hieß es zum Beispiel: »Das wahre Bild des Adenauer-Staates«, »Schuldige sitzen auf Amtssesseln« oder »Nazis in Bonn: Gefahr für die Welt«.

Derartige Äußerungen ließen im Westen die These aufkommen, die antisemitischen Vorfälle seien von der SED initiiert worden, um als Propaganda gegen die Bundesrepublik genutzt werden zu können. Aufgrund dieser Annahme fand eine Überprüfung der Täter bezüglich ihrer Kontakte zu linken Gruppierungen und zur DDR statt. Den Kölner Tätern konnten zwar private Kontakte zu Personen in der DDR nachgewiesen werden, doch es fanden sich keinerlei Beweise dafür, daß sie die Synagogenschändung als »Auftragsarbeit« ausführten. Auch ihre deutlich geäußerte rechtsradikale Einstellung sprach vollkommen dagegen.

Infolge einer Rundfunk- und Fernsehansprache von Bundeskanzler Adenauer am 16. Januar 1960 rückte schließlich nochmals eine ganz andere Betrachtungsweise in den Vordergrund der Diskussion: »Was in Köln an der Synagoge und an dem Denkmal geschehen ist, ist eine Schande und ein Verbrechen. Die Bundesregierung, für die ich spreche, hofft, daß die Organe der Justiz mit aller Schärfe hiergegen vorgehen. Die Vorfälle, die dann folgten, bei uns wie auch in anderen Ländern, sind fast ausschließlich Flegeleien. Sie müssen, soweit strafbare Handlungen vorliegen, verfolgt und gesühnt werden. Aber sie scheinen in den allermeisten Fällen Flegeleien ohne politische Grundlage gewesen zu sein. Das ist auch, wie mir berichtet worden ist, durchweg die Ansicht der Leiter der Verfassungsschutzämter der Länder. Der Fall in Köln aber scheint politischer Natur zu sein. Das muß aufgeklärt werden, und eventuell sind die Folgerungen daraus zu ziehen. An meine deutschen jüdischen Mitbürger wende ich mich heute und sage ihnen, sie können völlig unbesorgt sein. Dieser Staat steht mit seiner ganzen Macht hinter ihnen; ich bürge ihnen für dieses Wort. Meinen deutschen Mitbürgern insgesamt sage ich: Wenn ihr irgendwo einen Lümmel erwischt, vollzieht die Strafe auf der Stelle und gebt ihm eine Tracht Prügel. Das ist die Strafe, die er verdient.« (zit. n. Weißbuch, S. 62 f.)

Diese »Prügelrede« verlieh den Ereignissen - mit Ausnahme der Kölner - den Anstrich von »Lausbubereien«.

Weitgehend wurden die Taten als Einzelfälle ohne politischen Hintergrund behandelt, die Strafen fielen oftmals gering aus. Selbst die Kölner Täter, deren politische Motive nicht in Abrede gestellt werden konnten, erhielten nur 14 beziehungsweise 10 Monate Gefängnis, obwohl die Richter betonten, es bestehe bei den Tätern keine Hoffnung auf Einsicht.

Zumindest bei einem der Täter bestätigte sich die These der Unverbesserlichkeit schon kurz nach der Haftentlassung: Im Dezember 1960 beschmierte Schönen die Mülheimer Brücke mit Hakenkreuzen (vgl. DZ, 20. 12. 1960 und ND, 19. 12. 1960).

»Selbst wenn ein Irrer ein Hakenkreuz an eine Synagoge malen würde, es wäre ein Zeichen an der Wand, das mehr be-

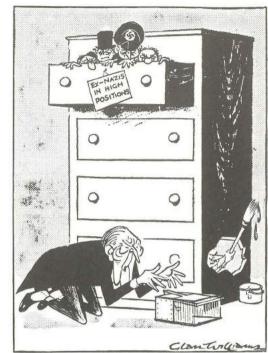


Abb. 55 »Vielleicht sehen sie mal nach oben, Herr Ade nauer«, News Chronicle, England, Reproduktion: KR, 12. 1. 1960

deutet, als dem Irren im Sinn stand.« (zit. n. KStA, 17. 12. 1992)

Mit diesen Worten kommentierte Heinrich Böll die Vorgänge und hatte sicherlich recht, denn es ging nicht um die Täter allein, sondern um den gesellschaftlichen Boden, auf dem solche Untaten gedeihen konnten.

Das Thema Antisemitismus konnte nach der »neuen Welle« im Winter 1959/ 60 schließlich nicht mehr »unter den Teppich gekehrt« werden. Ab 1960 erschienen daher regelmäßig Untersuchungen der Bundesregierung zum Thema. Außerdem begann Anfang der sechziger Jahre einhergehend mit dem Eichmannprozeß und den Auschwitzprozessen - eine große Aufklärungskampagne über die Greuel des Nationalsozialismus. All diese Analysen und Untersuchungen dienten neben der Aufklärung auch dazu, der Weltöffentlichkeit die westdeutschen Bemühungen um eine Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit vor Augen zu führen. Auf lange Sicht wurden allerdings aus der »neuen antisemitischen Welle« trotz alledem keine weiterreichenden Konsequenzen gezogen; weder kam es zu einer zweiten »Entnazifizierung« noch zu einem wirksamen Verbot rechtsradikaler Gruppierungen.

Auch im Bewußtsein der Bevölkerung – selbst im Bewußtsein der in der Nähe der Synagoge Lebenden – scheinen die Geschehnisse im Winter 1959 nicht sehr viel bewirkt zu haben. Nur noch wenige erinnern sich an den wieder aufbrechenden Antisemistismus in jenen Tagen und dem damit einhergehenden Pressewirbel: »Im Geschäft wurde darüber geredet und das war ein paar Tage in der Zeitung, aber dann war wieder etwas anderes. So ist das heute ja auch. Die Medien machen das; wir bekamen das mit, aber von außen sieht sich das anders an.« (Hans Rüth)

mus weiterhin fruchtbaren Boden. In einem Haus in der Nachbarschaft der Synagoge – in der Roonstraße 49 – trafen sich seit 1969 jeden Montag rechtsradikale Gruppierungen. Unter wechselnden Namen widmete sich diese Organisation ihren neonazistischen politischen Zielen; mal nannte sie sich »Nationaleuropäisches Centrum«, mal »Deutscher Club« oder auch »Arbeitskreis für deutsche Interessen«. Schließlich ging der sogenannte Montagskreis in der rechtsradikalen Partei »Die Republikaner« auf, die bei der Kommunalwahl 1989 immerhin 7,4 Prozent der Kölner Bevölkerung wählten.

Von der Öffentlichkeit wieder einmal

nicht beachtet, fand der Rechtsradikalis-

Die Synagogengemeinde in der Roonstraße zog aus den Vorfällen ihre Konsequenzen. Die Synagoge ist seither streng überwacht (siehe S. 107).

Die Synagogengemeinde lebt Jüdisches Leben heute

Abgesehen von der wiederaufgebauten Synagoge in der Roonstraße deuten heute nur noch wenige Indizien darauf hin, daß es vor dem Holocaust eine blühende jüdische Gemeinde gab und gerade im Rathenauviertel zahlreiche jüdische Bildungs- und Sozialeinrichtungen angesiedelt waren. Das Gebäude in der Lützowstraße 8–10 wird heute als Berufsschule genutzt. Lediglich eine an der Fassade angebrachte Tafel dient dem Gedenken an die ehemalige größte städtische jüdische Schule Deutschlands und an das jüdische Kinderheim, Lützowstraße 35–37.

Fast alle Spuren der übrigen jüdischen Wohlfahrts- und Bildungseinrichtungen sowie der Läden sind verwischt.

Die während der Reichspogromnacht zerstörten Synagogen in der Glockengasse, in der St.-Apern-Straße, in Ehrenfeld, Mülheim und Deutz sind nie wieder aufgebaut worden. Auch an diese erinnern heute nur noch ein paar Zeilen an den Fassaden der in der Kriegs- oder Nachkriegszeit an ihrer Stelle errichteten Gebäude, wie beipielsweise am Hochbunker in der Körnerstraße oder am Opernhaus in der Glockengasse, die vielleicht den einen oder anderen nachdenklich stimmen mögen

Doch wer weiß schon, was jüdisches Leben in Köln heute bedeutet. Bei der nichtjüdischen Bevölkerung scheint ein Defizit bezüglich des Wissens über das Judentum im allgemeinen, aber auch über den Alltag der Kölner Juden im besonderen zu herrschen. Der Wunsch, diese Wissenslücken zu schließen, scheint zuzunehmen: Nach der jüngsten rechtsradikalen Gewaltwelle stieg die Nachfrage nach Füh-

rungen durch die Synagoge stark an: Allein im Dezember 1992 besuchten mehr als 30 Gruppen das Gotteshaus; dagegen waren es bis dahin nur durchschnittlich sechs pro Monat.

Dieses wachsende Interesse läßt auf einen stärkeren Dialog zwischen der jüdischen und der nichtjüdischen Bevölkerung hoffen.

Wie aber sieht die aktuelle Situation der Synagogengemeinde aus? Die Synagogengemeinde Köln, deren Einzugsgebiet im Süden bis an den Rand der Eifel und im Norden bis ins Bergische Land reicht, hat heute 1600 Gemeindemitglieder.

Die wichtigste Vertretung der Gemeinde ist der Gemeinderat, der aus zwölf Frauen und Männern besteht, die alle drei Jahre gewählt werden. Diese wählen aus ihrer Mitte den Gemeindevorstand und bilden Kommissionen für die verschiedenen Belange. Die Gemeindevorstandsmitglieder üben alle Tätigkeiten ehrenamtlich aus.

Aufgaben übernimmt die Gemeinde unter anderem innerhalb der Jugend- und Altenarbeit: Sie unterhält einen Kindergarten, einen Jugendraum und ein Altenheim, in dem ca. 40 Frauen und Männer versorgt werden. Der Gemeindeverwaltung unterstehen außerdem mehr als 40 jüdische Friedhöfe, von denen sich allein zehn in Köln befinden.

In den letzten Jahren mußte sich die Gemeinde einer besonderen Herausforderung stellen, denn mit dem Zerfall der UdSSR begann eine große Einwanderungswelle. So kamen allein in den vergangenen zwei Jahren etwa 500 jüdische Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion nach Köln. Täglich wandern neue Familien zu, und ungefähr 600 weitere Personen haben Einwanderungsanträge für Köln gestellt. Dies bedeutet für die Gemeinde immerhin einen Zuwachs von einem Drittel, und damit, so der Kulturdezernent Alexander Alter, sei die Gemeinde in vieler Hinsicht überfordert.



Abb. 56 Innenraum der Synagoge, 1970

Obwohl ungewiß ist, wieviele der Immigranten in Köln bleiben, versucht die Gemeindevertretung ihnen den Eintritt in die westliche Gesellschaft wie auch die Integration in die jüdische Gemeinde zu erleichtern: In einer speziellen Sozialabteilung sind Fachkräfte damit befaßt, den Neuankömmlingen bei der Alltagsbewältigung zur Seite zu stehen. Die Integration in die Synagogengemeinde gestaltet sich vielfach schwierig, da sie aufgrund der politischen Situation ihres Herkunftslandes kaum über Kenntnisse in jüdischer Tradition und Religion verfügen. Um das Wissen darüber zu erweitern, bietet die Gemeinde Religions- und Hebräischunterricht an.

Bei der Eingliederung in die deutsche Gesellschaft sollen Deutschkurse helfen.

Auch der Ganztagskindergarten der Gemeinde wird von den Zuwanderern intensiv genutzt. Noch vor einigen Jahren bestand er lediglich aus einer kleinen Gruppe von etwa zwölf Kindern, heute sind es zwei Gruppen mit je 20 Kindern, von denen immerhin die Hälfte aus russischen Familien stammt.

Die Hilfestellungen für die neuen Gemeindemitglieder bedeuten für die Gemeinde eine zusätzliche finanzielle Belastung. Generell finanziert sich die Gemeinde aus Kultussteuern. Hinzu kommt der im Dezember 1992 ratifizierte Staatsvertrag; ab 1995 erhalten die Jüdischen Gemeinden Nordrhein-Westfalens 3,5 Millionen Mark jährlich zur Erhaltung und Pflege des jüdischen Kulturlebens. Laut Ministerpräsident Rau soll dieser Vertrag deutlich machen, »daß das demokratische Deutschland jetzt und in Zukunft an der Seite der jüdischen Gemeinschaft steht.« (KStA 2. 12. 1992)

Mag sich durch den Staatsvertrag die finanzielle Situation der Gemeinde ein wenig bessern, dem Problem des Mangels an jüdischen Fachkräften für die Gemeindearbeit kann dadurch nicht abgeholfen werden. Seit dem Zweiten Weltkrieg fehlt es in allen Bereichen an ausgebildetem Personal. Bei der Anstellung von Personen für den sozialen Bereich kann allerdings auf nichtjüdische Fachkräfte zurückgegriffen werden; im jüdischen Kindergarten arbeiten nichtjüdische Erzieherinnen, die aber Fortbildungen in jüdischer Religion und Kultur erhalten, damit sie den Kindern jüdische Sitten und Gebräuche vermitteln können. Besonders schwierig für die Gemeinde ist es jedoch, einen Rabbiner zu finden, da es in Deutschland keine Rabbinerschule gibt und die Rabbiner im Ausland meist keine Deutschkenntnisse haben. Die aktuelle Lage der Gemeinde führt dies drastisch vor Augen: Trotz vielfältiger Bemühungen konnte bisher noch kein Nachfolger für den im März 1992 pensionierten Rabbiner Dr. Gelles gefunden werden. Zwar übernimmt eine spezielle Kultuskommission der Gemeinde viele den Kultus betreffende Aufgaben, und auch der Gottesdienst selbst kann vom Kantor und einigen männlichen Gemeindemitgliedern selbständig geleitet werden, doch die seelsorgerische Betreuung der Gemeinde ist Aufgabe eines Rabbiners. Auch seine religiöse Autorität wie seine Funktion als Repräsentant der Gemeinde nach außen sind für das Gemeindeleben dringend notwendig.

Die Gemeinde in ihrer religiösen Orientierung ist eine sogenannte Einheitsgemeinde, die nach orthodoxen Regeln ausgerichtet ist: Frauen und Männer sitzen getrennt, der Gottesdienst findet zum größten Teil in hebräischer Sprache statt, und die Orgel, um die zur Zeit der Jahrhundertwende jahrelang gekämpft wurde, ist nicht mehr in Gebrauch.

Obwohl es unter den gegebenen gesellschaftlichen Umständen sehr aufwendig ist, streng orthodox zu leben, richten immerhin 4 Prozent der jüdischen Familien in Köln ihre Lebensweise nach den orthodoxen Vorschriften aus. Sie halten die religiös bedingten Speisegesetze ein, das heißt, sie leben »koscher«. In Köln gibt es keinen Metzger, der nach jüdischen Vorschriften schlachtet. Daher müssen die streng orthodox lebenden Familien das Fleisch über das der Gemeinde angeschlossene koschere Restaurant oder direkt bei entsprechenden Metzgereien in Frankfurt oder Antwerpen bestellen. Die überwiegende Zahl der jüdischen Familien in Köln lebt nicht oder nur eingeschränkt nach den traditionellen Vorschriften: Sie kochen traditionell jüdisch, aber nicht streng orthodox. Die der Gemeinde angeschlossenen Institutionen, hier sind insbesondere der Kindergarten und das Altenheim angesprochen, bieten aber ebenso wie das Restaurant der Gemeinde eine koschere Küche. Auf diese Weise ist gewährleistet, daß die Einstellung der orthodoxen Gemeindemitglieder nicht mißachtet wird.



Abb. 57 Verabschiedung des Gemeinderabbiners Dr. Benjamin Gelles, März 1992

Bei Betrachtung des Gebäudes in der Roonstraße fallen sofort die strengen Sicherheitsvorkehrungen ins Auge: Die Synagoge wird ständig mit einer Videokamera überwacht, der Eingang ist umfassend gesichert. Zudem ist stets während des Gottesdienstes am Sabbat, an hohen Feiertagen oder bei öffentlichen Veranstaltungen, wie zum Beispiel bei der jedes Jahr am 9. November stattfindenden Gedenkfeier für die Opfer des Nationalsozialismus, Polizeischutz vorhanden.

Weisen diese strengen Sicherheitsvorkehrungen darauf hin, daß das Leben der Juden in Köln immer noch von Angst geprägt ist? Dazu meint der Kulturdezernent der Gemeinde, es sei in den vergangenen Jahren alles in allem sehr ruhig gewesen und fügt hinzu: »Heute fühlen wir uns auch nicht mehr so, wie es Asaria Ende der fünfziger Jahre, mit dem Satz: »Wir werden toleriert. Das ist alles«, auszudrücken versuchte. Es ist heute eher so, daß es zu einer neuen Identität der jungen Generation gekommen ist. Hinzu kommt die stark vorangeschrittene gesellschaftliche Integration in der Schule, am Arbeitsplatz oder an der Universität, denn Religion ist mittlerweile eher etwas Nebensächliches.«

Dennoch darf dieses Lebensgefühl eines Teils der Gemeindemitglieder nicht über die Ängste der vielen hinwegtäuschen, für die ein Vorstandsmitglied auf einer Diskussionsveranstaltung zum Thema Rechtsradikalismus sprach: »Unsere Koffer sind zwar noch nicht gepackt, aber sie stehen griffbereit im Schlafzimmer.« (KStA, 30. 10. 1992)

Trotz aller Vorsicht bemüht sich die Synagogengemeinde seit einiger Zeit verstärkt darum, die nichtjüdische Öffentlichkeit für ihre Arbeit zu interessieren. Dies zeigt insbesondere eine für den Herbst 1993 geplante Kulturwoche.

Auch ein Anfang 1993 durchgeführter Umbau symbolisiert recht gut diese neue Entwicklung: Der Haupteingang ist fortan ständig geöffnet, und ein Pförtner steht für Fragen zur Verfügung. Dies ist zudem ein offensichtliches Zeichen dafür, daß die Synagoge und das Gemeindezentrum nicht nur eine Gedenkstätte sind, sondern auch ein Zeichen für die Lebendigkeit der Gemeinde und ihre Orientierung auf die Zukunft.

Alltag im Viertel

»Was kann ich denn schon erzählen«, antworteten Befragte, die über ihr Leben im Viertel gestern und heute Auskunft geben sollten. Alltagswirklichkeit wird von vielen immer noch als belanglos und nebensächlich abgetan, und im Schatten der sogenannten großen gesellschaftlichen und politischen Ereignisse wird dieser kaum Beachtung geschenkt. Nach und nach berichteten die Interviewten aber dennoch über ihr Leben im Viertel und waren oftmals selbst erstaunt, wie eng ihre Lebensgeschichte, mit der des Viertels verknüpft war und ist.

Im folgenden soll das im vorhergehenden begonnene Bild vom Alltag im Viertel vervollständigt werden. Zum einen werden die Einrichtungen der katholischen Gemeinde in Gegenwart und Vergangenheit beschrieben und zum anderen das Miteinander der Menschen. Genau wie im Kapitel »Jüdisches Leben im Viertel« ist eine subjektive Auswahl und Schwerpunktsetzung in bezug auf die beschriebenen »Alltäglichkeiten« getroffen worden. Neben der Betrachtung der sozialen Unterschiede der im Viertel lebenden Menschen fehlt auch die Betrachtung des »Alltages im Ausnahmezustand«, sprich des Alltages während der Kriegs- und Nachkriegszeit, nicht.

»Eine Perle kirchlicher Baukunst« Der Pfarrbezirk Herz Jesu

»Nur wenige Schritte weiter erblickt man gegenüber dem Opernhaus zehn sehr schön ausgeführte, mit grellroten Geranien besetzte Rabatten, die besonders deshalb sich dem Beschauer wirksam zeigen, da sie von keinem Baumbestand umgeben sind. Von hier aus unter einer noch gut belaubten Platanenallee über den Habsburgerring nach dem Hohenstaufenring gelangend, dessen Kastanienbäume schon zum größten Teil ihren Blätterschmuck verloren haben, erreicht man die schöne Anlage an der Herz-Jesu-Kirche. Der Pflanzenschmuck, der den den Ringstraßen zu gelegenen Chor der Kirche umgibt, erregt die Bewunderung aller nicht achtlos Vorübergehenden. Im Vordergrund, an der Stelle, wo an der Kirche die Christusfigur angebracht ist, strahlt alles im schönsten Blumenflor, alle Arten sind wie achtlos durcheinander dicht zusammen

angepflanzt, dahinter eine etwas erhöhte Rabatte mit Begonien und hochstämmigen blaßroten Fuchsien. Der übrige Teil ist mit Blattpflanzen, Taxus, Lebensbaum usw. besetzt. Aus allem diesem Strauchwerk ragen hohe Palmen aller Art hervor, an den leergebliebenen Flächen hat man eine hellblaue Lilienart angebracht, die eine harmonische Wirkung erzielt.« (KStA, 7. 9. 1907)

Dieser Ausschnitt aus der Beschreibung eines herbstlichen Spazierganges über die Ringe aus dem Jahre 1907 entfaltet ein farbiges Bild von der Gartenanlage an der Herz-Jesu-Kirche, von der heute nur noch ein paar Bäume am vom »Verkehrsinfarkt« bedrohten Zülpicher Platz übriggeblieben sind.

Die Herz-Jesu-Kirche war die erste der von Stadtbaumeister Stübben eingeplanten Neustadtkirchen, deren Bau verwirk-



Abb. 58 Herz-Jesu-Kirche von Nordosten, unvollendeter Turm, um 1900

licht werden konnte. Da sich die Stadtverordneten nicht bereit erklärten, der Kirche che das Baugrundstück kostenlos zur Verfügung zu stellen, hätten andere Mittel und Wege gefunden werden müssen. Dies erübrigte sich, denn der Stadtverordnete Dr. Peter Joseph Roeckerath, der durch Spekulationen mit Grundstücken im Rahmen der Stadterweiterung zu unsäglichem Reichtum gekommen war, und dessen späterer Schwiegervater Justizrat Eduard Schenk stifteten 1887 zusammen mit der von Roeckerath geleiteten Aktiengesellschaft Cölner Grunderwerb dem Erzbistum den besagten Bauplatz (vgl. Kier/Schäfke, S. 39).

Einige Jahre später – im März 1889 – gründete sich der Herz-Jesu-Kirchbauverein, der es sich zur Aufgabe machte, »Mittel für den Bau aufzubringen, für den Bau

eines Gotteshauses, welches sich den in unserer Stadt bereits vorhandenen »Perlen kirchlicher Baukunst« ebenbürtig an die Seite stellen könnte (zit. n. ebenda, S. 40).

Obgleich 1893 die feierliche Grundsteinlegung stattfand, verlief der Bau nur stockend und mußte wegen fehlender finanzieller Mittel immer wieder unterbrochen werden: Von Mai 1893 bis Oktober 1895 wurde das Lang- und Querschiff der Kirche errichtet, der Chor hingegen erst im Herbst 1897. Immer wieder führte der Kirchbauverein Sammlungen und Benefizkonzerte durch. Trotzdem reichten die Mittel für den Bau des Turmes erst im Jahre 1906.

Nach wiederum mehrjähriger Bauzeit ragte im Jahre 1909 endlich der 82 Meter hohe freistehende Turm über den Dä-



Abb. 59 Feierlichkeiten zur Grundsteinlegung für die Herz-Jesu-Kirche, Mai 1893

chern der Neustadt empor. Die Feier der Vollendung der Kirche fand aber nur im kleinen Kreise statt, denn einem großen Teil der geladenen Gäste stand der Sinn nach weltlicheren Dingen: Statt an der Turmbesteigung teilzunehmen, erwarteten sie die Ankunft des Luftschiffes Z II in Köln (vgl. LA, 3. 8. 1909).

Die Kirche, die von Friedrich Schmidt geplant und nach dessen Tode von seinem Sohn realisiert wurde, ist der Neugotik verpflichtet und – wie die Betrachtung des Turmes zeigt – an Stilelemente des gotischen Domes angelehnt. Dieser Stil sollte einen Kontrast zu dem »historisierenden Prunk der Privatbauten am Ring« darstellen (Kier/Schäfke, S. 41).

Im Oktober 1944 kam es während eines Bombenangriffes zu schweren Beschädigungen des Gotteshauses; die Gewölbe des Chores und der Sakramentskapelle stürzten ein. Der letzte Bombenangriff auf Köln im März 1945 verursachte weitere, große Schäden: Teile der Seitenwände und Säulen brachen zusammen.

Noch heute sind Spuren dieser Beschädigungen zu sehen; zwar begann im Jahre 1953 der Wiederaufbau, aber der Chor ist nie wieder vollständig aufgebaut worden.

Neben der Kirche selbst unterhielt und unterhält die Herz-Jesu-Pfarrei weitere Einrichtungen und Gebäude.

Das 1902 erbaute Pfarrhaus in der Hochstadenstraße 33 hat noch heute diese Funktion: Neben dem Pfarrer leben hier Maristenpatres, die sich gemeinsam mit den Angestellten der Pfarrei für die sozialen Belange in der Gemeinde einsetzen. Insbesondere in der Flüchtlingshilfe und bei der Unterstützung von Obdachlosen ist die Gemeinde sehr aktiv. In einem kleinen Raum am Zülpicher Platz, direkt vor der Kirche, in dem vormals eine Bücherei untergebracht war, ist heute ein Treffpunkt für Obdachlose, die »Oase«. Da sich am Zülpicher Platz schon seit Jahren Randgruppen aufhielten, kam in der Gemeinde die Idee auf, sich verstärkt um diese zu kümmern. Pfarrer Kreuzmann, der Initiator der »Oase«, sieht seine Aufgabe darin, die Nichtseßhaften zur Selbsthilfe zu bewegen und die Schwellenängste zwischen ihnen und den Seßhaften zu verringern. Während der offenen Treffs und des einmal in der Woche stattfindenden Frühstücks findet dieser Austausch statt: die Obdachlosen finden hier eine »Oase« jenseits vom Leben auf der Straße. Außerdem hat »Berberfarrer« Kreuzmann oder der in der Oase angestellte Zivildienstleistende immer ein offenes Ohr für ihre Probleme. Der Zivildienstleistende wird von der Caritas bezahlt, ansonsten unterstützt die Herz-Jesu-Gemeinde das Projekt. Pfarrer Kreuzmann bemüht sich auch darum, Wohnraum für die Obdachlosen zu schaffen, um ihnen zu helfen, aus der »Szene« herauszukommen und wieder Fuß in der Gesellschaft zu fassen. In einem Haus, in der Engelbertstraße, das Eigentum der Kirche ist, haben bereits einige Obdachlose wieder eine Wohnung gefunden. Genau wie die »Oase« funktioniert das »Wohnprojekt« nach dem Prinzip der Selbsthilfe. Die Kosten für die dringend notwendige Renovierung des Hauses übernimmt die Erzdiöze. Nicht immer verläuft die Arbeit mit den Nichseßhaften problemlos; Alkohol- und Drogenabhängigkeit sowie Kriminalität und Brutalität erschweren den Umgang miteinander und wirken sich oftmals negativ auf die

Projekte aus. Die steigende Zahl der Obdachlosen in Köln – nach Einschätzung Pfarrer Kreuzmanns hat sich diese seit 1986 verdreifacht – erfordert es aber, nicht wegzusehen, sondern sich dieser Problematik zu stellen. Gerade die Selbsthilfe kann hier teilweise mehr ausrichten als Hilfe von offizieller Seite, denn manchmal sei, so Pfarrer Kreuzmann, ein bißchen »Zuneigung und Mutmachen« wichtiger als »Klamotten und Geld.« (zit. n. KStA, 8. 1. 1993)

In der Meister-Gerhard-Straße 9–13, wo sich heute noch der Kindergarten der Gemeinde befindet, war das St. Antoniuskloster, das seit 1899 bestand. Hier lebten 23 Franziskanerinnen, die ein Mädchenheim, ein Altersheim und einen Kindergarten führten. Ferner waren dem Haus eine ambulante Krankenpflege, eine Diätküche sowie eine Stellenvermittlung angeschlossen.

Von der Meister-Gerhard-Straße aus bestand ein Durchgang zur Zülpicher Straße 34, wo seit Mitte der zwanziger Jahre ein moderner Pfarrsaal, in dem ca. 500 Menschen Platz fanden, zur Verfügung stand. Hier trafen sich der katholische Arbeiter- oder Gesangverein, und sonntags zeigte ein kinobegeisterter Pater Filme für Kinder. In der Kriegszeit sollen in den Räumlichkeiten mehrere hundert Kriegsgefangene untergebracht gewesen sein; in der Nachkriegszeit entstand hier das Theater »Tazzelwurm« (siehe S. 152 ff.).

Schräg gegenüber vom Kindergarten, in der Meister-Gerhard-Straße 10–14, unterhielt die Pfarrgemeinde seit 1917 ein Säuglings- und Kleinkinderheim mit 115 Plätzen, dem weltliche Kräfte vorstanden. Zusätzlich waren dort ein Kindergarten und ein Kinderhort mit weiteren 85 Plätzen untergebracht. Heute ist an dieser Stelle die »Casa Italia«, eine offene Jugendeinrichtung für ausländische, insbesondere italienische Jugendliche. Die Einrichtung bietet verschiedene Freizeit-



Abb. 60 Kindergruppe im Innenhof des Kindergartens, Meister-Gerhard-Straße 9-13, 1939

angebote für Kinder und Jugendliche. In dem zugehörigen Jugendwohnheim können 40 junge ausländische Männer von 18 bis 27 Jahren, die eine Ausbildung absolvieren oder einer regelmäßigen Arbeit nachgehen, Unterkunft finden.

Ein Wohnheim für alleinstehende junge katholische Frauen gehörte bis zum Jahre 1961 ebenfalls zum Pfarrbezirk.

Im Jahre 1920 hatte sich der Verein »Ursulastift e.V.« gebildet, dessen Zweck es sein sollte, ein Heim für erwerbstätige und studierende Mädchen zu errichten. Schon zwei Jahre später war dieses Ziel erreicht; am Ursulaplatz 1 wurde ein derartiges Heim eingerichtet, aber Ende der zwanziger Jahre mußten diese Räumlichkeiten verlassen werden. Am Rathenauplatz 30 fand sich schließlich ein neues adäquates Haus. Dem Bericht einer früheren Stiftsbewohnerin zufolge herrschte in dem Heim eine gute Atmosphäre: »Das

St. Ursulastift war eine »Heimat« für gute katholische Mädchen, die alle berufstätig waren. (...) Wir bezahlten einen Pensionspreis und waren damit in Vollpension. Der Preis war wohl zu erschwingen, denn ich kam mit meinem Geld aus, obwohl ich nie über 100 Mark kam. Das Mindestgehalt einer Sekretärin. Ich war mit einer Zimmernachbarin zusammen, und wir verstanden uns prima. Sie war polnischer Abstammung und von Beruf Putzmacherin. Das konnte sie gut im Zimmer machen, da ich ja meist weg war.«

Während der Zeit des Nationalsozialismus war das Heim mehr als nur Wohnstatt; es entwickelte sich zum Treffpunkt einer Gruppe katholischer Mädchen, die sich auf ihre Art dem Nationalsozialismus entzogen. Die an der Volksschule Lützowstraße tätige Lehrerin Margarete Wirtz rief für weibliche Jugendliche, die sich engagieren wollten, eine an die Lehre der

Schönstätter Marienbewegung angebundene Jugendgruppe ins Leben. Diese Gruppe traf sich am Rathenauplatz 30 bei der oben genannten Bewohnerin. Maria Weiß berichtet folgendes über diese Gruppe: »Da damals alle beengt wohnten, konnten wir nicht bei unseren Eltern tagen, so trafen wir uns bei Ilse, die ein eigenes Zimmer im Ursulastift hatte. Je mehr die Nazis ihre Parolen verbreiteten. um so mehr haben wir uns zusammengeschlossen. Wir trugen unsere christliche Haltung zwar nicht nach außen, aber wir haben uns innerlich - vereint durch unseren Glauben - immer mehr zusammengeschlossen. Wir tauschten unsere Probleme aus, die wir als weibliche Jugendliche hatten. Dadurch boten wir uns gegenseitig Stütze und Halt. Ferner hielten wir Schrift- und Bibellesungen ab. Am Ende unserer Treffen gingen wir immer in die zum Stift gehörige Kapelle und verrichteten unser Abendgebet. Manchmal machten wir auch - unter bescheidenen Verhältnissen - einen Teeabend. Wir waren sechs bis sieben junge Frauen.«

Das Ursulastift wurde 1961 aufgelöst, und heute ist die Stadt Eigentümerin des Hauses. Bis vor kurzem war dort der Mobi-Treff untergebracht, dessen Mitarbeiterinnen Kindern des Viertels an Nachmittagen pädagogische Betreuung boten. Aus finanziellen Gründen ist diese Einrichtung momentan geschlossen.

Das bei den Viertelbewohnerinnen und -bewohnern als »Klösterchen« bekannte Dominikanerkloster »Heilig Kreuz« in der Lindenstraße 45 konnte im Jahre 1904 fertiggestellt werden.

Nachdem die Dominikaner von der französischen Besatzung Ende des 18. Jahrhunderts aus ihrem Domizil – an das noch heute der Straßenname »An den Dominikanern« erinnert – vertrieben wurden, hatten sie 100 Jahre lang kein eigenes Kloster in der Stadt. Erst im Jahre 1898 konnte der Orden in einem Mietshaus in der Melchiorstraße wieder zusam-



Abb. 61 Kloster »Heilig Kreuz«, Lindenstraße, o. I.

menfinden, wo man zunächst eine provisorische Kapelle einrichtete. In der Lindenstraße fand sich dann ein Bauplatz für ein Klostergebäude und eine ihm angeschlossene Kapelle.

Nur das Klostergebäude überstand den Krieg. Die Kapelle war bis auf drei Säulen und einige Mauerreste zerstört. Von 1947–1952 fand der Wiederaufbau der kleinen Kirche statt, wobei der Architekt die erhalten gebliebenen Säulen miteinbezog. Heute leben in dem Kloster noch 18 ältere Dominikaner.

Am Rande des Viertels, direkt hinter dem Südbahnhof, Zülpicher Straße 47, lag das Augustahospital, das neben der Lindenburg das zweitgrößte Krankenhaus Kölns war. Zunächst handelte es sich bei der auf dem Gelände des ehemaligen Fort V angelegten Krankenanstalt um eine Zweigstelle des Bürgerhospitals. Nach und nach entstand an dieser Stelle



Abb. 62 Augustahospital, o. J.

aber ein modernes Krankenhaus, das bereits 1899 über knapp 500 Betten verfügte. Insbesondere ein um die Jahrhundertwende errichteter Pavillon war mit modernster Technik ausgestattet: Die Krankensäle hatten bereits elektrisches Licht und wurden mit einer Niederdampfdruckheizung geheizt. In den Kellerräumen befanden sich komfortable Bade- und Duschgelegenheiten. Selbst ein Wasserbett stand zur Verfügung (vgl. LA, 28. 6. 1899).

Weitere Um- und Ausbauten folgten, so daß im Jahre 1919 schon 850 Betten vorhanden waren.

In der Zeit des Nationalsozialismus veränderte sich aber die Funktion des Krankenhauses. Die Niederlassung der im Krankenhaus tätigen Cellitinnen wurde aufgelöst, statt dessen brachte die NSDAP dort junge Frauen unter, die bereit waren, einen Arbeitsdienst abzuleisten (vgl. WB, 7.4.1933). Einhergehend mit dem Umzug der Universität brauchte zudem die Kölner Studentenschaft Räumlichkeiten, daher nutzte diese ab Ende 1934 einen Teil des Hospitals; neben dem Bund Deutscher Studenten sowie dem Studentenwerk nahm die »Mensa academica« dort Quartier, wo täglich 700 Mittag- und Abendessen in die Mägen der Studentinnen und Studenten wanderten (vgl. KStA, 3. 12. 1934).

Ein Jahr später mußte ein weiteres Gebäude des Krankenhauses geräumt werden, um für das chemische Institut der Universität Raum zu schaffen. Im Haus II des Krankenhauses wurden Laboratorien und Hörsäle eingerichtet. Von da an bestand das Hospital nicht mehr als selbständige Einrichtung; nur einige Patienten der Lindenburg wurden dorthin verlegt.

Das während des Krieges stark zerstörte Gebäude – heute sind nur noch ein paar Überbleibsel des alten Forts vorhanden –



Abb. 63 Schule, Lochnerstraße 13, 1993

diente bis zu dessen Abriß Mitte der fünfziger Jahre noch als Zweigstelle der Lindenburg.

Heute ist an dieser Stelle das chemische Institut der Universität.

Am Ende des letzten Jahrhunderts stieg die Zahl der Bewohnerinnen und Bewohner der Neustadt stetig, was den Bau von neuen Bildungseinrichtungen erforderte. Von städtischer Seite war 1897 die Bewilligung zum Bau einer Schule in der Lochnerstraße gegeben worden, und 1899 begann trotz noch nicht abgeschlossener Bautätigkeit der Unterricht. Die katholische Volksschule hatte 11 Klassen mit insgesamt 717 Schülerinnen und Schülern; das entspricht einer Klassenstärke von 65 Kindern! Jungen- und Mädchenklassen waren strikt voneinander getrennt. In unseren Tagen erinnern die zwei nicht miteinander verbundenen Pausenhöfe an die Zeiten, in denen Koedukation noch unbekannt war.

Allerdings gab es Anfang der dreißiger Jahre schon einen Versuch in diese Richtung. Neben acht Jungen- und sieben Mädchenklassen gab es eine gemischte Klasse (vgl. Handbuch des Erzbistums, 1933, S. 381).

Die im Jahre 1900 fertiggestellte Turnhalle und die Brausebadeanstalt gaben der Schule einen Hauch von Modernität. Schon im ersten Jahr nutzten immerhin 10.000 Personen die sanitären Anlagen. Die Kinder aus der Unter- und Mittelschicht zogen die moderne Duschanlage in der Schule dem in der Küche aufgestellten Waschzuber vor.

In den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg – von 1918 bis 1926 – mußte die Schule für die englische Besatzung geräumt werden; sie diente in diesen Jahren als Kaserne.

Auch noch in den zwanziger Jahren lebten im Viertel die unterschiedlichsten sozialen Schichten, wodurch die Zusammensetzung der Schulklassen geprägt war. Töchter und Söhne von Rechtsanwälten und Ärzten drückten hier ebenso die Schulbank wie die Kinder, die mit ihren Familien in Baracken jenseits des Bahndammes am Zülpicher Wall hausten (vgl. Willy Leson).

Doch soll dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß die sozialen Schranken vorhanden blieben. Nach der Grundschulzeit wechselten die Töchter und Söhne aus gutem Hause zum Gymnasium oder in ein privates Lyzeum. Für Mädchen gab es im Viertel gleich zwei solcher Privatinstitute; einerseits das Lyzeum Drummer am Hohenstaufenring und andererseits das evangelische Lyzeum Teschner in der Lindenstraße. Beide Institute mußten während des Faschismus ihre Tore schließen. Sie fielen der »Gleichschaltung« zum Opfer.

Die Kinder aus den unteren sozialen Schichten verdienten spätestens nach der achtjährigen Volksschulzeit selbst ihr Brot. Oftmals waren sie bereits vor der Schulentlassung darauf angewiesen, durch einen Nebenverdienst das Familieneinkommen aufzubessern oder – vor allem die Mädchen – familiäre Pflichten zu übernehmen. Auf diese außerschulischen Belastungen deutet die große Anzahl der unentschuldigten Fehltage hin; bei knapp 55 Prozent der Knaben und 46 Prozent der Mädchen kam es in den Jahren 1920–1922 zu unentschuldigten Schulversäumnissen (vgl. SJB, 1924).

Wie in allen Schulen, so änderte sich auch der Lehrplan der Lochnerstraße nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten. Aus einem erhalten gebliebenen Schriftstück vom Mai 1933 an den damaligen Rektor Menten geht hervor, welche Prioritäten nun im Unterricht gesetzt werden sollten. Dort heißt es: »Eine der wichtigsten und dringendsten Gegenwartsaufgaben deutscher Lehrer und Lehrerinnen ist der Jugend das gewaltige Geschehen so

nahe zu bringen, daß es ihr zum unvergeßlichen Erlebnis wird.« (Kölner Schulen, 1933-1935, 1.2) Dies sollte durch die Behandlung der »deutschen Revolution« im Geschichtsunterricht und der Durchdringung des Unterrichtes »von sittlichen Grundwahrheiten« erreicht werden. Hinter diesen Formulierungen verbarg sich die »Gleichschaltung« der Lehrpläne und die Ausschaltung von Lehrerinnen und Lehrern, die sich weigerten, nationalsozialistisches Gedankengut im Unterricht zu propagieren. Es dauerte aber, wie Zeitzeuginnen und Zeitzeugen berichten, einige Jahre, bis sich der größte Teil der Lehrerinnen und Lehrer aus Überzeugung, Opportunismus oder Angst den neuen Gegebenheiten gefügt hatten. Eine ehemalige Schülerin berichtet, inwiefern sich die Unterrichtsinhalte verschoben: »Auch die Schulbücher änderten sich nach und nach; sie enthielten nun zum Beispiel Lebensbeschreibungen von Leo Schlageter und Horst Wessel sowie nationalsozialistische Lieder und Gedichte. Doch unsere Lehrerin Frau Ryback versuchte, einen ausgeglichenen Unterricht zu geben. Nur der Lehrer Weiß war in der SA, und wir mochten ihn vor allem deshalb nicht, weil er immer sehr unfreundlich zu uns war.« (Sophia Broichhagen)

Alle Lehrbücher waren nach und nach vom rassistischen und kriegstreiberischen Gedankengut der Nationalsozialisten durchzogen; im Mathematikunterricht errechneten die Schülerinnen und Schüler, wieviel Bomben von 10.000 Kilogramm notwendig sind, um ein gewisses Gebiet zu zerstören, oder wieviele Siedlungen statt einer »Irrenanstalt« gebaut werden könnten.

Obwohl das Gebäude in der Lochnerstraße den Bomben standhielt, fand während der letzten Kriegsjahre kaum noch regelmäßiger Unterricht statt, da die meisten Kinder evakuiert worden waren und es an Lehrkräften mangelte. Hinzu kam die psychische Belastung durch die Bom-



Abb. 64 Katholische Volksschule Lochnerstraße: 1. Schuljahr mit Lehrer S. Konik, 1952

benangriffe; die Kinder, die fast jede Nacht im Bunker verbrachten, konnten sich wohl kaum auf Mathematik, Geschichte oder Deutsch konzentrieren. Darüber hinaus bekamen die Schülerinnen und Schüler Aufgaben zugeteilt, durch die sie vollends überfordert waren: »Die Durchführung der Kinderlandverschickung lag weitgehend bei der Hitlerjugend. Ebenso wurden in den zerstörten Städten Hitlerjungen als Luftschutzhelfer, als Melder während der Alarme oder auch zu Aufräumungsarbeiten eingesetzt. Ganze Klassen waren seit 1943 als Flakhelfer verpflichtet. Für die Wehrmacht halfen sie bei den Altmaterial-, Kleiderund Kräutersammlungen. In der allerletzten Phase zog man die in den Schulen verbliebenen Jungen ab 14 sogar zum Volkssturm ein.« (Kölner erinnern sich, S. 137)

Erst in der Nachkriegszeit konnte der Schulalltag wieder in geregelteren Bahnen verlaufen:

Da das Gebäude in der Lochnerstraße erhalten blieb, begann hier schon im Som-

mer 1945 wieder der Schulunterricht. Aufgrund der Versorgungsknappheit bemühte sich die Schulverwaltung, die Kinder zumindest mit einer warmen Mahlzeit am Tag zu versorgen.

Nicht selten besuchten auch die Erwachsenen in diesen Jahren das Schulgebäude, denn die dortigen Dusch- und Waschgelegenheiten gehörten zu den wenigen unzerstörten sanitären Anlagen im Viertel.

Mitte der fünfziger Jahre besuchten bereits wieder knapp 800 Jungen und Mädchen die Schule (vgl. Handbuch des Erzbistums, 1954, S. 358). Weiterhin wurden sie getrennt unterrichtet, denn erst in den sechziger Jahren setzte sich die Koedukation durch. Seitdem die bereits im Zuge der Schulreform ausgegliederte Hauptschule 1989 ganz geschlossen wurde, besteht nur noch die Grundschule: Momentan gibt es nur noch fünf Klassen und eine Seiteneinsteigerklasse für ausländische Kinder, denen es noch an ausreichenden Deutschkenntnissen mangelt. Da der An-

teil von ausländischen Kindern 60 Prozent beträgt, ist es besonders wichtig, diese zu fördern. Zu diesem Zwecke stehen Sprachlehrerinnen zur Verfügung, und für die türkischen Kinder wird zusätzlich islamischer Religionsunterricht angeboten.

Außerdem findet zweimal in der Woche Hausaufgabenhilfe mit speziellen Angeboten für die italienischen Kinder statt.

Seit 1984 ist in einer auf dem Schulhof errichteten Baracke die Kölner Schülergeschichtswerkstatt untergebracht. Sammy Maedge, Initiator und einziger Mitarbeiter der Werkstatt, führt Projekte zum Abbau von Intoleranz gegen Minderheiten durch. Seine Zielgruppen sind Klassen aller Stufen und Schulformen, außer der Grundschule. In letzter Zeit kümmert er sich verstärkt um die Arbeit mit lernbehinderten Schülern. Im Rahmen der Projektarbeit klärt er die Schülerinnen und Schüler über die menschenverachtende Politik des Nationalsozialismus auf, geht mit ihnen aber auch auf die Suche nach den Spuren der zerstörten jüdischen Kultur. So besuchen die Gruppen die Synagoge oder lernen während eines Viertelrundganges etwas über die Geschichte der jüdischen Gemeinde kennen. Dabei fehlen die Bezüge zur Gegenwart nicht. Die Auseinandersetzung mit den jüngsten gewaltsamen Übergriffen gegen Ausländerinnen und Ausländer steht momentan im Mittelpunkt der Arbeit.

Wie viele andere Projekte ist auch die Schülergeschichtswerkstatt von den Haushaltskürzungen bei der Stadt betroffen: Wenn im Herbst 1993 die Stelle von Sammy Maedge ausläuft, ist er wahrscheinlich gezwungen, die Werkstatt zu schließen, obschon es nach fast zehn Jahren an der Zeit wäre, für diese überaus wichtige Arbeit endlich eine feste Stelle einzurichten.

Für einige Jahre hatte eine nicht der Herz-Jesu-Gemeinde angehörende überregionale katholische Frauenorganisation ihren Sitz im Viertel – der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB). Dieser hat noch heute in Köln – in der Kaesenstraße 18 – seine Zentrale.

Der KDFB wurde 1903 gegründet. Die Gründung des Bundes verärgerte den Erzbischof, da die Frauen ihn nicht um Erlaubnis gebeten hatten.

Der erste Sitz war in der Georgstraße 7. Von dort aus siedelten die Frauen in die Roonstraße 9 über, aber auch diese Räumlichkeiten wurden bald zu klein; ein neues, größeres Quartier fand sich in der Roonstraße 36. Von 1913 bis 1929, in der eigentlichen Aufbauphase des Bundes, war dieses Haus – abgesehen von einer übergangsweisen Auslagerung einiger Abteilungen im Jahre 1919 nach Hamm – der Sitz der Frauenorganisation (vgl. Jahrhundertwende – Jahrhundermitte, Anhang, S. 13).

Die Vorsitzenden der Organisation mieteten in der Roonstraße 36 zwei Büroetagen, von wo aus sie nun die Arbeit organisierten. Der KDFB, der sich der Förderung der Frauenbildung widmete, bot zum Beispiel Berufsberatungen für junge Mädchen an. Überdies entstand 1916 auf Initiative des KDFB eine Soziale Frauenschule, die den Zweck hatte, »ihre Schülerinnen zu vollwertigen Arbeitsleistungen auf den Gebieten der öffentlichen und privaten Wohlfahrtspflege zu befähigen. Sie bildet im wesentlichen Berufskräfte aus (Sozialbeamtinnen); doch nimmt sie auch Schülerinnen auf, die eine Vorbildung für ehrenamtliche Arbeit erstreben.« (Archiv KDFB)

Schon seit der Jahrhundertwende hatte es derartige Initiativen zur Ausbildung von Frauen im sozialen Bereich gegeben. Diese Entwicklung hatte der Erste Weltkrieg rasant beschleunigt, denn während dieser Zeit bestand der Bedarf an geschulten Kräften, die bereit waren, für »Gott und Vaterland« eine Tätigkeit im sozialen Bereich zu übernehmen. Die soziale

Frauenschule, die als Vorläuferin der heutigen Fachhochschulen für Sozialarbeit angesehen werden kann, wurde im Jahre 1918 nach Aachen verlegt.

Den wichtigsten politischen Forderungen, die die Frauenbewegung in jenen Tagen stellte, stand der KDFB passiv oder gar feindlich gegenüber. So schlossen sich die im KDFB organisierten Frauen in den zehner Jahren nicht der Frauenstimmrechtsbewegung an, und Ende der zwanziger Jahre – wie auch heute noch – verurteilten sie den damals schon aktuellen Kampf gegen den Paragraphen 218. Dennoch war der KDFB stets liberaler und progressiver als die zweite katholische Frauenorganisation, die Katholische Frauengemeinschaft (KFG).

Der KDFB etablierte sich während seiner »Roonstraßenzeit« in der katholischen Vereinslandschaft; hatte er im Jahre 1904 erst 1517 Mitgliederinnen gehabt, so waren es 1926 bereits 203.600. Ende der zwanziger Jahre ging die Zahl der organisierten Frauen ein wenig zurück; dies lag nicht zuletzt daran, daß aufgrund der Wirtschaftslage die Mitgliedsbeiträge nicht mehr entrichtet werden konnten.

Dennoch hatte der KDFB ausreichend finanzielle Mittel, um ein Haus in der Kaesenstraße zu erwerben. Aus einem Rundbrief aus dem Jahre 1929 an alle Vorsitzenden des Bundes geht hervor, was zum Umzug führte: »Wir werden übrigens in diesem Hause nicht wesentlich mehr ver-



Abb. 65 Büroraum des KDFB in der Roonstraße 36, um 1910

wohnen, als in den zwei Etagen in der Roonstraße, die räumlich schlecht und zum größten Teil unschön waren. Im April nächsten Jahres würde nach Ablauf des Mietvertrages eine Mietsteigerung eingetreten sein.« (Archiv KDFB)

Also war Ende der zwanziger Jahre die mit dem Viertel verknüpfte Ära des KDFB beendet.

Mädchen für alles, Millionärswitwe, Mittelstand Dienstmädchenalltag und Frau Laura von Oelbermann

Ein Blick in die Adreßbücher genügt, um festzustellen, daß bis in die Nachkriegszeit viele Einzelhändlerinnen und Einzelhändler im Viertel ihr Auskommen fanden. Neben den Betrieben des täglichen Bedarfs gab es auch einige heute etwas kurios anmutende Unternehmungen, wie zum Beispiel eine Futterstoffe- und eine Fensterledergroßhandlung, eine Sägemehlhandlung, eine Cognacbrennerei sowie eine Fliegenfängerfabrik. Nicht wenige Betriebe wurden von Frauen geführt; da gab es die Spezereihandlung von Frau Wasserschaff und die Colonialwarenhandlung von Fräulein Esser oder die von Frau Dick sowie die Zuckerwarenhandlung von Frau Beckers (siehe auch S. 66 ff.).

Die Bäckerei Schulte-Pelkum war wegen ihres Schwarzbrotes, das in einem speziellen Ofen 24 Stunden gebacken wurde, weit über die Viertelgrenzen hinaus bekannt; selbst das Kaiserhaus in Berlin bekam diese Spezialität geliefert.

Ferner siedelten sich einige Künstlerinnen und Künstler im Viertel an, die teilweise versuchten, im Viertel selbst ihren Lebensunterhalt zu verdienen. So eröffnete beispielsweise um 1900 Helene Nemitz in der Boisseréestraße, später Königsplatz 24, eine Malschule, der das kunstgewerbliche Atelier von Käthe Mertens angeschlossen war. Sowohl die Vorbildung der beiden Künstlerinnen als auch die Preise für die Teilnahme an den Kursen belegen, daß es sich um ein exklusives Unternehmen handelte. Das Atelier bestand allerdings nur bis 1907. Ob es an Kursteilnehmerinnen oder -teilnehmern mangelte?

Diese Nennung von selbständig erwerbstätigen Frauen soll nicht darüber hinwegtäuschen, daß es im Viertel viele Frauen gab, die sich als Wäscherin, Näherin oder Arbeiterin ihren Lebensunterhalt verdienen mußten oder als Witwen von der Fürsorge lebten. Gerade diese Frauen



Abb. 66 Friseurgeschäft, Mozartstraße 49, 1912

lebten im Existenzminimum, denn im Jahre 1907 betrug das Tageseinkommen einer Wasch- oder Putzfrau nur zwei Mark. (Zum Vergleich: Ein Kilogramm Butter kostete 1905 2,47 Mark, ein Kilogramm Schweinefleisch 1,93 Mark und ein Kilogramm Schwarzbrot 0,26 Mark) (vgl. Wagner, S. 38).

Die größte Gruppe erwerbstätiger Frauen, die bis Anfang der dreißiger Jahre das Straßenbild beherrschte, war jedoch die der Dienstmädchen.

Für viele junge Frauen aus der Eifel oder dem Bergischen stellte eine Tätigkeit im städtischen Haushalt eine auf den ersten Blick verlockende Alternative zur harten Arbeit auf dem Lande dar; im Jahre 1907 kamen von ca. 3000 Dienstmädchen mehr als 2000 nicht aus Köln (vgl. SJB, 1911). An offenen Stellen mangelte es nicht, denn für die Frauen der bürgerlichen Mittelstandes gehörte es damals zum guten Ton, zumindest ein »Mädchen für alles« zu haben und die, die es sich leisten konnten, stellten gleich mehrere Angestellte an.

Eine Tätigkeit im Haushalt war vielfach der einzige Beruf, den die jungen ungelernten Frauen ergreifen wollten und konnten. Sie hätten zwar auch eine Tätigkeit als Fabrikarbeiterin aufnehmen können, aber diese galt als »schmutzig«, und das dazugehörige proletarische Milieu stand im schlechten Ruf, so daß es für Mädchen aus einer Bauernfamilie nicht schicklich war, in die Fabrik zu gehen. Daß die Arbeit dort weitaus größere persönliche Freiheit bot, merkten viele erst, nachdem sie mehrere Stellen als Dienstmädchen hinter sich und eine Weile Stadtluft

geschnuppert hatten.
Von den Dienstmädchen, die im Hause ihrer Herrschaft das Dachgeschoß bewohnten, ist heute fast jede Spur verwischt. Die schmalen Dachkammern sind ausgebaut worden oder werden an Studentinnen und Studenten vermietet. Die Dienstbotenaufgänge sind verschwun-



Abb. 67 Zülpicher Platz, im Vordergrund Dienstmäd chen, um 1888

den, ebenso verschwunden sind die Klingelzüge, die es erlaubten, das Dienstmädchen jederzeit aus seinem Zimmer zur Arbeit abzuberufen, und selbst in den Adreßbüchern tauchen die jungen Frauen nicht auf. Nicht einmal aus Statistiken läßt sich exakt erschließen, wie viele Frauen auf diese Weise ihr Geld verdienten. Es kann nur davon ausgegangen werden, daß um 1905 14,45 Prozent der Kölner Haushalte wenigstens ein Dienstmädchen hatten (vgl. Wagner S. 79).

Beim Durchblättern von Zeitungsbänden vom Beginn des Jahrhunderts weisen die unzähligen Stellenanzeigen auf die Existenz dieses Berufsfeldes hin.

Die Damen aus dem Viertel gaben selbst eine Anzeige auf oder bedienten sich privater Stellenvermittlungsbüros, die es in der Engelbertstraße 7 und 14 sowie am Zülpicher Platz 17 gab. An diese Stellenvermittlerinnen wandten sich aber auch die Stellensuchenden selbst. Die Arbeitgeberinnen ergänzten jedoch im Jahre

Offene Stellen

Aufangs gebruar wird in bent Gebande für sogiale Zwede, Manritinswall Gi, bueft binter bem Sobenftaufenbad, Cingang VI, 1. Ziod. In S. eine besindere

Abteilung für weibliches Hauspersonal

jeder Art

eringer. Weibliche Stellesuche für Preiba's und Geschäftsbäufer sowie für das Sotels und Gaste wirtegewerbe erhalten ber steis in uneigennftigfter Dete Anskunft und zweibelnicht Anskunft und zweibelnicht Anskunft

ind inergeiningen Bereichtige. Fachfundige Damen find andauernd bemubt, dem Dausbersonal vaffende Erellen in guten daufern bei entsprechenbem Gehalt nachzweisen.

herrschaften u. Stellensuchende kostenfrei.

Die Bermaltung.

Weibliche

Tüchtiges Mädchen

mu guren sengu negen b. kobn in ben band o beinder gef. Borguft. 4- il. Modufte. 50, bp.

Bef. Abdin 50, selbft Alichenmbe. In, beff. Imeinnäden 30, felbft. Mädden ju 2 Verf. 35. Dora Alchelb, gewerdschäßige Stellenberuntillerin, Engelberfftr.14.

Danie lucht sofort ein traftiges Mädchen bas lochen tann u. Bautsarbeit berft. Reine große Walche. Bobenftaufenring 5, f.

Inverläff, fauberes Mabden für Rüche und Saubarbeit jum 16. gebruar gefucht. Borguftellen 4-0 libr nachm.

Mädchen welches toden faun, für Riche u. Sausordett gefudt. Waliche aufer bem Sauie. Monttorel D. Dingen.

Madchen für alle Sansarbeit Batche. Bentralbeigung. Jeben Bonntag Ausgang. Lucas, Roontrage 61, boch b

Ainderlofe Familie fucht zum sofortigen Cintrin properes Mähden, welches alle dansarbeir versteht. Fran Schaller Hochstabenstraße 22, 11.

Angehende Büglerin 11. Sehrmäbden für gange ob. halbe Tage gefugt. Rooystrafe 80.

Meltere Berfon fofort gefucht für alle Sausarbeit für gans.
Lobu monatlich 25.4
Engelbereftraße 9, 1.
Mädchen arbeit für M. Dausb, gef. Gute 8. erf. Rönigsplay 20.

gel. Guie & erl. Königsblag 20. Ein properes Nödgen mil 2 gan gu 2 Damen gel. von 8-12 fibr. Roomkraße 2, i.

Emilie Busse

gewerdsmaßige Stellenvosseitilerin Zudicer Alag 17, bb. The fuch vert Rodin, Oristmädden, imeitmädden it. empf. tüchiges Naddaen f. den Geficktisched. forv. em beif. Ambernadod., a. a. Frugn.

Gel. acg bob. Salar Ködin, 50 b. 60 a. cinf. beff. (etbft. M. g. 2 B., 30-35 a. beff. Sweitin., augen. aue St., feibst, Küchenmädigen, beff. Kausmädig. Dora Michrath, gewerbsmäßig. Erellenbermitilerin. Engelberftrake 14.

Bufde außer bem Saufe b

braves Mädchen

fur fofort gef. Frau Baul Raay Roonftrage 71, 2. Gt.

Zwoltmadchon mit gut. Agn., u busen u. wasa. beriledt, gesucht. Bobenstaufenring 36.

Ord. Kuchenmädchen gefuaht. Arau Dr. Buff Sobenstaufenring 68, U.

Abb. 68 Stellenangebote für Dienstmädchen, KStA, 1. u. 2. 2. 1911

1911 die privaten Stellenvermittlungen durch eine öffentliche, die im Gebäude für soziale Zwecke, Mauritiuswall 66, untergebracht war. Ein Grund für diese neue Form der Stellenvermittlung war der sich abzeichnende Mangel an Dienstmädchen.

Allein die Charakterisierung des gesuchten Dienstmädchens in den Annoncen deutet auf den Wunsch hin, eine junge, dynamische Angestellte zu finden, die voll und ganz in ihrer Tätigkeit für die Herrschaftsfamilie aufging: Gesucht wurden tüchtige, kräftige, propere, zuverlässige, saubere, ordentliche oder gar bessere Mädchen. Der Vermerk »ein freier Sonn-

tag« oder »Keine große Wäsche«, »Zentralheizung« oder »Kein Kohletragen« sollte den Bewerberinnen den Haushalt schmackhaft machen. Gewiß waren die genannten Dinge große Vorteile, denn viele »Mädchen für alles« mußten alle im Haus anfallenden Tätigkeiten verrichten und hatten oftmals einen 14- bis 15-Stunden-Tag, wobei der freie Sonntag noch lange keine Selbstverständlichkeit war und es keinen gesetzlich festgeschriebenen Jahresurlaub gab (vgl. Wierling S. 89).

Selbst den Fabrikarbeiterinnen ging es trotz der ebenso geringen Löhne wesent-

lich besser: 1908 war die Maximalarbeitszeit für Arbeiterinnen auf zehn Stunden täglich verkürzt worden. Bezogen auf die Löhne standen die Dienstmädchen den Arbeiterinnen aber in nichts nach. Diese waren keineswegs angemessen für die harte Arbeit: Neben Kost und Logis erhielten sie nur einen nach Alter und Oualifikation variierenden Jahreslohn von durchschnittlich 150 bis 200 DM. Allein die Ausgaben für Kleidung verschlangen den größten Teil des Verdienstes: So kostete es im Jahre 1910 ungefähr 25 Mark, sich ein Kostüm schneidern zu lassen, und für ein Paar Schnürstiefel mußte der Lohn eines Vierteljahres gespart werden (vgl. ebenda, S. 91). Selbst Heimfahrten zu den Eltern konnten nur selten erfolgen, da sowohl die Zeit als auch das Geld zu spärlich waren. Falls die Mädchen aus armen Familien kamen - was nicht selten der Fall war - bemühten sie sich trotzalledem, ihre Herkunftsfamilie finanziell zu unterstüt-

Für die Familie, bei der sie arbeiteten, galten sie lediglich als immer zur Verfügung stehende »Arbeitsmaschine«, und oftmals zeigte niemand Interesse an ihrer Persönlichkeit. So erzählt Doris Stolbrink von einer Tante, die ihr Dienstmädchen immer Maria nannte, obwohl dieses den Namen Beate hatte. Ihre Tante war einfach zu bequem, sich an einen neuen Namen zu gewöhnen – das vorhergehende Dienstmädchen hatte nämlich Maria geheißen.

Dienstmädchen wechselten sehr häufig ihre Stellen. Durchschnittlich blieben sie nicht länger als ein Jahr in einem Haushalt. Diese starke Mobilität mag verschiedenste Gründe gehabt haben. Zumeist waren es aber Probleme mit der »Herrschaft« oder die schlechte Bezahlung, die zur Kündigung führten. Warum die Dienstmädchen es bei der Familie Scherg nie lange aushielten, berichtet die Tochter des Hauses: »Unsere Wohnung in der Jahnstraße hatte sechs Zimmer und zwei



Abb. 69 Dienstmädchen bei der Arbeit, um 1920

große Mansarden. Oben war die Dienstmädchenwohnung. (...). Wir hatten immer Dienstmädchen. Diese waren vorwiegend aus kinderreichen Bauernfamilien der Eifel. Sie blieben meistens nicht lange in unseren Diensten, weil mein Vater nicht sehr tolerant war. Er tat ihnen häufig unrecht; oftmals schimpfte ich deshalb mit ihm. Wenn zum Beispiel das Essen nicht Punkt 7 Uhr auf dem Tisch stand, fing mein Vater an zu brüllen. Daher wechselten die Mädchen schnell die Stellung. Meine Mutter vermittelte aber oft zwischen den Dienstmädchen und meinem Vater, denn vor meiner Mutter hatte er Respekt.« Um sich ein Bild davon zu machen, wie sehr die Dienstmädchen ihren Chefinnen und Chefs ausgeliefert waren, sei nur daran erinnert, daß für Hauspersonal bis zur Gründung der Weimarer Republik noch das Gesinderecht galt, das selbst körperliche Züchtigung legitimierte.

Auch sexuelle Belästigung von dem Hausherren oder den Söhnen des Hauses war durchaus nicht selten und gewiß häufig ein Grund, den Arbeitsplatz zu wechseln.

Falls das Dienstmädchen schwanger wurde, bekam es die Verachtung ihrer Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zu spüren und erhielt die fristlose Kündigung. Die Möglichkeit, daß der Hausherr selbst etwas mit dieser Schwangerschaft zu tun haben könnte, kehrte man - ganz im Sinne der bürgerlichen Doppelmoral - unter den Teppich. Bedingt durch die Kündigung, die ja zudem Obdachlosigkeit zur Folge hatte, war der soziale Abstieg vorprogrammiert. Die jungen Frauen konnten aufgrund der mit der Schwangerschaft einhergehenden sozialen Ächtung nicht einmal zu den Eltern zurückkehren. Damit sie zumindest in der Zeit kurz vor der Entbindung abgesichert waren, blieb oftmals als einziger Ausweg, sich als Lehrmaterial in der Hebammen-Lehranstalt zur Verfügung zu stellen. Hier waren Dienstmädchen gern gesehen, denn sie konnten einerseits als Untersuchungsobjekte eingesetzt und andererseits für die täglich in der Anstalt anfallenden Arbeiten eingespannt werden (vgl. Nottelmann, S. 4).

Wieviele junge Frauen in eine solche Lage kamen, läßt sich natürlich kaum noch herausfinden. Allerdings spricht die hohe Anzahl unehelicher Geburten für sich: Während bei Arbeiterinnen im Jahre 1921 318 unehelich Kinder geboren wurden, waren es bei den Dienstmädchen immerhin 615. In welcher verzweifelten Situation sich gerade die Dienstmädchen befanden, die bei persönlichen Problemen weder Rückhalt bei der Herrschaftsfamilie noch bei der Herkunftsfamilie bekamen, spiegelt sich in den Selbstmordzahlen wider: Mitte der zwanziger Jahre waren von 47 weiblichen Selbstmörderinnen ein Sechstel Dienstmädchen.

Die bürgerlichen Frauen, die auf die Arbeit der Dienstmädchen angewiesen waren, kümmerten sich weniger um das persönliche Schicksal ihrer Angestellten als um ihre eigenen Vorteile. Da seit den zehner Jahren speziell im kaufmännischen Bereich neue Berufsfelder für Frauen entstanden und die jungen Frauen mehr persönliche Freiheiten beanspruchten, fürchteten die Arbeitgeberinnen um den Verlust der billigen »Perlen aus der Eifel«. Daher hatten sie bereits Ende des letzten Jahrhunderts das »Marthastift« eingerichtet, das als erste Anlaufstelle für die Mädchen diente: Dort konnten junge Mädchen, die nach Köln kamen, ein erstes Quartier finden. Dies war überaus wichtig, denn oft gerieten die noch sehr jungen, naiven »Eiflerinnen« in die Hände von Zuhälterinnen oder Zuhältern, die sie am Hauptbahnhof abfingen. Hier boten Einrichtungen wie das Marthastift einen gewissen Schutz. Im Stift blieben die stellensuchenden Mädchen nur ein paar Tage, wenn sie nicht in der dort angeschlossenen Schule einen mehrmonatigen, kostenpflichtigen Kurs belegt hatten. Dieser Unterricht sollte sie auf die zukünftige Aufgabe als »fromme, treue Magd« vorbereiten (vgl. ebenda, 23 f.).

Derartige treue Seelen, die ihre eigenen Wünsche hinter denen ihrer Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zurückstellten, scheint es tatsächlich gegeben zu haben. Diese Frauen arbeiteten jahrelang in ein und demselben Haushalt und zählten schon fast zur Familie. Bei der Familie Kalterherberg war zum Beipiel eine Hausangestellte über mehrere Jahrzehnte hinweg beschäftigt.

Dies ist die eine Seite des Lebensalltages von Frauen im Viertel zu Anfang dieses Jahrhunderts, die andere Seite war die der Arbeitgeberinnen dieser »Mädchen für alles«, nämlich das Leben der bürgerlichen Frauen, die es sich leisten konnten, für einen Teil ihrer Arbeit Dienstmädchen zu bezahlen. Die dadurch geschaffene

Freizeit investierten nicht wenige von ihnen in karitative Tätigkeiten. Wie die Frauen der damaligen »high society« lebten, läßt sich anhand des Lebens von Laura von Oelbermann nachzeichnen, die von 1846–1929 lebte und in ihren Tagen zu den reichsten Frauen Kölns zählte.

»Da stauten sich in früheren Zeiten so um die Mittagsstunde vor ihrem schönen großen Hause am Hohenstaufenring die Menschen, und wenn man einen Schutzmann erwischen konnte und ihn oder auf der Elektrischen den Schaffner fragte, was denn eigentlich los wäre, ob es einen Krawall gäbe oder einen Zusammenstoß, so wurde einem ziemlich von oben herab geantwortet, als ob man das wissen müßte: >de reiche Frau Oelbermann jeht aus.« Das war damals ein Ereignis.« (Wederkop, S. 41 f.)

Laura Oelbermann, geb. Nickel, hatte im Jahre 1868 den Geschäftsmann Emil Oelbermann geheiratet, der Ende der fünfziger Jahre nach New York ausgewandert war, wo er durch – Sklavenhandel, behaupten die einen, Textilhandel die anderen – zum Millionär avancierte. Zehn Jahre lebte Laura Oelbermann mit ihrem Mann in New York, dann siedelte die Familie wieder nach Köln über, wo sie zunächst in einem Hotel und bis zur Fertigstellung ihrer Villa am Hohenstaufenring 57 (heute 55) in einer Wohnung mit 28 Zimmern »unterkam«.

Der 1889/90 am Hohenstaufenring entstandene Prachtbau war der italienischen Renaissance verpflichtet, und sowohl Außen- als auch Innengestaltung zeugten vom Reichtum der Besitzer.

Während ihr Mann weiterhin geschäftlich mit New York in Verbindung stand – er reiste insgesamt zweiundsechzigmal in die Vereinigten Staaten – und in Köln vorwiegend seinen geschäftlichen Interessen nachging, lebte Laura Oelbermann sich in die Kölner Gesellschaft ein; sie galt als Frau, die »gerne nach außen glänzte und nach Ruhm strebte, besonders, wenn es



Abb. 70 Laura von Oelbermann, Ölgemälde von Emil W. Herz, o. J.

galt, den ersten Kölner Kreisen die Spitze zu bieten, andererseits aber in ihrem Haushalt als einfache und sparsame Hausfrau waltete, die ihren Stolz darin setzte, ihren Haushalt selbst zu dirigieren.« (Der Sonntag, 30.6.1929) So jedenfalls heißt es in einem Nachruf in der damaligen Regenbogenpresse. Und aus der schon zitierten Publikation »Was nicht im Baedeker steht« geht ebenfalls hervor, daß Laura Oelbermann Wert auf ihr äußeres Erscheinungsbild legte: »Sie hatte unbestreitbar den schönsten und reichsten Schmuck Kölns und bei jedem ihrer Ausgänge, die immer um die Mittagszeit erfolgten, trug sie sehr viel davon, was stets kritiklos anerkannt wurde.« (Wederkop,

Trotz der oben genannten sparsamen Haushaltsführung leistete sich die Familie Oelbermann mehrere Hausangestellte: ein Fräulein als Vertrauensperson, einen Diener, eine Köchin und zwei Zimmermädchen. Im Jahre 1897 starb Emil Oelbermann, und der einzige ihrer noch le-



Abb. 71 Oelbermann-Palais, Hohenstaufenring 57, um 1895



Abb. 72 Oelbermann-Palais, Festsaal, o. J.

benden Söhne, Alfred Oelbermann, folgte dem Vater 1899 ins Grab, denn »seine schrankenlose Schwelgerei hatte seine Gesundheit ruiniert.« (Der Sonntag, 30. 6. 1929)

Laura von Oelbermann war nun Millionärswitwe ohne Erben. Fortan – wenn der Boulevardpresse Glauben geschenkt werden kann, erst nach einigen enttäuschenden Liebesbeziehungen – widmete sie sich der Wohltätigkeit. Sie war von 1908–1918 Vorsitzende des evangelischen Vereins für Frauenhülfe, den sie mit beträchtlichen Geldsummen unterstützte. Hin und wieder fuhr sie aus diesem Grunde nach Amerika, um Gelder aus den Geschäften ihres Mannes nach Deutschland zu transferieren.

Abgesehen von der Unterstützung des Frauenvereins rief sie in den zwanziger Jahren die »Laura Oelbermann Stiftung« ins Leben, die eine Kinderkrippe, Overstolzenstraße 21, und einen Kinderhort, Händelstraße 25, unterhielt. Allein der Gesamtwert dieser Stiftung lag bei ca. einer Million Mark. Darüber hinaus flossen ihre Mittel noch in andere Projekte, wie zum Beispiel in eine Diakonen-Station für männliche Krankenpflege sowie das Charlottenhaus, ein Wohlfahrtshaus für Kinder notleidender Eltern in der Severinstraße

Da sie immer eine offene Hand für die Notleidenden hatte, war Frau Oelbermann in ihrer zweiten Lebenshälfte bei den ärmeren Bevölkerungsschichten beliebt und bekannt. Vor allem um die Kinder kümmerte sie sich, wie in einem Nachruf im Stadt-Anzeiger hervorgehoben wird: »Über alles gingen ihr die Kinder. Daß sie an einem Tage 12 oder 15 Besuche machte, war keine Seltenheit. So gut wie nie kam sie mit leeren Händen, sei es auch nur, daß sie den Bestand an Küchenvor-



Abb. 73 Oelbermann-Palais, Pensionatszimmer, nach 1931

Pohenstaufenring

57E. Emilu Laura Delbermann-Stiftung. (Beim für evgl. erwerbetatige Mabden.) &

Baumer Gertr., Dipl.-Sozialbin. Bifted Joh., Lilw., o. (5. Blen Darg., Beamtin. Braf Julie, Diafoniffe. Braun Ruth, Rindergortenltrn. Prodmanno .. Zetretarin Crummenert Lotte, Dr. Studlengfiefforin Daimler Emilie, Privat fefretarin. Tetering Ernit, Wiw. Gintanferin Detmere Ditbeg., techn. Mififtentin. Dietrich Gife,Ifm. Angeft. Draner (Bibliothetarin Termland (3. Leiterin Rifder Clifab . Routorift. Frant Marg., Bantoin. Gemmeder S. Rontoriftin Gerhard Frieda, Sefr. Gruber Dorotha, Etenotopijtin Barber Stathe, Lebrerin. Deermann Glfe, Priv. Getreidrin. Dellenthalltarola, Zefret. Dornung Margot, Dir. Cetretarin. Rlob Dartha Rontoriftin Roch Charlotte, Angeft. Ronig Murt, Dansmitr. Löbner Glife, Buchhtrn. Burffen Etef., Telefoniftin Dlette Dora, Bertfrn. DlonnigfelbGlifab., Fürforgerin. Mühlberg Frieda, techn

Lehrerin.

Muscat Berta Eefretärin Reumann Karvla, Banfangestelke. Rießen Gbith, Eefr. Paulus Anna, Direttrico Betger Amalie Brivatself. Bith Dild., Sindienasself. Reichard Jrmgard, Eefr. Reschard Jrmgard, Eefr. Reschard Jrmgard, Eanston. Richter Jda. Banston. Romberg Alice, Angest. Echaper Anise, Direttrice. Chaider Gertr., Tipl. Asm. Eeipp Wilhe., Diasonisse. Eeipp Wilhe., Diasonisse.

Simon Cin, Bindenratin 57 Simon Northa, Buchhalterin

Sondermann dannn, Zelretärin

Stiobe frieda, Selretärin

Anito Paul, Ww., v. G.

Trobit derta, techn. Affiik. Villinger Warg., Selr. Wegner Walburga, Mufit. Studentin

Weiß Dilbeg., Angeft. Weller Juliane. Selr.

Abb. 74 Bewohnerinnen der Oelbermannstiftung, GA 1941/42

räten auffrischte.« Ferner bemühte sie sich darum, der Zerrüttung von Familien Einhalt zu gebieten. Im Fortlauf des Artikels heißt es: »Geradezu rührend ist ein Fall, wie sie sich bei der Frau eines Gefängnisbestraften dafür einsetzte, daß der aus der Haft Heimkehrende nicht vor verschlossene Türen kam, sondern ein mit liebevoller und verzeihender Hand gepflegtes Heim vorfand. Dabei hat sie selbst mitgewirkt, trotz des vierten Stockwerks Fleisch und Lebensmittel herbeizutragen, den Haushalt zum Teil neu einzurichten,

die Kinder neu zu kleiden usw.« (KStA, 4. 6. 1929)

Selbst in Palästina begründete Frau Oelbermann Stiftungen, für die sie von der Kaiserin einen Orden und den Adelstitel(!) verliehen bekam.

Gleich nach dem Tode Laura Oelbermanns im Jahre 1929 erfolgten Um- und Ausbauten des Oelbermann-Palais am Hohenstaufenring, denn es sollte, so verlangte es die Stifterin, als Wohn- und Aufenthaltsort für evangelische erwerbstätige Mädchen und außerdem als Versammlungsraum evangelischer Jungfrauenvereine umgestaltet werden. Das gesamte Inventar kam unter den Hammer: der Erlös aus den Versteigerungen sollte mit zur Finanzierung des Umbaues dienen. Im Jahre 1931 zogen die ersten jungen Frauen in die spartanisch eingerichteten, kleinen Wohnschlafzimmer ein. Bis zum Abriß des Hauses Anfang der achtziger Jahre bot das Haus immerhin Platz für mehr als 60 Frauen.

In ihrem Testament bedachte Laura Oelbermann auch ihre Bediensteten. Sie alle erhielten 1000 Mark, und diejenigen, die länger als fünf Jahre in ihren Diensten gestanden hatten, bekamen für die Dauer von sechs Jahren ein Ruhegehalt. So wie das Leben von Laura Oelbermann eher die Ausnahme als die Regel war, so war auch die gute Abfindung, die ihre Dienstboten bekamen, nicht üblich.

Weder in die Kategorie arm noch reich lassen sich die zur mittleren oder unteren Einkommensschicht zählenden Familien einstufen, die vor allem in der Meister-Gerhard-Straße, Heinsberg-, Görres-, Boisserée- und Dasselstraße lebten. Die Familienväter hatten ihr Auskommen als Handwerker, die Mütter kümmerten sich um den Haushalt und die Kindererziehung, arbeiteten – falls vorhanden – im Familienbetrieb oder gingen – falls das väterliche Einkommen nicht reichte – einer Nebenerwerbstätigkeit als Wäscherin,



Abb. 75 Kinder in der Heinsbergstraße, um 1927

Zugehfrau und ähnlichem nach. Die Kinder, die nicht von einem Kindermädchen, sondern von den älteren Geschwistern beaufsichtigt wurden, hatten auf den wenig befahrenen Straßen, auf dem Rathenauplatz oder im nahegelegenen Grüngürtel genügend Raum zum Toben und Spielen. In der Neustadt fanden diese Familien zwar mehr Komfort als in den engen Altstadtbehausungen, aber dennoch ließen vor allem die sanitären Anlagen noch zu wünschen übrig: »Unsere Wohnung in der Heinsbergstraße 20A war ca. 50 Oudratmeter groß. Dort lebten wir zu vier Personen. Die Toilette befand sich auf dem Hof. Im Winter waren dort die Leitungen oft zugefroren. Dann benutzten wir die Toilette in der Gaststätte schräg gegenüber. (...) Zu dieser Zeit kamen die Zeitungen noch dreimal am Tag. Diese wurden vom Zeitungsausträger für das ganze Haus unten abgegeben. Die Person, die Parterre wohnte, verteilte sie dann im

Haus. Dafür gab es die Zeitung umsonst. Auch der Briefträger kam dreimal am Tag und brachte die Post bis in die Wohnung, denn Briefkästen gab es noch nicht. Damals heizten alle Haushalte noch mit Kohlen. Die Ascheeimer wurden auf die Straße gestellt und mit einem Pferdefuhrwerk abgeholt; die Asche wurde einfach auf den Wagen gekippt, so daß die Staubwolken aufwirbelten. Allerdings kamen die Straßenfeger auch zweimal am Tag.« (Johann Fischer)

»Wir wohnten sehr eng. Die Wohnung bestand aus Küche, Wohn- und Schlafzimmer sowie zwei kleineren Zimmern. Ich hatte ja immerhin neun Geschwister. Mit der Lebensmittelversorgung klappte es ganz gut, denn viele Leute hatten damals einen Schrebergarten auf dem Gelände, wo heute die Universität ist. Meine Eltern konnten dort viel ernten.« (Hans Rüth)

»Eine Nazifahne besaß ich nicht ...« Alltag vom Ende der Weimarer Republik bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges

Als Ende der zwanziger Jahre die Wirtschaftskrise begann, wirkte sich dies auch auf den Viertelalltag aus. Die zahlreichen Arbeitslosen beherrschten das Straßenbild. Selbst Menschen, die glaubten, in gesicherter Position zu sein, waren von der wirtschaftlichen Misere betroffen, wie beispielsweise im Jahre 1932 der Vater von Geerte Murmann: »Der Grund für den Umzug war letztendlich die Weltwirtschaftskrise. Mein Vater, der Fabrikdirektor in Ohligs war, verlor seine Arbeit. Für meinen Vater war das ein ziemlicher Schlag, vor allem, weil er sich selbst die Schuld zuschob; unentwegt grübelte er, warum ihm so etwas hatte passieren können. Aber meine Mutter hielt das Heft in der Hand und sagte, daß wir nach Köln in



Abb. 76 Fußgänger vor dem Haus Mozartstraße 35, 1940

die Anonymität ziehen würden, wo niemand hinter dem entlassenen Fabrikdirektor hertuschelte. Meine Mutter ging dann also auf Wohnungssuche. Überall in den Fenstern hing damals ein Schild »Hochherrschaftliche Wohnung zu vermieten«. Auch in der Mozartstraße waren mehrere solcher Wohnungen frei, so daß meine Mutter auswählen konnte. Folglich zogen wir dann >hochherrschaftlich(ein. aber es wurde untervermietet. Das Gesicht wurde also gewahrt; wir blieben standesgemäß untergebracht. Die Wohnung in der Mozartstraße 35, erster Stock. bestand aus sechs Räumen. Sie hatte Parkettböden und große bis zur Decke reichende Kachelöfen, ein Bad und eine große Küche. 1934 bekamen wir allerdings Zentralheizung. Vier Zimmer wurden untervermietet. (...) Pro untervermietetem Zimmer bekamen wir ca. 25-40 Mark. Ansonsten lebten wir bis ca. 1935 vom Ersparten.« Da sich kaum noch jemand die großen Wohnungen leisten konnte, war es neben der Untervermietung üblich, Wohnungen zu teilen; durch das Einziehen einer Zwischenwand entstanden zwei getrennte Wohnungen (vgl. Willy Leson).

Nicht alle konnten wie die Eltern von Geerte Murmann auf Ersparnisse zurückgreifen, geschweige denn sich überhaupt eine Wohnung leisten. Darüber konnte auch im Viertel niemand mehr hinwegsehen: Am Zülpicher Wall 21-73 entstand jenseits des Bahndammes eine Obdachlosensiedlung. Hier errichtete die Stadt Ende der zwanziger Jahre Behelfsbauten, in denen vor allem Familien unterkamen. deren Ernährerin oder Ernährer arbeitslos war. In der Zeit des Nationalsozialismus verschwanden die Behausungen, da sie, wie Willy Leson annimmt, einen Fleck auf der angeblich weißen Weste der braunen Machthaber darstellten.



Abb. 77 Arbeitslose vor dem Arbeitsamt in der Badstraße, 1932

Neben den Wohlfahrtseinrichtungen der Synagogen- und Kirchengemeinde kümmerte sich auch die »Rote Hilfe«, die Wohlfahrtsorganisation der Kommunistischen Partei, um die notleidenden Familien. Diese Organisation eröffnete im Souterain eines Hauses in der Dasselstraße eine Küche für die Speisung der Arbeitslosen.

Die hohe Arbeitslosigkeit - Anfang 1933 gab es ca. sechs Millionen Arbeitslose – entfachte politischen Unmut, zumal die demokratischen Parteien der Weimarer Republik sich immer weniger regierungsfähig zeigten, wie die zahlreichen Kabinettsumbildungen Anfang der dreißiger Jahre bestätigen. Doch nicht nur auf Regierungsebene wurde die Unzufriedenheit mit dem politischen System ausgetragen; Kommunisten und Nationalsozialisten lieferten sich regelrechte Straßenkämpfe. Vor allem in den Kölner Arbeitervierteln Ehrenfeld und Nippes kam es zu Massenschlägereien. Am Viertel ging die aggressive Stimmung auf den Straßen nicht spurlos vorüber: Im Februar 1932 standen sich in der Engelbertstraße eben-

falls Kommunisten und Nazis gegenüber. Derartige Auseinandersetzungen nutzten die Nationalsozialisten geschickt für ihre Propaganda. Laut einer Pressemitteilung im Westdeutschen Beobachter löste »eine rote Provokation« eine Schlägerei aus, bei der ein Malermeister mit Messerstichen verletzt wurde (vgl. WB, 16. 2. 1933).

Da viele Kölnerinnen und Kölner der Überzeugung waren, ausschließlich die Nationalsozialisten könnten sowohl die politischen und wirtschaftlichen als auch die persönlichen Krisen bewältigen, schlug schließlich Anfang der dreißiger Jahre das Stimmungsbarometer immer mehr zugunsten der NSDAP um.

Die steigenden Wahlerfolge der Nationalsozialisten im Jahre 1932/33 sprechen für sich (siehe S. 21), und seit Anfang 1933 präsentierten sich die Nationalsozialisten im Viertel – ebenso wie an anderen Orten der Stadt – verstärkt in der Öffentlichkeit: »Ich ging allein, auf dem Bürgersteig; es war in der Nähe der Lindenstraße. Plötzlich hörte ich ein Geräusch, das ich bis dahin noch nicht wahrgenommen hatte: Tack-Tack-Tack – ein knallendes, ex-

Am Miffwoch, den 15, Märs 1933, abends 8 libr. findet im Audolffaal, Sahnenftrafe 36, eine

Sahnenweihe

der Ortsgruppe Rönigsplats

ftatt. Ein auserlefenes Programm gibt dem Weiheakt eine würdige Umrahmung.

Unkoftenbeitrag M. 0.50.

Abb. 78 Fahnenweihe der Ortsgruppe Königsplatz, WB, 14, 3, 1933

plosives Stakkato. Um die Ecke der angrenzenden Straße sah ich einen Block von Männern mir entgegenkommen, sechs bis acht Mann in einer Reihe, ein Dutzend Reihen, alle in SA-Uniform, im Gleichschritt, mit ernsten, grimmigen bis bösartigen Gesichtern, die einen Luftstrom vor sich her und mir entgegenschoben, der mir den Atem nahm. Die Männer sahen aus wie aus dem Boden gewachsen, erinnerten mich aber nicht an eine Naturgewalt, sondern wirkten eher wie eine zielgerichtete Bedrohung. Ich spürte, daß von diesem Block von Körpern, die ich einzeln gar nicht ausmachen konnte, Gewalt ausging; ich empfand Angst, Wut, erinnern sich, S. 76).

Die Gefühle, die Rolf Bjerke beim Anblick einer Truppe von SA-Leuten empfand, werden gewiß einige Viertelbewohnerinnen und -bewohner geteilt haben, andere wiederum werden sich darüber gefreut haben. Sie glaubten, es werde nun endlich wieder Ordnung geschaffen.

Die nationalsozialistischen Umzüge führten seit Anfang 1934 zum Grüngürtel, in die Nähe des Aachener Weihers, wo die Nationalsozialisten ein Aufmarschgelände, das sogenannte Maifeld, anlegten. Willy Leson kann sich gut an dieses Gelände erinnern: »Das Aufmarschgebiet war westlich des Lindenwalles, den es

heute nicht mehr gibt. Es umfaßte das ganze Gebiet zwischen Bachemer Straße. Universitätstraße und Aachener Weiher. Es war eine riesige Ebene, die schon zuvor für Zirkusveranstaltungen benutzt worden war. Die Anlage war mit einer mit dem Reichsadler ausstaffierten Tribüne ausgestattet. Dort fanden die Veranstaltungen zum 1. Mai, zu Hitlers Geburtstag oder sonstigen Feiertagen der Partei statt.« Kurz nachdem am Kölner Rathaus die Hakenkreuzfahnen gehißt worden waren, weihte die Ortsgruppe Königsplatz ihre eigene Fahne, damit etablierte sich auch im Viertel eine Ortsgruppe der NSDAP (vgl. WB, 14. 3. 1933).

Die Ortsgruppe wechselte sowohl den Ortsgruppenführer als auch den Sitz im Laufe der nationalsozialistischen Herrschaft mehrere Male: unter anderem standen ihr Friedrich Victor, Johann Hartkämper, Heinrich von der Linden und Karl Palm vor. Die Geschäftsstelle war zunächst am Horst-Wessel-Platz 32 und später in der Jülicher Straße 27. Die Ortsgruppe »Barbarossa«, die für das Gebiet um den Barbarossaplatz »zuständig« war, hatte allerdings ihren Sitz zeitweilig im Viertel und zwar in der Heinsbergstraße 18 beziehungsweise in der Roonstraße 33.

Die Nationalsozialisten waren aber aber auch - Ohnmacht.« (zit. n. Kölner nicht nur durch die Ortsgruppe sowie durch Umzüge der SA-Truppen im Viertel präsent, sondern auch durch das sogenannte »Braune Haus« in der Mozartstraße 28, das in den Jahren 1933/34 Hauptquartier der Kölner NSDAP war. Dort fanden unter anderem Führer-Tagungen des Gaues Köln-Aachen statt, und im Obergeschoß war die Verwaltung der Kölner Partei untergebracht.

> Im Keller des Hauses zeigte die Partei schon in den Jahren 1933/34 ihr wahres Gesicht. Juden, Antifaschisten und sonstige vom Regime Verfolgte wurden dort unter schlimmsten Bedingungen inhaftiert. Schon der Reichstagsbrand - Ende Februar 1933 - löste eine Welle der Ver

haftung von führenden Köpfen der linken Parteien aus. Die nur scheinbar - oftmals unter massiver Gewaltanwendung - in »Schutzhaft« genommenen Personen, wie beispielsweise der SPD-Funktionär Wilhelm Sollmann, landeten im Keller in der Mozartstraße.

Was im Keller des Braunen Hauses geschah, beschreibt Ludwig A. Jacobsen, in dem Tatsachenbericht »So hat es angefangen«: »Ietzt füllt sich der Keller allmählich wieder mit neuen Gefangenen, leert sich dann kurze Zeit, um bald neue Opfer aufzunehmen. Es ist fast wie ein Taubenschlag. So sind in den nächsten Tagen ständig zehn bis zwanzig Verhaftete anwesend, die still und bedrückt herumsitzen, Schreckensszenen ansehen, mit Angst auf ihre Vernehmung warten. Am Nachmittag beginnt gewöhnlich die Untersuchung. Die Verhafteten werden aufgerufen, verschwinden über die Treppe, nach kurzer Zeit hört man das Klatschen der Peitschen und das Aufheulen der Geschlagenen. Die Zurückgebliebenen sehen sich starr in die Augen, werden einen Schein blasser, schütteln die Köpfe, bis auch sie den schweren Gang antreten. Diejenigen, die schon zwei oder drei Tage da sind, die schon Vernehmungen hinter sich haben, horchen nur noch dann auf, wenn ein besonders lautes Gebrüll, eine größere Reihe von Schlägen einen schweren Fall anzeigen.« (Jacobsen, S. 65)

Vor der Freilassung schüchterten die Nazis die Inhaftierten so ein, daß nur Gerüchte bezüglich der menschenunwürdigen, brutalen Vorgänge kursierten: »Wir bekamen alle Angst, zumal ja das Braune Haus um die Ecke war. Viele Kommunisten aus unserer Straße (Heinsbergstraße) waren dort ein paar Tage festgehalten worden. Als diese zurückkehrten, erzählten sie nichts; sie wären sicherlich wieder einkassiert worden, wenn sie gesprochen hätten. Insofern wurden wir nichts gewahr.« (Gottfried Schauerte)



Das »Braune Haus« in der Mozartstraße 28 (hier als Doppelhaus Mozartstraße 26 und

Dennoch hätten die in der Nachbarschaft des Folterkellers lebenden Menschen mitbekommen können, was geschah, wenn sie genau hingeschaut und hingehört hätten. Aber schon in der Anfangsphase der nationalsozialistischen Diktatur lernten sie wegzuschauen und zu verdrängen, entweder aus Angst, Opportunismus oder gar, weil sie es richtig fanden, daß die Feinde »ihrer Partei« eine Abreibung bekamen.

Die Nationalsozialisten verlagerten im Jahre 1935 ihre Parteizentrale in das alte Universitätsgebäude in der Claudiusstraße. Als Ersatz für den Folterkeller im »Braunen Haus« diente das Gestapogefängnis im El-DE-Haus: Die Gestapo beschlagnahmte das nach dessen Erbauer Leopold Dahmen benannte Gebäude und richtete im Keller ein Gefängnis ein, wo Nazigegnerinnen und -gegner, später auch Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter voll und ganz den skrupellosen nationalsozialistischen Folterknechten ausgeliefert waren.



Abb. 80 Im Bürgersteig eingelassene Gedenktafel vor dem Haus Mozaristraße 28

Das Haus, Mozartstraße 28, wurde im Jahr 1935 abgerissen. Heute erinnert an das »Braune Haus«, in dem von 1933–1934 unzählige Menschen Opfer des NSTerrors wurden, nur noch eine kaum ins Auge fallende Gedenkplatte.

Doch wie veränderte die Nazi-Herrschaft – abgesehen von der Präsenz der NSDAP im Viertel – den Alltag der Menschen? »In dieser Zeit hatten meine Eltern den Stadt-Anzeiger abonniert. Eines Tages kamen Werber, die ihnen den Westdeutschen Beobachter verkaufen wollten. Meine Eltern nahmen die Zeitung aber nicht. Daraufhin kamen sie nochmals und fragten nach, warum sie sie nicht nehmen würden. Mein Vater sagte dann, daß er sich an keine andere Zeitung mehr gewöhnen könne. Das gab zwar ein bißchen Ärger, hatte aber keine Folgen.«

Wie diese Jugenderinnerung von Hans Rüth zeigt, ließen die Nationalsozialisten nichts unversucht, um immer mehr Menschen in ihre Reihen zu ziehen. Das Beispiel bestätigt aber auch, daß es – in den Anfangsjahren der Diktatur – noch möglich war, sich zu entziehen.

Es gäbe sicherlich ein falsches Bild von der nationalsozialistischen Herrschaft wieder, die Bevölkerung, die den Gewalttaten tatenlos zusah, mit dem Satz »Sie konnten ja nicht anders« zu entschuldigen. Wie auch schon bezüglich der Verfol-



Abb. 81 Prozession der Herz-Jesu-Gemeinde, um 1933

gung der Jüdinnen und Juden festgestellt worden ist, gab es durchaus Spielräume für den Widerstand, die aber leider viel zu wenige Personen nutzten; die in der Kaiserzeit aufgewachsenen Menschen hatten eine zu große Autoritätshörigkeit und bis auf wenige Ausnahmen fehlte die Zivilcourage.

Diejenigen, die sich zum Beispiel weigerten, den Hitler-Gruß auszusprechen, wurden zum Ortsgruppenleiter zitiert. Allein diese Einschüchterungsmaßnahme fruchtete bei vielen.

Eine Viertelbewohnerin hingegen paßte sich durchaus nicht an die neuen Gepflogenheiten an: »Eine Nazifahne besaß ich auch nicht«, erzählt sie, »deshalb bestellte mich der Ortsgruppenleiter in die Hauptgeschäftsstelle der Nazis in die Jülicher Straße. Aber ich habe mich nicht einschüchtern lassen.« Ich sagte: »Ich bin Deutsche und ich bin nicht gegen Hitler, denn er macht auch gute Sachen, zum Beispiel Mutter und Kind«, aber ich werde keine Fahne zu seinem Geburtstag aushängen.« Nicht zuletzt wegen dieser hitlertreuen Aussage kam sie noch einmal mit einem blauen Auge davon.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß vormals überzeugte Gegner der Nationalsozialisten in den Jahren bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges mit den Nationalsozialisten sympathisierten, vor allem, weil die Arbeitslosenzahlen sanken und die politische Schmach des Ersten Weltkrieges endlich abgewendet schien. In kurzer Zeit hatte es Hitler vermocht, die »diskriminierenden Bestimmungen des Versailler Vertrages außer Kraft zu setzen« (wie bei der »Heimholung« der Saar, der Remilitarisierung des Rheinlandes oder bei der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht) oder nationale Ziele zu erfüllen, wie Vereinigung aller Deutschen in einem »Großdeutschland« (Peukert, S. 79).

Die Kehrseite der Medaille, nämlich die Ausschaltung der politischen Gegnerinnen und Gegner, die Entrechtung der jüdischen Bürgerinnen und Bürger, die zunehmende Kontrolle und Gewalt durch die Gestapo und die nur durch Aufrüstung ermöglichte Stabilisierung der Wirtschaftslage, wollte kaum jemand so recht wahrhaben.

Auch andere Viertelbewohnerinnen blieben von Vorladungen bei der Partei nicht verschont, wie zum Beispiel Geerte Murmann, die dem Verhör allerdings mit jugendlichem Leichtsinn entgegensah: »1938 erhielt ich eines Tages ein Schreiben von der Gestapo. Meine Eltern und ich dachten uns aber weiter nichts dabei, im Gegensatz zu meinem Französischlehrer. Als ich mein Gestapopapier zeigte, griff er erschrocken meine Hand und sagte mit überraschender, spontaner Wärme: »Um Gottes willen, Kind, wie kommen Sie denn zu so etwas.« Mir erschien die Reaktion unverständlich und seltsam. Ich war mir keiner Schuld bewußt und zog neugierig und guter Dinge los. Von einer geheimen Staatspolizei hatte ich noch nie etwas gehört, aber es klang für meinen 17jährigen Verstand wichtig und interessant.«

Es stellte sich letztlich heraus, daß die Gestapo das junge Mädchen über Kontakte, die seine Mutter zu einer von den Nazis verfolgten Sekte, Mazdaznan, hatte, aushorchen wollte. Hier zeigt sich, wie weit die Gestapo ging, um von ihnen Verfolgte aufzuspüren. Die Nationalsozialisten mißbrauchten selbst Kinder und Jugendliche für ihre Zwecke. Es kam sogar vor, daß junge Menschen Eltern oder Bekannte, die nicht systemkonform handelten, bei der Partei anschwärzten.

Als Nachwuchs des deutschen Volkes war die Jugend sowieso eine besondere Zielgruppe der Nationalsozialisten: Schon nach der Machtergreifung begann die sogenannte Gleichschaltung der Schulen und die Einbindung sowohl der männlichen als auch der weiblichen Jugend in das Deutsche Jungvolk und die Hitlerju-

gend (HJ) (siehe S. 116 f.). Die Organisationen für die Mädchen – Jungmädelbund und Bund deutscher Mädel (BDM) – unterstanden der HJ.

Für die Zehn- bis Vierzehnjährigen waren die Jungvolk- oder Jungmädelgruppen zuständig; für die Vierzehn- bis Achtzehnjährigen HJ oder BDM. Die Grundzüge der nationalsozialistischen Jugendpolitik lassen sich nach Detlev Peukert wie folgt skizzieren: »die Orientierung auf eine möglichst lückenlose Erfassung in der Hitlerjugend, der sich der Arbeitsdienst und dann der Wehrdienst anschloß, die Erziehung im Sinne einer ausgesprochen rassistischen Ideologie und zugleich auf militaristische Verhaltensstandards von Ein- und Unterordnung in Befehlshierarchien ausgerichtet, nicht zuletzt die relative Privilegierung aktiver Hitlerjungen als

zukünftige Kader des Nationalsozialismus.« (Peukert, S. 172)

Während für die Jungen der militärische Aspekt im Mittelpunkt der HI-Treffen stand, galten für die Mädchen andere Kategorien. Unter dem Motto »Straff, aber nicht stramm - herb, aber nicht derb« standen zwar auch für sie sportliche Übungen auf dem Programm, doch in erster Linie sollten die Mädchen »zu Trägerinnen der nationalsozialistischen Weltanschauung erzogen werden« (zit. n. Reese, S. 43). So jedenfalls sah es der Reichsjugendführer Baldur von Schirach vor. In dieser Weltanschauung gab es für die Frauen nur einen Platz, nämlich den am Herd, was eine Aussage Hitlers bestätigt: »Das Ziel der weiblichen Erziehung hat unverrückbar die kommende Mutter zu sein.« (zit. n. ebenda)



Abb. 82 Jungenklasse der kath. Volksschule Lochnerstraße mit Rektor Menten, 1934



Abb. 83 Mädchenklasse der kath. Volksschule Lochnerstraße mit Lehrerin Ryback und Rektor Menten, 1942

Schon vor 1933 tauchten in der Schule die ersten Kinder und Jugendlichen in Braunhemden auf. Nach der Machtergreifung erfolgte systematisch die Auflösung der bündischen, konfessionellen, der Partei- oder Gewerkschaftsjugend, wobei die vollständige Ausschaltung der katholischen Jugendverbände aber erst im Jahre 1938 gelang (vgl. Peukert, S. 34). War in den Anfangsjahren des Dritten Reiches der Eintritt in die Hitlerjugend noch freiwillig, so verschärfte sich erst im Laufe der Jahre der Druck auf die Jugendlichen, bis schließlich ab 1936 ganze Jahrgänge systematisch erfaßt wurden.

Viele der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die ihre Jugend während des Dritten Reiches erlebten, verbrachten freiwillig oder unfreiwillig einen Teil ihrer Freizeit in einer der nationalsozialistischen Jugendorganisationen: »Der BDM traf sich auf dem Horst-Wessel-Platz und zwar immer auf der Seite zur Görresstraße und

Lochnerstraße hin. Dort waren später auch zwei Baracken; eine für die Jungen und eine für die Mädchen. Bei schlechtem Wetter und im Winter haben wir uns dort getroffen und gehandarbeitet oder Lieder gesungen. Unsere Handarbeiten gingen an die Front. Ansonsten sind wir zum Aufmarschfeld marschiert oder auch durch das Viertel. Wir mußten mittwochs und samstags antreten. Aus unserer Klasse waren fast alle dabei. Die Treffen dauerten immer so zwei Stunden. Wir haben aber auch ab und zu einen Ausflug gemacht. Politisch geschult wurden wir auch, aber vorwiegend sangen wir.« (Sophia Broichhagen)

Bei den Jungen ging es entsprechend den oben genannten Erziehungsidealen weitaus militärischer zu: »Während des Faschismus trat die Hitlerjugend jeweils mittwochs und samstags auf dem Platz an. Ich ging aber mittwochs nie dorthin. Dort haben wir marschiert und gesungen. (...) Manchmal mußten wir auch einen Geländelauf im Königsforst machen. Wir wurden quasi vormilitärisch gedrillt.« (K. L.)

Zum Teil nahmen die Kinder und Jugendlichen die Veranstaltungen recht kritiklos hin oder freuten sich gar auf die sportlichen Übungen, die Geländespiele und das durch das Gruppenerlebnis hervorgerufene Gemeinschaftsgefühl. Dennoch gab es auch unter den Jugendlichen Kritikerinnen und Kritiker, die sich dem vor allem bei den Jungengruppen an eine vormilitärische Ausbildung erinnernden -Drill entzogen. Gerade die Jugendlichen, die schon zuvor in anderen Jugendgruppen organisiert gewesen waren, merkten sehr schnell, daß die strenge Hierarchie und die ideologischen Schulungen während der Treffen von HJ und BDM, nicht mit dem fröhlichen, verspielten Treiben der bündischen Jugend zu vergleichen war. Konsequenzen daraus zogen einige Jugendlichen, indem sie sich weiterhin in einer illegalen Jugendgruppe engagierten. Für den Kölner Raum waren es - speziell in den letzten Kriegsjahren - die Edelweißpiraten oder die Navajos, die sich nicht nur der HJ entzogen, sondern überdies Widerstand leisteten.

Aber neben dem aktiven, organisierten Widerstand gegen die Politik der Nazis gab es auch bei den Jugendlichen die individuelle Verweigerung, die vor allem bis 1936 noch durchaus realisierbar war: »Der BDM-Heimabend fand in einem Lokal am Horst-Wessel-Platz statt. Dort war ich 1934 insgesamt zweimal. Einmal las die Führerin stotternd und stockend eine Geschichte aus der Kampfzeit vor, ein andermal machte ein Mädchen eine herabsetzende Bemerkung über meine bunte

Wollmütze und die Art wie ich sie trug, nämlich schief. Beides mißfiel mir und ich wurde nie mehr gesehen. Niemand kontrollierte mich. Auch meine Freundinnen gingen dort nicht hin.« Geerte Murmann war später weiterhin ihrer »Pflicht als deutsches Mädel« enthoben, da sie bei einer Rundfunkspielschar mitmachte. Genau wie Geerte Murmann entzog sich ein anderer Jugendlicher - zumindest einmal in der Woche - den Treffen, was allerdings nicht ohne Folgen blieb: »Ich selbst wurde auch zweimal vor die Gestapo geladen, weil ich mittwochs nie zum Antreten ging. Das war eine spezielle Gestapo für die Hitlerjugend in einem ehemaligen jüdischen Haus am Sachsenring. Ich begründete meine Abwesenheit damit, daß ich arbeiten müßte und für die Übungen ia kein Geld bekäme.«

Doch diese individuellen Verweigerungen konnten nicht daran rütteln, daß bei Kriegsbeginn offiziell 98 Prozent der Jugendlichen zwischen 10 und 18 Jahren Mitglied der HJ waren und so in die Mühlen einer rassistischen, kriegstreiberischen Erziehung gerieten (vgl. Peukert, S. 35).

Sowohl der Alltag der Erwachsenen als auch der Jugendlichen hatte sich bis Ende der dreißiger Jahre zugunsten der braunen Machthaber verändert. Selbst die Menschen, die anfangs noch ihren Mund aufgemacht hatten, waren entweder geflohen, in den unzähligen Konzentrationslagern verschwunden oder zum Schweigen gebracht worden. Nur wenige sahen wirklich hin und erkannten schon sehr frühzeitig, daß die Politik der Nationalsozialisten unausweichlich zum Krieg führen mußte.

»Dreimal sind wir ausgebombt worden« Die Kriegszeit im Viertel

Die Kriegsvorbereitungen erstreckten sich zunächst auf Aufrüstung, Straßenund Bunkerbauten. So entstand auf dem Beethovenplatz, Ecke Hohenstaufenring, ein großer Luftschutzbunker, und erste Luftschutzübungen für die Bevölkerung bereiteten auf den Kriegsfall vor. Da die Nationalsozialisten die absolute Unabhängigkeit von ausländischen Gütern anstrebten, machte die Kriegsplanung schließlich selbst vor den Kochtöpfen nicht halt. Die Nationalsozialisten riefen zu einer »völkisch-bewußten« Haushaltsführung auf, die zum »Aufbau des gesunden Volkskörpers« beitragen sollte. (vgl. Frauen im Faschismus, Bd. 2, S. 96). Dieses Aufgabenfeld unterstrich nach Ansicht der Führerin der NS-Frauenschaft Gertrud Scholtz-Klink die besondere Rolle der Frau: »...Dann werden wir unseren Teil an der Erringung der Nahrungsfreiheit lösen können. Wenn unsere Waffe auf diesem Gebiet nur der Kochlöffel ist, soll seine Durchschlagkraft nicht geringer sein als die anderer Waffen.« (zit. n. Frauen unterm Hakenkreuz, S. 23)

Mit der nationalsozialistischen Ideologie wurde die Verknappung der Lebensmittel geschickt kaschiert; die Frauen sollten einfache Rezepte bevorzugen, Luxus-, Import- und Konsumgüter meiden und auf billigere, deutsche Waren zurückgreifen. Die Einführung des »Eintopfsonntages« im Jahre 1939 zeugt davon, daß die Nationalsozialisten tatsächlich den Blick in die Kochtöpfe nicht scheuten, um die Versorgung für den Kriegsfall zu sichern. In den Kriegsjahren lernten die Frauen zwangsläufig eine total rationierte Haushaltsführung, womit sie – abgesehen von ihrer Tätigkeit in den Rüstungsbetrieben - gewollt oder ungewollt dazu beitrugen, die Heimatfront nicht zusammenbrechen zu lassen, während ihre Ehemänner,

Väter und Söhne als Soldaten für das »Vaterland« kämpften oder gar ihr Leben ließen.

Noch vor den massiven Luftangriffen war der Krieg, bedingt durch Schreckensnachrichten von der Front und durch die oben genannten Änderungen sicherlich stets präsent, aber noch niemand ahnte, daß er sich bald vor der eigenen Haustür abspielen sollte. Noch bei den ersten Bombenangriffen ergriff die Menschen - insbesondere die Jugendlichen - eher Sensationslust als Angst: »Als im Mai 1940 in Köln die ersten Bomben fielen, war ich gerade in Bayern und schrieb meiner Freundin einen enttäuschten Brief, etwa des Inhaltes: »Endlich ist mal etwas Tolles los in Köln und ich bin nicht da.« Im Nachhinein versieht Geerte Murmann diese Episode aber mit folgendem Zusatz: »Mein Bedarf an Bombenabenteuern wurde dann aber im Verlauf des Krieges noch überreichlich gedeckt.«

Der Krieg nahm im Laufe der Jahre tatsächlich verheerende Ausmaße an, und immer mehr Menschen ergriffen die Flucht: Hatten zu Beginn des Krieges in der größten Stadt am Rhein 768.000 Personen gelebt, fanden bei Kriegsende nur noch 40.000 Menschen Zuflucht in Bunkern, Kellern und zwischen Trümmerbergen (vgl. Klein, S. 280).

Wie kam es zu einer Kriegsführung, die die Zivilbevölkerung in Angst und Schrecken versetzte und unzählige Städte in Schutt und Asche legte?

Im Herbst 1940 begann die deutsche Luftwaffe, englische Städte zu bombardieren. London war mehreren Bombardements ausgesetzt, und die Stadt Coventry wurde zu 80 Prozent zerstört. Diesen Angriffen fielen über 1000 Menschen zum Opfer (vgl. Köln, 31. Mai 1942, S. 19). Als Folge davon ging auch die britische Luftwaffe dazu über, nicht mehr nur strategisch oder militärisch wichtige Orte, sondern auch die Städte zu bombardieren. Diese Art der Flächenbombardements war in England zwar heftig umstritten, doch Politiker und Militärs vertraten schließlich die Meinung, nur auf diese Weise den immer größer werdenden militärischen Niederlagen der Briten Einhalt gebieten zu können. Durch die Zerstörung und die damit einhergehende Verödung der Städte sollte vor allem die Widerstandskraft der deutschen Bevölkerung gebrochen werden (vgl. Taylor, S. 114 f.).

Zur Angst vor Denunziation und Deportation kamen nun Bombenterror und Bunkernächte – insgesamt war die Kölner Bevölkerung fast 2000 Stunden den Luftangriffen ausgesetzt (vgl. Dann, S. 31).

Eine neue Epoche des Luftkrieges läutete der sogenannte »1000-Bomber-Angriff« ein. Nachdem es auf britischer Seite nicht zum durchschlagenden militärischen Erfolg gekommen war, leitete der britische Luftmarschall Arthur Harris die »Operation Millenium« in die Wege: Der Plan sah vor, daß 1000 Bomber eine einzige Stadt angriffen. Umgesetzt wurde der Plan in der Nacht vom 30. auf den 31. Mai 1942. Die Wetterlage begünstigte es, Köln als Ziel auszuwählen. Tatsächlich erreichten die meisten Flugzeuge die Stadt und warfen mehr als 100.000 Brand- und 850 Sprengbomben.

Bereits an der holländischen Küste konnte ein britischer Pilot die Folgen dieses massivsten Luftangriffes, den es je gegeben hatte, beobachten. Er sah »ein blutrotes Leuchten. Das dunkle Himmelsgewölbe war blutgefärbt«. Zunächst fragte er sich, was dies sein könnte, aber dann kam ihm in den Sinn, »daß es eine brennende Stadt war. Köln stand von einem Ende bis zum anderen in Flammen!« (Taylor, S. 42). Das war der Anblick aus der Luft, aus der Distanz. Doch was spielte sich auf dem Erdboden ab? Schon seit 1936 waren in Köln – im Rahmen der all-

gemeinen Mobilmachungen – Vorkehrungen für den Luftschutz getroffen worden, dennoch konnte nur knapp ein Zehntel der Zivilbevölkerung in den 331 zur Verfügung stehenden öffentlichen Bunkern unterkommen.

Der während der Mobilmachung gebaute Beethovenbunker bot Platz für mehrere 100 Personen. Ebenso hatten die Herz-Jesu-Kirche und die Synagoge zu diesem Zwecke ausgebaute Räume. Jedoch durfte die im Viertel verbliebene jüdische Bevölkerung diese nicht aufsuchen; ihnen war es untersagt, öffentliche Luftschutzräume zu benutzen. Zum Schutz bei Bombenalarm war zudem ein großer Teil der privaten Kellerräume umfunktioniert worden. Diese hatten meistens Durchbrüche zu den Nachbarhäusern, so daß Notausgänge vorhanden waren.

Als die Menschen nach dem »1000-Bomber-Angriff« wieder aus den Kellern hervorkrochen, mußten sie feststellen. daß mehr als die Hälfte aller Wohnhäuser zerstört oder beschädigt waren; 45.000 Menschen hatten ihre Wohnung verloren, 5000 waren verletzt und 469 Tote wurden geborgen. Selbst wenn im Viertel kaum Tote und Verletzte zu verzeichnen waren, hinterließ der Angriff dennoch seine Spuren. Vor allem in der Beethoven-, Mozart- und Meister-Gerhard-Straße brannten mehrere Häuser total aus. Viele andere Gebäude waren schwer beschädigt, so zum Beispiel das nahegelegene gründerzeitliche Hohenstaufenbad. Auch das Hinterhaus der Synagoge wurde zerstört, in dem sich das gesamte Archiv der Synagogengemeinde befand.

Allerdings sind dies nur nüchterne Zahlen und Fakten, die keineswegs die Schrecken jener Nacht festhalten können. Wie es in der Stadt wirklich aussah, läßt sich nur punktuell erfassen. Die Zustände in den öffentlichen und privaten Bunkern waren verheerend, es gab dort nur chemische Toiletten, und die verängstigten

Menschen saßen stundenlang dichtgedrängt auf engstem Raum zusammen (vgl. KStA, 13./14. 4. 1992).

Darüber hinaus dienten die gesicherten Räume als erste Anlaufstation für die Versorgung von Verletzten: »Im Bunker in der Beethovenstraße gab es auch einen Verbandsplatz und einen kleinen Operationssaal. Das Polizeipräsidium in der Krebsgasse wurde in dieser Nacht schwer getroffen. Von dort wurden alle Verwundeten zu uns in den Bunker gebracht. Dort kümmerten sich die Ordensschwestern aus der Meister-Gerhard-Straße um sie. Es wurden auch direkt Notoperationen

durchgeführt.

Das konnten wir nicht mitansehen - die einzige Möglichkeit war, die Augen zu schließen.« (Barbara Koch) Am anderen Morgen war es kaum noch möglich, sich von der traurigen Realität abzuwenden: »Ein Blick rechts oder links in eine Straße, nur Brand und nochmals Brand. Die Luft ist drückend heiß, beißender Rauch liegt über der Stadt. Zum Schutze gegen Staub und Dreck ziehe ich meine Brille an. Am Zülpicher Platz werfe ich einen Blick durch die Hochstadenstraße und sehe, daß das Nebenhaus unseres Geschäftes vollständig brennt.« (Taylor, S. 80 f.) Noch bis zum Abend standen Häuser in Flammen und die Menschen betrachteten erschöpft und ratlos die Reste ihrer Wohnungen und Geschäfte: »An der Ecke Mozartstraße steht eine große Wirtschaft noch gegen 19.00 Uhr, also mehr als fünfzehn Stunden nach der Entwarnung, in hellen Flammen, ohne daß gelöscht wird. Das Feuer hat sich bis zum zweiten Stock des fünfstöckigen häßlichen Hauses aus der Gründerzeit durchgefressen. Die Leute holen noch Sachen heraus. Die Stühle der Wirtschaft sind auf dem kleinen Platz wie in einem Theater in Reihen aufgebaut. Ein paar Leute haben sich darauf niedergelassen und sehen dem Schauspiel des langsam und ungehindert abbrennenden Hauses zu.« (Pettenberg, S. 98)



Abb. 84 Ausgebombte mit dem Rest ihrer Habe auf der Straße

Zur »Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung« ergriff die Kölner Justiz Maßnahmen gegen vermeintliche Plünderer, die sich scheinbar während der Wirren des Angriffes zu bereichern versuchten. Diesem Zugriff der Nazi-Gerichte fiel auch Paula Wöhler aus der Beethovenstraße zum Opfer; ihr wurde vorgeworfen, sich unrechtmäßigerweise einen Koffer, Kleidungsstücke und sonstige Gegenstände angeeignet zu haben. Obwohl die Beschuldigte behauptete, sie habe die Sachen nur in Verwahrung genommen, verurteilte man sie am 2. Juni zum Tode. Der NSDAP diente die Hinrichtung der 26jährigen Näherin lediglich dazu, eine Exempel zu statuieren; selbst aus der Urteilsverkündung ging dies hervor. Dort wird betont, die Todesstrafe sei »aus Abschrekkungsgründen erforderlich« gewesen (vgl. Köln, 31. Mai 1942, S. 103 f.).

Für die Nationalsozialisten war dieser »verbrecherische Angriff« ein Anlaß für weitere Vergeltungsschläge gegen britische Städte. Für die britischen Militärs hingegen »erbrachte der Angriff der Tausend Bomber den endgültigen Beweis der Wirksamkeit von Luftangriffen«, was auch der Befehlshaber, A. Harris, erkannte: »Ich bin der Überzeugung, daß wir nie einen wirklichen Bombenkrieg geführt hätten, wenn es nicht zu dem Angriff der tausend Bomber auf Köln gekommen wäre.« (zit. n. Taylor, S. 123)

Bei einem derartig hohen Zerstörungsgrad sowie den zahlreichen Opfern bei der deutschen Zivilbevölkerung und bei den britischen Soldaten muß diese Art von »Wirksamkeit« natürlich kategorisch abgelehnt werden. Doch es zählten nun nur noch die menschenverachtenden Kategorien der Militärs; eine neue Phase des Luftkrieges begann. Da trotz des verschärften Luftkrieges die Herrschaft der Nationalsozialisten immer noch nicht gebrochen war, beschlossen Briten und Amerikaner am 24. Juni 1943 auf der Konferenz von Casablanca, den Bombenkrieg gegen die deutschen Städte weiterzuführen und zu intensivieren. So wurden noch fast zwei weitere Jahre lang die Städte bombardiert, um das Militär-, Industrieund Wirtschaftsgefüge zu vernichten sowie die Moral der Bevölkerung zu untergraben.

Es ist wohl kaum zu rekonstruieren, was sich während der insgesamt 262 Fliegerangriffe auf Köln alles abspielte. Unzählige Menschen verloren ihre Wohnung, ihr gesamtes Hab und Gut oder sogar ihnen nahestehende Personen. Die Betroffenen sahen die Zerstörung ihres Lebensraumes, verspürten sicherlich Angst, Trauer und Wut. So zählten fast alle von mir interviewten Zeitzeuginnen und Zeitzeugen mindestens einmal zu den »Fliegergeschädigten«. Als sei es etwas ganz Alltägliches, erzählt beispielsweise Barbara Koch: »Dreimal sind wir

ausgebombt worden und errichteten immer wieder an anderen Orten im Viertel unseren Lebensmittelladen.«

Inwiefern das Elend des Krieges auch die gegnerische Seite betraf, führten Todesopfer bei den britischen Soldaten vor Augen: »Bei uns stürzte einmal ein Flugzeug ab. Dieses Flugzeug hatte die Aufgabe gehabt, Leuchtschirmchen zu setzen, so daß es taghell wurde. Das Flugzeug brach in der Mitte durch und vier Mann der Besatzung waren in der Nähe der Universität abgestürzt und ums Leben gekommen. Nur der Pilot war noch in der Maschine und dieses Teil kam an der Ecke Heinsbergstraße/Kyffhäuserstraße herunter. Die Feuerwehr kam schließlich, um die Teile des Flugzeuges auseinanderzuschweißen, aber plötzlich ging die Munition los. Der Pilot wurde einfach in den Flur geworfen, wo er noch stundenlang stöhnte. Niemand holte einen Arzt, und als er tot war, wurde er in einer Kiste abtransportiert.« (K. L.)

Den grauenvollen Erlebnissen während des von Tod und Zerstörung geprägten Kriegsalltages standen die Durchhalteparolen der Nationalsozialisten gegenüber, die den Einsatz aller an der sogenannten Heimatfront forderten.

Mit allen Mitteln versuchten die Machthaber, einem moralischen Zusammenbruch der Bevölkerung in den Städten vorzubeugen: Die Zivilbevölkerung wurde für ihre tatkräftige Hilfe bei der Betreuung von Luftkriegsopfern öffentlich geehrt und ausgezeichnet. Solch eine Auszeichnungsfeier fand noch am 30. April 1944 auf dem Aufmarschgelände der Nazis statt. Die unzähligen Kriegsgefangenen, Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge, die in sogenannten Baubrigaden arbeiten mußten und vielfach bei den Aufräumarbeiten eingesetzt wurden, bekamen dagegen keinerlei Anerkennung. Sie mußten unter schlimmsten Bedingungen die gefährlichsten Arbeiten ausführen, wie die Bergung von Toten



Abb. 85 Kriegsgefangene bei Aufräumarbeiten nach einem Bombenangriff

und Verletzten sowie die Entschärfung von Blindgängern (vgl. Köln, 31. Mai 1942, S. 100).

Um dem ständigen Bombenterror zu entfliehen, verließ schließlich der größte Teil der Kölnerinnen und Kölner die Stadt. Dies wurde von den Nationalsozialisten bestärkt: Neben der immer größer werdenden Propaganda für Kinderlandverschickung und Evakuierung wurden ab November 1944 an Frauen und Kinder keine Lebensmittelkarten mehr ausgegeben, so daß diese zur Flucht gezwungen waren. Diejenigen, die trotz alledem ausharrten, »lebten auf der Existenzstufe von Höhlenmenschen« (Daily Express, 16. 11. 1944).

Je extremer sich die Situation der Bevölkerung zuspitzte, desto extremer wütete auch die Gestapo, um die »Moral« der Bevölkerung aufrechtzuhalten. So richtete sie im November 1944 – ohne Gerichtsurteil – 13 Kölner Jungen hin, die Mitglieder einer illegalen Jugendgruppe, der Edelweißpiraten, waren.

Die Nationalsozialisten verloren trotz alledem zunehmend den Rückhalt bei der Bevölkerung und der Widerstand gegen die Nazidiktatur wuchs. An den Häuserfassaden ließen sich verstärkt antifaschistische Aufrufe entdecken. Rolf Bjerke aus der Brüsseler Straße und Hubert Pauli, der in der Beethovenstraße wohnte, unternahmen 1944 eine solche Nacht- und Nebelaktion: Sie schrieben mit roter Farbe antifaschistische Parolen an Häuserfassaden am Ring (vgl. HAStK, Best. 1344, Nr. 2006, S. 11).

Ab 23. Februar 1945 begann die Großoffensive auf Köln. Am 2. März 1945 gab
es den letzten schweren Bombenangriff
auf die Stadt, woraufhin nochmals 80.000
Kölnerinnen und Kölner die Flucht ergriffen, allen voran die Nationalsozialisten:



Abb. 86 Einmarsch der Amerikaner, Rathenauplatz 1/Ecke Roonstraße, 1945

Schon Anfang 1945 hatten sich Gauleiter Grohé und sein Stellvertreter Schaller weitab im Bergischen einquartiert. Am 5. März kehrte Grohé seiner Gaustadt endgültig den Rücken – mit einem Motorboot setzte er sich ins Rechtsrheinische ab. Die Gestapo folgte ihm (vgl. Dann, S. 3).

Am 6. März zogen die Amerikaner in die Stadt ein. In einem Bericht des Führerhauptquartiers wurde lakonisch dazu angemerkt: »Der Trümmerhaufen Köln wurde dem Feind überlassen.« (zit. n. Först, in: GiK, S. 123) Bei Kriegsende war das gesamte städtische Leben zusammengebrochen; 78 Prozent des Wohnraumes war zerstört, die Straßen waren kaum pas-

sierbar und weder das Verkehrsnetz noch die Versorgung funktionierte. Was die Zerstörung des Wohnraumes anbelangte, war, wie schon erwähnt, das Viertel noch einigermaßen verschont geblieben (siehe S. 46). Ein Blick in die Heinsberg- und die Lochnerstraße belegt dies: Viele Vorkriegsbauten sind noch erhalten. Dennoch waren auch hier fast alle Häuser beschädigt und unbewohnbar. Die durch den Krieg zermürbten und ausgelaugten Bewohnerinnen und Bewohner - sofern sie nicht in Kriegsgefangenschaft geraten waren - versuchten, mit den wenigen Mitteln, die sie hatten, sich wenigstens wieder ein Dach über dem Kopf zu schaffen.

»Unsere Mädchen und Frauen übertreffen sich selbst« (Über)leben in der Nachkriegszeit

»Ich kam 1946 einmal zurück nach Köln. Das war eine recht abenteuerliche Fahrt. Meine Freundin und ich waren bei meinen Eltern in der amerikanischen Zone und mußten so schwarz nach Köln reisen. Schluchzend sind wir in Deutz gelandet und haben dieses entsetzliche Bild gesehen. Stundenlang haben wir nur geschluchzt und sind den Trampelpfad auf der Hohe Straße zur Mozartstraße gegangen. Alles war eine Trümmerlandschaft.«

Wie das Stimmungsbild von Geerte Murmann zeigt, lag die Stadt 1946 noch vollständig in Schutt und Asche. Trotz alledem hatten schon im Laufe des Jahres 1945 die Bemühungen begonnen, die städtische Infrastruktur wieder herzustellen: Anfang April erschien die erste Nachkriegszeitung, der Kölnische Kurier. Im Mai konnte bereits ein erster Personenzug verkehren, und der Postverkehr war wieder möglich. Im Juni nahm die Müllabfuhr ihre Tätigkeit auf und in eingeschränktem Maße verkehrten Straßenbahnen.

Ende Juli öffneten die linksrheinischen Schulen ihre Tore, und im Dezember begann der Lehrbetrieb an der Universität.

Die amerikanische Besatzung unterstützte zudem den schnellen Wiederaufbau der städtischen Verwaltung. Anfang Mai übernahm Konrad Adenauer die Geschäfte als Oberbürgermeister, die er nur bis Oktober des Jahres führen konnte, da die Briten als neue Befehlshaber ihn »entließen« und am 20. November 1945 Hermann Pünder als Oberbürgermeister einsetzten. Bis Ende des Jahres hatten sich neue Parteien (CDU, SPD, KPD) gebildet. Zugleich hatten sich in den einzelnen Stadtteilen spontan antifaschistische Ortsausschüsse gebildet, die versuchten, zwischen der Stadtverwaltung und der Bevölkerung zu vermitteln, indem sie zum Beispiel leerstehende Wohnungen ausfindig machten oder ehemalige NSDAP-Mitglieder aufstöberten. Die Stadtverwaltung entzog ihnen jedoch nach und nach alle Handlungsbefugnisse,



Abb. 87 Rückkehrerinnen, um 1945

so daß sie kaum ins politische Tagesgeschehen eingreifen konnten. Darüber hinaus konnten von 15 während des NS-Regimes verfolgten Antifaschisten und Kommunisten, die sich für die Arbeit in der Stadtverwaltung zur Verfügung stellen wollten, nur vier Zugang zu städtischen Ämtern finden; hingegen bekamen fast 40 Prozent der nationalsozialistischen Beamten wieder eine Anstellung.

Die konservativ geprägte Stadtverwaltung war folglich darum bemüht, alte Verwaltungsstrukturen zu erhalten, statt sich einerseits um die wirklichen Bedürfnisse der Bevölkerung zu kümmern und andererseits ehemaligen Nationalsozialisten den Zugang zu öffentlichen Ämtern zu verwehren.

Der anscheinend schnell vollzogene Aufbau der Verwaltung bringt wohl kaum die Lage der Bevölkerung zum Ausdruck, die um ihr Überleben kämpfte.

Sowohl der Rathenauplatz als auch die umliegenden Straßen waren bei Kriegsende mit Trümmern übersät, und die nach und nach aus der Evakuierung oder von der Front zurückkehrenden Bewohnerinnen und Bewohner werden das Viertel kaum noch wiedererkannt haben. Köln bestand nicht mehr aus einzelnen Stadtteilen, sondern nur noch aus einer Trümmermasse von 32 Millionen Kubikmeter. Jede Kölnerin und jeder Kölner stand somit vor einem Schutthaufen, der ein Wohnzimmer bis zur Decke ausgefüllt hätte. Deshalb blieb ihnen nichts anderes

übrig, als nach und nach den städtischen Lebensraum wieder freizuschaufeln. Doch wie wurde die Beseitigung der Schuttmassen organisiert?

Nicht zuletzt, um Wohnraum für die Besatzung in Marienburg zu schaffen, begann die Enttrümmerung in den äußeren Stadtteilen. Aber zunächst legte man die Haupt- und Fernstraßen frei, damit die wenigen Fahrzeuge verkehren konnten und die oftmals mehrere Stunden in Anspruch nehmenden Fußmärsche nicht mehr ganz so beschwerlich waren. Diese Aufgabe übernahmen Firmen, die von städtischer Seite entsprechende Aufträge erhielten.

Da die Enttrümmerung trotz des Einsatzes von Baufirmen nur sehr schleppend voranging, mußte sich die Stadtverwaltung einen anderen Weg überlegen. Sie arbeitete ein Konzept für den sogenanten Ehrendienst aus: Alle 19- bis 55jährigen Frauen und alle 17- bis 60jährigen Männer erhielten den Aufruf, einen Tag lang Schutt zu schippen. Zunächst war die Beteiligung freiwillig, aber nach und nach wurden Zwangsmaßnahmen gegen Nichtteilnehmerinnen und -teilnehmer verordnet.

Der erste Ehrendienst fand vom 29. April 1946 bis zum 14. September 1946 statt. Dieser war zwar erfolgreich, aber es konnten natürlich keineswegs alle Trümmer beseitigt werden. Daher folgte auf den Ehrendienst ein Sühnedienst: Alle ehemaligen Parteigenossen wurden zu Aufräumarbeiten verpflichtet. 1947 sowie 1948 wurde zu weiteren Ehren- und Sühnediensten aufgerufen.

Die Ehrendienstlerinnen und -dienstler versammelten sich an 32 Stellen der Stadt: »In Kopftüchern und langen Hosen die Frauen, mit abgegriffenen Mützen, alten Uniformstücken und Halstüchern in den offenen Blusen die Männer.« (KR, 4. 3. 1947) Zur Belohnung bekamen alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine kräftige »Schuttsuppe«, die bei dem herr-



Abb. 88 Werbeplakat für den Ehrendienst, 1946

schenden Nahrungsmittelmangel sicherlich mit Genuß verspeist wurde. Selbst diese zusätzliche Kalorienzufuhr konnte der Schwächung der Bevölkerung natürlich nicht entgegenwirken: Die hungernden Ehrendienstlerinnen und -dienstler konnten 1947 nur noch halb soviel Schutt wie 1946 beseitigen.

Die Viertelbewohnerinnen und -bewohner, die ihren Dienst ableisten mußten, fanden sich an der Lindenstraße/Ecke Roonstraße ein. Die Lindenstraße war mit einer Kipplorenbahn zum Abtransport der Trümmer ausgestattet worden, so daß der Schutt von dort aus direkt zum inneren Grüngürtel abtransportiert werden konnte.

Aufgrund des Arbeitskräftemangels, viele Männer waren entweder im Krieg gefallen oder noch in Gefangenschaft, kam die Diskussion auf, welche Rolle die Frauen bei der Enttrümmerung einnehmen sollten. Bereits im November 1945 erhielten 250 Frauen einen Arbeitsbefehl

zur Teilnahme an den Schuttaktionen. Der Einsatz von Frauen im Baugewerbe führte jedoch immer wieder zu Diskussionen. So kommentiert zum Beispiel der Kölnische Kurier am 23. November 1945 die Verpflichtung von Frauen zur Straßenarbeit folgendermaßen: »Das Arbeitsamt war mit den Leistungen der Kölnerinnen sehr zufrieden und führt sie als leuchtendes Beispiel den bisher noch Untätigen vor Augen.« Zugleich wird aber der Beschluß begrüßt, den Einsatz von Frauen im Straßenbau aufzuheben. Ein Jahr später wird in der Kölnischen Rundschau nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß eine Tätigkeit von Frauen im Baugewerbe abzulehnen sei. Vor allem eine qualifizierte Tätigkeit von Frauen in dieser Männerdomäne wurde als »unweiblich« abgetan: »Wenn - wie in dieser Stadt - eine Frau sogar die Architektenlaufbahn eingeschlagen hat, so kann ein solcher Fall nicht als Maßstab für die Berufswünsche der Frauen gelten.« (KR, 6. 12. 1946) Eine Erklärung des Arbeitsamtes Nord-Rhein vom 15. November 1946 stellte schließlich klar, welche Tätigkeiten von Frauen übernommen werden sollten. Die strikte Handhabung des Gesetzes ist der Grund dafür, daß in Berlin im Dezember 1946 ca. 40.000 Frauen Wiederaufbautätigkeiten ausführten, während es in ganz Nordrhein-Westfalen lediglich 5000 waren.

Doch auch in Köln gab es die sogenannten »Trümmerfrauen«, denn immerhin zwei Drittel der am Ehrendienst Beteiligten waren Frauen (vgl. Caris, in: GiK, S. 122). Aufrufe des Trümmeramtes, Zeitungsartikel sowie Berichte des Tiefbauamtes zum Stand der Enttrümmerung geben einen Einblick, wie speziell die Arbeit der Frauen bewertet wurde. Zum Beispiel heißt es auf einem Werbeplakat für den Ehrendienst: »Unsere Frauen und Mädchen übertreffen sich selbst. Es ist ihnen nicht genug, Reinigungsarbeiten leichterer Art, wie sie vorgesehen waren, zu verrichten; sie greifen zum Spaten und

zur Hacke, um den Männern nicht nachzustehen.« (HAStK, Acc 2/1326, Nr. 221) Schon in einem der ersten Kommentare zum Ehrendienst wird der Tatkräftigkeit der Frauen Rechnung getragen: »Einzelne Frauen leisten tatsächlich ebensoviel wie die Männer.« (ebenda, Bericht des Tiefbauamtes vom 9. 4. 1946, Nr. 191) Im Abschlußbericht wird ihnen dann nochmals ein besonderes Lob ausgesprochen.

Die aktive Teilnahme von Frauen spiegelt sich auch in der Aussage von Barbara Koch wieder, für die es eine Notwendigkeit war, sich aktiv für den Wiederaufbau einzusetzen: »In der Nachkriegszeit mußten viele Frauen Straßenarbeit verrichten und aufräumen, weil die Männer noch nicht zurückwaren. Anders ging das ja gar nicht. (...) Es gab diese Wägelchen, auf die mit Schaufeln und Eimern die Trümmer geladen wurden. Natürlich tat uns abends der Rücken weh, aber das war keine Galeerenarbeit. Heute wird das alles aufgebauscht. Es mußte sein, denn die Straßen waren so voller Trümmer, daß niemand vor die Türe gehen konnte.«

Bis auf eine Studentin und eine junge Frau, die sich um ihre kranke Mutter kümmern mußte, bestätigten weitere Zeitzeuginnen, sie hätten aus pragmatischen Gründen am Ehrendienst teilgenommen. Abgesehen von dem großen Einsatz der Frauen wird in den Berichten zum Ehrendienst hervorgehoben, daß sich die Kölner wahrhaft demokratisch verhielten. Die Zusammenarbeit beim Ehrendienst ließ scheinbar auch das letzte diktatorische Gedankengut im Keim ersticken: »Es stand der Werksdirektor neben dem Werksmann, der Kardinal neben dem Lehrling, der Arzt neben der Hausfrau, der Beamte neben dem Hilfsarbeiter und der Präsident neben dem Handwerker. Eine wahrhaft demokratische Tat.« (ebenda, Nr. 131)

Doch diesen Aussagen, die letztendlich der Mobilisierung aller Arbeitskräfte dienen sollten, darf nicht geglaubt werden, denn lange nicht alle Bürgerinnen und Bürger schippten. So gab es zum Beispiel Teilnahmebestätigungen auf dem Schwarzmarkt zu kaufen, viele Selbständige waren von vornherein nicht zur Teilnahme verpflichtet und besonders die ehemaligen Parteimitglieder verstanden es, sich aus der Affäre zu ziehen. Noch 1948 betonte ein Kölner, daß er es ablehne, am Ehrendienst teilzunehmen, während die Nazis immer noch in ihren Landhäusern rund um Köln säßen (vgl. RZ, 18. 2. 1948).

Ebensowenig entsprachen der Wiederaufbauwille und die Einsatzbereitschaft dem, was die offiziellen Berichte über den Ehrendienst vermittelten. Der Aussage einer Ehrendienstlerin zufolge, die in der Beethovenstraße enttrümmerte, war die Stimmung nicht besonders, denn alle seien erbost darüber gewesen, alles verloren zu haben.

In einer Zeit, in der statt Geldwirtschaft der Tauschhandel florierte, blieb selbst der Personentausch beim Sühnedienst nicht aus: Wer auf die Arbeitskraft der ehemaligen Parteigenossen angewiesen war, absolvierte für diesen auch schon einmal den Sühnedienst: »Ein Schreinermeister, der bei uns im Haus wohnte, hatte auch zur Partei gehört. Da von unserem Haus ja Fenster und Türen kaputt waren, hat mein Vater für ihn den einwöchigen Sühnedienst übernommen und der Schreiner hat uns dafür Türen und Fenster gemacht. Auf diese Weise bekamen wir wenigstens unsere Wohnung wieder fertig.« (B. G.)

Außer der Trümmerbeseitigung löste die Versorgung der Bevölkerung immense Probleme aus, zumal täglich tausende Kölnerinnen und Kölner in die Stadt zurückkamen, die mit Wohnraum und Nahrung versorgt werden mußten. Bereits im Oktober 1946 wurden wieder 500.000 Personen als ortsanwesend registriert (vgl. Stelzmann, S. 327). Viele dieser Rückkehrerinnen und Rückkehrer fanden lediglich eine Unterkunft in den ehemaligen

Luftschutzbunkern, in Kellern oder Barakken. Auch der Bunker am Beethovenplatz erfüllte nun diese Funktion. Da sich in den Häusern und Hinterhöfen immer noch die Trümmerberge türmten, mußten diejenigen, die trotz alledem eine Wohnung fanden, diese zunächst einmal begeh- und bewohnbar machen. Alle diese privaten Enttrümmerungsaktionen, die neben dem Ehrendienst anfielen, tauchen in den Statistiken nicht auf. Einige Aussagen von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen geben aber einen Einblick in diese privaten Aktionen zur Wohnungsbeschaffung: »Ich kann mich noch daran erinnern, daß ich hochschwanger den Schutt wegräumte«, erzählt Sophia Broichhagen, und ein anderer Viertelbewohner berichtet, daß bei den primitiven Wohnverhältnissen ohne »Maggeln« und Improvisation nichts lief: »Wir bekamen eine Speicherwohnung in der Kyffhäuserstraße 59, die aber renoviert werden mußte. Mit Hilfe der Baufirma, bei der ich arbeitete, machte ich sie dann bewohnbar. Zunächst schliefen wir in Luftschutzbetten, und meine Mutter kochte auf einem alten Kanonenofen. Wenn sie morgens zu kochen begann, war das Essen um fünf fertig.«

Improvisation war in diesen Jahren täglich gefragt. Da es keine Fensterscheiben gab, blieb nichts anderes übrig als »Pfuschglas«, eine Art Glasersatz, einzusetzten oder gar die Fenster teilweise zuzumauern. Auch Barbara Koch betont, jeder habe beim Wiederaufbau für sich selbst sorgen müssen, und ohne Verbindungen sei dies unmöglich gewesen.

Zur mühseligen Trümmerbeseitigung und der Wohnungsmisere kam ein massiver Lebensmittel- und Brennstoffmangel, der den Alltag der ersten Nachkriegsjahre prägte. Bis zur Währungsreform am 20. Juni 1948 wurde die tägliche Nahrungsbeschaffung zur Überlebensfrage. Schlange stehen, Hamstern, Fringsen und Schieben gehörten ebenso zum Alltag wie Schuttschippen. Die Situation spitzte sich



Abb. 89 Frauen beim »Fringsen«, um 1945

immer weiter zu; im Januar 1947 sank die Nahrungsmittelzuteilung auf unter 1000 Kalorien täglich (vgl. HAStK, Acc 2/137, Nr. 39). Die Lebensmittelläden und Bäkkereien konnten die Bedürfnisse der Bevölkerung nicht mehr decken: »In der Nachkriegszeit standen die Leute im Laden Schlange. Es gab vorwiegend Maisbrot. Leider war es nicht immer möglich, alle zu bedienen. Manchmal habe ich die Leute dazu überredet, nur ein halbes Brot zu nehmen, damit die anderen auch noch etwas bekamen. Für Brötchen hatten wir in dieser Zeit überhaupt kein Mehl; es gab nur eine Sorte Brot.« (S. H.)

Zur Aufbesserung der kargen Lebensmittelrationen begaben sich Tag für Tag 10.000 Menschen aufs Land, um zu hamstern. Auf diesem Wege wurden jeden Tag 10–60.000 Kilogramm Obst, Gemüse und Kartoffeln in die Stadt befördert (vgl. KR, 28. 6. 1946). Der Krieg war zwar zu Ende, aber das »Leben auf Karte« (Graf, in: Franken, S. 193) ging weiter; der Mangel

an Nahrungsmitteln forderte weiterhin eine disziplinierte, rationalisierte Haushaltsführung, die nun allerdings nicht mehr unter dem Deckmantel der nationalsozialistischen Ideologie verkauft werden konnte.

In diesen Jahren waren Erfindungsgeist und Wagemut gefragt. Den Viertelbewohnerinnen und -bewohnern fiel alles mögliche ein, um sich mehr schlecht als recht über Wasser zu halten: Sie tauschten Gummiringe gegen Speck, suchten aus den Trümmern verwendbare Materialien für den Wiederaufbau oder plünderten sogar Züge. Auf ungewöhnliche Art und Weise sicherte Gottfried Schauerte sein Auskommen: Er holte Dreiräder aus Hamburg. Das waren damals die einzigen Lastkraftwagen, die es für Firmen auf Bezugsschein gab: »Ich fuhr mit dem Zug nach Hamburg und kam mit zwei Dreirädern zurück. Das Vorderrad des hinteren Fahrzeuges wurde auf das vordere Fahrzeug gestellt. Ich war dann immer so drei Tage unterwegs, denn die Dinger fuhren nur fünfzig. Unterwegs hatte ich meine Stationen, wo ich etwas zu essen bekam.«

Erst nach der Währungsreform am 20. Juni 1948 »normalisierte« sich der Alltag. Die Geschäfte wiesen nach und nach ein reichhaltiges Warenangebot auf, und die Fahrt ins Vorgebirge oder in die Eifel war nun nicht mehr notwendig. »Normalisierung« bedeutete aber auch, daß die Frauen sehr schnell aus der Öffentlichkeit verschwanden. Die Kölnerinnen, die sowohl für den Unterhalt der Familie als auch für den Wiederaufbau der Stadt ihre Frau gestanden hatten, tauschten ihre Hosen und Kopftücher gegen Seidenstrümpfe und Dauerwelle und wurden wieder in die Hausfrauen- und Mutterrolle oder einen schlecht bezahlten typischen Frauenberuf, wie Verkäuferin, Sekretärin oder Fließbandarbeiterin, abgedrängt. Ebenso bekamen sie kaum politisches Mitspracherecht, denn Parteien, Stadtverordnetenversammlung und Stadtverwal-



Abb. 90 Zülpicher Platz, um 1945

tung blieben weiterhin Männerdomänen. Sicherlich trugen auch die Frauen selbst zu dieser Entwicklung bei, da ein Teil der Frauen nach all den Jahren der Entbehrung und Überbelastung froh gewesen sein mag, sich wieder ausschließlich traditionell weiblichen Aufgaben widmen zu können.

Obwohl der Alltag nun anscheinend wieder in geregelten Bahnen verlief, prägten die Zerstörungen des Krieges immer noch das Stadtbild: zwölf Jahre nach Kriegsende war erst die Hälfte aller Trümmer geräumt (vgl. Stelzmann, S. 348). So forderten zum Beispiel noch in den fünfziger Jahren Anwohnerinnen und Anwohner des Rathenauplatzes das Trümmeramt zur finanziellen Unterstützung bei der Enttrümmerung auf, um endlich die Höfe von Schutt und den dadurch angezogenen Ratten befreien zu können (vgl. HAStK, Acc 323/863, Rathenauplatz 6 und 9).

In diesen Jahre war auch die Wohnungsfrage noch immer nicht gelöst. Nach wie vor hausten viele Menschen in Notunterkünften: Weihnachten 1948 waren es immerhin noch 92.000 Kölnerinnen und Kölner, die in Notwohnungen lebten. Wie primitiv diese Behausungen waren, läßt folgende Beschreibung erkennen, die sich auf eine Unterkunft im Griechenmarktviertel bezieht: »Von einem hohen Schuttberg führt ein wackeliges Brett auf ein flaches Dach, das gleichzeitig Decke für das darunterliegende Zimmer ist. (...) Hinter einem Vorhang ein schmaler Gang ist Vorratskeller, Waschküche und nachts auch Schlafstelle. Die Seiten dieser Wohnung liegen frei und sind den Winden preisgegeben.« (KR, 24. 12. 1948) Selbst in den besser erhaltenen Wohnungen herrschten immer noch menschenunwürdige Zustände: In den Neustadtwohnungen, die früher fünf bis acht Zimmer besaßen, wohnten durchschnittlich drei bis vier Familien, die in derselben Küche kochten und dieselbe Toilette benutzten (vgl. ebenda).

Familien mit mehreren Kindern lebten noch immer in feuchten, beschädigten kleinen Wohnungen. Nach und nach zogen die, die es sich leisten konnten, in die am Stadtrand entstehenden Neubauwohnungen.

Vom Tazzelwurm zum Kwartier Latäng – Kultur und Freizeit von der Nachkriegszeit bis heute

Verständlicherweise reduzierte sich der Alltag in den harten Nachkriegsjahren nicht ausschließlich auf Wiederaufbau und Nahrungsmittelbeschaffung. Die eigenwillige Dynamik von Zerstörung und Wiederaufbau brachte zusätzlich eine andere Entwicklung mit sich: Die Menschen, die jahrelang zunächst dem Bombenterror ausgesetzt waren und dann zwischen Trümmern am Rande des Existenzminimums lebten, suchten Ablenkung und Unterhaltung, die sie in ihren eigenen - wenn überhaupt vorhandenen - vier Wänden nicht finden konnten. Das Opernhaus, der Gürzenich, sprich die Paläste, die die Kulturlandschaft des Bürgertums symbolisiert hatten, waren zerstört. Ebenso gab es die vielfältige, bunte Vereinslandschaft der Weimarer Republik nicht mehr, wie die zahlreichen Arbeiter-, Gesang- und Sportvereine, in denen die Menschen der Arbeiter- und Mittelschicht ihre Freizeit verbracht hatten. Die nationalsozialistischen Institutionen zur Freizeitgestaltung, wie beispielsweise »Kraft durch Freude«, waren mit dem Niedergang des Dritten Reiches in der Versenkung verschwunden.

Schon im August 1945 führten die städtischen Bühnen in der Aula der Universität das erste Nachkriegstheaterstück auf, und das Gürzenichorchester gab dort ein erstes Konzert.

Im selben Monat erlaubte die Besatzung die Eröffnung eines Varietétheaters für die Zivilbevölkerung in der Zülpicher Straße 34, das im September 1945 das erste Programm anbieten konnte. Die Kirchengemeinde hatte ihren Pfarrsaal an Robert Baums vermietet, der mit dem Unterhaltungstheater »Tazzelwurm« zu Ruhm und Ehre kommen wollte. Doch schon im Januar 1946 schien diese Ehre getrübt, denn Baums wurde wegen

Schleichhandels zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Einige Monate später begann zudem ein Entnazifizierungsverfahren gegen ihn. Da Baums wegen seiner vermeintlichen Kontakte zur nationalsozialistischen Partei zunächst keine Verlängerung der Konzession bekam, setzte er bis zum Jahre 1948 einen Geschäftsführer ein.

Um den sogenannten »Persilschein« zu bekommen, wandte er sich an die Herz-Jesu-Gemeinde, mit der er als Mieter des Pfarrsaales in Kontakt stand. Die Kirche verhalf ihm dazu, seinen Leumund zu retten. In dem entsprechenden Schreiben vom 10. Juli 1946 heißt es: »Nach den von uns eingezogenen Auskünften ist Baums Nichtnazi, andernfalls wäre er für die Pfarrgemeinde als Mieter nicht in Frage gekommen.« (HAStK, Acc 174/171, Nr. 98) Baums erhielt schließlich im Jahre 1948 das Entlastungszeugnis und konnte das Theater wieder selbst leiten.

Der »Tazzelwurm« galt in den folgenden Jahren als das Unterhaltungs- und Revuetheater. Zu dem theatereigenen Ensemble zählten im Jahre 1948 immerhin 70 Angestellte und Künstler. Bereits im Jahre 1946 bot der Tazzelwurm den kriegs- und nachkriegsmüden Kölnerinnen und Kölnern ein ausgelassenes Revueprogramm: »Su oder su«, die neue rheinische Revue, »Aat bliev Aat«, die Hans-Jonen-Revue sowie die Kölsche Revue »Komm, do laachs dich kapott!« von Gerhard Eberle lockten Besucherinnen und Besucher. Abgesehen von den Revuen gab es seit 1948 Puppenspielaufführungen, welche aber, so stellte sich bei einer Überprüfung heraus, auf einem Niveau stehengeblieben seien, das man vielleicht schon vor Jahrzehnten gekannt habe. Dies sei allerdings bei allen privaten Puppenspielen der Fall. Vor allem die



Abb. 91 Theater Tazzelwurm, Zülpicher Straße, um 1945

Sprache der Aufführungen löste heftige Kritik aus: »Sprachmäßig wird weniger ein gutes Kölsch als ein Kölsch primitiver Art gewählt.« (HAStK, Acc 174/171, Nr. 97)

Auch eine Zeitungsnotiz vom 27. Juni 1947 belegt, daß die Qualität der Aufführungen in den Anfangsjahren manches Mal zu wünschen übrig ließ: »Der Tazzelwurm verdient Anerkennung ob seines Bemühens, neuerdings das gefälligere Unterhaltungsspiel dem Tazzelgewürm vorzuziehen.« (KR, 27. 6. 1947)

Die Leitung des Theaters bemühte sich tatsächlich auch, Unterhaltung gehobener Art zu präsentieren; Der Auftritt des Komikers der Nachkriegsjahre, Heinz Er-



Abb. 92 Veranstaltungsankündigung für die Hans-Jonen-Revue »Aat bliev Aat!«, Anfang 1946

hardt, spricht da für sich: Vom 1.–15. Juli 1948 war er mit dem musikalischen Lustspiel »Verzeih, daß ich dich liebe« zu Gast.

Genau wie Heinz Erhardt von der Bühne zur Leinwand wechselte, wechselte auch das Publikum den Geschmack; in den fünfziger Jahren enwickelte sich eine ausgeprägte Kinolandschaft. Neben Heinz Erhardts Filmgeschichten über die heile Nachkriegswelt zogen Heimatfilme mit Rudolf Prack und Sonja Ziemann Zuschauerinnen und Zuschauer in ihren Bann. Baums fügte sich dieser Entwicklung und ersetzte bereits 1950 die Bühne durch die Leinwand. Ende der fünfziger Jahre mußte Baums den »Tazzelwurm« ganz aufgeben, da er unter dem Verdacht stand, sich als Zuhälter betätigt zu haben. Mit dem Besitzer wechselte der Name des Kinos: fortan hieß es »Bali«. Neben dem Bali hatte schon seit Anfang der fünfziger Jahre »die Lupe« im Viertel ihren Platz. Die Lichtspieltheater standen Mitte der fünfziger Jahre »im Zenit der Konsumentengunst« (Sywottek, in: Broszat, 1990, S. 101): Hatte es im Jahre 1946 nur 13 Kinos gegeben, waren es 1957 bereits 85. Damit ging ein stetiger Anstieg der Kinobesuche einher: 1946 sahen sich die Kölnerinnen und Kölner durchschnittlich 8 Filme pro Jahr an, im Jahre 1956 schon 23 (vgl. KSH, 1958). Nach und nach büßte das Kino aber zugunsten des Fernsehens sein Publikum ein. Die Lupe, heute Off-Broadway, ist eines der wenigen Kinos, jenseits der großen Kinopaläste, welches überleben konnte. So befindet sich beispielsweise im ehemaligen Tazzelwurm/ Bali heute ein Restaurant.

Das Bedürfnis nach Kultur jenseits der städtischen Bühnen und eingefahrenen Ensembles ließ aber Anfang der achtziger Jahre einige neue, kleine Theater im Viertel entstehen: Zum einen entstand aus der im Jahre 1979 von Mehmet Fistek gegründeten Künstlerwerkstatt das ateliertheater, welches seit 1983 als Kellertheater, Roonstraße 78, mit einem vielfältigen

Programm besteht; Gastspiele stehen ebenso wie eigene Produktionen auf dem Spielplan. Neben einer regen Projektarbeit zu gesellschaftspolitischen Themen ist dem Theater außerdem die Pantomimenschule Köln angeschlossen.

Zum anderen etablierte sich in der Zülpicher Straße 28 das Piccolo-Theater, Mewes und Töchter. Dieses von Frauen geführte Theater sieht seine Aufgabe darin, sich mit den besonderen Anliegen von Frauen auseinanderzusetzen. Wie Ingund Mewes betont, sollen diese Themen, so ernst wie nötig und so heiter wie möglich, auf die Bühne gebracht werden (vgl. Stadtbuch 91/92). Gerade das Piccolo-Theater spricht die Besucherinnen und Besucher auf ganz besondere Weise an, denn - wie der Name schon sagt - ist es klein, gemütlich und liebevoll eingerichtet. Es empfängt seine Gäste mit einem schmalen, begrünten Hinterhof - einer regelrechten Ruhezone inmitten der Großstadthektik.

Es waren die Kneipen, die kontinuierlich, egal ob in Kriegs- oder Friedenszeiten, während der Kaiser- oder Hitlerzeit, der Weimarer Republik oder dem Wiederaufbau, den Ort der Kommunikation darstellten. Dort verbrachten die Männer einen Teil ihrer Freizeit. Hier traf man immer jemanden, den man kannte, ohne sich vorher verabreden zu müssen. Frauen durften diesen öffentlichen Raum kaum und zumindest nicht ohne männliche Begleitung für sich beanspruchen; bis in die siebziger Jahre war es für eine Frau geradezu »unschicklich«, allein eine Kneipe zu betreten. Gewiß hatten Frauen auch Gelegenheiten, die nachbarschaftlichen Kontakte zu pflegen. Zum einen boten die Straße oder der Platz und zum anderen der private »Kaffeeklatsch« Möglichkeiten zu einem Plausch.

Bis zum Ende der sechziger Jahre hatten sich vor allem vier bürgerliche Kneipen im Viertel etabliert. Das waren die Gaststätten Kleinmann an der Zülpicher Straße 9,



Abb. 93 Gaststätte Hanseler, um 1910

Lauscher, Zülpicher Straße 48, Over, Rathenauplatz 21 und Hanseler, Rathenauplatz 1. Die letztgenannte war 90 Jahre in Familienbesitz: Peter Hanseler hatte zur Zeit der Jahrhundertwende das Haus und die Kneipe für etwa 120.000 Mark gekauft. Er bemühte sich darum, für die Kneipe, die lediglich mit einer Halbkonzession betrieben werden durfte, eine Vollkonzession zu bekommen, die er allerdings erst nach einigen Auseinandersetzungen mit den zuständigen Behörden erhielt.

Sein Sohn übernahm die Kneipe, die er selbst während der Kriegszeit weiterführen konnte. Bei Kriegsende beschlagnahmten die Amerikaner das Gebäude, und zeitweilig war hier ein Postamt untergebracht (siehe Abb. 86, S. 144).

Doch schon wenige Jahre später stand die Kneipe den Viertelbewohnern wieder für ein Kölsch am Feierabend offen. Vor allem am Freitagabend trafen sich hier die Männer nach der damals noch wöchentlichen Lohnauszahlung, um das Wochenende einzuläuten. Nicht selten kamen zu gegebener Stunde die Ehefrauen, die ihre Männer davon abhielten, einen zu großen Teil des Verdienstes in Alkohol umzusetzen. So endete der »Lohntütenball« nicht immer in einer fröhlichen Atmosphäre.

Die Gespräche während der Treffen in den Kneipen des Viertels, wo jeder jeden kannte, schufen trotz Gerede und Tratsch Freundschaften, Vertrauen und eine gemeinsame Identität. Hier konnten auch alleinlebende oder ältere Viertelbewohner täglich eine warme Mahlzeit bekommen: Die Gaststätten öffneten zum Teil schon um 11 Uhr und boten ein Mittagsmenü zu erschwinglichen Preisen an. Wie die Kinos mußten auch die Gaststättenbesitzer wegen des Fernsehens Einbußen in Kauf nehmen. Zunächst hatten sie noch an der fortschreitenden Fernseh-Kultur ihren kommerziellen Anteil gehabt, indem sie einen Apparat zur öffentlichen Nutzung, vor allem bei Ereignissen wie



Abb. 94 Werbung für die Gaststätte Hanseler, o. J.

Fußballweltmeisterschaften bereitstellten. Dies änderte sich im Laufe der Jahre: Der Fernsehabend im Wirtshaus verlagerte sich nach und nach in die private Wohnstube, da nun die meisten Haushalte ein eigenes Gerät besaßen.

Abgesehen von der Ausbreitung des Fernsehens und dem damit zusammenhängenden Rückzug in die eigenen vier Wände hatten noch weitere Faktoren Einfluß auf das Lebensgefühl im Viertel: So wich der Plausch im Laden um die Ecke dem Geschiebe und Gedränge der Einkaufswagen im Supermarkt, und die wachsende Mobilität ermöglichte den Aufbau eines Freundes- und Bekanntenkreises über die Viertelgrenzen oder gar Stadtgrenzen hinaus. Als die kleinen Handwerksbetriebe und Lebensmittelläden schließen mußten, weil sie nicht mehr konkurrenzfähig waren, schossen plötzlich Imbißstuben, Restaurants und Gaststätten wie Pilze aus dem Boden, denn Gastronomiebetreiber entdeckten in den siebziger Jahren das studentische Publikum. Sie nutzten es aus, daß zum einen die Zahl der Studierenden und zum anderen deren Kaufkraft gestiegen war.

Heute gibt es im Viertel über 100 Gastronomiebetriebe. Vor allem an der Zülpicher Straße geben sich Studenten-, Szene- und Musikkneipen, Cafés, Imbißstuben und Restaurants ein Stelldichein. Je nach Bedürfnis und Geldbeutel bieten sie ein schnelles Kölsch an der Theke oder

einen Cocktail nach Art des Hauses, eine türkische Pizza zum Mitnehmen oder ein Menü à la carte an.

Innerhalb weniger Jahre entstand das studentische Vergnügungsviertel »Kwartier Latäng«. Doch die »Einkölschung« des an das Pariser Studenten- und Künstlerviertel erinnernden Namens gibt diesem Straßenzug ein zu positives Flair, denn genießen können das reichhaltige Angebot der Vergnügungsbetriebe nur die Kneipentouristinnen und -touristen, die jeden Abend ins Viertel strömen. Hingegen fühlen sich Anwohnerinnen und Anwohner von Kneipenlärm und Parkplatzsuchverkehr stark belästigt. Natürlich äußerten und äußern sie ihren Unmut über den gestiegenen Lärmpegel; immer wieder entfachten sich Diskussionen über die Vergabe neuer beziehungsweise über die Verlängerung bereits vorhandener Konzessionen. An diesen Diskussionen, die im Jahre 1981 zumindest für den Bereich um den Rathenauplatz zu einer Veränderungssperre führten, nahm auch die Bürgergemeinschaft Rathenauplatz regen Anteil.

Es blieb dennoch nicht aus, daß der hohe Freizeitwert, den das Viertel für nicht im Viertel Wohnende bekam, den Alltag und das Lebensgefühl der hier lebenden Menschen änderte. Selbst die, die im Viertel aufgewachsen waren, fühlten sich plötzlich nicht mehr zu Hause und zogen weg: »Wir haben bis 1979 im Viertel gewohnt, sind dann nach Rondorf gezogen und wohnen seit anderthalb Jahren in Wesseling. Das Studentenviertel wurde uns zu laut. Deshalb zogen wir weg, vor allem meiner Frau gefiel das überhaupt nicht mehr. (...) Das Viertel hat wirklich vollkommen seinen Charakter verändert; wo früher lauter kleine >Tante-Emma-Läden waren, sind heute Restaurants, Spielhallen und Kneipen.« (Johann Fischer) Durch die Ausbreitung der Vergnügungsindustrie ist der Wohnwert gesunken und die Anonymität gestiegen.



Abb. 95 Kneipenszene an der Zülpicher Straße, 1993

Dies stellen selbst jüngere Viertelbewohnerinnen und -bewohner fest, die seit ungefähr 20 Jahren im Viertel leben. Früher gab es ein oder zwei Kneipen am Platz, wo immer jemand war, den man kannte. Dort trafen sich Alte und Junge, um Neuigkeiten auszutauschen. »Da gab es zum Beispiel das Jägerstübchen«, erzählt Werner Kaemper, »welches sozusagen die familientherapeutische Station am Rathenauplatz war. Wenn man dorthin ging, wußte man alles aus der Nachbarschaft.«

Durch die Verdrängung der alteingesessenen Kneipen ist vor allem den älteren Viertelbewohnerinnen und -bewohnern, die nicht mehr so flexibel sind, ein öffentlicher Raum genommen worden, und sie wurden in die Isolation abgedrängt. Dies ist sicherlich ein Grund dafür, daß die älteren Bewohnerinnen und Bewohner des Viertels kaum noch präsent sind: Entweder sind sie wie Familie Fischer weggezogen, oder sie ziehen sich in ihre vier Wände zurück; einen Ort, an dem Jung und Alt einander begegnen, gibt es kaum noch.

»Auch wenn dat ja eijentlich kommunistisch is...« Neue Wohn- und Lebenskonzepte

Jedes Haus im Viertel hat seine eigene Geschichte, eine Geschichte, die mit Lebensgeschichten und Schicksalen der unterschiedlichsten Menschen verknüpft ist. Im Wandel der Zeiten änderten sich einerseits die Besitzverhältnisse und andererseits die Wohn- und Lebenskonzepte der Bewohnerinnen und Bewohner.

Ein Blick auf die Fassade genügt, um festzustellen, daß das Haus in der Heinsbergstraße 36 eine fast hundertjährige Geschichte hat. Im Jahre 1896 ließ ein gewisser Bodenheim, der selbst am Königsplatz 4 wohnte, die Häuser Heinsbergstraße 20-36 bauen. Der Gesamteindruck des Straßenzuges vermittelt noch heute ein Bild davon, inwiefern benachbarte Fassaden architektonisch eine Einheit bildeten. Die Betrachtung der Häuser Heinsbergstraße 34 und 36 bestätigt dies: Bei beiden Häusern handelt es sich um dreigeschossige rheinische Dreifensterhäuser mit ausgebauter Mansarde. Allein das Fehlen von Erkern und die einfach gestalteten Hauseingänge deuten darauf hin, daß es sich um Häuser für die mittleren Einkommensschichten handelte.

Auffallend ist, daß Elemente der reich verzierten Stuckfassade des Hauses Nr. 36 am Nachbarhaus Nr. 34 wieder auftauchen. Zum Beispiel ist der Hauseingang von Nr. 36 mit einem geschwungenen Dach überdeckt, das sich zu beiden Seiten des Einganges auf Rundsäulen stützt (vgl. SK, Unterschutzstellung, S. 2). Beim benachbarten Haus befindet sich eine ähnlich gestaltete Überdachung über dem rechts liegenden Fenster des ersten Geschosses. Gerade diese Spielart der Verteilung der architektonischen Elemente gab und gibt dem Straßenzug sein besonderes Flair.

Doch wer bewohnte dieses Haus? Schon im Jahre 1897 zogen die ersten Mieter ein; zwei Lehrer, eine Rentnerin und ein Kaufmann. Obwohl im Jahre 1906 das Haus in den Besitz der Familie Kopp wechselte, blieb bis in die Nachkriegszeit die mittelständisch geprägte Sozialstruktur erhalten; vorwiegend Angestellte und Beamte bewohnten das Haus. Nach dem Kriege aber änderte sich dies; zahlreiche arbeitslose Witwen hatten hier eine Bleibe gefunden. Die in diesen Jahren herrschende Wohnungsknappheit schlug ebenfalls zu Buche. Noch Anfang der sechziger Iahre teilten sich zwölf Mietparteien das Haus. Vor dem Kriege waren es nur halb soviele gewesen. In den siebziger Jahren reduzierte sich die Zahl der Mieter dann wieder. Nachdem die langjährigen Eigentümer, Familie Kopp, das Haus Anfang der siebziger Jahre veräußert hatten, nahm dessen Geschichte einen ganz anderen Verlauf. Es wurde zum Spekulationsobiekt.

Zunächst kauften die Architekten H. & G. Meyer das Haus für 140.000 DM von einem Kaufmann, der es nur wenige Jahre zuvor von den Kopps erworben hatte. Im Jahre 1980 übernahm es der Makler und Hausverwalter Pegelow, wobei die Wertsteigerung 130.000 DM betrug. Zwischenzeitlich waren die Mieter durch drastische Mieterhöhungen abgeschreckt worden und zogen schließlich aus, da sie selbst auf juristischem Wege gegen die neuen Besitzer nichts ausrichten konnten. Bis 1981 stand das Haus leer. In einer Zeit, wo Hausbesetzungen an der Tagesordnung waren - 1980 war das Stollwerck besetzt worden - lud dies natürlich zu entsprechendem Handeln ein. Ende April 1981 war es dann auch soweit. Etwa 20 junge Leute, Studenten, Arbeitslose und Zivildienstleistende, zogen in das Haus ein, um es instandzusetzen. Die Besetzerinnen und Besetzer waren erstaunt über



Abb. 96 Hausbesetzung, Heinsbergstraße 36, 1981

den Rückhalt, den sie bei Nachbarinnen und Nachbarn fanden. Die Leute von nebenan boten ihnen Tische an und »aus den Gesprächen auf der Straße spürt man das Verständnis heraus – zu lange stand das Haus leer, zu lange wird in diesem Viertel offen spekuliert«. (Schauplatz, 6/1981, S. 17)

Ein Crêperiebesitzer in der Nachbarschaft, der selbst von einer drastischen Mieterhöhung bedroht war, lud die neuen Nachbarn sogar zum Essen ein (vgl. ebenda). Diese scheinbare Idylle hielt aber nur wenige Tage an: Am 7. Mai räumte die Polizei das Haus. Den Polizeitrupps folgte ein »Bautrupp« des Eigentümers, der Fenster und Sanitäranlagen zerstörte, sprich das Haus unbewohnbar machte. Über dieses Vorgehen waren selbst Passanten entrüstet: »Enteignen!« kommentierte trocken ein brav aussehender Student. »Enteignen!« wiederholte ein aufge-

brachter Passant neben ihm, um sofort erschrocken festzustellen: »... auch wenn dat ja eijentlich kommunistisch is ...« (ebenda, S. 19).

Nach der Räumung begaben sich die nun wieder Obdachlosen zu einer Kundgebung zum Zülpicher Platz. Hier fanden heftige Diskussionen über das Für und Wider einer Hausbesetzung statt, die in einer spontanen Demonstration mündeteten. Da sich auch eine Woche später noch keine wirklichen Renovierungsmaßnahmen abzeichneten, kam es am 12. Mai zu einer weiteren Besetzung. Direkt einen Tag später erfolgte die Räumung. Die Renovierung begann dann einige Monate später; heute erinnert sich wohl kaum noch einer der Bewohner an die bewegte Geschichte des Hauses.

Wie das Beispiel Heinsbergstraße gezeigt hat, versuchten junge Leute vor zehn bis zwanzig Jahren durch Eigeninitiative,

negative Entwicklungen im Viertel einzudämmen. Um zu erschließen, woher dieser Bewußtseinswandel, diese aktivere Teilnahme am tagespolitischen Geschehen kam, ein kurzer Rückblick: In den fünfziger Jahren hatten sich die meisten auf den Wiederaufbau des Wohlstandes konzentriert; Jeder war bemüht, es zunächst zum eigenen Kühlschrank, dann zur Waschmaschine, zum Fernsehgerät und schließlich noch zum eigenen Auto zu bringen. Ende der sechziger Jahre stellte die junge Generation im Zusammenhang mit verschiedenen weltwirtschaftlichen Krisen - es sei nur der Vietnamkrieg als direkter Auslöser genannt - diese heile Welt des Konsums in Frage und rüttelte an den Moralvorstellungen und Normen der Eltern. Was sich zunächst als politische Demonstration darbot, entwickelte sich nach und nach zu einer Auseinandersetzung mit der Welt der Eltern, einer Auseinandersetzung mit den herkömmlichen Familienstrukturen.

In Köln nahm die Studentenbewegung lange nicht die Dimensionen wie in Berlin an. Trotzdem brachten die Aufbruchstimmung und der politische Unmut jener Jahre auch an der Kölner Universität das Faß zum Überlaufen. Ein erster Auslöser für massiven Protest war eine Erhöhung der Fahrpreise der KVB; die Preise für eine Wochenkarte sollten um 52 Prozent erhöht werden. Daraufhin kam es im Oktober 1966 zu einem Protest von ca. 7000 Personen. Der Straßenbahnverkehr - unter anderem auch am Zülpicher Platz wurde zeitweilig lahmgelegt. Bei diesen Protesten gab es Verletzungen und Festnahmen. Der Schahbesuch im Mai 1967 und die von der großen Koalition geplanten Notstandsgesetze lösten weitere Protestaktionen aus. Vor allem als Ostern 1968 der Wortführer der Außerparlamentarischen Opposition (APO), Rudi Dutschke, bei einem Attentat schwer verletzt wurde, kam es zu Unruhen, die aber in Köln wiederum wesentlich ruhiger ver-

liefen als in Berlin und anderen großen Universitätsstädten.

Rudi Dutscke betonte, laut einem im Dezember 1967 im Kölner Stadtanzeiger veröffentlichten Interview, es gebe keine Trennung zwischen privatem und politischem Leben (vgl. KStA, 8. 12. 1967). Genau diese Trennung sollte durch eine »Revolutionierung des Alltags« aufgelöst werden. Der Bruch mit den Konventionen der Elterngeneration sollte nicht vor der Haustüre haltmachen. Es begann der Versuch, neue Lebens- und Wohnformen zu entwickeln. Auf der einen Seite gründeten sich Wohngemeinschaften und auf der anderen Seite Kinderläden und Kindertagesstätten, um die antiautoritäre Erziehung der kommenden Generation zu gewährleisten.

Im Viertel boten gerade die großen Altbauwohnungen, die zweckmäßiger als die aus zwei Zimmern, Kochnische und Bad bestehenden Neubauwohnungen aufgeteilt waren, Raum zum Experimentieren. Zudem verzichteten die jungen Mieterinnen und Mieter eher auf Komfort; die Badewanne oder die Duschkabine in der Küche ersetzte ab und an das Badezimmer, und eine Kohleheizung war auch kein Hindernis; noch heute werden immerhin ein Drittel der Wohnungen im Viertel um den Rathenauplatz mit Einzelöfen – sprich Öl- oder Kohleöfen – beheizt

Bedingt durch den mangelnden Komfort lagen die Mieten entsprechend niedrig. Alles in allem kamen die großen, preiswerten Wohnungen im Viertel den Bedürfnissen der Studentinnen und Studenten entgegen, was Andreas Hupke, der seit zwanzig Jahren am Rathenauplatz wohnt, nur bestätigen kann: »Ich bin damals hierher gekommen, weil es noch eine richtige Ideologie war, in Wohngemeinschaften zu leben. Das waren noch die Nachwehen der 68er Bewegung. Wir wollten eine andere Lebensform ausprobieren. Wir wären auch lieber in eine

Sechziger-Jahre-Neubauwohnung gezogen, aber die gab es ja nicht; die waren zu teuer, so waren die Altbauten die einzige Möglichkeit. Außerdem war es den Hauseigentümern egal, wenn dort langhaarige Studenten wohnten.«

Mitte der siebziger Jahre reagierten dennoch viele Vermieter mit Skepsis, falls sich mehrere Personen um eine Wohnung bewarben. Diese Erfahrung machte auch Maria Heil, als sie 1975 mit zwei anderen Frauen eine Wohnung in der Heinsbergstraße beziehen wollte. Dem Vermieter paßte diese Konstellation ganz und gar nicht, er sagte den jungen Frauen ab. Dies kommentierte eine der Wohnungsuchenden mit den Worten: »Ich hoffe, daß ich noch einen vorurteilsfreieren Vermieter finde.« Diesen Vorwurf konnte der gute Mann wohl nicht auf sich sitzen lassen, denn einen Tag später gab er den drei Frauen unerwarteterweise doch noch den erwünschten Mietvertrag. Im Laufe der Jahre erkannte er, daß sein tolerantes Ver-



Abb. 97 Noch heute gehört der Kohlenhändler zum Straßenbild, Zülpicher Platz, 1993



Abb. 98 Wohngemeinschaft, um 1972

halten sich günstig auf den Profit auswirkte, weil er von Wohngemeinschaften mehr Miete verlangen konnte. Nach und nach zogen weitere Wohngemeinschaften ein. Noch heute leben in diesem Haus Wohngemeinschaften und Familien Tür an Tür.

In der Bundesrepublik leben immer noch eine halbe Million Menschen in Wohngemeinschaften (vgl. Zeitmagazin, 9. 4. 1993, S. 15).

Zweifelsohne ist diese Wohnform nie die Lebensform geworden. Manche zogen nach einigen Jahren WG-Erfahrung die klassische Form des Zusammenlebens in einer Partnerschaft – mit oder ohne Trauschein, mit Kindern oder ohne – vor. Andere wiederum gründeten einen sogenannten Single-Haushalt, da sie von den ständigen Diskussionen über Spülen, Putzen oder Kochen die Nase voll hatten.

Es wäre aber falsch zu glauben, die neuen Wohn- und Lebenskonzepte seien vollkommen gescheitert. Wäre es vor 20 Jahren noch fast undenkbar gewesen, unverheiratet zusammenzuleben, so ist der fehlende Trauschein heute nur noch selten ein Hindernis für den Mietvertrag. Außerdem ist es durchaus möglich, zu mehreren Personen eine Wohnung zu beziehen, ohne gleich als »Chaoten« abgetan zu werden.

Die meisten Viertelbewohnerinnen und -bewohner wohnen zwar noch wie gewohnt, doch sind Nischen und Freiräume für neue Lebens- und Wohnformen entstanden, die durchaus genutzt werden und der Anonymität ein Stück Vertrautheit, den alten Konventionen ein Stück Neuland entgegensetzen.

Neben Bildung von Wohngemeinschaften und Hausbesetzungen spiegelte die Entstehung von zahlreichen Bürgerinitiativen den Wunsch der Bürgerinnen und Bürger nach neuen Lebensformen und mehr Mitbestimmung wider. Als die Bildung von Initiativen aller Art – Ende der siebziger Jahre – Hochkonjunktur hat-

te, entstand auch die »Bürgergemeinschaft Rathenauplatz«.

Im Jahre 1977 setzten sich mehr als 40 Anwohnerinnen und Anwohner zusammen, um etwas gegen die chaotischen Verkehrsverhältnisse im Viertel zu unternehmen. Die erste erfolgreiche Aktion des neuen Vereins im Viertel war die Einbahnstraßenregelung, so daß die Straßen um den Platz nicht mehr als Abkürzung und Rennstrecke genutzt werden konnten. War diese Regelung noch recht einfach bei der Stadtverwaltung durchzusetzen, gab es in den folgenden Jahren hingegen immer wieder heftige Auseinandersetzungen, die teilweise immer noch kein glückliches Ende gefunden haben: Ein Anwohnerparkrecht sowie eine seit Anfang der achtziger Jahre geplante Wohnumfeldmaßnahme ist bisher nicht realisiert worden. Auch kleinere Übel versuchte die Bügergemeinschaft zu beseitigen, da gab es Probleme mit der Verschmutzung des Platzes durch Hundekot und sonstigen Unrat. Der Kinderspielplatz kam wegen giftiger Eisenbahnschwellen 1984 in die Schlagzeilen, und im Sommer 1992 war die Bodenverseuchung des Platzes mit Cadmium und Blei Thema.

In eigener Sache kämpfte die Bürgergemeinschaft ebenfalls: Seit 1979 versuchten die Mitglieder, im Haus Rathenauplatz 7 ein Bürgerzentrum zu eröffnen. Es bestanden Pläne, dort ein Kommunikationszentrum - mit Teestube und Freizeitmöglichkeiten - für alle Viertelbewohnerinnen und -bewohner einzurichten. Die Stadt, die Eigentümerin des Hauses ist, unterstützte die Interessen der Bürgergemeinschaft aber nicht und stimmte der Einrichtung eines weiteren Restaurants zu. Erst im Jahre 1987 konnte die Bürgergemeinschaft ein kleineres Ladenlokal im selben Haus anmieten, in dem sich heute, neben der Bürgergemeinschaft selbst Initiativen und Gruppen aus dem Viertel treffen sowie Arbeitsgruppen und Kurse stattfinden.

Leider sind der Idealismus und die Kreativität der ersten Jahre - wie bei vielen anderen derartigen Initiativen auch teilweise verlorengegangen; viele Anwohnerinnen und Anwohner besuchen lediglich das alljährliche Sommerfest der Bürgergemeinschaft oder nutzen diese als Mittler zwischen der Stadtverwaltung und ihren eigenen Interessen, anstatt selbst aktiv zu werden. Es wäre jedoch ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität des Viertels, wenn sich mehr Anwohnerinnen und Anwohner aktiv und kritisch dafür einsetzen würden, ihr Wohnumfeld lebens- und liebenswert zu gestalten.

Mehr als zehn Jahre nach der Hausbe-

setzungsära hat sich das gesellschaftliche Klima, auch bezogen auf das aktive Einschreiten gegen Wohnraumzweckentfremdung, geändert. Es stehen zwar Wohnungen und Häuser im Viertel leer und dienen als Spekulationsobjekte, wie seit mehreren Jahren das Haus in der Görresstraße 2, aber zu Hausbesetzungen kommt es nicht mehr. Allenfalls wird ein Pressewirbel entfacht, um auf diese Weise die Machenschaften des Eigentümers ans Licht der Öffentlichkeit zu zerren. Es wird dann einige Tage über die Vorgänge geredet, und die zuständigen Behörden werden aufmerksam. Doch die Mühlen der Bürokratie mahlen bekannterweise viel zu langsam (vgl. KStA, 21, 8, 1992).

Ein Stück Heimat oder großstädtische Anonymität? Leben im Viertel heute

Im Rahmen eines Forschungsprojektes stellten Doktoranden des geographischen Instituts der Universität Köln kürzlich fest, die Kölner hätten drei Heimaten. Hinter diesen drei Heimaten verbergen sich die Stadt an sich, das Viertel und die unmittelbare kleine Heimat eines jeden Menschen, das Haus, oder die Straße, wo er wohnt (vgl. KStA, 16./17. 1. 1993).

Sehen die Menschen, die um den Rathenauplatz herum leben, neben den anderen Heimaten auch das Viertel als solche an oder kennzeichnet sich das Viertel ausschließlich durch großstädtische Anonymität und Fluktuation?

Letzteres ist gewiß ein wichtiger Faktor, der dazu beitrug, daß das Viertel nie einen fest umrissenen Viertelcharakter erhielt, was bei anderen Vierteln der Neustadt, wie beispielsweise dem Agnesviertel oder dem Belgischen Viertel, durchaus der Fall war und ist. Bedingt durch die »Arisierung« des jüdischen Besitzes und die Vertreibung der jüdischen Bevölkerung kam

es während der Zeit des Nationalsozialismus zu einem ersten gewaltsamen Bevölkerungsaustausch. Durch Kriegszerstörung und Evakuierung änderte sich ein weiteres Mal die Struktur der Einwohner des Viertels. Als sich dann in den siebziger Jahren die Vergnügungsindustrie ausbreitete, verließen weitere Personen das Viertel. Neben der sinkenden Wohnqualität durch Verkehrs- und Kneipenlärm trugen Spekulationen und die Umgestaltung von billigem Wohnraum in Eigentumswohnungen zum weiteren Bevölkerungsaustausch im Viertel bei, der bis heute anhält: »Die Wohnqualität hier hat sich schon sehr verschlechtert. Das ist so laut; das ist ja eine Autobahn vor der Tür. Ich möchte eigentlich weg hier. Es hat sich in den sechs Jahren, die ich hier wohne, unheimlich verändert. Früher gab es noch eher Stoßzeiten, heute ist ständig Verkehr.« Ist es für Esther Bues eher der Verkehrslärm, der sie vertreibt, so müssen andere aufgrund von Häuserverkäufen und steigenden Mieten das Viertel verlassen. Trotz der Tatsache, daß eine derart hohe Fluktuation bestand und besteht, die gewiß die Struktur des Viertels stark beeinflußte und immer noch beeinflußt, fühlen sich viele Menschen hier im Viertel zu Hause. Für sie hat das Viertel – ganz abgesehen von seiner zentralen Lage – seinen spezifischen Charme, wie Isabell Donath zu bestätigen weiß: »Die meisten Leute, die ich kenne, die hängen am Viertel; die würden hier nicht wegziehen.«

Sicherlich hat jede Viertelbewohnerin und jeder Viertelbewohner ein anderes, durch sein persönliches Umfeld geprägtes Verhältnis zum Viertel, was sich auch im Laufe eines Gespräches am 2. März 1993 mit Mitgliedern der Bürgergemeinschaft Rathenauplatz herauskristallisierte:

»Ich fühle mich hier am Platz zu Hause«, sagt Monika Schläger, während Andreas Hupke kein »Veedelsbekenntnis« abgeben kann, da er sich durch den Kneipenlärm zu stark belästigt fühlt. Ebensowenig ist Werner Kaemper ein überzeugter Viertelbewohner: »Ich bin zwar überzeugter Kölner, aber meine Überzeugung für das Viertel müßte ich mir schon zurechtbiegen, zumal der Platz durch die hohe Fluktuation eine unheimliche Anonymität erreicht hat.«

Letztendlich hängt die Verbundenheit mit dem Viertel sehr stark mit dem Bekanntenkreis und Freundeskreis zusammen, wie es auch Isabell Donath ausdrückt: »Für mich ist ein Veedel etwas eher individuelles, nämlich, wie ein Individuum sich in seiner Umgebung fühlt. Wenn ich hier meine alten Bekannten habe, dann ist das eben mein Veedel. Veedel ist die Gemeinschaft der Leute, die sagen: »Hier bin ich zu Hause.«

Hat jemand aber außerhalb des Viertels viele soziale Kontakte, so spielt laut Werner Kaemper das Viertel eine nicht so bedeutende Rolle: »Die Integrationsmomente, die für ein gewachsenes Viertel sprechen, die beziehen sich aber eher auf

einen engeren Kreis von Leuten, die du kennst. Ich habe diese Bezüge nicht, weil sich mein Berufsalltag in Grevenbroich abspielt umd meine Freunde in anderen Stadtteilen oder Städten wohnen.«

Wie stark das Lebensgefühl im Viertel der neunziger Jahre von der individuellen Lage beeinflußt wird, bringt Klaus Adrian nochmals auf den Punkt: »Als ich während der siebziger Jahre in der Engelbertstraße wohnte, haben Kontakte im wesentlichen zu den Mitbewohnerinnen und -bewohnern im Haus bestanden, die fast alle, wie auch ich, studierten. Ich habe dann drei Jahre in einer Wohngemeinschaft in Rösrath gewohnt, mußte mir dann jedoch eine neue Wohnung suchen. Die Tatsache, daß ich diese hier am Rathenauplatz gesucht und gefunden habe, hatte sicherlich auch damit zu tun, daß ich, verbunden mit den Unsicherheiten der für mich neuen Lebensform als sogenannter Single, hier im Viertel örtliche und soziale Anknüpfungspunkte vorzufinden hoffte.«

So unterschiedlich die Aussagen der Mitglieder der Bürgergemeinschaft zum und über das Leben am Rathenauplatz heute schon sind, sie geben bestimmt nicht das Lebensgefühl des Gros der Viertelbewohnerinnen und -bewohner wieder. Laut Aussage des Vorsitzenden des Vereins, Klaus Adrian, konnte der Verein kaum Singles, die neu ins Viertel zogen, noch Ausländerinnen und Ausländer in seine Reihen ziehen. Ebenso fanden nur wenige ältere Mitbewohnerinnen und -bewohner und Studentinnen und Studenten Zugang zum »Veedelstreff«. Woran das liegt, erklärt sich teilweise aus den Lebenszusammenhängen dieser Personenkreise:

Die Studentinnen und Studenten, die nur ein paar Jahre während ihres Studiums hier verbringen, genießen die Nähe zur Universität und das reichhaltige Angebot der Gastronomie, sind aber nicht auf eine intakte Viertelstruktur angewiesen, da sie ihre sozialen Kontakte vielfach noch in ihrem Heimatort finden. Ebensowenig verlangt es viele der sogenannten Singles nach Kontakten im Viertel selbst: für sie steht die Berufstätigkeit im Vordergrund, und sie sind froh, wenn ihnen ihre Wohnung als Ort der Ruhe und Erholung zur Verfügung steht. Dinge, die im Viertel geschehen, interessieren sie höchstens, wenn sie direkt betroffen sind, wie das zum Beispiel bei Parkplatzproblemen der Fall ist. In den letzten Jahren scheint diese Einstellung zugenommen zu haben, was nicht gerade dazu beitrug, der wachsenden Anonymität etwas entgegenzusetzen.

Auch wenn der Anteil der Einpersonenhaushalte im Viertel sehr hoch ist, dürfen bei der Beschäftigung mit der Wohnqualität des Viertels auch die Wünsche von Familien und insbesondere Alleinerziehenden mit kleinen Kindern nicht unberücksichtigt bleiben (vgl. VU, S. 11). Sie - vor allem letztere - benötigen für die Kinder Spielraum vor der Haustüre oder Personen in der Nachbarschaft, die sich auch mal als Babysitter zur Verfügung stellen. Für die Kinder selbst ist es wichtig, Spielgefährtinnen und -gefährten in der Nachbarschaft zu finden. Dem Bericht einer alleinerziehenden Mutter zufolge gibt es im Viertel tatsächlich diese Form der nachbarschaftlichen Hilfe: »Das ist wie auf dem Dorf. Durch die Kinder intensivieren sich die sozialen Kontakte. Mittlerweile finde ich selbst bei persönlichen Problemen Rückhalt bei den Nachbarinnen und Nachbarn. Die Situation als alleinstehende Frau ist dagegen wesentlich besser als auf dem Dorf, denn einerseits ist die soziale Kontrolle nicht so stark und andererseits gibt es hier viel mehr Möglichkeiten; wenn ich mal alleine etwas unternehmen möchte, passen die Nachbarn auf mein Kind auf.« (Maria Heil)

Trotz dieser Lichtblicke ist die Infrastruktur des Viertels eher kinderfeindlich als kinderfreundlich. Es mangelt an Kin-

dergärten und Horten: Selbstverständlich reichen die 45 Plätze im italienischen und die 40 im katholischen Kindergarten keineswegs aus. Für Kinder bis zu drei Jahren und für schulpflichtige Kinder sind überhaupt keine Tagesstätten vorhanden (vgl. VU, S. 21). Daher sind viele auf eine Tagesmutter oder auf einen außerhalb des Viertels liegenden Hortplatz angewiesen, wenn nicht mittels Elterninitiativen Alternativen erprobt werden. Eine solche Elterninitiative hat sich auch in der Mozartstraße zusammengefunden, doch wie bei vielen Projekten dieser Art fehlen auch für die »Mozartkugeln« die finanzielle Unterstützung und die Räume (vgl. KStA, 14. 10. 1992). Eine andere Elterninitiative, die sich Ende der achtziger Jahre gründete, fand nach langem Suchen lediglich Räume in Ehrenfeld für die Errichtung eines Hortes. »Vermieter können halt bei gewerblicher Nutzung höhere Mieten verlangen. Dies war auch der Grund, warum wir ein leerstehendes Ladenlokal in der Engelbertstraße letztendlich doch nicht beziehen konnten«, erzählt Maria Heil, eine der Mitbegründerinnen der Initiative. Momentan bemühen sich mehrere Eltern um die Gründung eines Hortes in der Schule Lochnerstraße. Es ist traurig, daß diese Aktivitäten bei Schul- und Stadtverwaltung kaum Zuspruch finden, obwohl der Bedarf eindeutig nachgewie-

Ebensowenig reichen die Spielplätze aus; die Spielflächen auf dem Rathenauplatz bieten viel zu wenig Raum, und die Spielgeräte, die in einem völlig desolaten Zustand sind, sind keineswegs kindgerecht. Dies soll sich allerdings im Zuge der Platzumgestaltung ändern.

Ein wiederum anderes Lebensgefühl werden die hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer haben. Da gibt es die italienischen, griechischen und türkischen Familien, die teilweise schon mehrere Jahrzehnte hier leben oder die Asylbewerberinnen und -bewerber und Flüchtlinge, die



Abb. 99 Türkische Frauen auf dem Rathenauplatz, 1979

erst vor wenigen Monaten hierher kamen und in Wohnheimen eine erste Anlaufstelle finden. Während sich die einen hier mittlerweile zu Hause fühlen, sind die anderen mit vielen Problemen, wie Aufenthaltserlaubnis, Sprachschwierigkeiten und Wohnungssuche konfrontiert und



Abb. 100 Obdachlose auf dem Rathenauplatz, 1979

leben oftmals nur zeitweilig im Viertel. Die alteingesessenen ausländischen Bürgerinnen und Bürger haben die ihrer Kultur entsprechenden Lebensgewohnheiten in das Viertel hineingetragen. Es fehlt zum Beispiel weder an einem Teehaus für türkische Männer noch an türkischen



Abb. 101 Sommerstimmung auf dem Rathenauplatz, 1992

166

Lebensmittelläden, und sogar ein kleine Moschee ist errichtet worden.

Obwohl dies darauf hindeutet, daß sich die schon länger hier ansässigen Ausländerinnen und Ausländer ein neues Stück Heimat aufgebaut haben, beeinträchtigt die zunehmende Ausländerfeindlichkeit das Lebensgefühl aller hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer. Im Viertel fand diese dramatische Entwicklung schon Ende der achtziger Jahre ihren traurigen Niederschlag: Eine Diskothek am Platz diente als Treffpunkt für eine Gruppe von Skinheads, und es kam zu Übergriffen auf ausländische Anwohnerinnen und Anwohner.

Die momentane Stimmungslage und Hetze gegen Ausländerinnen und Ausländer fand auch im Viertel Anhänger:

Anfang 1993 bekam die Verwaltung der Casa Italia einen Drohbrief, aus dem hervorgeht, daß sich der anonyme Schreiber von den italienischen Bewohnern belästigt fühlt und gegebenenfalls auch gewaltsam dagegen vorgehen würde (vgl. Mitteilung Casa Italia, 9. 1. 1993).

Glücklicherweise gibt es Anwohnerinnen und Anwohner, die sich offen gegen die wachsende Ausländerfeindlichkeit aussprechen und versuchen, die Kultur und Lebensweise der ausländischen Nachbarinnen und Nachbarn besser kennenzulernen, um zu helfen, Vorurteile und Intoleranz abzubauen.

Es läßt sich kaum von der Hand weisen, wie sehr die Bewohnerinnen und Bewohner mit Problemen, die ihr direktes Wohnumfeld betreffen, konfrontiert werden: Mangelnde Spiel- und Kindergartenplätze, Verkehrs- und Parkplatzprobleme, Platzverschmutzung und -gestaltung, Kneipenlärm, Vernichtung billigen Wohnraumes, Obdachlosigkeit, Gewalt gegen Frauen, Ausländerfeindlichkeit sind nur die augenscheinlichsten der vergangenen Jahre.

Diese Schwierigkeiten, die das Leben im Viertel heute kennzeichnen, dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß viele hier ein Stück Heimat, oder besser gesagt: einen Lebensraum, der ihren subjektiven Wünschen und Bedürfnissen entspricht, gefunden haben.

Insbesondere die Vielfältigkeit der Lebenswirklichkeiten macht heute den besonderen Reiz aus, am Rathenauplatz zu leben.

Anhang

Abkürzungsverzeichnis

Archive		Sonstige Quellen
HAStK	 Historisches Archiv der Stadt Köln 	FGJ - Festschrift Germanica Judaica, siehe Literaturverzeichnis
HStAD	 Hauptstaatsarchiv Düssel- dorf 	FNP - Flächennutzungsplan, siehe Literaturverzeichnis
NS-Dok	 NS-Dokumentationszentrum Köln 	GA – Greven's Adreßbücher, sind in der Stadtbücherei Köln und
	Rheinisches Bildarchiv KölnStadtkonservator	im Historischen Archiv der Stadt Köln einsehbar.
Zeitunge	211	GiK – Geschichte in Köln, siehe Literaturverzeichnis
	- Deutsche Zeitung	KSH – Kölner Statistisches
KK	 Kölnischer Kurier 	Handbuch SJB – Statistisches Jahrbuch
K.Ztg. KR	Kölnische ZeitungKölner Rundschau	Verhandl. d. Stadtv Verhandlungen
KStA	 Kölner Stadt-Anzeiger, bis 1923 als Stadtanzeiger Beila- ge zur Kölnischen Zeitung. 	der Stadtverord- neten, liegen voll- ständig im Histo- rischen Archiv
	 Kölner Tageblatt 	der Stadt Köln
KVZ	- Kölnische Volkszeitung	vor.
	LocalanzeigerNeues Deutschland	VU - Vorbereitende Untersuchun-
	 Neue Rheinische Zeitung 	gen, siehe Literaturverzeich-
WB	- Westdeutscher Beobachter	nis
WN	- Westfälische Nachrichten	

Literaturverzeichnis

Im Literaturverzeichnis finden sich – nach Kapiteln sortiert – die wichtigsten darstellenden Werke zu den behandelten Themen. Quellen sind hier nicht nochmals aufgeführt; die notwendigen Angaben hierzu erschließen sich aus den Anmerkungen sowie dem Abkürzungsverzeichnis. In mehreren Kapiteln verwendete Literatur wird nur einmal genannt.

Literatur zu den Kapiteln »Platzumbenennungen als Spiegelbild der Geschichte« und »Stadtentwicklung mit Blick auf den Rathenauplatz«

Caris, Markus, Verkehr, Verkehrspolitik und Stadtplanung 1945–1948, in: Geschichte in Köln, Heft 14, Köln 1983, S. 121–154.

Conrad, Rolf, Die Kölner Neustadt, Köln 1956.

Frohn, Robert, Köln 1945-1981, Köln 1982.

Hagspiel, Wolfram, Nationalsozialistische Stadtplanung, in: Geschichte in Köln, Heft 9, Köln 1981, S. 89–107.

Jasper, Karlbernhard, Der Urbanisierungsprozeß dargestellt am Beispiel der Stadt Köln, Köln 1977.

Kier, Hiltrud, Die Kölner Neustadt, Ihre Geschichte, Ihr System und ihre Bauten, Köln 1973.

Kier, Hiltrud, Die Kölner Neustadt, Planung, Entstehung, Nutzung, Düsseldorf 1978.

Köln und seine Bauten, Festschrift zur 8. Wanderversammlung des Verbandes deutscher Architekten- und Ingenieurvereine in Köln vom 12. bis 16. August 1888, hrsg. v. Architekten- und Ingenieurverein für Niederrhein und Westfalen, Köln 1888, (Faks-T.) Köln 1984.

Lenz, Lothar, Die Mietskaserne in Köln, Bonn/Leipzig 1930.

Meynen, Henriette, Die Kölner Grünanlagen, Düsseldorf 1979.

Stadt Köln (Hrsg.), Flächennutzungsplan der Stadt Köln; Entwurf – Erläuterungsbericht, Köln 1980.

Stadt Köln (Hrsg.), Stadtentwicklungsplan, Köln 1979.

Stadt Köln (Hrsg.), Vorbereitende Untersuchungen nach § 141 BauGB und Rahmenkonzept Mauritius- und Rathenauviertel, Köln 1991.

Stelzmann, Arnold/Frohn, Robert, Illustrierte Geschichte der Stadt Köln, (11. überarb. Aufl.) Köln 1990.

Utecht, Else, Wirtschafts- und Sozialtopographie der Alt- und Neustadt von Köln, Köln 1929.

Weyden, Ernst, Köln am Rhein vor fünfzig Jahren, Köln 1862. Neue, bearbeitete Ausgabe "Köln am Rhein um 1810", Köln 1976

Literatur zum Kapitel »Jüdisches Leben«

Adam, Uwe, von der »Ausschaltung« zur »Endlösung«, Antisemiten an der Macht, Die Judenpolitik des Dritten Reiches 1933–1942, in: Ginzel, Günther Bernd, Antisemitismus, Erscheinungsformen der Judenfeindschaft gestern und heute, Bielefeld 1991, S. 192–218.

Allen, William Sheridan, Die deutsche Öffentlichkeit und die Reichskristallnacht – Konflikte zwischen Werthierarchie und Propaganda im Dritten Reich, in: Peukert, Detlev, Die Reihen fast geschlossen, Wuppertal 1981.

Asaria, Zwi, Die Juden in Köln, von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart, Köln 1959.

Becker-Jákli, Barbara (Hrsg.), Ich habe Köln doch so geliebt, Lebensgeschichten jüdischer Kölnerinnen und Kölner, Köln 1993. Bergmann, Werner/Erb, Rainer (Hrsg.), Antisemitismus in der politischen Kultur nach 1945, Opladen 1990.

Blasius, Dirk/Diner, Dan (Hrsg.), Zerbrochene Geschichte, Leben und Selbstverständnis der Juden in Deutschland, Frankfurt 1991.

Brumlik, Micha/Kiesel, Doron u. a. (Hrsg.), Jüdisches Leben in Deutschland seit 1945, Frankfurt 1986.

Düwell, Kurt, Der Jüdische Kulturbund Rhein-Ruhr 1933–1938, in: Köln und das rheinische Judentum, Festschrift Germania Judaica 1959–1984, Köln 1984, S. 427–441.

Fischer, Bruno, Wegweiser durch das jüdische Köln, in: Heid, Ludger/Schoeps, Julius Hans (Hrsg.), Wegweiser durch das jüdische Rheinland, Berlin 1992, S. 148–179.

Franzheim, Liesel, Juden in Köln, Von der Römerzeit bis ins 20. Jahrhundert, Köln 1984.

Ginzel, Günther Bernd, Jüdischer Alltag in Deutschland 1933–1945, Düsseldorf 1984.

Ginzel, Günther Bernd, Phasen der Etablierung einer Jüdischen Gemeinde in der Kölner Trümmerlandschaft 1945–1949, in: Köln und das rheinische Judentum, Festschrift Germania Judaica 1959–1984, Köln 1984, S. 445–461.

Goerschler, Henry/Reinhardt, Horst, Die Schande von Köln und Bonn, Drahtzieher, Ursachen und Ziele des Antisemitismus in Westdeutschland, Berlin/Ost 1960.

Heid, Ludger, Antisemitismus und »Ostjudenfrage«, Von »Krawattenjuden« und »Kaftanjuden«, in: Ginzel, Günther Bernd (Hrsg.), Antisemitismus, Erscheinungsformen der Judenfeinschaft gestern und heute, Bielefeld 1991, S. 320–326.

Hilberg, Raul, Täter, Opfer, Zuschauer. Die Vernichtung der Juden 1933–1945, Frankfurt/M. 1992. Kaplan, Marion A., Die Jüdische Frauenbewegung in Deutschland, Organisation und Ziele des Jüdischen Frauenbundes, Hamburg 1981.

Kober, Adolf, History of Jews in Cologne, New York 1940.

Künzl, Hannelore, Synagogenbauten des 19. Jahrhunderts in Köln, in: Köln und das rheinische Judentum, Festschrift Germania Judaica 1959–1984, Köln 1984, S. 226–234.

Matzerath, Horst (Hrsg.) "... vergessen kann man die Zeit nicht, das ist nicht möglich ...", Kölner erinnern sich an die Jahre 1929–1945, Köln 1987.

NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln in Verbindung mit dem Verein EL-DE-Haus (Hrsg.), Köln, 31. Mai 1942: Der 1000-Bomber-Angriff, bearb. von Martin Rüther, Köln 1992.

NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln (Hrsg.), Jüdisches Schicksal in Köln, Ausstellungskatalog, Köln 1989.

NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln (Hrsg.), Jüdisches Schicksal in Köln, Unterrichtsmaterialien, Köln 1989.

Pracht, Elfi, Jüdische Kulturarbeit in Köln 1933–1941, in: Geschichte in Köln, Heft 29, 1991, S. 119–156.

Richarz, Monika (Hrsg.), Jüdisches Leben in Deutschland 1918–1945, Sozialgeschichte des Judentums, Band 3, Stuttgart 1982.

Richarz, Monika (Hrsg.), Jüdisches Leben in Deutschland im Kaiserreich, Sozialgeschichte des Judentums, Band 2, Stuttgart 1979.

Schoenboerner, Gerhard, Der gelbe Stern. Die Judenverfolgung in Europa 1933– 1945, Frankfurt 1991.

Strauss, Herbert A./Kampe, Norbert (Hrsg.), Antisemitismus, von der Judenfeindschaft zum Holocaust, Bonn 1985.

Synagogengemeinde Köln (Hrsg.), Zur Weihe der wiederhergestellten Synagoge Roonstraße und des jüdischen Kulturzentrums, Köln 1959.

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) (Hrsg.), Antisemitismus in der Bundesrepublik, (2. Aufl.) Frankfurt/Main 1959.

Walk, Josef, Das Jüdische Schulwesen in Köln bis 1942, in: Köln und das rheinische Judentum, Festschrift Germania Judaica 1959–1984, Köln 1984, S. 415–426.

Walk, Josef, Jüdische Schule und Erziehung im Dritten Reich, Frankfurt/M. 1991.

Weißbuch der Bundesregierung, Die antisemitischen und nazistischen Vorfälle in der Zeit vom 25. Dezember 1959 bis zum 28. Januar 1960, Bonn 1960.

Winkler, Heinrich August, Die deutsche Gesellschaft der Weimarer Republik und der Antisemitismus, in: Ginzel, Günther Bernd, Antisemitismus, Erscheinungsformen der Judenfeindschaft gestern und heute, Bielefeld 1991, S. 181–191.

Wollenberg, Jörn, (Hrsg.), Niemand war dabei und keiner hat's gewußt. Die deutsche Öffentlichkeit und die Judenverfolgung, München 1989.

Literatur zum Kapitel »Alltag im Viertel«

Benz, Wolfgang, Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 3: Gesellschaft, Frankfurt/Main 1989.

Dann, Otto (Hrsg.), Köln nach dem Nationalsozialismus, Wuppertal 1981.

Festschrift zur 75jährigen Vollendung des Turmes der Herz-Jesu-Kirche sowie der Beendigung der Restaurationsarbeiten 1984, Köln 1984.

Focke, Harald/Reimer, Uwe, Alltag unterm Hakenkreuz, Band 1, Wie die Nazis das Leben der Deutschen veränderten, Reinbek bei Hamburg, 1979.

Först, Walter, Köln im Zweiten Weltkrieg, in: Geschichte in Köln, Heft 13, Köln 1983, S. 101–123.

Graf, Ursula, Leben auf Karte, Frauen in der Nachkriegszeit, in: Franken, Irene/ Kling-Mathey, Christiane (Hrsg.), Köln der Frauen, Ein Stadtwanderungs- und Lesebuch, Köln 1992, S. 193–206.

Hellfeld, Matthias von/Klönne Arno, Die betrogene Generation, Jugend im Faschismus, Köln 1985.

Jacobsen, Ludwig August, So hat es angefangen. Ein Bericht aus den Tagen der »nationalen Erhebung« in Köln, Köln 1987.

Kier, Hiltrud/Schäfke, Werner, Die Kölner Ringe. Geschichte und Glanz einer Straße, Köln 1987.

Klein, Adolf, Köln im Krieg, Stadtgeschichte der Jahre 1933–1945, Köln 1983.

Koonz, Claudia, Mütter im Vaterland, Frauen im Dritten Reich, Freiburg 1991.

Kuhn, Annette (Hrsg.) Frauen in der deutschen Nachkriegszeit, Band 1 und 2, Düsseldorf 1979.

Kuhn, Annette/Rothe, Valentine, Frauen im Deutschen Faschismus, Band 1 u. 2, eine Quellensammlung mit fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen Kommentaren, Düsseldorf 1982.

Nottelmann, Annette, Von Beginen und Bayenamazonen – Frauengeschichte im Severinsviertel, unveröffentl. Manuskript, erscheint demnächst beim Kölner Frauengeschichtsverein.

NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln (Hrsg.), Machtergreifung und Gleichschaltung, Kölner Schulen 1933– 1935, Unterrichtsmaterialien, Köln 1991.

Pettenberg, Heinz, Starke Verbände im Anflug auf Köln, Eine Kriegschronik in Tagebuchnotizen 1939–1945, Köln 1985. Peukert, Detlev, Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde, Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus, Köln 1982.

Reese, Dagmar, Straff, aber nicht stramm – herb, aber nicht derb. Zur Vergesellschaftung von Mädchen durch den Bund deutscher Mädel im sozialkulturellen Vergleich zweier Milieus, Weinheim/Basel 1989.

Schmitz, Maruta/Dietz, Gabi (Hrsg.), Frauen unterm Hakenkreuz, Berlin 1983.

Schule Lochnerstraße (Hrsg.), Schule im Wandel der Zeiten, Schule Lochnerstraße 1899–1974, Köln 1974.

Sywottek Arnold, Konsum, Mobilität, Freizeit, Tendenzen gesellschaftlichen Wandels, in: Broszat, Martin (Hrsg.), Zäsuren nach 1945, Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte, München 1990, S. 95–111.

Taylor, Eric, 1000 Bomber auf Köln, Operation Millenium 1942, Düsseldorf 1979.

Unruh, Trude (Hrsg.), Trümmerfrauen, Biographien einer betrogenen Generation, Essen 1987.

Verein El-DE-Haus e. V. und NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln (Hrsg.), Köln und der 30. Januar, Schriftenreihe zur Kölner NS-Geschichte, Band 1, Köln 1993.

Wagner, Rita, Cöln, Die sozialen Verhältnisse um 1900, Köln 1989.

Walser, Karin, Dienstmädchen, Frauenarbeit und Weiblichkeitsbilder um 1900, Frankfurt 1985.

Wederkop, H. v., Was nicht im Baedeker steht, Band 5, München 1928.

Wierling, Dorothee, Mädchen für alles, Arbeitsalltag und Lebensgeschichte städtischer Dienstmädchen um die Jahrhundertwende, Berlin 1987.

Zentrale des Katholischen Deutschen Frauenbundes (Hrsg.), Jahrhundertwende – Jahrhundertmitte, Der Katholische Deutsche Frauenbund auf dem Wege 1903–1953, Köln 1953.

Bildnachweis

Albrecht, Marliese und Marita: Abb. 60 Archiv des KDFB: Abb. 65 Asaria, Zwi, Die Juden in Köln, 1959: Abb. 46 Beck, Dirk: Abb. 10, Abb. 96, Abb. 99, Abb. 100 Bildarchiv Marburg: Abb. 1 Broichhagen, Sophia: Abb. 83 Bundesarchiv Koblenz: Abb. 4 Dick, Annaliese: Abb. 6, Abb. 87, Abb. 89 Evangelischer Stadtkirchenverband: Abb. 70 (Repro: Christiane Wolff) Fairleigh Dickinson University: Madison, Abb. 40 Fischer, Johann: Abb. 75 Grünebaum, A: Abb. 57 Hanseler, Peter: Abb. 86, Abb. 93, Abb. 94 Hauptstaatsarchiv Düsseldorf: Abb.84 Historisches Archiv der Stadt Köln: Abb. 7, Abb. 8, Abb. 15, Abb. 16, Abb. 21, Abb. 25, Abb. 45, Abb. 77, Abb. 85, Abb. 88, Abb. 89, Abb. 90, Abb. 91 Kaemper, Werner: Abb. 98 Kloster »Heilig Kreuz«: Abb. 61 Kölner Statistisches Handbuch, 1958: Abb. 19 Laufenberg, Matthias: Abb. 9, Abb. 101 Louis, Reinhold, Kölnischer Liedschatz, 1986: Abb. 92

Murmann, Geerte: Abb. 76

NS-Dokumentationszentrum Köln: Abb. 38, Abb. 39, Abb. 41, Abb. 42, Abb. 43 Rheinisches Bildarchiv Köln: Abb. 12, Abb. 13, Abb. 14, Abb. 17, Abb. 18, Abb. 20, Abb. 23, Abb. 29, Abb. 31, Abb. 35, Abb. 36, Abb. 37, Abb. 48, Abb. 51, Abb. 52, Abb. 56, Abb. 58, Abb. 59, Abb. 62, Abb. 67, Abb. 71, Abb. 72, Abb. 73, Rüth, Hans, Abb. 82 Sawatzki, H.: Abb. 66 Schulte-Pelkum, H., Abb. 26, Abb. 27, Abb. 28 Stadtkonservator Köln: Abb. 24, Abb. 79 Stolbrink, Doris, Abb. 69 Theurer, Ralf: Abb. 64 Weiß, Maria, Abb. 81 Wirtz, Hansherbert: Abb. 53 Wolff, Christiane: Abb. 30, Abb. 32, Abb. 33, Abb. 34, Abb. 63, Abb. 80, Abb. 95, Abb. 97

Die Illustration auf der Vorderseite zeigt die Synagoge und den Königsplatz, um 1908. Bildnachweis: Rheinisches Bildarchiv Köln.

Die Illustrationen auf der Rückseite zeigen den Rathenauplatz, 1993 (Foto von Hans Günther Contzen) und die Zülpicher Straße, 1993 (Foto von Christiane Wolff)

Serviceteil

Essen & Trinken

Bacchus; Weinstube; Rathenauplatz 17; Limericks; Irish-Pub; Zülpicher Straße 34; Tel.: 21 79 86 Bistro Lustro; Dasselstraße 4; Tel.: 21 54 66 Café & Biergarten; Zülpicher Straße 24; Tel.: 2 40 31 10 Café Orlando; Engelbertstraße 9; Tel.: 23 75 73 Café Shab; Lindenstraße 93; Tel.: 23 22 64 Chicho's; Mexikanisches Restaurant; Görresstraße 21: Tel.: 24 55 03 Dschungel; Kyffhäuserstraße 19; Tel.: 24 17 18 Gaststätte Kleinmann; Gutbürgerliche Kü-

che & Wildgerichte; Zülpicher Straße 9; Tel.: 23 23 46

Gaststätte Stiefel; Gutbürgerliche Küche; Zülpicher Straße 18; Tel.: 21 16 36

Hellers Bierhaus; Brauerei im Hause; Roonstraße 33; Tel.: 2 40 18 81

HoteLux; Russische Küche; Rathenauplatz 21; Tel.: 24 11 36

Kyffhäuser Weinkeller; Kyffhäuserstraße 47; Tel.: 24 99 43

La Croque; Zülpicher Straße 19; Tel.: 23 24 25

Tel.: 24 14 01

Linh Lan; Vietnamesischer Imbiß; Engelbertstraße 5:

Musette et Poisson; Fischspezialitäten; Rathenauplatz 7; Tel.: 24 73 69

Museum; Zülpicher Platz 9; Tel.: 23 20 98

Oruc Grill; Kebab, Pizza, Lahmacun; Heinsbergstraße 1; Tel.: 23 20 93

Parkcafé auf dem Rathenauplatz; Biergarten; Tel.: 23 99 93 & 23 26 47

podium; Zülpicher Straße 28; Tel.: 23 64 48

Spätzle; Schwäbisch/italienische Küche; Rathenauplatz 8; Tel.: 21 14 78

Sprößling; Vegetarisches Vollwertrestaurant für Nichtraucher; Mozartstraße 9; Tel.: 23 21 24

Taverne Dionysos; Griechische Küche; Meister-Gerhard-Straße 30; Tel.: 23 14 45

Thalí; Indisches Restaurant & Partyservice; Engelbertstraße 9; Tel.: 23 91 69

Zarah's Blues; Kyffhäuserstraße 17; Tel.: 21 53 86

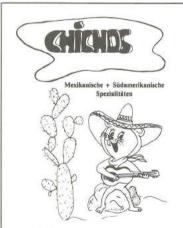
IM Lustro BEDIENT SIE DER WOHL

FREUNDLICHSTE "SEEHUND" DER

NÖRDLICHEN HALBKUGEL!



Na, keine Lust auf's Lustro?



Hier erleben Sie die Küche von Süd- und Mittel-Mexiko

Görresstraße 21 Am Rathausplatz 50674 Köln 1 Tel. 0221/245503

HELLERS KÖLSCH - EIN EINZIGARTIGES BIER

Gebraut mit Hopfendolden und 100% Gerstenmalz

aus kontrolliert ökologischem Anbau

ohne jegliche Stabilisierungs- und Konservierungsstoffe.

Deshalb ist Hellers Kölsch immer frisch!

Eine weitere Spezialität ist Hellers "Wiess",

ein unfiltriertes Kölsch,

in dem die nahrhafte Hefe belassen ist.

HELLERS KÖLSCH & WIESS

aus

HELLERS BRAUHAUS

Roonstraße $33 \cdot 50674$ Köln \cdot Telefon $02\,21/24\,25\,45$

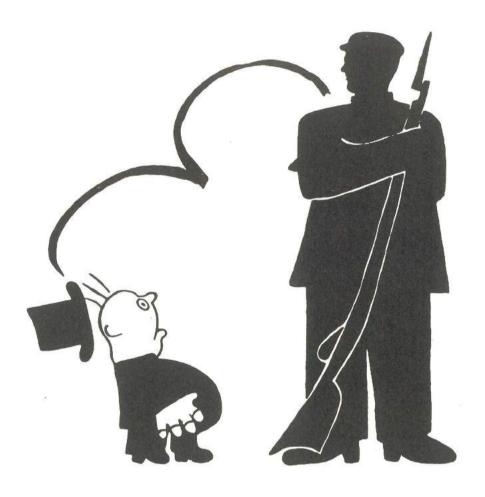


RATHERAUPLATZ

- Das gemütliche Biergarten-Cafe im Veedel
- Beliebt bei Jung und Alt
- Geöffnet bei Sonnenschein von mittags bis in den Abend hinein

Parkcafe Rathenauplatz Rathenauplatz 8 50 674 Köln Tel. 23 99 93 / 23 26 47

Der rotgardistische Anschlag auf Ihr Kapital



Essen und Trinken im "Sowjetlokal HoteLux" Rathenauplatz 21, 5000 Köln 1, Tel.: 24 11 36 kendet se mr a gscheide Wirtschaft sage?



Restaurant

Spätzle

schwäbische und italienische "Spätzialitäten"

Rathenauplatz 8 Köln 1
12.00-14.30 u. 18.00-24.00, Sa. ab 18.00 Uhr
Donnerstag Ruhetag, Tel. 21 14 78
Wir liefern auch ins Haus!
Gesellschaftsraum für 30 Pers. im Gewölbekeller

Parkplatz-Empfehlung: Parkhaus Hohenstaufenring 29

Stadtwanderung ganz besonderer Art



Rölner
Brauhaus-Wanderweg
Ein feuchtfröhlicher Rundgang durch Geschichte
und Gegenwart

Die Wanderung um den Dom und durch die Kölner Altstadt

Herausgegeben von der Hans Sion-Stiftung 56 Seiten, zahlreiche Abb., kart. ISBN 3-7616-1141-2

Kommen Sie mit und entdecken Sie Kölner Stadt- und Kulturgeschichte auf diesem ungewöhnlichen Weg.

Der **Brauhaus-Wanderweg** zeigt Ihnen, wie Sie Köln, Kölsch und Kultur auf unterhaltsame Art verbinden können.

J.P. BACHEM VERLAG

VEGETARISCH. Sprößling VOLLWERTKÜCHE
Kulinarisches Frühstücksbüffet
Sonntags 10-14 Uhr - Selbstbedienung

Nichtraucherrestaurant Mozartstr. 9 · 5000 Köln 1 · Tel. 23 21 24 Öffnungszeiten: Täglich außer dienstags 12-15 Uhr und 17.30-23 Uhr · Dienstag Ruhetag

Einkaufen

Akademische Buchhandlung; Zülpicher Straße 16; Tel.: 21 12 06

Alibi; Krimibuchhandlung; Engelbertstraße 11: Tel.: 24 44 96

Bäckerei Haube; Zülpicher Straße 3; Tel.: 23 10 03

ballaballa; Artistik-, Theater- und Zauberbedarf; Zülpicher Straße 39; Tel.: 24 39 84

Book- & Printshop; Boisseréestraße 5; Tel.: 24 25 89 & 24 92 31

Service rund um die Sprache; Bücheran- und -verkauf; Satz & Layout

Brigittes Kopierkiste; Dasselstraße 3; Tel.: 21 21 95

Copy-Shop; Beethovenstraße 33; Tel.: 21 46 64

Der Taschenbuchladen; Zülpicher Straße 4; Tel.: 21 94 44

Dickersbach; Eisenwaren; Kyffhäuserstraße 45; Tel.: 23 11 25

Drogerie Gutzeit; Kyffhäuserstraße 40; Tel.: 21 44 16

Finken; Bürobedarf & Kopien; Kyffhäuserstraße 7; Tel.: 21 21 98

Firat Market; Türkische Lebensmittel; Boisseréestraße 1; Tel.: 23 29 70

Hört – Hört; Musikladen; Engelbertstraße 46; Tel.: 23 67 89

Kontra; Supermarkt; Beethovenstraße 5; Tel.: 23 76 42

Kräuterhaus; Bioladen; Zülpicher Straße 29; Tel.: 21 47 13 Lollipop; Kinder-Second-Hand; Engelbertstraße 13; Tel.: 21 77 61

M'Rabets; Fischdelikatessen; Beethovenstraße 5; Tel.: 24 10 36

Pace; Fahrradladen; Rathenauplatz 24; Tel.: 23 19 46

Pünktchen und Anton; Second-Hand-Laden für Kinder; Lindenstraße 69; Tel.: 21 19 16

S & L aktiv reisen; Kyffhäuserstraße 55; Tel.: 23 30 91

Schreibwaren Uchtmann & Maresch; Zülpicher Straße 32; Tel.: 23 88 12

Spielbrett; Engelbertstraße 5; Tel.: 23 14 89 Im Spielbrett bieten wir mehr als 3000 Spiele, fachkundige Beratung und die Möglichkeit, gewünschte Spiele auszupacken und in aller Ruhe anzusehen.

Sportlädchen; Zülpicher Straße 48; Tel.: 23 83 64

Theater- und Konzertkasse Köln; Beethovenstraße 16–18; Tel.: 21 03 53–55

Trans-Globe; Trecking-Bedarf; Zülpicher Straße 38; Tel.: 23 93 98

Troja-Glas; Rathenauplatz 13; Tel.: 21 75 49

Viertmann; Fachhandlung für Gitarren; Beethovenstraße 27; Tel.: 23 11 99

Weinhaus Burgund; Rathenauplatz 35; Tel.: 24 96 45



Zülpicher Straße 3, 50674 Köln Tel.: 23 10 02

- 20 Jahre im Veedel -

20 Jahre - die Veränderungen sind kaum aufzuhalten: Während nach und nach die kleinen Bäckereien verschwanden, haben wir versucht, weiterhin unser Bestes zu geben, um stets hochwertige Backwaren herzustellen. Backen aus Tütchen mit vorgefertigten Mitteln ist bei uns schon seit langem passé. Wir haben uns auf unsere alte Backtradition - mit Natursauerteig - besonnen. Lange Zeit dachten wir, daß wir von der Backmittelindustrie, die ja bekanntlich von den Gesundheitsbehörden überprüft wird, mit einwandfreien Zutaten versorgt würden. Dies ist allerdings eine Täuschung. Als wir darüber in der Presse lasen, veranlaßte uns dies zu weiterem Umdenken. Daher möchten wir nach und nach auf unsere stolzen Bäckerfahnen schreiben: »Am liebsten ganz ohne Chemie und natürlich ohne Konservierung«. Obwohl wir bemüht sind, ganz auf Chemikalien zu verzichten, merken wir das eine gewisse Zeit dafür notwendig ist, um qualitativ und geschmacklich das gewünschte Niveau zu erreichen.

Auch wenn die natürliche Backkunst manches Mal mit Schwierigkeiten verbunden ist, hoffen wir auf das Verständnis unserer netten Kundschaft, damit wir weiterhin *ihr* Veedelsbäcker bleiben.

Ihr Bäckermeister

gleumes & co landkarten & reiseführer regional & weltweit

Hohenstaufenring 47-51 21 1550 & 21 5650

DÜMPELFELD & DREIER KOPIEREXPRESS

COPY SHOP VERTRIEB · WARTUNG REPARATURSERVICE

Beethovenstraße 33 5000 Köln 1



Telefon (02 21) 21 46 64 Telefax (02 21) 21 46 64

Zweit-Hand-Kinder-Kaufhaus



Abholdienst f Kindermöbel u.ä. und... und...

Zülpicher Platz/ Engelbertstr. 13 21 77 61 Mo-Fr 10-13 15-18

Sa 10-14

Beratung & Bildung

Abfallberatung der Stadt Köln; Kyffhäuserstraße 10 a; Tel.: 23 19 38 & 21 28 42

AIDS-Hilfe; Beethovenstraße 1; Tel.: 19 411 (Beratung) & 20 20 30 (Büro)

Arab Woman Solidarity Association: Lützowstraße 29; Tel.: 56 15 91

Bürgergemeinschaft Rathenauplatz e. V. -Veedelstreff -, Rathenauplatz 7; Tel.: 24 83 01

Casa Italia; italienischer Kindergarten, Wohnheim, Sprachkurse u.a.; Meister-Gerhard-Straße 10-14; Tel.: 21 16 10

Club 68 Köln e.V.: Teestube, OT, Kindergruppen; Hohenstaufenring 42; Tel.: 21 89 90

Die Brücke; Haftentlassenenbetreuung; Beethovenstraße 6; Tel.: 23 37 85

eco - Umweltlabor; Engelbertstraße 41; Tel.: 21 95 21 & 21 99 00

Evangelische Kirchgemeinde; Jeremia-Haus; Mozartstraße 15; Tel.: 23 85 60

Hagazussa; Frauenselbsthilfe & Gesundheitsladen; Roonstraße 92; Tel.: 23 40 47

Iunkie-Bund-Köln; Beethovenstraße 1; Tel · 21 83 45

Katholische Kirchengemeinde Herz-Jesu; Hochstadenstraße 33; Tel.: 23 49 89

Nachbarschaftsauto Rathenauplatz; c/o G. Abmayr: Meister-Gerhard-Straße 22: Tel.: 24 51 04

Rechtsanwalt Dr. H. Comes; Boisseréestraße 3: Tel.: 21 01 33

Schüler-Geschichtswerkstatt; Lochnerstraße 11; Tel.: 221-77 30

Synagogen-Gemeinde Köln; Roonstraße 50; Tel.: 23 56 26

VSB-Bildungswerk; Boisseréestraße 3; Tel.: 21 91 70

Internationaler Bund für Sozialarbeit, Jugendsozialwerk e. V. (IB); Sprachkurse & Berufsbildung; Beethovenstraße 3; Tel.: 21 90 88

Internationaler Bund für Sozialarbeit, Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit (IB); Sprachkurse für Ausländer, Berufsförderung ausländischer Jugendlicher; Mozartstraße 9;

Tel.: 21 04 07

Kultur Sprachen Sprachen
Sprachen
Computer
Berufliches
Berufliches
Kreatives...
BILDUNGSWERK
Boisseréestr. 3
Boisseréestr. 3

80674 Köln
50674 Köln
50674 (0221) 219170

Analysen · Gutachten

- Innenraum Schadstoffe
- Raumklima
- Asbest
- Wasser, Boden, Altlasten
- Ökologische Produktprüfung



Engelbertstr. 41 - 50674 Köln (City) - Tel. 02 21 / 21 95 21

Fahrrad-Stadtplan Köln



Der Wegweiser für Alltag und Freizeit mit alphabetischem Straßenverzeichnis und großem Info-Teil. Herausgegeben vom ADFC Köln. Faltkarte mit Beiheft, 60 Seiten. Maßstab 1:20.000.

2., überarbeitete und aktualisierte Auflage 1993

DM 16,80 ISBN 3-7616-1124-2

"Der Fahrrad-Stadtplan ist ein Helfer im Großstadt-Dschungel, der durch die Fülle der Radfahr-Möglichkeiten verblüfft, die so mancher Zweirad-Fan in Köln noch nicht kennt." (Wir in Köln)

I.P. BACHEM VERLAG

INTERNATIONALER BUND FÜR SOZIALARBEIT

Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit

SPRACH- UND BERUFSBILDUNGSSTÄTTE



Sprach- und Berufsbildungsstätte 5000 KÖLN 1 Mozartstraße 9 雪 (0221) 21 04 07 Beethovenstraße 3 @ (0221) 219088/89

ist ein gemeinnütziger Verband der Jugendhilfe und Sozialarbeit, unter dem Vorsitz von Bundesminister a. D., Dr. h. c. Georg Leber Der IB ist ideell und kooperativ mit dem Deutschen Roten Kreuz verbunden

Parteipolitisch und konfessionell unabhängig hat er sich das Ziel gesetzt,

"Menschen zu helfen, sich in die Gesellschaft einzugliedern, persönliche Verantwortung zu übernehmen und die gesellschaftliche Entwicklung

einzelnen und für die Gesellschaft." internationale Verständigung und Zusammen arbeit zu fördern und zu verwirklichen.

tätig mitzugestalten." "Bereitschaft zu wecken zu sozialem Dienst am

- Sprachkurse für ausländische Arbeitnehme und Familienangehörige
- berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen
- berufliche Förderkurse für ausländische Arbeitnehmer
- Maßnahmen zur gesellschaftlichen und sozialen Integration für ausländische Frauen und Mädchen
- Motivations- und Stützmaßnahmen für ausländische Jugendliche
- Teilqualifizierung für arbeitslose ausländische Jugendliche

seit 1965

CASA ITALIA

Wohnheim für junge Erwachsene

Sozialdienst für Italiener / Zentrum Casa Italia

Montag + Donnerstag 14.00 - 17.00 Uhr Freitag 8.30 - 12.30 Uhr

Sozialdienst für Griechen

Montag + Donnerstag 10.00 - 12.00 Uhr

+ 14.00 - 17.00 Uhr

Kindertagesstätte

Montag - Freitag 7.30 - 17.00 Uhr

Offene Tür Casa Italia

Montag - Freitag

14.00 - 21.00 Uhr

Caritasverband für die Stadt Köln e.V. Meister-Gerhard-Str. 10 St. Elisabeth Jugendheim e.V. 50674 Köln, Tel. 20 19-0

In unserem Veedel

Robert Christ/Josef Dollhoff Niehl

Der einst idyllische Dorfcharakter ist hier in Text und Bild noch einmal zu erleben.

128 S., mit 60 Abb., geb., ISBN 3-7616-0962-0, 39,80 DM

Ilse Prass

Mülheim am Rhein

Ein Spaziergang durch Handel, Manufaktur und Rheinschiffahrt der einst sehr wohlhabenden freien Reichsstadt Mülheim.

128 S., 118 Abb., geb., ISBN 3-7616-0935-3, 39,80 DM Konrad Adenauer/Volker Gröbe **Lindenthal**

Ein historisches Kaleidoskop verwoben mit Anekdoten, Geschichten, Sagen und Legenden.

2. Aufl., 175 S., 266 Abb., geb., ISBN 3-7616-0899-3, 39,80 DM

Konrad Adenauer/Volker Gröbe

Straßen und Plätze in Lindenthal

Nicht mehr bestehende Bauten erscheinen wiedererrichtet.

176 S., mit 161 Abb. und zwei großen Übersichtskarten, geb., ISBN 3-7616-1018-1, 44,80 DM Hans-Michael Becker

Äbte, Kies und Duffesbach

Eine einmalige Darstellung der Vororte Sülz und Klettenberg von der Römerzeit bis heute.

3. Aufl., 138 S., 72 Abb., geb., ISBN 3-7616-0897-7, 34,80 DM

Georg Giesing

Zwischen Strunde und Flehbach

So sollte Heimatkunde aufbereitet sein: Grandios penibel recherchiert. (Köln im...) 144 S., 44 Abb., 2 Landkarten, ISBN 3-7616-0988-1, 29,80 DM

J.P. BACHEM VERLAG

Reparaturen

Amon; Schuhreparaturen; Hochstadenstraße 30; Tel.: 24 24 57

Willi Bliersbach KG; Heizung & Sanitär; Rathenauplatz 23; Tel.: 21 62 10

DEA-Station Kurt Borsch; Tankstelle & Autoreparaturen; Dasselstraße 29; Tel.: 21 72 13

Mikri; Schreinerei; Engelbertstraße 21; Tel.: 23 74 99

Orth GmbH; Malerfachbetrieb; Mozartstraße 24; Tel.: 23 37 13 & 830 31 50 Sander's Fernsehdienst; Mozartstraße 18;

Weißmann; Glaserei; Dasselstraße 22; Tel.: 24 51 69

Tel.: 23 70 33



DEA-SB-STATION

Wagenpflege · Reifen- u. Batteriedienst · Zubehör »Kfz.-Reparaturen · Inspektionen«

Kurt Borsch · 5000 Köln 1

Dasselstraße 29 · Telefon (0221) 217213

Konto: Kreissparkasse Köln, Zweigstelle Groß Königsdorf Nr. 0141/003908 BLZ 37150241







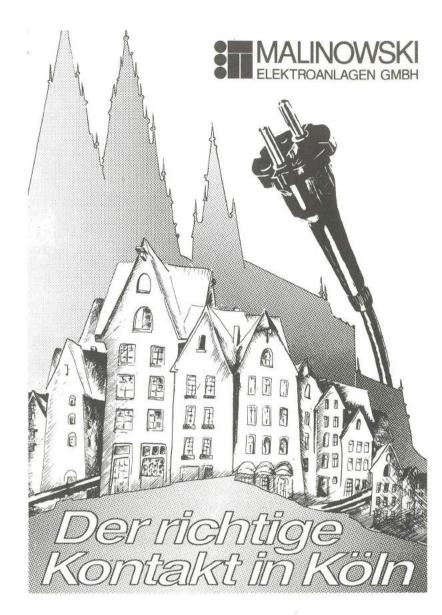
ELEKTROANLAGENBAU FERNMELDE-UND COMPUTERVERNETZUNG

BRÜSSELER STRASSE 21 - 5000 KÖLN 1 TEL.(0221) 249722 - FAX (0221) 236558





(0221) 21 62 10 und 24 11 22





Richard-Byrd-Str. 43 50 829 Köln Tel. 02 21/59 22 81 Fax 02 21/59 22 74

Kultur & Unterhaltung

atelier-theater; Roonstraße 78: Tel.: 24 24 85

Filmdose; Kneipe, Film & Theater; Zülpicher Straße 39; Tel.: 23 96 43 Galerie Schüppenhauer; Engelbertstraße 30; Tel.: 23 77 36

In Focus; Fotogalerie; Hochstadenstraße 31; Tel.: 24 39 29

Off-Broadway; Kino; Zülpicher Straße 24; Tel.: 23 24 18

Piccolo-Theater; Zülpicher Straße 28;

Tel.: 23 27 04

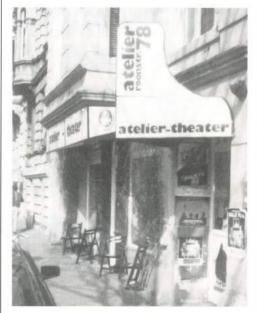


in focus, die Galerie für internationale zeitgenössische Fotokunst hält für Sie ständig eine große Auswahl an Arbeiten verschiedenster Fotokünstler bereit, u. a.:

CL-AN Barthelmess - Peter Czajka Jörg Czeschla - H. Döring-Spengler Jean Duchesne - D. Fried - D. Fraikin M. Hanique - H. Heidersberger - G. Hornung G. Krings - A. A. McDonald - Will McBride K. H. Gratt - E. Ricciardi - R. Rühl M. Stark-Quabius - E. Pompecki - J. Storch M. Timm - UnterbezirksDada Wachter/Schmitt C. Fauville - L. Winterhoff

Burkhard Arnold stellt in 7-8 Ausstellungen jährlich ein breit gefächertes Angebot an fotokünstlerischen Arbeiten in seinen Galerieräumen vor. Sie sind zu den Ausstellungen recht herzlich eingeladen.

Hochstadenstr. 31 · 50674 Köln · Tel. 0221/243929 · Fax 214785 Di. – Fr. 16 – 19 Uhr · So. 16 – 18 Uhr und nach Vereinbarung



das atelier-theater (Café), seit 10 Jahren am Rathenauplatz, ist mit seinem vielseitigen Programm ein multikultureller Treffpunkt

Köln Stadt GEFÖRDERT VON DER STADTSPARKASSE KOLN SK



Band 1 - H. Kier/U. Krings (Hrsg.)

Köln: Die Romanischen Kirchen von den Anfängen bis zum Zweiten Weltkrieg

714 Seiten, 333 Abbildungen Eine ausführliche Darstellung der Entstehungsgeschichte der zwölf romanischen Altstadtkirchen.

Band 3 - H. Kier/U. Krings (Hrsg.)

Köln: Die Romanischen Kirchen im Bild

Architektur – Skulptur – Malerei – Photographie 482 Seiten, 892 Abbildungen Ein absolutes "Muß" für jeden, der sich mit dem Thema der Romanischen Kirchen befaßt.

Band 4 - H. Kier/U. Krings

Köln: Die Romanischen Kirchen in der Diskussion 1946/47 und 1985

552 Seiten, 193 Abbildungen Die kontroversen Meinungen zum Wiederaufbau und zur Restauration der Kirchen.

Band 6 - W. Hagespiel/H. Kier/U. Krings Köln: Architektur der 50er Jahre

In historischen Aufnahmen und neuen Fotos 316 Seiten, 258 Abbildungen Eine Zeitreise in Bildern durch die architektonischen Jugendjahre der Republik.

Band 7 - Henriette Meynen

Köln: Kalk und Humboldt-Gremberg

726 Seiten, 1372 Abbildungen Hunderte von Bürgern haben ihre privaten Fotoalben geöffnet.

Band 10.I - W. Heinen/A.-M. Pfeffer **Köln: Siedlungen 1888-1938**328 Seiten, 190 Abbildungen

Band 10.II - W. Heinen/A.-M. Pfeffer Köln: Siedlungen 1938-1988

271 Seiten, 175 Abbildungen 100 Jahre Kölner Siedlungsbau – erstmals systematisch erfaßt und dokumentiert. Band 12 - Hiltrud Kier (Hrsg.)

Köln: Dörfer im linksrheinischen Süden

512 Seiten, 621 Abbildungen Godorf, Immendorf, Meschenich, Rodenkirchen, Sürth und Weiß in ihrer geschichtlichen Entwicklung. Ein eindrucksvoller Rundgang durch den Kölner Süden

Band 16 - Kurt Schönbohm

Köln: Grünanlagen 1945-1975

164 Seiten, 144 Abbildungen Die großzügigen Parks und Grünflächen der Stadt Köln waren nach der Zerstörung im Zweiten Weltkrieg ein wesentlicher Bestandteil des Wiederaufbaus.

Band 17 - Fried Mühlberg

Köln: St. Pantaleon

und sein Ort in der karolingischen und ottonischen Baukunst.

243 Seiten, 157 Abbildungen

Die Baugeschichte von St. Pantaleon im Zusammenhang mit der Stadtplanung des 10. Jahrhunderts.

Band 18 - Ralf Krombholz

Köln: St. Maria Lyskirchen

336 Seiten, 120 Abbildungen

Die Baugeschichte der einzigen romanischen Pfarrkirche Kölns wird in bisher noch nicht veröffentlichten Skizzen, Stichen und historischen Fotos dargestellt.

Band 19 - Gottfried Stracke

Köln: St. Aposteln

624 Seiten, 510 Abbildungen Erstmals präsentiert sich die bedeutende mittelalterliche Kirche in ihrer kompletten Baugeschichte.

Band 22 - Angela Pfotenhauer

Köln: Der Gürzenich und Alt St. Alban

Großformat, 214 Seiten und 16 Farbtafeln, 219 Abbildungen

Die wechselvolle Geschichte eines der großartigsten bürgerlichen Profanbauten des deutschen Mittelalters.

J.P. BACHEM VERLAG

Überall im Buchhandel

Im Gegensatz zu Stadtteilen wie Lindenthal, Niehl oder Mülheim, die durch Eingemeindungen von einer eigenständigen Gemeinde zu einem "Kölschen Veedel" wurden, entstand das Viertel um den Rathenauplatz im Rahmen der 1881 begonnenen Stadterweiterung - auf dem Reißbrett.

Der Alltag in Vergangenheit und Gegenwart wird anhand von Bildern, Dokumenten und Zeitzeugenberichten dargestellt.

Dabei wird deutlich, wie aus einem Viertel "ruhiger Zurückgezogenheit" mit einem hohen Anteil jüdischer Kultur ein Vergnügungsviertel hektischer Betriebsamkeit werden konnte, welches kaum noch als Wohn- und Lebensbereich wahrgenommen wird.

Ein Serviceteil informiert Leserinnen und Leser über interessante Freizeit- und Einkaufsmöglichkeiten sowie über alle wichtigen Initiativen im Viertel.



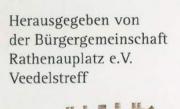
Sass · Mehr als nur "Kwartier Latäng"

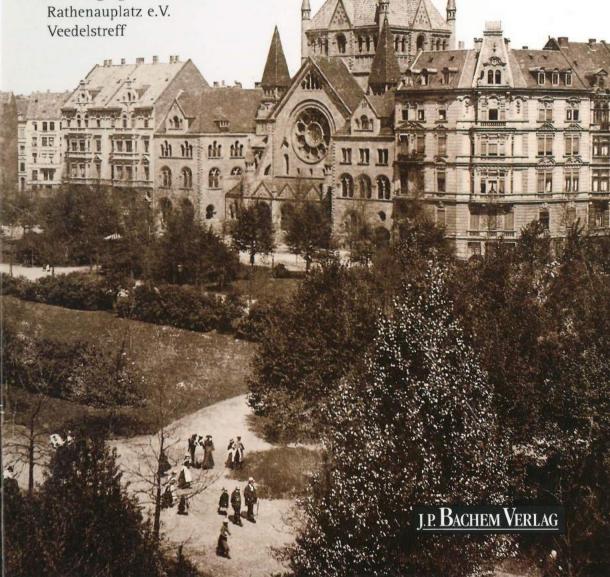
BACHEM

Anne Sass

Mehr als nur "Kwartier Latäng"

Leben am Rathenauplatz





ISBN 3-7616-1133-

J.P. BACHEM VERLAG